REKONSTRUIERTE TEXTAUSGABE

analyse & kritik

Nr. 427 · 10.6.1999

Diese Ausgabe ist kein Scan des gedruckten Heftes. Sie rekonstruiert die Ausgabe aus den born-digital HTML-Dateien der CD-ROM akArchiv.5. Titel, Rubriken, Autorinnen- und Autorenangaben sowie Volltexte wurden aus der gesicherten CD-Quelle übernommen.

Umfang: 48 HTML-Quelldateien. Die ursprünglichen Dateinamen und CD-Quellpfade werden bei jedem Eintrag ausgewiesen. Vorhandene oder künftig aufgefundene Faksimile-Scans bleiben eigenständige Primärdigitalisate.

Quelle: akArchiv.5, lokale verifizierte CD-Sicherung · Fassung 9. August 2026

Inhalt

1. Kein Frieden mit der NATO
2. "Mehr kann ein Gehilfe nicht tun". Urteil im Prozeß gegen ehemaliges SS-Mitglied Alfons Götzfrid - S.K., Freiburg
3. Antifa heißt Warten. Kein Naziaufmarsch in Hamburg - Anna Bartels
4. Kein Reisebericht aus Jugoslawien. Eine Gewerkschafterdelegation im Kriegsgebiet - Harald Holzmann
5. Neue NATO-Strategie: Zwei, drei, viele Serbien? - Vo
6. 50 Jahre NATO - das Beispiel Griechenland - Kostas, Hamburg
7. Auschwitz im Kosovo? Zur Gleichsetzung von Massenvertreibungen mit der NS- Vernichtungspolitik - ZAK Tübingen
8. Gegen eine neue Art der Auschwitz-Lüge. Holocaust-Überlebende zu angeblichen Parallelen Auschwitz/Kosovo - E. Bejarano u.a
9. Der Krieg im Kosovo begann nicht erst im März. Interview mit Manfred Kühle
10. Moskau, wir kommen! Gutmenschenmoral und NATO-Militärpolitik - Kt.
11. Friedensbewegung im Umschwung - gw.
12. Printmedien in Zeiten des Krieges. Der NATO-Krieg um Kosovo in der bundesdeutschen Presse - Margret Jäger, DISS
13. Geschichtsrevisionismus und Krieg. Wie Volkstumshistoriker bei der Zerschlagung Jugoslawiens halfen - Karl Heinz Roth
14. Krise, Krieg und Klassenkampf. Nationalismus und sozialer Konflikt in Jugoslawien - Martin Rheinlaender
15. Auf den Hund gekommen. Bündnis 90/Die Grünen nach dem Kriegsparteitag in Bielefeld - mb.
16. Rekonstruktion eines Scherbenhaufen. Sechs Thesen für ein modernes linkes Projekt - A. Bachmann, T. Rosenbusch, S. Uhl
17. Rainbow Warriors an der Elbe. Grüne DissidentInnen bilden neue Gruppe - dk/DSe
18. Sinnstiftung findet im Haushaltsausschuß statt. 50 Jahre BRD als spektakuläre Inszenierung im Museum - Angela Martin
19. Kein Aufbruch in Dortmund. Linksgrünes Netzwerk schon vor dem Start gescheitert - mb., Berlin
20. Israel: Multikulti und Freihandel. Wahlsieger Barak soll einen "Neuen Nahen Osten" schaffen - Achim Rohde
21. Chemische Waffen gegen Guerilla. Vorwürfe gegen die türkische Armee - Thomas Klein
22. Öcalan bittet um Frieden. Der PKK-Führer bietet sich der Türkei schon seit 1993 als Verhandlungspartner an - Jan Keetmann
23. Machterhalt mit aller Macht. Peru: Präsident Fujimori plant unbefristete Amtszeit - Rolf Schröder
24. Homers Lehre. Carlos Montemayor über Aufstand, Literatur und Hoffnung in Mexiko
25. "Die Erde ist verpfändet worden." Bruce Rich kritisiert die Politik der Weltbank - Moe Hierlmeier
26. Gegen den Hurrikan der Armut. Für eine bedingungslose Schuldenstreichung für die Dritte Welt - Wolfram Treiber
27. Atomausstieg: Betriebswirtschaftliche Chance - DSe
28. Keine Demo bis zum Konsens - DSe
29. Je weiter die Anreise, desto lauter der Protest. Erwerbslose und Linksradikale gegen den Kölner EU-Gipfel - gw.
30. "Arbeit macht das Leben süß." Bündnis für Arbeit debattiert Niedriglöhne - dk.
31. Berichtigung zu "Die extreme Rechte als Friedensbewegung" - Bernhard Schmid
32. Konservativ - reaktionär - faschistoid. Wo steht die "Deutsche Burschenschaft" in den neunziger Jahren? - Hans Grabenhorst
33. Die Neue Rechte jenseits des Nationalismus? Eine Buchbesprechung - Anna Bartels
34. Rot-grüne Bundesregierung über Rechtsextreme: "Massenwirksamkeit nicht festgestellt" - Petra Pau und Helmut Schröder

35. "Es war, als hackten sie Holz". Brutales Vorgehen der Berliner Polizei und Justiz am und nach dem 1. Mai - mb., Berlin
36. Grenzcamp 99 - kein mensch ist illegal. Aufruf zum Sommercamp vom 7. bis 15. August in Zittau
37. Denunziationsbündnis und Fahndungsverbund. Taxifahrer-Prozesse als Bestandteil des Grenzregimes - H.G. und F.B., FFM Berlin
38. Die harte Linie hat gesiegt. Zittauer Taxifahrer als Schlepper verurteilt - H.G., FFM Berlin
39. Der Tod wird bewußt in Kauf genommen. Erneut wurde ein Flüchtling bei der Abschiebung getötet - Antirassistische Initiative Berlin
40. Schill out! Mit Kleister gegen politische Justiz
41. Botschaftstermin in München. Deutsche Behörden spannen Konsulate für Abschiebungen ein - Karawanen-Gruppe München
42. Fronten und Konfrontationen. Eine Ausstellung über das deutsche Theater 1945 bis 1990 - Angela Martin
43. Quelldatei 34.htm
44. Quelldatei 40.htm
45. alles klar? nur mit ak!
46. Grüne nach Bielefeld
47. Kein Gipfel ohne Sturm
48. Kosovo-Apartheid

1. Kein Frieden mit der NATO

Rubrik: Kommentare zu aktuellen Geschehen · CD-Datei: daten/aksuche/ak427/aufmana.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:427:aufmana

Die Verlierer des Krieges gegen Jugoslawien stehen fest. Das sind die Menschen im Kosovo und in Serbien, die Opfer von Vertreibung und NATO-Bomben geworden sind. Jugoslawien ist auf nahezu vorindustrielles Niveau zurückgebombt worden. Und auch das Kosovo ist dermaßen zerstört, daß es für lange Zeit ein erschreckend unwirtlicher Platz zum Leben sein wird.

Schwerer als die Verlierer sind die Gewinner des Krieges auszumachen. Die NATO hat demonstriert, daß sie in der Lage ist, in Selbstmandatierung einen völkerrechtswidrigen Angriffskrieg gegen einen souveränen Staat zu führen. Nichts und niemand hat sie daran gehindert.

Der Krieg gegen Jugoslawien war als Präzedenzfall gedacht. Aller Welt sollte vorgeführt werden, daß die NATO willens und fähig ist, ohne Legitimation und weltweit als hegemoniale Ordnungsmacht zu handeln. UNO, OSZE und Rußland sollten in die Bedeutungslosigkeit abgedrängt werden.

Ganz ist die Rechnung offensichtlich nicht aufgegangen. Die UNO und Rußland mußten doch wieder "ins Boot" geholt werden. Jetzt kommt es der NATO darauf an, sie allenfalls als Leichtmatrosen einzusetzen, das Steuer aber selbst in der Hand zu behalten. Dann kann man sich weiterhin als Gewinner präsentieren; die gerade erst in Washington beschlossene neue Strategie wäre bestätigt und die Handlungsfähigkeit gesichert.

Innerhalb der NATO wird darüber gestritten, wer welchen Anteil am Ausgang des Krieges hat - und wer zu verantworten hat, daß die Rechnung nicht ganz aufgegangen ist. In diesem Zusammenhang werden sich die transatlantischen Widersprüche verschärfen. Zweifellos bleiben die USA Hegemonialmacht. Sie halten ihren Führungsanspruch in der NATO und mittels der NATO im "euro-atlantischen Raum" - der bis in den Kaukasus und nach Zentralasien reicht - aufrecht. Sie haben die Haupt"last" des Krieges gegen Jugoslawien getragen, und sie sind und bleiben auf absehbare Zukunft militärisch die Nummer eins.

Allerdings wird es ihnen künftig wohl schwerer fallen, die NATO unter ihrer Führung zusammenzuhalten; die westeuropäischen "Partner" - allen voran Deutschland und Frankreich - pochen auf größere Eigenständigkeit. Ihre "diplomatischen Erfolge" im Kriegskontext stärken ihre Position.

Bisher hat die NATO die transatlantischen Divergenzen mit Formelkompromissen überdecken und einhegen können. Nun aber forciert die EU die Bemühungen um den Aufbau eigenständiger(er) militärischer Potentiale in Konkurrenz zu den USA. Die Beschlüsse des Kölner EU-Gipfels über eine "europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik" (GASP) und die Ausrufung ausgerechnet des jetzigen NATO-Generalsekretärs Solana zum ersten EU-Außenminister sprechen eine deutliche Sprache. Aufgabe von Linken wird es in Zukunft sein, ihre Ablehnung der NATO zu erweitern und zugleich verstärkt Front gegen die im Friedensgewand daherkommende Militarisierung der EU zu machen.

8.6.1999

2. "Mehr kann ein Gehilfe nicht tun". Urteil im Prozeß gegen ehemaliges SS-Mitglied Alfons Götzfrid

Autor: S.K., Freiburg · Rubrik: Geschichte des Faschismus · CD-Datei: daten/aksuche/ak427/41.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:427:41

In Stuttgart ist ein Strafprozeß zuende gegangen, der in den Medien als der letzte große NS-Kriegsverbrecherprozeß in der Bundesrepublik bezeichnet worden ist. 10 Jahre Haft für Beihilfe zum Mord in 17.000 Fällen - mit diesem Urteilsspruch entließ das Stuttgarter Landgericht am 20.5.1999 das ehemalige SS- und Einsatzgruppenmitglied Alfons Götzfrid in die Freiheit. Dem in der Ukraine geborenen Spätaussiedler werden 13 Jahre Haft angerechnet, die er bis 1958 in einem sibirischen Zwangsarbeitslager absaß.

Angeklagt war Götzfrid wegen seiner Beteiligung an den Tötungsaktionen des 3./4. November 1943 bei Majdanek, die unter dem Decknamen "Aktion Erntefest" liefen. In diesen zwei Tagen wurden ca. 42.000 jüdische Menschen erschossen. Sie waren die letzten jüdischen Häftlinge, die in den Lagern um Lublin - Majdanek, Poniatowa und Trawniki - festgehalten und zur Zwangsarbeit eingesetzt worden waren. Der Zeitpunkt der Liquidierungen steht in Zusammenhang mit den Rebellionen des Jahres 1943 in den Vernichtungslagern Sobibor und Treblinka und den Aufständen in den Ghettos von Warschau und Bialystok. Aus Sicht des Generalgouverneurs Frank hatten sich die Lager als "akute Gefahr" für die Deutschen erwiesen.

Götzfrid gab zu, an den Erschießungen beteiligt gewesen zu sein. Der Ukrainer hatte sich 1941 der SS angeschlossen, war dann Mitglied der Einsatzgruppe D, der Kaukasischen Kompanie und gehörte dem Kommando-Stab der Sicherheitspolizei Lemberg an. In der Sowjetunion hatte er in mehreren Verhören zwischen 1946 und 1971 gestanden, selbst "bis zu 500 Menschen" vernichtet zu haben und bei weiteren Exekutionen und Vergasungsaktionen "aktiv" gewesen zu sein. Bereits 1997 konnte er sich vor dem LKA Baden-Württemberg dann nur noch an Lublin erinnern, und im Stuttgarter Prozeß korrigierte er seine Erinnerungen ein weiteres Mal. Er sei nur Dolmetscher und Pferdepfleger gewesen. Er habe in Majdanek nicht selbst geschossen, sondern ihm sei direkt nach der Ankunft seines Kommandos so schlecht geworden, daß er nur noch zum Nachladen der Gewehre in der Lage war. Und im übrigen war "alles nur ein Befehl von oben".

Diese Version wurde ihm auch dadurch nahegelegt, daß die Staatsanwaltschaft lediglich wegen "Beihilfe zum Mord" Anklage erhob, ein durchaus traditioneller Vorgang, wie auch andere Verfahren gezeigt haben. Der Angeschuldigte sei in den untersten Bereich der Befehlshierarchie eingeordnet und somit "nicht aus eigener Initiative tätig geworden".

Dem Mitglied eines SS-Mordkommandos wird bescheinigt, daß er es nicht in der Hand hatte, "ob das Opfer überleben würde oder nicht". Es hätte andere gegeben, die nachgekommen wären. Götzfrid hätte die Tat nicht innerlich mitgetragen und sei ein kleiner Fisch, der wegen seiner einfachen Bildung "mit der nationalsozialistischen Rassenideologie nicht vertraut" gewesen sei. Allerdings, so die Staatsanwaltschaft, sei er nur einen winzigen Schritt vom Täter entfernt, "mehr kann ein Gehilfe nicht tun".

Das Gericht schloß sich dieser Sichtweise an und setzte damit die übliche Argumentations- und Verurteilungspraxis gegen das NS-Mord- und Folterpersonal fort. In zahlreichen Prozessen hatten deutsche Gerichte festgestellt, daß die Massenvernichtung nach Vorschrift nichts mit "eigener Initiative" und die Arbeit der "Endlöser" nichts mit Antisemitismus zu tun gehabt habe. Bei Mißmut oder gar Ekel bei der Ausführung wurde den Tätern nicht selten Strafmilderung angeboten.

Rechtsanwalt König verteidigte seinen Mandanten in deutsch-nationalen Tönen. KZ's hätte es schon im Burenkrieg gegeben, Völkermord und Antisemitismus nicht nur in Deutschland, Rassenwahn auch im Kosovo. Deutschland habe unter den schrecklichen Folgen des 1. Weltkriegs und dem Versailler Vertrag gelitten, "der auch nicht die klügste Entscheidung war". Die Erschießungen seien nur möglich gewesen, weil Krieg war, auch wenn sie Zivilisten trafen. An Exekutionen von Partisanen könne er allerdings kein Unrecht entdecken. Nach Ansicht des Verteidigers war in der Truppe Angst vor den Vorgesetzten vorherrschend. Götzfrid konnte sich daher nur durch Übelkeit davonstehlen. Abgesehen davon, sei er nur ein Sachbearbeiter gewesen, der in eine beliebige Uniform gesteckt wurde. Götzfrids Volks-Deutschtum müsse ihm zugute gehalten werden, und ob er die nationalsozialistische Ideologie übernommen habe, wisse man nicht.

In einem sowjetischen Vernehmungsprotokoll ist allerdings die Aussage Götzfrids festgehalten, er habe helfen wollen, in den besetzten Gebieten eine neue faschistische Ordnung zu errichten. Inzwischen hat Götzfrid mehrfach betont, daß er diese Aussagen unter Druck gemacht habe, während der Vernehmungen hätte stets eine Pistole auf dem Tisch gelegen. Dennoch hielten Staatsanwalt und Gericht im Stuttgarter Prozeß jene Geständnisse für glaubwürdig, obwohl die Methoden des KGB "nicht rechtsstaatlicher sind als die der Gestapo".

Entscheidend war, daß Götzfrid sie nach seiner Übersiedlung nach Deutschland "in Freiheit" wiederholt hatte. Und hier hätte ja wohl kein entsprechender Druck geherrscht. Da haben Gericht und Staatsanwaltschaft ausnahmsweise einmal recht: Damals wurde nur deshalb gegen Götzfrid ermittelt, weil er als Zeuge in einem anderen Fall allzu freimütig von seiner Tätigkeit als Tötungsarbeiter erzählt hatte.

1959 war Götzfrid in den Archiv-Unterlagen der Zentralstelle zur Verfolgung von Nazi-Verbrechen in Ludwigsburg namentlich verzeichnet. Auf einer Fahndungsliste ist er jedoch nie aufgetaucht. Daß die Teilnahme an den Mordaktionen erst jetzt zur Anklage führte, wurde nun zu einem Argument für Strafmilderung. Ebenso der "Umrechnungsschlüssel" zur Anrechnung seiner in der ehemaligen Sowjetunion verbüßten Haftzeit: Ein Jahr Haft in einem sowjetischen Zwangsarbeitslager zählen wie zwei Jahre Haft im freizügigen Deutschland. Das bedeutet ein Guthaben, auf das Götzfrid vielleicht noch zurückgreifen kann.

S.K., Freiburg

3. Antifa heißt Warten. Kein Naziaufmarsch in Hamburg

Kein Nazi-Aufmarsch in Hamburg

Autor: Anna Bartels · Rubrik: Rechtsradikale, Neonazis · CD-Datei: daten/aksuche/ak427/49.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:427:49

In Hamburg war schon im Vorfeld alles ein bißchen anders. Hatte die bloße Ankündigung der Wehrmachtsausstellung in anderen Städten bereits ausgereicht, um heftige Debatten in den Länderparlamenten zu entfachen und Unmengen empörter, revanchistischer oder sogar faschistischer LeserInnenbriefe an die jeweiligen Lokalzeitungen anzuregen, so lief die Auseinandersetzung in Hamburg vergleichsweise ruhig ab. Zwar lieferten einige christdemokratische Ortsverbände diese wohlbekannte Polemik, in der Bürgerschaft aber stimmte die CDU-Fraktion für einen Antrag, der die Ausstellung als "wichtig für die Aufklärung" begrüßte. Lediglich das Begleitprogramm wurde von konservativen Politikern und Medien kritisiert, weil dort auch Veranstaltungen linksradikaler Gruppen empfohlen wurden - unter dem offiziellen Stadt-Hamburg-Symbol und versehen mit einem Grußwort der GAL-Wissenschaftssenatorin Krista Sager.

Im Zusammenhang mit den (militanten) Protesten konservativer, revanchistischer oder neofaschistischer Politiker und Gruppen gegen die Ausstellung des Instituts für Sozialforschung verübten AntifaschistInnen eine gute Woche vor der Eröffnung mehrere Anschläge. Zuerst wurde ein Busunternehmen im Norden Hamburgs angegriffen, das wiederholt Neonazis zu Aufmärschen transportiert hatte: Brandsätze zerstörten drei Busse. Zwei Tage später wurden 48 Kriegerdenkmäler beschmiert und beschädigt, um der "ehrenvollen Erinnerung an die gefallenen deutschen Frontkämpfer Verachtung entgegenzusetzen". In der gleichen Nacht trafen Steine die Scheiben der Redaktionsräume vom revanchistischen und revisionistischen "Ostpreußenblatt". Schließlich wurde das Haus des Publizisten und ehemaligen Jagdfliegers Rüdiger Proske mit Farbe beworfen und sein Auto demoliert. Proske ist Autor der Broschüre "Wider den Mißbrauch der Geschichte deutscher Soldaten zu politischen Zwecken", die in der Jungen Freiheit auf dem ersten Platz der Bestsellerliste stand und für die in weiteren rechtsextremen Blättern wie Nation und Europa und der Deutschen Nationalzeitung geworben wird.

Die Anschläge verschärften die Diskussionen um den für den 5. Juni angekündigten Naziaufmarsch gegen die Wehrmachtsausstellung, zeigten sie in den Augen der Sicherheitsbehörden und Medien die Gewaltbereitschaft der autonomen AntifaschistInnen. "Eine Stadt in Angst" titelte BILD, das Hamburger Abendblatt proklamierte schon Wochen vor dem Ereignis den Polizeinotstand, und die Morgenpost brachte bereits Ende Mai Bilder von brennenden Barrikaden und steinewerfenden Linken. Die Polizei jammerte, sie könne nicht genügend Kräfte "mieten", da diese beim EU-Gipfel in Köln eingesetzt werden müßten; mit den zur Verfügung stehenden 3.000 BeamtInnen seien Krawalle nicht zu verhindern.

Wegen des befürchteten Gewaltpotentials verbot die Stadt schließlich die Demonstration des Bündnis gegen Rassismus und Faschismus genauso wie den Aufmarsch des Nationaldemokratischen Hochschulbundes (NHB). In der ersten Instanz genehmigte das Verwaltungsgericht zwar eine Kundgebung der Nazis und zwei Veranstaltungen des antifaschistischen Spektrums, die nächste Instanz bestätigte aber wieder das Verbot der Stadt. Auch das noch am Freitag nachmittag angerufene Bundesverfassungsgericht änderte die Entscheidung nicht mehr. Einzig eine Veranstaltung des Hamburger DGB war von den Verboten der Gerichte nicht betroffen.

Die Neonazis - vor allem die sogenannten freien Kameradschaften, angeführt von den Hamburger Nazikadern Thomas Wulff und Christian Worch - mobilisierten daraufhin nach Schwerin, wo die NPD eine Europawahlveranstaltung angemeldet hatte. Doch auch dort durften die Nazis nicht marschieren, so daß sie schließlich ins mecklenburg-vorpommerische Ludwigslust auswichen.

Während die Nazis also durch Norddeutschland fuhren und einen Ersatzort für ihre gescheiterte Veranstaltung suchten, versammelten sich die GegendemonstrantInnen auf dem Campus der Hamburger Uni. Zunächst standen die Zeichen für eine Antifademonstration schlecht - die Polizei bereitete sich auf eine Räumung des Unigeländes vor und besetzte die umliegenden Straßen. Nach zähen Verhandlungen der Demoleitung und der frisch gegründeten Regenbogen-Ex-Grünengruppe mit der Polizei wurde doch noch eine "Spontandemonstration" genehmigt, die allerdings nicht auf der ursprünglich geplanten Route stattfinden

durfte. Mit zweistündiger Verspätung konnten sich die mittlerweile naß geregneten AntifaschistInnen schließlich in Bewegung setzen und unbehelligt von der Polizei eine kraftvolle Demonstration durchführen.

Für die "freien Kameradschaften" war der Tag eine empfindliche Niederlage: Sie haben es an diesem Wochenende nicht geschafft, in Hamburg gegen die Wehrmachtsausstellung zu marschieren. Worch und Wulff konnten sich in "ihrer" Stadt nicht profilieren und ihrer Anhängerschaft keine Demonstration des "nationalen Widerstandes" präsentieren. Nachdem schon die letzten Aufmärsche der Neonazis gegen die Ausstellung dank antifaschistischer Gegenwehr nicht geglückt sind (etwa Ende Januar in Kiel, vgl. ak 423, oder im Mai in Köln), ist nun in Hamburg vorerst die letzte Möglichkeit verstrichen, sich mit diesem Thema in die Öffentlichkeit zu drängen: Wenn die Ausstellung am 11. Juli in Hamburg ihre Tore schließt, wird sie Deutschland verlassen und in den USA gezeigt. Mit ihren Protesten gegen die Wehrmachtsausstellung war es den Neonazis in den letzten zwei Jahren gelungen, auch Teile des konservativen Spektrums zumindest verbal auf ihre Seite zu ziehen. Seit der von Gauweiler und der CSU initiierten Debatte in München und dem darauf folgenden Großaufmarsch revisionistischer und faschistischer Kräfte in der bayerischen Landeshauptstadt konnten Neonazis die Ausstellung immer wieder zum Anlaß nehmen, mit geschichtsrevisionistischen Parolen ("Gegen das Vergessen") auf die Straße zu gehen. Ihr Wunsch, mit einem großen Aufmarsch in Hamburg noch einmal ein Zeichen zu setzen, wurde vorerst nicht erfüllt. Für den 10. Juli hat der NHB erneut eine Demonstration gegen die Wehrmachtsausstellung angemeldet. Auch dann gilt: Verhindern wir den Aufmarsch!

Anna Bartels

4. Kein Reisebericht aus Jugoslawien. Eine Gewerkschafterdelegation im Kriegsgebiet

Autor: Harald Holzmann · Rubrik: Kosovo-Krieg · CD-Datei: daten/aksuche/ak427/26.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:427:26

Zum dritten Mal in diesem Jahrhundert wird Jugoslawien von Deutschland militärisch angegriffen. Im Ersten Weltkrieg lautete der Vorwand "Bestrafung der Attentäter von Sarajewo", im zweiten Weltkrieg beim Überfall durch Nazideutschland "Kroaten, Bosnier und Mazedonier vor serbischen Chauvinisten zu schützen". Heute beteiligt sich Deutschland unter dem Motto "Verträge sind zum Unterschreiben da" und "der Verhinderung einer humanitären Katastrophe im Kosovo" an dem Natoüberfall.

Damals wie heute läuft die Propagandamaschine wie geschmiert, damals wie heute wird die Öffentlichkeit durch einseitige Schuldzuweisungen und Kriegshetze über die wahren Gründe der deutschen Beteiligung an diesem Waffengang getäuscht. Damals wie heute wird der Kriegsgegner dämonisiert, wird das Feindbild Serbien in den Köpfen der Menschen implantiert.

Neu ist, daß der Krieg, abgesehen von "geringen Kollateralschäden", keine Opfer in der Zivilbevölkerung kosten soll, daß nur der "Militärapparat von Milosevic" das Ziel der Natobomben ist.

Um diese Desinformation zu durchbrechen und vor Ort gegen den Krieg der NATO zu demonstrieren, sind wir, eine Gruppe deutscher Gewerkschafter und Gewerkschafterinnen, vom 23. - 28. Mai nach Jugoslawien gefahren. Die Gruppe setzte sich zusammen aus Männern und Frauen, die in den Gewerkschaften GEW, IGM, IG Medien und der oppositionellen Chemiearbeit tätig organisiert sind. Einzelne Gewerkschaften hatten zwar auf Landesebene die beabsichtigte Reise begrüßt, eine offizielle Gewerkschaftsdelegation war es dann jedoch nicht. Sich offen gegen Schulte und die DGB-Spitze zu stellen war der Funktionärsebene anscheinend zu risikobehaftet. Von daher haben wir die Reisekosten auch aus eigenen Mitteln bestritten.

Das Motto der Reise und unter dem wir weiterarbeiten werden, lautet "Dialog von unten statt Bomben von oben".

Möglich geworden ist dieser Besuch Jugoslawiens durch eine Einladung des Jugoslawischen Gewerkschaftsbundes.

Auf den Stationen unserer Reise - Novi Sad, Belgrad, Kragujevac, Nis und Aleksinac - haben wir die Zerstörungen von Fabriken, Kraftwerken, Krankenhäusern, Schulen und Hochschulen, Wohnvierteln, Verkehrswegen und Brücken gesehen und in Gesprächen mit den betroffenen Menschen und Vertretern/innen von Gewerkschaften und Gemeinden erfahren, welche Auswirkungen die Bombardierungen der NATO auf die Menschen in Jugoslawien haben. Die bisherige Gesamtzahl der zivilen Opfer wird auf 2.000 geschätzt.

Novi-Sad

Bei unserer Ankunft am 23. Mai um Mitternacht liegt die Stadt im Dunkeln. Natoflugzeuge haben das Elektrizitätswerk mit Graphitbomben belegt. Novi-Sad ist eine mittlere Industriestadt in der Vojvodina, ca. 100 km von der ungarischen Grenze entfernt. Am Morgen fahren wir zur petrochemischen Fabrik. Elf Angriffe mit Tomahawk Marschflugkörpern haben sie zum größten Teil zerstört. Die Schäden werden auf ca. 1 Milliarde Dollar beziffert. Hier und im zweiten petrochemischen Werk in Pancevo haben 20.000 Menschen ihre Arbeitsplätze verloren. Das Gelände ist aufgrund der Angriffe vollkommen von Giftstoffen verseucht, ob sie an dieser Stelle wieder aufgebaut werden kann ist ungewiß.

In einem Arbeiterviertel besuchen wir eine Grund- und Hauptschule. Hier sind zwischen einem 10-stöckigen Wohnhaus und dieser Schule dreimal zu unterschiedlichen Zeiten Bomben abgeladen worden. Das Haus ist vollkommen zerstört, die Schule schwer beschädigt. Die Fernseh- und Sendestation ist ebenfalls zerstört. Die Brücken über die Donau sind alle vernichtet, die Menschen werden mit improvisierten Fähren übergesetzt. Am Tag unserer Abfahrt (28. Mai) erfahren wir, das die NATO diese improvisierten Fähranleger zerbombt hat. Unter der zerbombten Freiheitsbrücke verlief die Hauptwasserleitung, die den Süden Novi-Sads mit Trinkwasser versorgt. Militärischen Sinn macht die Zerstörung der Brücke nicht, da die Zufahrtsstraßen viel zu schmal sind. Das herzchirugische Zentrum von Novi-Sad hat seine Arbeit einstellen müssen.

Belgrad

Ankunft am 24. Mai ca. 18.00 Uhr. Geschäftiges Treiben, Krieg ist eigentlich nicht feststellbar. Nachts ab 20/21 Uhr beginnt in der Regel der Alarm, inzwischen (30. Mai) herrscht zeitweise ganztägig Alarm. Die Bomber sind zu hören, sie fliegen in ca. 12.000 Meter Höhe. Wenn sie die Höhe verlassen, um ihren imperialistischen Gruß abzuwerfen, beginnt die Flugabwehr zu feuern. In der Zeit, in der wir in Belgrad sind, werden neben offiziellen Regierungsgebäuden auch mehrere Wohngebiete getroffen. Die Regierungsgebäude liegen häufig sehr dicht an Wohn- bzw. Geschäftshäusern. Bei der Zerstörung der chinesischen Botschaft wurde auch eine Kindermusikschule in Schutt und Asche gelegt. Am letzten Tag vor unserer Abreise werden zwei große Elektrizitätswerke mit Tomahawk Marschflugkörpern angegriffen und vernichtet. Die Zeit der Graphitbomben, die ein Kraftwerk nicht zerstören, sondern nur einen Kurzschluß herbeiführen, ist vorbei.

Ein großer Teil der Wohnungen in Belgrads Vororten besteht aus Plattenbauten. Der jetzt häufige vollständige Stromausfall vernichtet Lebensmittel in Tiefkühltruhen oder Kühlschränken. Die in den Krankenhäusern gelagerten Pharmaka werden zum Teil vollkommen vernichtet. Die Notstromaggregate sind häufig nur in der Lage, kurze Zeitspannen zu überbrücken. Fahrstühle gehen nicht in den Hochhäusern, das heißt unter anderem, daß alte und gebrechliche Menschen ihre Wohnung nicht aus eigener Kraft verlassen können. Alle Schulen und Universitäten sind seit Beginn der Bombenangriffe geschlossen, dies gilt für das ganze Land.

Das Technikcenter des staatlichen Fernsehens ist von mehreren Tomahawks getroffen worden. Zehn Techniker wurden getötet, andere schwer verletzt.

Alle Sendeanlagen werden regelmäßig angegriffen. In Novi-Sad wurde die schon zerstörte Anlage diverse weitere Male angegriffen. Jugoslawien kann nicht mehr ins Ausland senden, da das Satelliten-Konsortium Eutelsat, das von 47 europäischen Staaten getragen wird und mehrere Rundfunksatelliten betreibt, das Signal des Fernsehsenders RTS abgeschaltet hat. Eutelsat verweigert eine Begründung für diesen Schritt.

Es gibt Informationen, daß die Internet-Provider die bestehenden Verbindungen kappen werden. Schon jetzt brechen diese Verbindungen häufig zusammen.

Kragujevac

Ankunft am 25. Mai, 14.00 Uhr. Kragujevacs ist die Stadt Jugoslawiens, in der die Wehrmacht im Oktober 1941 7.000 Menschen erschossen hat. Für jeden Soldaten, den die Wehrmacht durch Kämpfe mit Partisanen verlor, wurden hundert Einheimische erschossen, für jeden Verletzten wurden weitere fünfzig Einwohner der damals 30.000 Menschen zählenden Stadt ermordet.

Das Museum der Stadt, das an das Massaker der Nazis erinnern soll, wird durch einen Marschflugkörper, der in 50 Meter Entfernung einschlägt, schwer beschädigt. In der Nähe befand sich eine Funkstation des Militärs.

Anekdote am Rande. Im Gästebuch des Museums befindet sich ein Eintrag von Petra Kelly: "Wir Grünen werden verhindern, daß von deutschem Boden jemals wieder Krieg ausgeht."

Die Stadt der Zastava-Automobilwerke (Yugo) ist seit der Bombardierung des Betriebes die Stadt der Arbeitslosen. Von den 200.000 Einwohnern haben durch die elf Angriffe auf das Werk 37.000 Beschäftigte ihren Arbeitsplatz verloren. Die Angriffe fanden am 9. und 12. April statt. Zulieferbetriebe mußten schließen. Das Heizkraftwerk, welches auch die Stadt mit Wärme und Strom versorgt, ist ebenfalls zerstört. Zastava hatte als staatlicher Betrieb eine Betriebskrankenkasse. Dieser fehlen durch die nicht ausgezahlten Beiträge der Arbeitslosen die Mittel, um alle Arzneien zu bezahlen. Das Arbeitsausfallgeld der Firma beträgt 2.300 Dinar gleich DM im Monat. Das Arbeitsamt zahlt noch 100 Dinar hinzu.

In Kragujevacs fallen uns zum erstenmal die Schlangen vor den Kiosken auf. Grund ist die durch Bomben zerstörte größte Tabakfabrik Jugoslawiens.

Am nächsten Tag, dem 26. Mai, fahren wir weiter nach Süden Richtung Nis.

Nis

Je weiter man nach Süden kommt, desto stärker und häufiger werden die Bombenangriffe. Nis ist eine Industriestadt mit 300.000 Einwohnern. Das Kosovo ist ca. 120 km entfernt

Im Industriegebiet sind diverse Fabriken in Schutt und Asche gelegt. Die Fabrik zur Herstellung von Wasserpumpen wurde durch Spreng- sowie Splitterbomben getroffen. Die Versorgung des Landes mit Wasser ist während des Sommers schon in Friedenszeiten ein Problem gewesen. Das Gelände ist wegen der vielen Blindgänger aus den Kassettenbomben gesperrt. 1.500 Menschen haben in der Fabrik gearbeitet.

Die Technische Hochschule wurde schwer beschädigt. Im Foyer der Uni ist der Behälter einer nicht explodierten Kassettenbombe ausgestellt. Auch diese Dinger haben ein Verfallsdatum. Diese mußte bis zum Jahr 2005 benutzt werden.

Die Brücke über die Nisava wurde am 9. Mai so stark zerstört, daß sie nur noch für Fußgänger passierbar ist. Auch hier wurden zentrale Wasserleitungen zerstört.

In Nis wurde der Marktplatz am 16. Mai um die Mittagszeit mit Splitterbomben angegriffen. Dabei wurden 20 Menschen getötet und 50 verletzt. Der örtliche Vorstand der Gewerkschaften berichtet von 1.925 getroffenen Gebäuden, darunter 18 Schulen. Auch hier nachts Stromausfall. In Nis, dicht am Kosovo, wird der Bombenalarm tagelang nicht mehr aufgehoben, da die NATO rund um die Uhr bombt. 20 km südlich von Nis befindet sich das Dorf Medoshewac, welches tagelang mit Splitterbomben angegriffen wurde. Es ist jetzt menschenleer. Wir können das nicht überprüfen, da die Behörden uns aufgrund der anhaltenden Bombardements abraten, dorthin zu fahren.

Unsere ursprüngliche Absicht, auch das Kosovo bzw. Pristina zu besuchen, lassen wir fallen, da dort inzwischen totaler Krieg herrscht. Alle Fahrzeuge, die die NATO nicht der UCK zuordnet, werden angegriffen. Darüber hinaus wird die Grenze zwischen Serbien und dem Kosovo durch Bombardements unpassierbar, so daß weder Flucht noch Versorgung oder militärischer Nachschub möglich ist.

Aleksinac

Auf dem Weg zurück nach Belgrad fahren wir am 26. Mai über die Bergbaustadt Aleksinac. Hier sollen Wohngebiete bombardiert worden sein. Die Stadt hat 20.000 Einwohner und keine Militärobjekte. Das Rote Kreuz ist vollkommen überrascht über unseren Besuch und organisiert eine Führung. Bei dem Angriff am 5. April sind im Wohnviertel um die Straße Dujan Trivunac herum 24 Menschen getötet worden, 36 wurden verletzt. 36 Häuser wurden vollkommen zerstört. Zahlreiche Wohnungen in den Plattenbauten sind zerstört bzw. unbewohnbar. Während unseres Besuches wurden Reparaturarbeiten an den nicht vollkommen zerstörten Häusern ausgeführt.

Die kleinen Betriebe und das Bergwerk liegen mangels Strom still. Zum jetzigen Zeitpunkt wird für Jugoslawien eine Zahl von 500.000 vernichteten Arbeitsplätzen geschätzt. Die Einwohner sind vor allem auf Hilfe aus Jugoslawien angewiesen bzw. auf Hilfe von im Ausland lebenden jugoslawischen Menschen. Der Vorsitzende der örtlichen Rotkreuzstation, Miodrag Vojnovic, ist verbittert darüber, daß das Deutsche Rotes Kreuz seit Beginn des Krieges keine Hilfe mehr leistet.

Vom Roten Kreuz in Aleksinac wird auch die Versorgung und Unterbringung der Kinder in Luftschutzkellern organisiert. Die Kinder müssen jede Nacht und bisweilen auch den Tag in diesen Luftschutzkellern verbringen. Diese Räume sind eigentlich normale Keller und nicht für Übernachtungen ausgerüstet.

Am Tag unserer Abfahrt aus Belgrad (28. Mai), erfahren wir, das die NATO Aleksinac erneut bombardiert hat. Diesmal gab es drei Tote und drei Schwerverletzte.

Krieg gegen

die Bevölkerung

Die Strategie der NATO läßt sich nach unseren Beobachtungen folgendermaßen charakterisieren: Zentrale Angriffspunkte sind neben den militärischen Zielen die Zentren der Versorgung wie Elektrizität, Wasser, zentrale Verkehrsverbindungen und die Telekommunikation. Ergänzend werden offensichtlich wiederholt nadelstichartig bestimmte Wohngebiete bombardiert.

Die häufigen Treffer in Wohngebieten sind keine "Ungenauigkeiten". Sie sind offensichtlich bewußt ausgewählt. Warum wird sonst ein Wohngebiet wie in Aleksinac, bei dessen ersten Beschuß die NATO dies als bedauerlichen Fehler kennzeichnete, Wochen später (27. Mai) erneut angegriffen?

Dieser Krieg richtet sich gegen die Zivilbevölkerung Jugoslawiens und ist nicht, wie im Westen suggeriert werden soll, nur ein Krieg gegen die "Militärmaschine von Milosevic". Und - immer wieder deutlich gesagt, deutsche Soldaten, nicht anonyme Natotruppen, morden unter rot-grün.

Dieser Krieg wird geführt unter der vollkommenen Isolierung des Kriegsgegners und einer Propagandamaschine des Westens, die laut Aussagen eines deutschen Journalisten mit einer Zensur nie gesehenen Ausmaßes arbeitet. Berichte zu bestimmten Aspekten des Krieges werden nicht verboten, sie werden nicht gesendet!

Die Kriegsparteien aus der NATO versuchen das System zu destabilisieren, um den internen Widerstand gegen Milosevic zu stärken bzw. zu provozieren. Das Kalkül, die Menschen in Jugoslawien mürbe zu bomben, beinhaltet diesen permanenten Terror.

Die Indizien, daß die NATO auch den Bodeneinsatz will, häufen sich. Die strategischen Bombardierungen im Kosovo deuten darauf hin, daß in "Restjugoslawien" im Gegensatz zum Irak neue Herrschaftseliten installiert werden sollen.

Bei Gesprächen mit Vertretern der Opposition in Belgrad wird die Befürchtung geäußert, daß das Ziel der NATO eine vollständige Vernichtung des "Reststaates" Jugoslawiens sein wird, nachdem die Deutschen mit der Betreibung der Sezession von Kroatien und Slowenien den Grundstein für diese Entwicklung gelegt haben. Opposition ist nach ihren Aussagen unter diesen Bedingungen nicht möglich. Zitat: "Wir fühlen uns wie ein Sandwich, von unten Milocewic, von oben die NATO." Wobei der Biß von oben der deutlich unangenehmere ist und die Prioritäten im Widerstand klarmacht. Erst der Krieg und dann das, was noch zu retten ist.

Bei unserer Abfahrt aus Belgrad Richtung Budapest weinen einige der Hotelangestellten hemmungslos. Sie fühlen sich vollkommen isoliert - wir waren die letzten Gäste im Hotel Moskau.

Harald Holzmann

Wir haben während unseres Aufenthaltes sehr viele Fotos und Videos gemacht. Wer für eigene Veranstaltungen Materialbedarf hat, kann meine Adresse bzw. Telefonnummer über die ak-redaktion erfahren oder sich direkt per Email: Harald_Holzmann@csi.com melden. Als konkretes Solidaritätsziel mit der betroffenen Bevölkerung in Jugoslawien werden wir für die Betroffenen in den Zastava Autowerken eine Sammlung durchführen. Spendenkonto: Kragujevac! (Josef Bergmann)

Haspa: BLZ 20050550

Kontonr. 1230499335

Noch zugängliche Internetadressen:

www.inet.co.yu; www.beograd.com

5. Neue NATO-Strategie: Zwei, drei, viele Serbien?

Autor: Vo · Rubrik: NATO und NATO-Strategien · CD-Datei: daten/aksuche/ak427/01.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:427:01

Dumm gelaufen. Da wollte sich die NATO mit einem pompösen Festakt anläßlich des 50. Jahrestags ihrer Gründung selbst feiern; gekrönt werden sollte das mit einem für Menschenrechte, "Freedom and democracy" herbeigebombten Sieg über das serbische Milosevic-Regime. Die NATO hätte dagestanden als allmächtiger Hüter westlicher Werte und Ordnungsvorstellungen. Allein - das "Timing" hat nicht geklappt; bis zum Termin des NATO-Gipfels am 23. und 24. April in Washington hatte die Bundesrepublik Jugoslawien trotz damals bereits vier Wochen währender permanenter Luftangriffe nicht in die Knie gezwungen werden können. Die NATO-Planer waren einer grandiosen Fehlkalkulation aufgesessen, und so mußten denn die Chefs der militärisch mächtigsten Staaten der Welt die geplante Feier zu einem "Arbeitsgipfel" herunterstufen, der überschattet war von der bis dahin erfolglosen Kriegführung gegen Jugoslawien. Kein Zweifel: Der Krieg hat den Militärpakt in Schwierigkeiten gebracht. Dennoch wäre es arg verfrüht, deswegen den Anfang vom Ende der NATO heraufziehen zu sehen. Kohäsion und Handlungsfähigkeit des Bündnisses werden künftig zwar stärker strapaziert werden, gleichwohl wird man zusammenbleiben und auch fürderhin zusammen zuschlagen. Die Entwicklung von Einheit und Widerspruch innerhalb der NATO kann anhand des auf dem Washingtoner Gipfel verabschiedeten neuen strategischen Konzepts aufgezeigt werden.

Schon im Vorfeld des Gipfels hatte sich gezeigt, daß die Verständigung auf eine neue Strategie schwierig werden würde. Einig war man sich darin, daß die veränderte Weltlage und die neue Aufgabenbestimmung ein solche erforderlich machten. Das 1991 in Rom verabschiedete strategische Konzept war noch zu sehr der alten, mittlerweile Geschichte gewordenen Ost-West-Blockkonfrontation verhaftet gewesen und hatte in Hinsicht auf die neuen Aufgaben der NATO jenseits ihrer Rolle in diesem Konfrontationssystem zwar bereits einige Orientierungspunkte gesetzt, war diesbezüglich aber noch recht vage geblieben. Am Ende des Jahrzehnts dagegen hatte die NATO die Phase der Verunsicherung nach dem Zusammenbruch ihres Gegenparts UdSSR/Warschauer Vertragsorganisation überwunden und ihr neues Selbstverständnis konsolidiert: Die "Neue NATO" soll ein Militärpakt zur Durchsetzung von Interessen und Ordnungsvorstellungen ihrer Mitglieder mit umfassenden Ansprüchen werden, und zwar sowohl in Hinblick auf die geographische Reichweite als auch auf das Aufgabenspektrum. Im Kern bedeutet das: ein Bündnis zum Zwecke militärischer Intervention. Über die konkrete Ausgestaltung der "neuen NATO" allerdings gab (und gibt) es durchaus Differenzen. So mußten immer wieder neue Entwürfe für das neue strategische Konzept geschrieben und umgeschrieben werden. Das Dokument, auf welches man sich schließlich im April in Washington einigte, hat so zum einen Kompromißcharakter, ist für Interpretationen und künftige Debatten, ja Streit, offen, zurrt zum anderen aber auch eine bestimmte Linie fest, auf die sich hinfort alle NATO-Mitglieder verpflichtet sehen - und das ist die Linie des mächtigsten NATO-Staates, der USA. Wir haben es also - wie so oft - mit einem Kompromiß zu tun, in dem ein Akteur mehr von seinen Inhalten durchgebracht hat als die anderen. Das läßt sich an verschiedenen Punkten zeigen.

Die "alte" NATO war angeblich ein Verteidigungsbündnis zur Abwehr der "Bedrohung aus dem Osten". Das ist nunmehr hinfällig. Die NATO selbst gesteht ein, "daß ein großangelegter konventioneller Angriff gegen das Bündnis höchst unwahrscheinlich ist". (1) Der klassische Verteidigungsauftrag hat sich mithin erledigt. Aber es sieht dennoch düster aus für die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger der NATO-Staaten, wenn man der Bedrohungsanalyse des neuen strategischen Konzeptes folgt, ist dort doch von einem "breiten Spektrum militärischer und nichtmilitärischer Risiken" die Rede, "die aus vielen Richtungen kommen und oft schwer vorherzusagen sind". Dazu gehören: "Ungewißheit und Instabilität im und um den euro-atlantischen Raum sowie die mögliche Entstehung regionaler Krisen an der Peripherie des Bündnisses ... Ethnische und religiöse Rivalitäten, Gebietsstreitigkeiten, unzureichende oder fehlgeschlagene Reformbemühungen, die Verletzung von Menschenrechten und die Auflösung von Staaten können zu lokaler und selbst regionaler Instabilität führen". Aber nicht nur "im und um den euro-atlantischen Raum" dräut Ungemach, sondern man muß "auch den globalen Kontext berücksichtigen. Sicherheitsinteressen des Bündnisses können von anderen Risiken umfassender Natur berührt werden, einschließlich Akte des Terrorismus, der Sabotage und des organisierten Verbrechens sowie der Unterbrechung der Zufuhr lebenswichtiger Ressourcen. Die unkontrollierte Bewegung einer großen Zahl von Menschen, insbesondere als Folge bewaffneter Konflikte, kann ebenfalls Probleme für die Sicherheit und Stabilität des Bündnisses aufwerfen".

Eine Welt voller Risiken und Bedrohungen

Nachdem die neuen Bedrohungen geographisch und thematisch derart breit gefaßt worden sind, kommt eine Beschränkung auf "Verteidigung" des Territoriums der NATO-Staaten selbstverständlich nicht mehr in Betracht. Man erinnere sich: Nach Artikel 5 des NATO-Vertrags sollte Zweck des Bündnisses der gegenseitige Beistand im Falle des militärischen Angriffs auf einen Bündnispartner sein - und dies in einem geographisch klar begrenzten Gebiet: Europa, Nordamerika und der Nordatlantik nördlich des Wendekreises des Krebses. Von einer solchen Beschränkung ist jetzt keine Rede mehr. Vielmehr erfordern die oben aufgelisteten neuen Bedrohungen "militärische Fähigkeiten, die für das gesamte Spektrum vorhersehbarer Umstände wirksam sind"; die neue NATO gibt sich selbst die Aufgabe, "durch nicht unter Artikel 5 fallende Krisenreaktionseinsätze zur Konfliktverhütung und Krisenbewältigung beizutragen". Sogenannte "Non-article 5 missions" treten somit formal gleichberechtigt neben "Bündnisverteidigung" nach Artikel 5, faktisch rücken sie sogar ins Zentrum des Aufgabenspektrums, denn die Notwendigkeit von "Verteidigung" ist ja nach NATO-Selbstaussage "höchst unwahrscheinlich" geworden.

Damit hat das jahrelange Gezerre um "Out-of-area"-Einsätze (Einsätze außerhalb des NATO-Vertragsgebiets) ein Ende. Die NATO erklärt sich mit dem neuen strategischen Konzept zuständig für "Konfliktverhütung und Krisenbewältigung" auch "out of area" - wobei "Konfliktverhütung und Krisenbewältigung" selbstverständlich "Krisenreaktionseinsätze", den Einsatz militärischer Mittel also, erfordern können - sprich: Militärische Intervention wird zum Hauptzweck der NATO. Damit wird der Inhalt des ursprünglichen Nordatlantikvertrags von 1949 wesentlich verändert; einer solchen Änderung des Vertragsinhalts müßten - ginge es nach Recht und Gesetz - eigentlich die Parlamente aller Mitgliedsstaaten zustimmen. Das aber ist nicht vorgesehen.

Wo und wann man militärisch interveniert - diese Entscheidung behält man sich selbst vor, sei es für den Fall, daß man sich der UNO oder der OSZE als Dienstleister zur Verfügung stellt, sei es, daß man sich aus eigener Machtvollkommenheit selbst ein Mandat zur Intervention erteilt. Im neuen strategischen Konzept "erinnert" die NATO "an ihr 1994 in Brüssel gemachtes Angebot, von Fall zu Fall in Übereinstimmung mit ihren eigenen Verfahren friedenswahrende und andere Operationen unter der Autorität des UN-Sicherheitsrats oder der Verantwortung der OSZE zu unterstützen", behält sich zugleich aber auch militärische "Krisenbewältigung" ohne ein UN- oder OSZE-Mandat vor.

Damit hat sich im wesentlichen die US-Position durchgesetzt. Die USA wollten eine geographisch und vom Aufgabenspektrum her möglichst weitgefaßte Neupositionierung der NATO inklusive des Vorbehalts einer "Selbstmandatierung" zu Militärinterventionen an UNO oder OSZE vorbei. Andere NATO-Staaten - darunter auch die rotgrün geführte Bundesrepublik - favorisierten deutlichere Einschränkungen in diesen Punkten. Nun hat sich im Text des neuen strategischen Konzepts zwar nicht explizit die US-Position der "Verteidigung von Interessen" ohne jegliche geographische Beschränkung und ohne jegliche Rückbindung an UNO oder OSZE niedergeschlagen (s. dazu ak 424), doch sind die Formulierungen so weit gefaßt, daß sie sich der US-Position weitestgehend annähern. Die Aufgaben der NATO sind so umfassend definiert - inklusive der Sicherung der "Zufuhr lebenswichtiger Ressourcen" -, daß damit das Spektrum aller möglicher Interessen abgedeckt wird; die geographische Eingrenzung des Zuständigkeitsbereichs ist eher eine Entgrenzung, jedenfalls aber so vage - "in und um den euro-atlantischen Raum", "Peripherie des Bündnisses", "globaler Kontext" -, daß man von Fall zu Fall entscheiden kann, ob eine "Krise" - sagen wir mal im Kaukasus oder in Nordafrika - in den eigenen Zuständigkeitsbereich fällt oder nicht; und schließlich ist eine klare Bindung eigener "Krisenreaktionseinsätze" an ein UNO- und OSZE-Mandat vermieden worden, so daß man im "Ausnahmefall" auch "selbstmandatiert" aktiv werden kann. Der Krieg gegen Jugoslawien ist hierfür der Präzedenzfall.

Wie häufig künftig solche "Ausnahmefälle" auftreten werden, hängt nicht zuletzt vom Ausgang des Serbien-Abenteuers ab; nur ein einigermaßen klarer Erfolg der NATO, der auch in der Öffentlichkeit der NATO-Länder mit einiger Glaubwürdigkeit als ein solcher vermittelbar ist, dürfte die Bereitschaft zu ähnlichen Aktionen aufrechterhalten, andernfalls wird sich die NATO wohl künftig stärkere Zurückhaltung auferlegen - trotz der vollmundigen Ankündigungen im neuen strategischen Konzept, zumal sich bei einem Mißerfolg die internen Widersprüche innerhalb der Allianz verstärken dürften (s.u.).

Zunächst einmal aber hat sich die neue NATO mit ihrem neuen strategischen Konzept als Interventionsbündnis nach den Vorstellungen der USA konstituiert; allerdings lassen die Formulierungen Spielraum für Interpretationen und Differenzen, etwa, was die Bestimmung des "euro-atlantischen Raumes"

anbelangt. Und das schafft jenen NATO-Regierungen, die eine vorsichtigere Linie favorisierten, auch Spielraum gegenüber ihrer jeweiligen Öffentlichkeit. So wird etwa die rotgrüne Regierung in der BRD künftig versuchen, die "Begrenzung" der NATO-Zuständigkeit auf den "euro-atlantischen Raum" oder die "in der Regel" vorgesehene Anbindung von NATO-Interventionen an ein UNO- oder OSZE-Mandat als "friedenspolitischen Erfolg" gegen die "stiernackigen Amerikaner" zu verkaufen.

Atomwaffen - unverzichtbar

Zu Zeiten der Ost-West-Blockkonfrontation wurde das eigene gewaltige Nuklearpotential damit gerechtfertigt, daß es zur "Abschreckung" der ebenfalls massiv nuklear bewaffneten UdSSR unverzichtbar sei; diese Begründung war mit dem Ende der Ost-West-Konfrontation hinfällig. Es mußten neue Legitimationen für die Vorhaltung von Nuklearwaffen gefunden werden. Und sie wurden gefunden. Im neuen strategischen Konzept heißt es nunmehr: "Die Verbreitung von ABC-Waffen und ihrer Trägermittel gibt weiter Anlaß zu großer Sorge. (...) Das Bündnis weiß (...), daß dies eine direkte militärische Bedrohung der Bevölkerung, Hoheitsgebiete und Streitkräfte des Bündnisses darstellen kann" - zumal sich auch "nichtstaatliche Akteure (...) als fähig erwiesen (haben), einige dieser Waffen herzustellen und einzusetzen".

Hinter dieser Einschätzung steht das US-Konzept von "Schurkenstaaten" und "terroristischen Gruppen", die sich Massenvernichtungsmittel bereits zugelegt haben oder fieberhaft daran arbeiten, um ihre teuflischen Pläne auch mit millionenfachem Massenmord durchsetzen zu können. Diesen Schurken muß selbstverständlich Einhalt geboten werden - und dazu braucht man selber Nuklearwaffen, um die bösen Mächte abzuschrecken oder notfalls nuklear zu zerstören. "Counter-proliferation" heißt das im offiziellen Sprachgebrauch: Der Proliferation (Weiterverbreitung) von Massenvernichtungswaffen soll auch mit der Drohung (und notfalls dem Einsatz) eigener Nuklearwaffen begegnet werden. Was lehrt uns das? Es gibt gute Atomwaffen (die der NATO), und es gibt böse Atomwaffen (die aller anderen). Hier zeigt sich wieder die "Arroganz der Macht" wie schon beim Thema Militärinterventionismus: Es gibt gute Militärinterventionen (die der NATO), und es gibt böse (die aller anderen).

Die europäischen NATO-Staaten bleiben in die Nuklearstrategie einbezogen. Im neuen strategischen Konzept heißt es: "Die Präsenz konventioneller und nuklearer Streitkräfte der Vereinigten Staaten in Europa bleibt lebenswichtig für die Sicherheit Europas"; von einer Entnuklearisierung Europas kann also auch in Zukunft keine Rede sein, im Gegenteil: Das Bündnis wird "für die vorhersehbare Zukunft eine geeignete Zusammensetzung nuklearer und konventioneller Streitkräfte beibehalten, die in Europa stationiert sind und auf dem gebotenen Stand gehalten werden, wo dies erforderlich ist, wenngleich auf dem geringstmöglichen ausreichenden Niveau". Denn "die konventionellen Streitkräfte des Bündnisses allein können eine glaubwürdige Abschreckung nicht gewährleisten. Einzig Nuklearwaffen machen die Risiken jeglicher Aggression unkalkulierbar und unannehmbar. Sie sind daher nach wie vor von entscheidender Bedeutung für die Wahrung des Friedens". Nimmt man diese Argumentation ernst, müßte man eigentlich dafür eintreten, daß schleunigst alle Staaten der Welt Atomwaffen bekommen. Aber so ist es nun auch wieder nicht gemeint, schließlich gibt es ja "Gute" und "Böse" (s.o.).

Vom Verzicht auf Ersteinsatz (No first use) von Nuklearwaffen ist im neuen strategischen Konzept übrigens nicht die Rede, nicht einmal davon, daß die Nuklearwaffen "letztes Mittel" (Last resort) seien, worauf sich die NATO-Staaten immerhin schon einmal - auf dem Londoner Gipfel 1990 - verständigt hatten. Der grandiose Vorstoß des deutschen Außenministers Fischer (Grüne) vom letzten Herbst in dieser Frage ist also (zumindest erst einmal) erledigt. Es bleibt (vorerst) alles beim alten, d.h. die NATO behält sich die Option des Ersteinsatzes von Atomwaffen weiterhin vor.

Eine neue Rüstungsrunde

Wenn "Krisenbewältigung" einschließlich von "Krisenreaktionseinsätzen" zu einer Kernfunktion der NATO-Streitkräfte wird, dann müssen ihre Fähigkeiten auf diese Aufgabe hin optimiert werden. Das neue strategische Konzept postuliert folglich: "NATO-Streitkräfte müssen auch weiterhin fähig sein, die kollektive Verteidigung zu gewährleisten und gleichzeitig wirksame Krisenreaktionseinsätze, die nicht unter Artikel 5 fallen, durchzuführen (...) Einige Krisenreaktionseinsätze, die nicht unter Artikel 5 fallen, können ebenso hohe Anforderungen stellen wie einige kollektive Verteidigungsaufgaben" - sprich: Dabei kann es sich um ausgewachsene Kriege handeln, und das "weit vom Heimatstandort und auch jenseits des Bündnisgebiets".

Folglich bedarf es hochmoderner Expeditions- und Interventionstruppen. Und die werden auf der Grundlage dieses neuen strategischen Konzepts forciert aufgebaut werden. Kriegsminister Scharping hat ja für Deutschland bereits die Verstärkung der Krisenreaktionskräfte der Bundeswehr angekündigt. Die Stichworte zur Kennzeichnung der operativen Fähigkeiten solcher Streitkräfte gibt das Konzept vor, u.a.: Verlegefähigkeit und Mobilität, Durchhaltefähigkeit, Interoperabilität, Einsatz geeigneter Hochtechnologie, Informationsüberlegenheit, ausreichende Kapazitäten in den Bereichen Führung und Kommunikation, Aufklärung und Nachrichtengewinnung und Überwachung, Notwendigkeit eines hohen Grades von Verlegefähigkeit, Mobilität und Flexibilität". Deutlicher ist die Offensivausrichtung von Streitkräften kaum noch zu beschreiben. Mit "Verteidigung" hat das nichts mehr zu tun.

Die NATO-Strategie folgt auch hier US-amerikanischen Vorgaben. Dort läuft seit einiger Zeit unter dem Kürzel RMA (Revolution of Military Affairs) eine umfassende Modernisierung von militärischen Mitteln und militärischer Strategie, die die Streitkräfte zur High-tech-Kriegführung des nächsten Jahrtausends fit machen sollen. Von den europäischen Bündnispartnern, die technologisch noch weit hinterherhinken, erwartet die USA verstärkte Bemühungen, die militärtechnologische Lücke zu schließen, damit die Europäer auch künftig in der Lage sind, gemeinsam mit (und geführt von) den US-Streitkräften militärische Operationen durchzuführen.

Problematisch: Das transatlantische Verhältnis

Damit sind wir beim für die NATO künftig schwierigsten internen Problem angelangt: dem Verhältnis der "Partner" diesseits und jenseits des Atlantik. Auf der Oberfläche ist alles paletti: Die USA und die Westeuropäer stehen in Treue fest zueinander. Im neuen strategischen Konzept wird die transatlantische Partnerschaft mit großen Worten beschworen: "Das Bündnis verkörpert die transatlantische Bindung, die die Sicherheit Nordamerikas und die Sicherheit Europas auf Dauer verknüpft"; "die Sicherheit Europas und diejenige Nordamerikas sind unteilbar" usw. usf. Doch sind transatlantische Widersprüche unübersehbar. Vereinfacht und schematisiert gesagt: Die USA wollen ihren unangefochtenen Führungsanspruch in der NATO und vermittels der NATO für die Zukunft zementieren und zugleich die europäischen NATO-Staaten unter ihrer Führung stärker in die Pflicht nehmen (d.h., sie wollen die militärische Drecksarbeit nicht allein machen), sie streben eine "gerechtere Arbeits- und Lastenteilung" unter den Allianzmitgliedern an; "die" Europäer wollen sich (bis zu einem gewissen Grade) militärisch von der Führungsmacht USA emanzipieren, eigenständige(re) militärische Machtpotentiale und Interventionskapazitäten aufbauen und selber militärische Großmacht werden, um gegebenenfalls - je nach eigener Interessenlage - auch ohne die USA militärisch aktiv werden zu können oder sich Zumutungen der USA auf Mitmachen entziehen zu können.

Diese widerstreitenden Interessen auszubalancieren wird zusehends schwieriger. In der Vergangenheit hat man sich immer wieder mit Formelkompromissen beholfen. Im Prinzip ist das im neuen strategischen Konzept wieder der Fall. Doch geht der Trend eindeutig in Richtung verstärkter "Europäisierung", und damit in Richtung Intensivierung der transatlantischen Probleme. Noch versucht man, die divergierenden Interessen unter einen Hut zu bringen. Ob das auch in Zukunft gelingt, ist fraglich. Die Festschreibungen im neuen strategischen Konzept bilden jedenfalls lediglich eine Übergangssituation ab; die Dinge sind im Fluß.

Geeinigt hat man sich auf die verstärkte Entwicklung einer "europäischen Sicherheits- und Verteidigungsidentität innerhalb des Bündnisses", Kürzel: ESVI. Die europäischen Verbündeten sollen "im sicherheits- und verteidigungspolitischen Bereich mehr Verantwortung" übernehmen können. Das wiederum erfordere "eine enge Zusammenarbeit zwischen der NATO, der WEU und, falls und soweit angebracht, der Europäischen Union". Den europäischen Verbündeten solle dabei geholfen werden, "erforderlichenfalls eigenständig zu handeln durch die Bereitschaft des Bündnisses, von Fall zu Fall und im Konsens seine Mittel und Fähigkeiten für Operationen, in denen das Bündnis nicht militärisch engagiert ist, unter der politischen Kontrolle und strategischen Leitung entweder der WEU oder wie anderweitig vereinbart zur Verfügung zu stellen". Mit den CJTF-Hauptquartieren (Combined Joint Task Forces - Alliierte Streitkräftekommandos), die zur Führung von Militärinterventionen dienen, wurde bereits ein Instrument für solche eigenständigen europäischen Militärinterventionen geschaffen. Die Formel hierfür ist: "trennbare, aber nicht getrennte Fähigkeiten" ("separable but not separate").

Das soll heißen: Aus dem NATO-Instrumentarium sollen Elemente für europäische Interventionen heraustrennbar sein; nicht aber sollen die Europäer eigene, von der NATO getrennte Interventionskapazitäten aufbauen. Und das ist der entscheidende Punkt: Künftig sollen zwar rein europäische - WEU-, EU- oder anders

geführte - Operationen ohne Beteiligung der USA möglich sein, aber nur unter Rückgriff auf NATO-Arsenale und bei Zustimmung der USA. Und damit ist der eigenständigen europäischen Militärmacht (fürs erste jedenfalls) eine deutliche Grenze gezogen. Und nach Lage der Dinge - das heißt der klaren militärischen Übermacht und dem großen militärtechnologischen Vorsprung der USA gegenüber den Europäern - wird das erst einmal so bleiben. Der Krieg gegen Jugoslawien zeigt einmal mehr, daß die eindeutige Hauptlast militärischer Operationen von den USA getragen wird. Und auch künftig werden die Europäer in den Bereichen Aufklärung, Kommunikation, Informationskrieg u.a. stark von den USA abhängig bleiben, mithin wird ihre eigenständige Kriegführungsfähigkeit begrenzt bleiben. Und so geht zwar der Trend zur Europäisierung, noch und auf absehbare Zeit ist aber die Hegemonie der USA unangefochten und unanfechtbar.

Wie geht es weiter?

Gleichwohl werden "die Europäer" (2) verstärkt an der Herausbildung eigenständiger(er) militärischer Fähigkeiten arbeiten. Der eigenen Öffentlichkeit wird man das als "Friedenspolitik" verkaufen. Das zeichnet sich z.B. bei der rotgrünen Regierung der Bundesrepublik schon deutlich ab. Das Argument: Will man nicht immer jede Militärintervention im Schlepptau der USA mitmachen müssen, dann muß man sich auch sicherheitspolitisch und militärisch ein Stück weit von den USA lösen, und das wiederum geht nur, wenn man im europäischen Verbund das eigene sicherheitspolitische und militärische Gewicht erhöht. Eine Militarisierung der EU auf dieser Linie unter deutscher (und französischer) Führung steht ins Haus. Friedenspolitisch ist damit nichts gewonnen. Vielmehr bekommt man zum Teufel NATO noch den Beelzebub Militärmacht EU hinzu.

Diese Entwicklungen werden zwar - nicht zuletzt unter dem Eindruck des Krieges gegen Jugoslawien - die internen Widersprüche in der NATO verstärken, doch zerbrechen wird sie daran noch lange nicht. Der bisherige Kriegsverlauf stellt die NATO zweifellos auf eine harte Belastungsprobe. Sie ist zum Erfolg im Kosovo verdammt. Deswegen wird sie ihren Einsatz weiter steigern. Militärisch ist sie dazu zweifellos in der Lage; wenn sie will, kann sie Serbien selbstverständlich militärisch besiegen. Entscheidend wird für die zukünftige Entwicklung der NATO, wie sie den Krieg zu Ende bringt und ob es ihr gelingt, dieses Ende nach außen (und in der internen Diskussion!) als Erfolg zu verkaufen. Wenn das nicht klappt, wird sie zweifelsohne in schwere Gewässer geraten. Dann werden sich die internen Differenzen massiv verstärken. Zur Zeit wahren alle Beteiligten die Bündnisräson und versuchen nach außen das Bild eines monolithischen Blocks abzugeben. Entsprechend zurückhaltend und lahm fällt auch die bisherige Debatte um das neue strategische Konzept aus. Doch braucht es nicht viel Vorstellungskraft, um sich auszumalen, daß für die Zeit "danach" (nach Ende des Krieges) hinter den Kulissen bereits die Messer gewetzt werden. Geht die NATO ohne vorzeigbaren Erfolg aus dem Krieg hervor, bekommt insbesondere die Führungsmacht USA Probleme. Doch selbst dann - also beim für die NATO und die USA denkbar schlechtesten (aber auch eher unwahrscheinlichen) Fall - wäre die hegemoniale Position der USA immer noch so stark, daß sie weiterhin in der Lage wären, den Laden unter ihrer Führung zusammenzuhalten. Wer heute von den USA als Hegemonialmacht im Abstieg redet, wird sich vor der Geschichte so ähnlich blamieren wie der olle Lenin, der den Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus fehl-eingeschätzt hat.

Für antimilitaristische Politik eröffnen die Widerspruchsentwicklung innerhalb der NATO und der Kriegsverlauf auf dem Balkan zwar Chancen, aber auf einen aus inneren Widersprüchen resultierenden Zusammenbruchs-Automatismus bei der NATO zu setzen, wäre fatal. Die NATO loswerden und eine sich herausbildende Militärgroßmacht Europa dazu - das müssen "die Massen" / "die Zivilgesellschaft" / "die neuen sozialen Bewegungen" / "die Arbeiterklasse" / etc.pp schon selber tun. Und dazu brauchen sie einen langen Atem.

Vo

Anmerkungen:

1) Dieses und alle folgenden Zitate aus: Das Strategische Konzept des Bündnisses, in: Presse- und Informationsamt der Bundesregierung. Bulletin Nr.24, Bonn, 3.Mai 1999, S.222-231.

2) "Die Europäer" ist selbstverständlich eine Vereinfachung; auch unter den europäischen NATO-Staaten gibt es Differenzen. Großbritannien pflegt seine "special relationship" zu den USA - wie sich im Krieg gegen den Irak und gegen Jugoslawien einmal wieder zeigt. Frankreich steht traditionell für einen betont "europäischen", gaullistischen Kurs. Deutschland zierte sich bisher als "Weltkind in der Mitten", wird künftig aber verstärkt auf

die "europäische Karte" (im Bündnis mit Frankreich) setzen, um seine Hegemonialposition in Europa auszubauen. Die kleineren Staaten lehnen sich z.T. an die USA als Gegengewicht gegen deutsch-französische Machtgelüste an, z.T. favorisieren sie die "Europäisierung". Eine genauere Analyse dieser Positionen und Divergenzen würde den Rahmen dieses Artikels sprengen, bleibt gleichwohl Desiderat.

6. 50 Jahre NATO - das Beispiel Griechenland

Autor: Kostas, Hamburg · Rubrik: NATO und NATO-Strategien; Griechenland · CD-Datei: daten/aksuche/ak427/06.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:427:06

Griechenland trat der NATO im Februar 1952 bei - drei Jahre nach ihrer Gründung und gleichzeitig mit der Türkei. Die innenpolitische Auseinandersetzung stand noch im Zeichen des 1949 beendeten Bürgerkrieges. Die Terrorisierung der linken Kräfte nahm kein Ende.

Kurz nach Griechenlands NATO-Beitritt stand der Kommunist N. Belogiannis zum zweiten Mal vor dem Militärgericht. Er wurde als Sowjet-Spion zum Tode verurteilt und schließlich hingerichtet. Das politische Geschehen im Lande wurde maßgeblich bestimmt von der Armee (geleitet von der paramilitärischen Organisation IDEA), dem militärischen Geheimdienst KYP (direkt der CIA untergeordnet), der Polizei, der Miliz TEA und besonderen Terrorgruppen, die bei Wahlkämpfen eingesetzt wurden.

Trotz Verfolgung formierte sich die linke Bewegung und nahm als EDA (Vereinigte Demokratische Linke) an den Parlamentswahlen teil. Es reichte, die Zeitung dieser Partei, Avgi, zu lesen, um als Kommunist abgestempelt und bespitzelt zu werden. Die Repressionsmaßnahmen setzten bei dem "Gesinnungszeugnis" an, das u.a. für die Ausstellung des Reisepasses oder die Arbeitsplatzsuche unentbehrlich war. Sie reichten bis zur Einweisung in ein Internierungslager ohne Gerichtsurteil.

Viele Inseln wie Makronissos, Lesbos und Ai-Stratis sind in Griechenland ein Begriff für Verbannung und Folterung der Linken. Die Insel Jaros ist als das Konzentrationslager für Linke in die griechische Geschichte eingegangen. Dieses KZ-ähnliche Lager wurde erst nach dem Fall der griechischen Diktatur 1974 endgültig geschlossen.

Im Mai 1963 wurde nach einer Versammlung der Friedensbewegung in Thessaloniki der populäre EDA-Abgeordnete und Friedensmarathonläufer Grigoris Lambrakis auf offener Straße niedergeschlagen und danach von einem Lastwagen überfahren. Ein politischer Mord - geplant von der Polizei, durchgeführt von faschistischen Banden. Bei den Wahlen vom Februar 1963 gewann die Partei der Zentrumsunion (EK) die absolute Mehrheit. Ihre Regierung versuchte innerhalb der Grenzen der westlichen "Demokratie" das politische Leben in Griechenland zu reformieren. Die USA, die Armee und der König sahen ihre Interessen dadurch gefährdet. Durch Intrigen der Rechten und des Palastes wurde die Regierung gestürzt. Eine Welle von Demonstrationen und Kundgebungen für mehr Rechte und Demokratie erschütterte das Land. Die Polizei verletzte bei diesen Kundgebungen Hunderte von Menschen und provozierte weiteren Widerstand der Linken. Im Juli 1965 wurde das führende Mitglied der linken Lambrakis-Jugend von der Polizei ermordet.

Am 21. April 1967 - einen Monat vor den Neuwahlen, bei denen die Zentrumsunion wahrscheinlich wieder die Mehrheit erhalten hätte - ergriff eine Junta von Obristen die Macht. Die "Revolution vom 21. April", wie die Militärs ihren Putsch nannten, wurde nach dem NATO-Plan "Prometheus" durchgeführt, der zur "Abwehr einer kommunistischen Aggression" ausgearbeitet worden war.

Am 17. November 1973 rollten wieder die Panzer in Athen und ertränkten den Aufstand der Studenten, die das Polytechnikum drei Tage besetzt gehalten hatten, in Blut. Hauptparole der Studenten war: "Brot, Bildung, Freiheit". Im Juli 1974 putschte die griechische Junta unter Führung der Militärpolizei in Zypern gegen Erzbischof Makarios. Fünf Tage später begann der NATO-Staat Türkei mit der längst vorbereiteten Invasion in Zypern und der Vertreibung der griechisch-zypriotischen Bevölkerung aus dem Nordteil der Insel. Die Gefahr eines Krieges zwischen den beiden NATO-Partnern rückte in greifbare Nähe. Daß es nicht dazu kam, liegt nicht daran, daß etwa die NATO interveniert hätte. Vielmehr verweigerten Offiziere der griechischen Armee der Junta die Gefolgschaft. Die Diktatur brach zusammen, und der ehemalige Ministerpräsident und Schützling der USA, Karamanlis, wurde aus dem Exil zurückgerufen und mit der Bildung einer Zivilregierung beauftragt.

Eine Demokratisierung des Militärapparates hat jedoch nicht stattgefunden. Die Träger der Diktatur genießen bis heute Straffreiheit - abgesehen von 19 Personen, die unmittelbar am Putsch vom 21. April 1967 beteiligt waren bzw. denen Folterungen in der Zeit danach nachgewiesen werden konnten.

Im November 1974 gewann Karamanlis die ersten "freien" Wahlen nach der Diktatur unter dem Motto "Karamanlis oder die Panzer". Im Oktober 1981 fand der "Wechsel" statt. Die Wahlen brachten die PASOK

(Panhellenische Sozialistische Bewegung) von Andreas Papandreou an die Macht. Eines der Hauptwahlversprechen von PASOK war der Austritt Griechenlands aus der NATO und das Schließen der NATO-Militärbasen in Griechenland.

Kaum an der Regierung, unterschrieb die PASOK einen neuen Vertrag, der den Verbleib der US-amerikanischen und NATO-Militärbasen in Griechenland sicherte und damit die weitere Mitgliedschaft Griechenlands in der NATO. Alle diese Jahre wurde die Feindschaft zwischen den NATO-Mitgliedsländern Griechenland und Türkei aufrechterhalten. Die Scharmützel in der Ägäis sind Bestandteil des Lebens beider Völker geworden. Die gegenseitige militärische Aufrüstung der "Partner" läuft auf Hochtouren und füllt die Kassen der Rüstungsindustrie.

Gegenwärtig macht die Regierung mitbei den Plänen der NATO, Jugoslawien zu zerstückeln - trotz der eindeutigen Meinung in der griechischen Bevölkerung:

Nach einer Umfrage sind 96% der Griechinnen und Griechen gegen diesen Krieg. Schon seit langem hat die Regierung Hafen und Flughafen von Thessaloniki den Angriffskräften der NATO zur Verfügung gestellt. Ein Sturm von Demonstrationen und Kundgebungen - vor der US-Botschaft, NATO- und Eu-Einrichtungen -, Konzerten sowie Arbeitsniederlegungen aus Protest gegen diese Politik hält immer noch an.

Schon gleich nach Beginn der Demonstrationen wurde mit einem Beschluß des höchsten griechischen Gerichts Arios Pagos das Demonstrationsrecht verschärft. Ministerpräsident Simitis aber hat die Parole ausgegeben "Erst die Interessen Griechenlands" (zum Glück nicht "Griechenland über alles") und unterschreibt alle Resolutionen der NATO ohne besonderen Widerstand. Das ist die Demokratie, die die NATO verteidigen möchte. Das ist die Demokratie, die die NATO anderen Ländern aufzwingen will. Übrigens: Der Begriff "Demokratie" wurde von den alten Athenern eingeführt, als sie über 200.000 Sklaven hielten.

Kostas, Hamburg

7. Auschwitz im Kosovo? Zur Gleichsetzung von Massenvertreibungen mit der NS- Vernichtungspolitik

Autor: ZAK Tübingen · Rubrik: Kosovo-Krieg · CD-Datei: daten/aksuche/ak427/08.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:427:08

Mit dem Leitsatz "Nie wieder Auschwitz" haben unter anderem die deutschen Minister Fischer und Scharping mehrfach den NATO-Angriffskrieg gegen Jugoslawien begründet. In den vergangenen Wochen sind die Vergleiche zwischen Milosevic und Hitler allerdings wieder seltener geworden - vielleicht eine Reaktion auf die öffentlichen Proteste von KZ-Überlebenden (siehe Kasten). Ein Beitrag des ZAK Tübingen von Mitte Mai.

Die Kriegsherren der NATO ziehen immer wieder Parallelen zwischen dem deutschen Nationalsozialismus und dem serbischen Nationalismus und begründen damit ihren Luftkrieg gegen Jugoslawien. Da ist von "Faschismus", "Konzentrationslagern" und von "Bildern wie aus Schindlers Liste" die Rede. Und es wird betont: "Nie wieder Auschwitz" - als ob dies im Kosovo unmittelbar bevorstand. Auch in anderen Ländern wird bisweilen die Rechnung "Milosevic = Hitler" aufgemacht, aber in Deutschland wird dies besonders vehement vertreten.

Diese Gleichsetzung ist falsch. Sie dient der Verteufelung des Kriegsgegners und soll den Einsatz praktisch aller militärischen Mittel gegen Jugoslawien rechtfertigen. Die Gleichsetzung verharmlost den deutschen Nationalsozialismus und führt zu einer "Entsorgung" der deutschen Geschichte - ausgerechnet durch "Rot-Grün".

1. Auschwitz war keine Vertreibung

Bisher hat noch niemand behauptet, daß die Serben im Kosovo Gaskammern betreiben. Scharping und Fischer sind klug genug, ihre Vergleiche mit dem NS nicht an konkreten Fakten festzumachen. Statt dessen wird mit Assoziationen gearbeitet, mit nicht genau definierten Begriffen ("KZ") und mit erschreckenden Bildern (überfüllte Deportationszüge). Wer hierzulande Begriffe wie "KZs" gebraucht, will damit nicht etwa große Gefangenenlager, in denen Inhaftierte mißhandelt und viele getötet werden, bezeichnen, sondern geht stillschweigend davon aus, daß damit Vernichtungslager assoziiert werden.

Damit wird die Beweislast umgekehrt: Nicht mehr Scharping muß begründen, warum er von "KZs" spricht und was dort genau passiert, sondern wir müssen argumentieren, weshalb Mord und Vertreibung im Kosovo etwas anderes sind als das Vernichtungsprogramm der Nazis.

Bisweilen wird uns dann vorgeworfen, wir spielten die Verbrechen im Kosovo herunter. Das ist nicht so. Die Vertreibung von Hunderttausenden und die Ermordung von zahllosen Kosovo-AlbanerInnen (wieviele es sind, werden wir wohl nie erfahren) sind grausame Verbrechen. Trotzdem bestehen wir auf der Feststellung: Vernichtung ist etwas anderes als "ethnische Säuberung". Die Züge mit jüdischen Deportierten fuhren in die Vernichtungslager, die Züge mit Kosovo-Vertriebenen fahren an die Grenze. Und die Morde und Quälereien, die serbische Einheiten und Banden im Kosovo verüben, haben eine andere Dimension als das Vernichtungsprogramm der Nazis. (Daß dies für die einzelnen KosovarInnen, die gequält, vergewaltigt oder ermordet werden, kein "Trost" ist, liegt auf der Hand. Aber es geht hier darum, welche historischen Parallelen gezogen werden).

"Auschwitz war keine Vertreibung, Auschwitz war auch kein gewöhnliches Kriegsverbrechen. Auschwitz war die industriell betriebene physische Vernichtung der europäischen Juden, von den Betreibern durchaus korrekt ‚Endlösung` genannt." (Allg. Jüdische Wochenzeitung, 15.4.1999). Zur "Endlösung" gehörten auch die Morde in den Ghettos und die Einsatzgruppen-Massaker hinter der "Ostfront".

Daß es nötig ist, den Scharpings und Fischers solche Klarstellungen entgegenzuhalten, ist bitter. Es zeigt, daß es seit 1945 nicht gelungen ist, ein Bewußtsein über das zuvor Geschehene gesellschaftlich zu verankern - ein Versäumnis auch der politischen Linken. "Auschwitz" galt bestenfalls als Metapher für unbegreiflichen und unbeschreiblichen Schrecken. Nur so ist es jetzt möglich, daß Auschwitz heute als Begriff für ganz andere Kriegsverbrechen herhalten kann. Die Singularität der NS-Vernichtungspolitik wird damit geleugnet.

Die mörderische Vertreibungspolitik ("ethnische Säuberung") im Kosovo ist leider nicht einzigartig. In Türkisch-Kurdistan hat das türkische Militär in den vergangenen 15 Jahren Zehntausende Menschen getötet,

zwei Millionen vertrieben und 4.000 Dörfer dem Erdboden gleichgemacht. Kroatische Truppen vertrieben 1995 binnen weniger Tage mehrere hunderttausend SerbInnen aus der Krajina. Und 1994 wurden in Ruanda binnen weniger Wochen etwa eine halbe Million Menschen getötet und mehr als eine Million aus dem Land vertrieben. Bemerkenswerterweise vergleichen deutsche Politiker die gegenwärtigen Verbrechen im Kosovo nicht mit diesen Beispielen, sondern ziehen als Begründung für den ersten Krieg, den Deutschland seit 1945 führt, ausgerechnet "Auschwitz" heran.

(Bisweilen ziehen auch Kriegsgegner leichtfertige historische Parallelen. Aber auch die Gleichsetzung der deutschen Kriegspolitik auf dem Balkan 1941-1944 mit dem heutigen NATO-Krieg verharmlost den NS. Auch Schröder ist kein "zweiter Hitler".)

2. Wozu dient der aktuelle Auschwitz-Vergleich?

Die NATO-Kriegsherren wollen angeblich ein "zweites Auschwitz" im Kosovo verhindern. Damit können sie alle militärischen Mittel rechtfertigen, die sie wollen. Wenn es konkret definierte Kriegsziele gibt, dann lassen sich die Gegenmaßnahmen daran messen: Sind die Gegenmittel verhältnismäßig? Haben sie die erhoffte Wirkung? (z.B.: Wenn es konkret darum ginge, die Massenvertreibung zu stoppen, dann wäre es offensichtlich, daß ein Luftkrieg ein ungeeignetes Gegenmittel ist. Wenn es darum ginge, ein bestimmtes Territorium als Siedlungsgebiet für seine Bewohner zu erhalten, dann wäre es offensichtlich verkehrt, dieses Territorium in Schutt und Asche zu bomben und zu verseuchen).

Aber wenn es gegen "Auschwitz" geht, also gegen ein unfaßbar schreckliches Verbrechen, dann erübrigt sich auch die Frage nach der Verhältnismäßigkeit der Mittel. Dann ist auch ein Bruch des Völkerrechts akzeptabel, dann kommen auch Splitterbomben und Urangeschosse zum Einsatz.

Daß Scharping und Fischer ihre Auschwitz-Vergleiche selbst nicht ganz ernst nehmen, zeigt sich schon daran, daß sie eben doch nur bestimmte militärische Mittel wählen und andere nicht. Wenn es "im Norden von Pristina" tatsächlich ein KZ gibt (Scharping), warum werden dann nicht auch Bodentruppen eingesetzt, um die Gefangenen zu befreien? Und warum wird den Flüchtlingen eine Aufnahme in Westeuropa verweigert?

Der Auschwitz-Vergleich dient zur emotionalen Mobilisierung der "Heimatfront", also der deutschen Öffentlichkeit. Mit Hitler konnte man damals nicht verhandeln, also jetzt auch nicht mit Milosevic. In Deutschland kommt hinzu, daß mit der "antifaschistischen" Begründung des aktuellen Krieges das gesellschaftliche "schlechte Gewissen" verdrängt wird, das nach den deutschen Verbrechen im Zweiten Weltkrieg (gerade auch gegen SerbInnen) womöglich doch noch existiert. Jetzt macht die Bundeswehr die Verbrechen der Wehrmacht wieder gut, sie übt tätige Reue. Die Deutschen haben zwar nicht das "erste Auschwitz" bekämpft und verhindert, aber wenigstens tun sie es diesmal. Damit stellt sich Deutschland nachträglich auf die Seite der Opfer. Scharping "imaginiert sich selbst als antifaschistischen Kommandeur, der die Zufahrtswege nach Auschwitz bombardieren läßt" (Günther Jacob). Dadurch wird die deutsche Geschichte entsorgt.

Bemerkenswerterweise ziehen die Rot-Grünen genau die entgegengesetzte Schlußfolgerung aus der deutschen Geschichte wie ihre Vorgänger. Kohl und Rühe argumentierten noch: Wegen Auschwitz muß sich Deutschland international zurückhalten. Gerade auf dem Balkan (wo die Wehrmacht gewütet hat) sollen keine deutsche Soldaten in Kampfeinsätze geschickt werden. Diese Argumentation mag nur taktisch gewesen sein, aber es gab sie.

Anders Rot-Grün. Aus ihrer Sicht darf sich Deutschland wegen Auschwitz gerade nicht zurückhalten, sondern ist zur "humanitären Intervention" geradezu verpflichtet.

Während die Konservativen die Militarisierung der BRD in der Regel mit "nationalen Interessen" begründen, ist diese Argumentation für die Rot-Grünen problematisch. Deswegen müssen sie um so heftiger die "Moral-Schiene" bedienen, müssen humanitäre (und jetzt eben auch "antifaschistische") Begründungen heranziehen.

Aber was wäre, wenn der Vergleich doch richtig wäre? Wenn es im Kosovo tatsächlich ein "zweites Auschwitz" gäbe? An diesem Punkt geben wir Fischer und Scharping recht: Die Geschichte hat gezeigt, daß der NS-Völkermord erst durch die militärische Gewalt der Alliierten beendet, daß die Befreiung erst durch die bedingungslose Kapitulation erreicht wurde (auch wenn die Alliierten weniger von humanitären als von

machtpolitischen Motiven geleitet wurden). Aber: Die Alliierten hatten damals schon im Vorfeld versagt. Die Alternative zur Appeasement-Politik wäre nicht sofortiger Luftkrieg gewesen (wie uns die heutigen Kriegspolitiker weismachen wollen), sondern die systematische Isolierung Nazideutschlands: Wirtschaftssanktionen, Solidarität mit der demokratischen Regierung in Spanien gegen die Franco-Putschisten, Schließung der Ford-Fabriken, Unterstützung der antifaschistischen Opposition, etc. Nicht einmal zu einem Olympia-Boykott hat es damals gereicht.

3. Auschwitz-Vergleich und "Berliner Republik"

Der aktuelle "Auschwitz-Vergleich" paßt zu den Bemühungen um eine "Normalisierung" Deutschlands (siehe auch die "Walser-Debatte" im Herbst 1998 und die aktuelle Debatte um ein Holocaust-Mahnmal in Berlin). Wenn Milosevic Hitler gleicht, wenn die Serben im Kosovo eine Endlösung planen oder durchführen, dann verlieren die deutschen Verbrechen 1933-1945 ihre Einzigartigkeit. Wenn es überall "Hitlers" gibt, dann ist Deutschland ein ganz normales Land, dann hat Deutschland eben seine historischen "Schattenseiten" wie andere Länder auch.

Andererseits bekräftigen Scharping und Fischer ja gerade eine deutsche Sonderrolle, wenn sie immer wieder an die NS-Verbrechen erinnern. (Deswegen vermeiden die meisten Konservativen die Gleichsetzung "Milosevic = Hitler", weil sie erst gar nicht mehr an den Nationalsozialismus erinnern wollen.)

Aber wahrscheinlich hat der "Auschwitz-Vergleich" nun ohnehin seine Schuldigkeit getan. Mit Scharping und Fischer ist das deutsche Militär jetzt "antifaschistisch" geworden und hat sich sozusagen mit Verspätung auf die Seite der Alliierten geschlagen. Damit ist Deutschland jetzt eine normale Großmacht, wie USA, Frankreich oder England eben auch und braucht beim nächsten Mal zur Legitimation keine "Hitlers" als Gegner mehr.

Auch nach innen sind die Tabus gebrochen. Das grundgesetzliche Verbot eines Angriffskriegs (eine Konsequenz aus der Nazi-Geschichte) ist (um "Auschwitz" im Kosovo zu verhindern) praktisch aufgehoben. Für künftige "humanitäre Interventionen" wird die antifaschistische Begründung nicht mehr benötigt.

Wohl kaum jemand dürfte über die aktuelle Gleichsetzung "Vertreibung = Völkermord" mehr Genugtuung empfinden als die deutschen Vertriebenenfunktionäre. Denn wenn die Vertreibung im Kosovo "Auschwitz" gleicht, dann gilt dies auch für die millionenfache Flucht und Vertreibung der Ostdeutschen 1944/45. Für diese Gleichsetzung haben die Revanchistenverbände über 50 Jahre lang gekämpft, jetzt wird sie ihnen von Rot-Grün geschenkt.

Die Entsorgung der Geschichte hätte die alte Bundesregierung nie geschafft. Die CDU (zumindest ihre Stahlhelm-Fraktion) verkörperte die Nazi-Kontinuitäten in der BRD. Ihnen hätte niemand (weder im Inland noch im Ausland) die "Nie wieder Auschwitz"-Parolen abgenommen. Die konservativen Versuche, die Nazi-Verbrechen zu relativieren (z.B. im "Historikerstreit" der 80er Jahre), sind immer wieder gescheitert - auch am Widerspruch von Sozialdemokratie und Grünen gegen die Rechten.

Jetzt verharmlosen die Rot-Grünen in ihrem Kriegstaumel selbst den NS - und präsentieren sich dabei noch als geborene Antifaschisten. Die "Alt-68er" Schröder, Fischer, Scharping und Co. bezeichnen jetzt "Nie wieder Auschwitz" als ihr "Lebensmotto". Dieselbe Bundesregierung feilscht derweil mit den wenigen überlebenden früheren Zwangsarbeitern um ihre Rechtsansprüche auf Entschädigung. Ein solchermaßen "normalisiertes" und "entsorgtes" Deutschland macht uns alle Sorgen.

ZAK Tübingen, 15. Mai 1999

Kontakt: Belthlestr. 40, 72070 Tübingen

8. Gegen eine neue Art der Auschwitz-Lüge. Holocaust-Überlebende zu angeblichen Parallelen Auschwitz/Kosovo

Autor: E. Bejarano u.a · Rubrik: Kosovo-Krieg · CD-Datei: daten/aksuche/ak427/32.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:427:32

Den folgenden "Offenen Brief an die Minister Fischer und Scharping" veröffentlichten 15 Holocaust-Überlebende (darunter Esther Bejarano, Kurt Goldstein und Peter Gingold) am 23. April 1999 als ganzseitige Anzeige in der Frankfurter Rundschau. (Kontakt: Peter Gingold, Reichsfortstraße 3, 60528 Frankfurt/M.)

Sehr geehrter Herr Außenminister!

Sehr geehrter Herr Verteidigungsminister!

Der Verteidigungsminister hatte bereits vor der völkerrechtswidrigen Aggression der NATO gegen Jugoslawien, an der die Bundeswehr in verfassungswidriger Weise teilnimmt, bei einem Bundeswehrbesuch in Auschwitz gesagt: Um ein neues Auschwitz zu verhindern, "ist die Bundeswehr in Bosnien", und daß sie darum "wohl auch in das Kosovo gehen" wird. In Erklärungsnot geraten, berief sich auch der Außenminister auf die neue Art der Auschwitzlüge, um den verhängnisvollen Verstoß gegen die gerade auf Grund der Lehren von faschistischem Krieg und Holocaust geschaffene UN-Charta zu begründen.

Wir Überlebenden von Auschwitz und anderen Massenvernichtungslagern verurteilen den Mißbrauch, den Sie und andere Politiker mit den Toten von Auschwitz, mit dem von Hitlerfaschisten im Namen der deutschen Herrenmenschen vorbereiteten und begangenen Völkermord an Juden, Sinti und Roma und Slawen betreiben. Was Sie tun, ist eine aus Argumentationsnot für Ihre verhängnisvolle Politik geborene Verharmlosung des in der bisherigen Menschheitsgeschichte einmaligen Verbrechens.

Diese Ihre Vorgehensweise soll offenbar einen schwerwiegenden und nicht entschuldbaren Verstoß gegen die Charta der Vereinten Nationen rechtfertigen. Die gegen Deutschland und Japan siegreichen Völker haben sich diese Charta 1945 gegeben, um "künftige Geschlechter vor der Geißel des Krieges zu bewahren, die zweimal zu unseren Lebzeiten unsagbares Leid über die Menschheit gebracht hat" das bekanntlich von deutschem Boden ausging. Sie beschlossen, die "Kräfte zu vereinen, um den Weltfrieden und die internationale Sicherheit zu wahren".

Weltfrieden und internationale Sicherheit werden jetzt gefährdet, indem gegen ein Gründungsmitglied der UNO Krieg geführt wird, Krieg von deutschem Boden aus, Krieg gegen ein Land, das größte Opfer im Kampf gegen Hitler erbrachte und Unschätzbares zur Befreiung Europas vom Faschismus leistete. Sich als Begründung für einen solchen Krieg auf Auschwitz zu berufen, ist infam.

Das Vorgehen der jugoslawischen Führung gegen albanische Minderheiten verstößt gegen die Menschenrechte. Wir verurteilen es. Wir verurteilen es, wie wir das Vorgehen der türkischen Regierung gegen die Kurden verurteilen und das Vorgehen der israelischen Führung gegen die Palästinenser verurteilt haben. Stets haben wir gefordert - und wir tun es auch jetzt - daß dagegen mit den Mitteln vorgegangen wird, die der UNO zu Gebote stehen. Wer die antifaschistische, den Menschenrechten verpflichtete Rolle der UNO nicht nutzt, sondern die UNO ausschaltet und schwächt, der hat jedes Recht verloren, sich auf antifaschistische Postulate wie "Nie wieder Auschwitz" zu beziehen, zumal er damit zugleich das Recht zum Krieg begründet. Die Folgen eines solchen Handelns werden ein Wiedererwachen der Kräfte sein, die 1945 entscheidend geschlagen zu sein schienen.

Sehr geehrte Herren Minister!

Wir fragen Sie angesichts Ihrer Verlautbarungen und politischen Praxis:

Soll vergessen sein, daß in diesem Jahrhundert zweimal über Serbien von deutschem Boden aus Vernichtung und Verwüstung hinweggingen? Soll vergessen sein das Massaker an einer Million Serben, begangen von deutschen Nazis im Zweiten Weltkrieg und ihren in- und ausländischen willigen Vollstreckern? Nach den Juden hatten die Slawen in Serbien - gemessen an ihrer Gesamtbevölkerung - die meisten Opfer zu beklagen.

Soll vergessen sein, daß die Zerschlagung Serbiens von 1914 bis 1918 jenem Heeresgruppenbefehlshaber und Totenkopfhusaren August von Mackensen übertragen war, der 1915 und dann immer wieder das "rücksichtslose Vorgehen" gegen die serbische Bevölkerung befahl und der dann Hitler bis zuletzt als Propagandist half - bis zum Aufruf zum Opfertod der Jugendlichen als Volkssturm - und nach dem die Bundeswehr noch immer eine Kaserne in Hildesheim benennt?

Soll vergessen sein, daß nicht nur kaiserliches Heer, Reichswehr und Wehrmacht erprobte Serbenschlächter in ihren Reihen hatten, sondern auch die Bundeswehr? Wir verweisen auf Wehrmachtsoberst Karl-Wilhelm Thilo, der in der Bundeswehr höchster General und Kommandeur der 1. Gebirgsdivision - jener Division, die nun wieder auf dem Balkan die deutsche Fahne vertritt - sowie stellvertretender Heeresinspekteur wurde. Er unterzeichnete Massenmordbefehle gegen Jugoslawen, und er schrieb mit an Büchern, die in der Bundeswehr kursierten, um den Völkermord zu preisen, so H. Lanz (Hg.) "Gebirgsjäger - Die 1. Gebirgsjäger- Division 1935/1945".

Soll vergessen sein, daß der Krieg der Bundeswehr gegen Serbien eindeutig gegen das Völkerrecht verstößt, nicht nur gegen die UN-Charta, sondern auch den NATO-Vertrag, die Schlußakte von Helsinki, gegen das Grundgesetz und den Zwei-plus-vier-Vertrag? Deutschland hat sich immer wieder zur Einhaltung der UN-Charta verpflichtet und sie nun mit dem Angriff auf Jugoslawien mit Füßen getreten. Die Bundeswehr verstieß gegen die Befehle aus dem politischen Raum. "Darüber hinaus hat die Bundesregierung das Verbot der Führung eines Angriffskriegs bekräftigt" (Aus dem Zwei-plus-vier-Vertrag vom 12. September 1990, zitiert nach "Weißbuch 1994" der Bundeswehr).

Soll vergessen sein, daß Jugoslawien mit dem Krieg zur Unterzeichnung eines Vertrages gezwungen werden soll, der nur mit dem Münchner Diktat von 1938 verglichen werden kann, mit dem die CSR zerstört wurde, wie heute Jugoslawien zerstört werden soll? "Ein Vertrag ist nichtig, wenn sein Abschluß durch Androhung oder Anwendung von Gewalt unter Verletzung der in der Charta der Vereinten Nationen niedergelegten Grundsätze des Völkerrechts herbeigeführt wurde." So heißt es im Wiener Übereinkommen über das Recht der Verträge, Artikel 52.

Wir fordern entschieden: Schluß mit dem Krieg gegen Jugoslawien, und als Sofortmaßnahme: Einstellung der Bombardements. Verhandeln statt schießen. Wir fordern die Wiederherstellung der UN-Charta und Stärkung der UNO. Dies als Beitrag zur Verwirklichung und Verteidigung der antifaschistischen Errungenschaften der Völker.

9. Der Krieg im Kosovo begann nicht erst im März. Interview mit Manfred Kühle

Rubrik: Kosovo-Krieg · CD-Datei: daten/aksuche/ak427/09.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:427:09

Manfred Kühle, früher Aktivist der Friedensbewegung in Hamburg, arbeitet seit 1992 als Flüchtlingsberater bei der Diakonie in Lüchow-Dannenberg und ist zuständig für dezentral untergebrachte Flüchtlinge in Lüneburg. Er war in diesem und im vergangenen Jahr mehrmals im Kosovo unterwegs.

Frage: Seit wann bist du durch deine Arbeit mit dem Kosovo-Konflikt konfrontiert?

Manfred Kühle: Seit 1992. Spätestens Anfang 1998 war ich dann gezwungen, mich intensiver mit der Situation zu beschäftigen, weil die kosovo-albanischen Flüchtlinge aus Lüchow-Dannenberg sagten: Ihr müßt uns helfen. Das war unmittelbar nach dem Massaker in Drenica im Februar 1998, als die Entwicklung hin zu einem Krieg offensichtlich wurde, der dann spätestens im Juni vergangenen Jahres eskalierte.

Du sprichst für 1998 von Krieg. Gerade in der Linken ist das ja ziemlich umstritten. Viele behaupten, die Katastrophe sei eigentlich erst mit dem NATO-Angriff auf Jugoslawien eingetreten. Kann man wirklich schon 1998 von Krieg im Kosovo sprechen?

Es war ein Krieg. Es sind 40.000 Häuser zerstört worden, es sind hunderttausende durch den Kosovo getrieben worden. Sie sind eingeschlossen gewesen in der Hochebene. Damals hatten nur sehr wenige die Gelegenheit zur Flucht. 30.000 bis 40.000 Menschen sind nach Montenegro geflüchtet und 5.000 bis 10.000 nach Albanien, wo sie vor allem bei Gastfamilien untergekommen sind. Damals ging das noch wesentlich ohne Flüchtlingslager ab. Aber die Situation des Eingeschlossenseins, wie sie jetzt für hunderttausende wieder vorhanden ist, gab es bereits letztes Jahr.

Und das war das Ergebnis einer planvollen, von oben angeordneten Politik?

Natürlich. Anders ist das gar nicht zu erklären. Es hat seit 1996 einzelne Angriffe gegeben von einzelnen Leuten, die sich UCK nannten, Angriffe auf serbische Einrichtungen. Man hat diese Angriffe genutzt, um gegen die kosovo-albanische Bevölkerung einen Krieg zu beginnen, der lediglich von einer "OSZE-Pause" im Winter unterbrochen worden ist. Einzelne "terroristische" Übergriffe von UCK-Kämpfern sind genutzt worden, um einen Vertreibungskrieg, heute partiell einen Vernichtungskrieg gegen die albanische Bevölkerung zu beginnen. Es waren damals nur einige Hundert Menschen Mitglieder der UCK. Erst nach der Eskalation durch das Massaker in Drenica haben die Menschen ihre Waffen aus den Kellern geholt oder sich welche besorgt und haben sich dann sozusagen naturwüchsig als Dorfbeschützer dieser Organisation UCK angeschlossen und sich selber zu Mitgliedern der UCK erklärt, ohne daß sie in Kommandostrukturen eingebunden gewesen wären. Die Zahl der UCK-Kämpfer ist dann seit Frühjahr 98 von wenigen Hundert auf mehrere Zehntausend gestiegen. Das war eine spontane Reaktion auf den Krieg gegen die Bevölkerung.

Du sagst, die Vertreibung hat 1998 massiv eingesetzt. Kann man sagen, daß damals schon das Ziel bestand, die gesamte albanische Bevölkerung aus dem Kosovo zu vertreiben?

Ich habe natürlich keinen Einblick in die Archive der Serben. Für das Regime war es schwierig, eine Vertreibungspolitik zu beginnen gegen die eigene Bevölkerung - mitten in Europa, am Ende des 20. Jahrhunderts - und zu begründen, auch im Hinblick auf Bündnisnotwendigkeiten, im Hinblick auf Rußland, China, Griechenland, Mazedonien. Aber man muß wissen, daß es diese Pläne schon sehr lange gibt. Daß sie aktualisiert worden sind auf ziemlich hohem intellektuellen Niveau in den 80er Jahren und dann manifest geworden sind im neuen großserbischen Nationalismus, repräsentiert durch Milosevic, und später in einem mit faschistischen Zügen.

Ich sehe Prozesse, die in Richtung Faschismus gehen. Sie sind festzumachen an der Behandlung der Opposition, der Säuberung der Universitäten von kritischen Professoren, die durch Parteigänger ersetzt werden; sie sind festzumachen an gezielten Massakern, der Massenausrichtung der Menschen auf faschistoide Ziele.

Siehst du das Ziel der serbischen Politik gegenüber den Kosovo-Albanern darin, sie restlos zu vertreiben, sie durch Gewalt bis hin zu Massakern zu veranlassen, das Land zu verlassen?

Die alten Vertreibungspläne haben nie vorgesehen, daß alle Albaner das Kosovo verlassen sollen. Sie waren immer festgelegt auf Teilvertreibung, verbunden mit - wie die Albaner sagen - einer Kolonisierung durch Serben aus anderen Teilen des ehemaligen Jugoslawien. Den Vertreibungsdruck gibt es mindestens, seitdem Milosevic 1990 das Autonomiestatut aufgehoben hat. Daß er das Ziel verfolgt, den letzten Albaner aus dem Kosovo zu vertreiben, glaube ich nicht. Es geht um Herrschaftsabsicherung: "Herrenmenschen" organisieren ihre Herrschaft in einem bestimmten Gebiet. Nehmen wir zum Vergleich Südafrika: Buren als Minderheit organisieren den Staat Südafrika und lassen andere nicht partizipieren.

Wie weit verbreitet und wie tief verankert ist der spezielle serbische Rassismus gegenüber den Albanern?

Ich kann das schlecht beurteilen. Ich glaube nicht, daß die große Mehrheit der Serben so denkt. Aber es ist schon auffällig, daß es eine politikfähige Gruppe gibt, die so denkt und so agiert. Die Albaner lebten immer in einer Art Paria-Situation. Sie sagen selbst: Wir haben in Belgrad die Straßen gefegt, wir hatten die niederen Jobs. Die Albaner sind teilweise festgelegt gewesen auf bestimmte Berufsgruppen wie z.B. Konditoren - da gelten sie als Meister - oder Goldschmiede. Auch das sind Merkmale, wie wir sie von anderen unterdrückten Minderheiten einer Gesellschaft kennen. Albaner berichten viel von solchen Erlebnissen, auch aus der Tito-Zeit. Ein Freund von mir, der äußerlich kaum als Albaner erkennbar ist, hatte ein hervorragendes Verhältnis zu seinen serbischen Kollegen. Aber wenn die Schnapstassen voll waren, wurden die nationalistischen Lieder gegen die Albaner gesungen.

Aus nationalistischen Liedern und rassistischen Parolen folgen ja noch nicht zwangsläufig Gewalttaten. Welche Rolle spielt der Rassismus bei den Tätern, also bei denen, die Massaker begehen und die Vertreibung durchführen?

Solche Gefühle müssen eine Rolle spielen, anders ist die Brutalität nicht erklärbar. Zusätzlich ist als Erklärung noch anzufügen, daß neben dem Militär in den letzten zehn Jahren eine sehr gut ausgerüstete paramilitärische Sicherheitspolizei entstanden ist, die für die Abstützung des Regimes mindestens genauso bedeutsam ist wie die Armee und die auch sehr gepflegt worden ist als innenpolitischer Faktor zur Absicherung der Machtverhältnisse. Die spielt eine mindestens genauso große Rolle bei der Vertreibung, genauso wie bewaffnete serbische Zivilisten eine große Rolle spielen. Es ist ja auch nicht nur die Vertreibung, es vollzieht sich eine vollständige Aneignung des kosovarischen Eigentums. Riesenwerte wechseln den Besitzer. Auch das ist sicher ein Motiv für viele Menschen: sich an der Vertreibung zu bereichern. Es gibt jetzt sehr viel mehr serbische Millionäre als vor der Vertreibung.

Manche Linke sehen die Vertreibung als Folge der NATO-Intervention. Die westlichen Regierungen dagegen argumentieren, die systematische Vertreibung sei ohnehin geplant gewesen, unabhängig von der Intervention. Wie glaubwürdig ist das?

Dazu kann ich eine persönliche Beobachtung mitteilen. Im Dezember 1998, nach der Ermordung von sechs Serben in einem Lokal in Pec, - die vermutlich auf innerserbische Konflikte zurückging - geschah dreierlei: Es gab eine große orthodoxe Beerdigung mit Tausenden Serben, wo der Patriarch erklärte: Hier mußten Serben sterben, weil sie Serben waren. Parallel gab es eine Übung dessen, was wir heute im ganzen Kosovo erleben. Man hat in Pec, der zweitgrößten Stadt des Landes, mehrere Stadtteile abgesperrt, man ist systematisch durch die Häuser der Albaner gegangen, hat Mobiliar zerschlagen, Hunderte von Menschen verhaftet. Und man hat drittens ein kleines Pogrom veranstaltet, so daß alle Albaner sich verkriechen mußten; viele Geschäfte wurden geplündert und zerstört, die Scheiben zerschlagen. Das ist um den 15. Dezember 1998 passiert - ich würde das als Übung bezeichnen. Das ist hier nicht durch die Medien gegangen, obwohl sonst jedes kleine Scharmützel von der OSZE berichtet wurde, dieses Umschlagen der Situation aber ist nicht nach außen vermittelt worden. Es sind sicher auch OSZE-Leute daran beteiligt gewesen, daß nach dem Milosevic-Holbrooke-Abkommen dieser gravierende Prozeß bis zum Racak-Massaker im Januar 1999 nicht politisch bearbeitet worden ist. Damit will ich jetzt nicht behaupten, daß alles, was jetzt in der Dynamik der Ereignisse geschieht, vorher in Plänen so festgelegt worden ist. Aber die Tendenz war eindeutig - und zwar im Dezember schon und nicht erst mit dem Racak-Massaker. Der unvoreingenommene Beobachter konnte damals die Entwicklung absehen - sie fand statt unter den Augen der OSZE.

Woran zeigte sich diese Entwicklung noch - außer an dem Beispiel, das du genannt hast?

Da gibt es viele Punkte. Nehmen wir z.B. die Bauern, die noch im Herbst ihre Felder bearbeiten, den Boden umbrechen mußten - wenn die in Kontrollpunkte der Serben geraten sind, mußten sie Geld zahlen. Der ganze Kosovo ist für die Albaner eine einzige Wegelagerei gewesen. Es ist ab November der Anspruch verstärkt wieder durchgesetzt worden, daß die Sicherheitskräfte nach sogenannten Terroristen fahnden durften. Die OSZE hat das im Wesentlichen auch abgedeckt. Das ist ein Grundfehler des Milosevic-Holbrooke-Abkommens gewesen, daß es den serbischen Sicherheitskräften diese Legitimation verschafft hat. Denn das hat bedeutet, daß sie nach Zehntausenden fahnden durften, sie verhaften durften. Es sind ja nicht die gefaßt worden, die die UCK gegründet und die Kommandostrukturen gebildet haben. Verfolgt wurde vielmehr jeder einzelne, der nur in dem Bewußtsein gehandelt hat - ich schütze mein Dorf, ich schütze meine Kinder - indem er sich eine Waffe besorgt. Die hat man zum Zielpunkt gemacht. Damit war ein Grundproblem vorhanden, daß die Fahndung der Sicherheitskräfte unter Legitimation der OSZE sich zum Terror gegen große Teile der Bevölkerung auswachsen konnte. Das mündete dann, in Verbindung mit Demonstrationen von Serben Anfang Dezember und vor allem mit den Vorkommnissen in Pec, in eine Situation, die nur den Schluß zuließ, daß nun solche Vertreibungspläne durchgezogen wurden.

Hätte es, was die Politik der EU und der OSZE angeht, eine Alternative gegeben?

Wenn die OSZE einen anderen Auftrag gehabt hätte nach dem ersten NATO-Ultimatum und nach dem Abkommen, wenn der Auftrag gewesen wäre, einen Prozeß zu organisieren, der die Albaner wieder in ihr Menschenrecht, ihr politisches Recht und auch in ihr soziales Recht eingesetzt hätte - wenn dieser Auftrag von der OSZE und den vielen internationalen Organisationen umgesetzt worden wäre, hätte es vielleicht einen Prozeß geben können, der eine Alternative gewesen wäre. Das hätte aber vorausgesetzt, daß die EU sich über die Situation im Kosovo im Klaren gewesen wäre und diesen Prozeß auch mit erheblichen finanziellen Mitteln unterstützt hätte. Das hätte z.B. konkret bedeutet - nicht das Liefern von Plastikplanen zur notdürftigen Abdeckung zerstörter Häuser, sondern ein sofortiges Wiederaufbauprogramm für die zerstörten Dörfer. Das was Cap Anamur im Kleinen versucht hat. Es hätte bedeutet, das Gesundheitssystem wieder zunehmend in die Hände der Albaner zu legen, die zum großen Teil das Vertrauen in das staatliche Gesundheitswesen verloren hatten. Es hätte drittens bedeutet, daß man noch im Oktober darauf bestanden hätte, daß der alte Vertrag zwischen Rugova und Milosevic erfüllt wird, daß die Universität von Pristina wieder in die Hände der Albaner gegeben wird. Es hätte viertens bedeutet, daß man sofort das Schulsystem ausgebaut und gefördert hätte; daß man die vielen zerstörten Schulen wieder aufgebaut hätte und sie mit entsprechenden Mitteln ausgestattet hätte. Es hätte also ein sehr weitgehender politischer Prozeß sein müssen von seiten Europas, die Albaner gegen die Serben zu unterstützen. Diese zivilen Maßnahmen Schritt für Schritt dem serbischen Regime abzuringen - das wäre vielleicht die Alternative gewesen. Aber das hat man nicht im Blick gehabt, die OSZE ist in eine Beobachterrolle geschlüpft. Sie konnte beobachten, wie ein Goliath einen David zu zermalmen beginnt.

Ein Teil der Linken argumentiert ja gern mit den Lageberichten des Auswärtigen Amtes, in denen noch Anfang des Jahres behauptet wurde: Es gibt keine Gruppenverfolgung von Kosovo-Albanern. Wurde da bewußt gelogen oder hat der Westen nicht mitbekommen, was im Kosovo passiert?

Das hat der Westen genausowenig mitbekommen wie die Linken. Die Einschätzungen der Linken und auch die Handlungen der Linken finden eine völlige Entsprechung in den Erklärungen des Auswärtigen Amtes. Die Linke in Deutschland hat nicht erkannt, daß es dieses Apartheidregime mitten in Europa gibt und daß es einen Vertreibungsdruck gibt, der in Asylverfahren mit der juristischen Vokabel "Gruppenverfolgung" belegt wird. Es sollte sich jetzt kein Linker hinstellen und dem Westen Vorwürfe machen, er hätte da etwas verschlafen. Der Grundfehler des Westens war, daß er auf Milosevic als Stabilitätsfaktor auf dem Balkan gesetzt hat. Wir wissen, daß die Amerikaner Entsprechendes auch im Irak getan haben mit Saddam Hussein, wegen der Gefahr des Auseinanderbrechens des Irak. Deswegen hat man den Krieg seinerzeit gestoppt, um Saddam Hussein als Stabilitätsfaktor in der Region zu erhalten. So ähnlich muß man sich das hier auch vorstellen: Es ist ein Grundfehler gewesen, der aber schon sehr viel weiter zurückreicht.

Du sprichst von einer Entsprechung zwischen der deutschen Außenpolitik und den Versäumnissen der Linken. Nun gibt es ja eine eindeutige "Nicht-Entsprechung", was die Mittel angeht, sich über die Situation im Kosovo kundig zu machen: Im Unterschied zur Linken verfügt das Auswärtige Amt über einen riesigen Apparat. Steckt

vielleicht doch mehr dahinter als Versäumnisse und Fehler - nämlich die politische Absicht, diesen Konflikt zu ignorieren?

Ich frage mich, ob nicht Leute, die an den Schaltstellen der Macht in Europa und den USA sitzen, doch informiert gewesen sind. Daß sie sehenden Auges ihre Politik betrieben haben. Aber das ist Spekulation. Ein strategischer Fehler war, mit Milosevic Verträge zu machen, statt ihn zu isolieren, nach dem, was er in Bosnien angerichtet hatte. Ihn politisch und wirtschaftlich zu isolieren - als Alternative zu einer militärischen Strategie. Ohne auf die Militärs zu hören, die gewarnt haben: Bevor ihr die erste Bombe über Belgrad abwerft, denkt über Bodentruppen nach - und wenn ihr das nicht wollt, raten wir euch, auf die Bombe zu verzichten; gezeichnet Klaus Naumann und viele, viele andere, die sich damit berufsmäßig beschäftigen.

Das hieße dann, daß die militärische Eskalation politisch gewollt war. Hätte es zum Zeitpunkt der Verhandlungen von Rambouillet noch eine Alternative gegeben?

Dazu fällt mir ein zynischer Satz ein: Die Alternative in Rambouillet und Paris ist nur noch gewesen, eine geordnete Evakuierung des Kosovo vorzunehmen und die Menschen zwischen Australien und Norwegen zu verteilen. Das wäre in der Situation - im März 1999 - die einzige Alternative gewesen. Darüber hätte man mit Milosevic ein Abkommen machen können: Du hast recht - und wir unsere Ruhe. Diese zynische Sicht hat ein Freund von mir entwickelt.

Kommen wir zur UCK. Die UCK war anfangs ein kleiner Haufen. Massenhaften Zulauf bekam sie erst nach den Massakern an der albanischen Zivilbevölkerung. Wie sieht es mit dem Rückhalt der UCK in der Bevölkerung aus?

Der ist immer schwankend gewesen und ist auch sicherlich jetzt schwankend. Ich denke, daß die UCK einen Fehler, einen vielleicht unverzeihlichen Fehler begangen hat, als sie die Bevölkerung aufrief, im Lande zu bleiben. Die Albaner sind zur Zeit in Albanien, Montenegro, Mazedonien - wo die Verhältnisse schlecht sind - sicherer als im Kosovo. Wir hatten im Juli letzten Jahres den Versuch der UCK, die Stadt Orahovac anzugreifen. Bis dahin war die Unterstützungsbereitschaft für die UCK ungebrochen. In Orahovac hat es das Massaker gegeben, das jetzt auch belegt ist - allerdings nicht in dem Umfang, wie es seinerzeit von dem taz-Korrespondenten Erich Rathfelder aufgrund von Hörensagen weitergegeben wurde. Aber es hat dort ein Massaker geben. Man kennt auch die Namen von denen, die dort umgebracht worden sind. Nach diesem fehlgeschlagenen Versuch hat es, vor allem in der städtischen Bevölkerung, eine breite Kritik an der UCK gegeben. Natürlich hat die UCK in diesem Jahr eine andere Rolle gespielt als im vergangenen. Damals war die UCK darauf fixiert, mit den Menschen zu flüchten, sich auch nur an wenigen Orten dem Kampf zu stellen. Sie hat sich mit den Menschen durch den Kosovo treiben lassen. Viele von diesen Menschen haben sich dann auch als UCKler verstanden. Jetzt sieht das anders aus: Die UCK will kämpfen, will sich stellen. Ob es ihr gelingt, weiß ich nicht. Heute behauptet ein NATO-General, daß die Menschen dort sicherer seien und auch dorthin flüchteten, wo die UCK stark ist. Ich meine, diejenigen Flüchtlinge sind am sichersten, die versuchen, aus dem Kosovo herauszukommen.

Noch mal zur UCK. Diejenigen, die ihre Waffen aus dem Keller holten, waren anfangs eher eine Art Heimatwehr, der ein hochgerüsteter Apparat gegenüberstand. Das hat sich geändert - auch durch Waffenlieferungen aus Deutschland und den USA?

Die Waffen der UCK kommen hauptsächlich aus Albanien. Es ist auch Material durch die albanische Regierung zur Verfügung gestellt worden. Dabei kann es sich auch um Waffenlieferungen gehandelt haben, die von Deutschland an die albanische Regierung gegangen sind. Ich vermute, die Waffen werden eher auf dem internationalen schwarzen Markt gekauft, in Kroatien und anderen Balkanländern. Sehr viele Waffen stammen aus China - das ist nicht gerade ein Hinweis darauf, daß gerade die deutsche oder die amerikanische Regierung den Hauptanteil des Nachschubs liefern würden. Tatsache ist, daß die UCK über mangelnde Bewaffnung klagt und entsprechende Unterstützung aus den NATO-Staaten fordert.

Aber die zahlenmäßige Stärke der UCK hat enorm zugenommen.

Da hat sich natürlich einiges verändert. Im Moment muß sie aber auf sehr viele untrainierte oder nur kurz trainierte Kämpfer zurückgreifen, die mit hoher Opferbereitschaft in diese Auseinandersetzung hineingehen - anders als die NATO-Soldaten. Ich will die UCK nicht im Geringsten glorifizieren. Wie in jeder Guerillatruppe

kommt es auch bei der UCK zu Übergriffen, die man als Pazifist nicht gutheißen kann. Es ist sicherlich nicht falsch zu sagen, daß es auch von seiten der UCK-Führung Bemühungen gibt, politische Widersacher aus dem Wege zu schaffen und gegen sie Gewalt anzuwenden. Tatsache ist, daß die UCK immer besser organisiert ist. Ob die UCK wirklich den Kosovo befreien kann, wage ich allerdings zu bezweifeln.

Aus Belgrad wird immer mal wieder erklärt, die Kämpfe im Kosovo seien beendet, weil die UCK besiegt sei.

Beide Seiten machen Propaganda - dies ist sicher eine Propaganda-Information. Schon im letzten Jahr, nach dem Milosevic-Holbrooke-Abkommen, wurde behauptet, die UCK sei zerschlagen. Das war falsch. Ich glaube, daß solche Hinweise heute genauso falsch sind. Es gibt im Gegenzug Erklärungen der UCK, die aber ebenso Propaganda sein können, daß sie von Albanien Korridore in den Kosovo errichtet habe, daß sie Nachschub in den Kosovo bringen könne.

Was weißt du über die aktuelle Situation der Flüchtlinge aus dem Kosovo?

Es erreichen uns täglich Berichte von Flüchtlingen im Kosovo, daß die Menschen dort kaum noch zu essen haben, daß einige schon verhungert sind, insbesondere die Kinder schwer zu leiden haben, auch wenn sie nicht direkt von den Sicherheitskräften bedroht werden, weil sie sich in unzugänglichen Bergregionen aufhalten.

Was können, was sollten Linke in Deutschland heute tun?

Sie können diejenigen Kosovo-Albaner unterstützen, die zivil arbeiten, sei es zivil-humanitär, sei es zivil-politisch. Und das mit der Hoffnung verbinden, daß eines Tages, wenn die Kosovo-Albaner zurückkehren können, sehr schnell demokratische Strukturen und Organisationen im Schulbereich, im Universitätswesen wieder aufgebaut werden. Daß auch politisch-demokratische Strukturen aufgebaut werden. Jetzt sollten sie vor allem die humanitären Bemühungen der Kosovo-Albaner, wie der Mutter-Theresa-Gesellschaft, direkt unterstützen.

Welche zivilen Organisationen gibt es sonst noch? Gibt es eine Selbstverwaltung?

Eine Selbstverwaltung der Kosovo-Albaner gibt es vor allem in Mazedonien. Sie wird von humanitären Organisationen unterstützt. Dort ist fast die Hälfte in Gastfamilien untergebracht, die zu 50% unterstützt werden müssen. Die Mutter-Theresa-Gesellschaft hatte da 250.000 Leute registriert und unternimmt den Versuch, dezentrale Hilfe zu organisieren. In Albanien läuft die dezentrale Flüchtlingshilfe nicht ohne Selbstverwaltung der Kosovo-Albaner. Man sollte bei der Hilfeleistung darauf achten, wieweit man auch die Strukturen der Albaner unterstützt. In Mazedonien läßt es die politische Lage nicht zu, daß viele Menschen außerhalb der Lager versorgt werden. Ich habe mit einem Lehrer aus dem mazedonischen Norden gesprochen, der sagte: Im Prinzip sind wir in der Lage, auch die Flüchtlinge, die in den Lagern untergebracht sind, in unseren Städten unterzubringen und zu versorgen - wenn das politisch gewollt wird. Es wird aber nicht politisch gewollt.

Wie könnte eine politische Lösung aussehen? Kann es jetzt nur noch die staatliche Lostrennung des Kosovo geben?

Politische Lösung kann momentan nicht heißen zu klären, ob Kosovo ein unabhängiger Staat werden soll, ob es eine Autonomieregelung geben soll, ob es eine jugoslawische Teilrepublik werden soll. Vielmehr ist es jetzt wichtig, das zu vertreten, was man vernünftigerweise letztes Jahr hätte vertreten müssen, als die Chancen für die Durchsetzung besser waren: nämlich ein internationales Protektorat einzurichten, wobei es relativ unerheblich ist, ob es ein Protektorat im Rahmen der OSZE, der UNO oder der NATO ist. Entscheidend ist, daß der serbische Anspruch auf den Kosovo insoweit gebrochen werden muß, als im Rahmen eines insgesamt demokratisierten Balkans ein neues Gleichgewicht hergestellt werden kann. Dieses Protektorat wird, glaube ich, sehr lange dauern müssen. Während der Zeit des Protektorats müssen demokratische Strukturen entwickelt werden, muß das Kosovo wieder aufgebaut werden. Ich glaube, daß es dazu keine Alternative gibt. Die Alternative, die auf ein Protektorat verzichtet, wäre, daß es im Kosovo palästinensische Verhältnisse geben würde. Das würde eine Verlängerung des Kampfes bedeuten bis weit ins nächste Jahrhundert. Weil die Albaner nach dem, was geschehen ist, alles versuchen werden, um den serbischen Anspruch auf den Kosovo zu brechen. Eine friedliche Regelung heißt Protektorat - auf lange Zeit.

Die Fragen stellten DSe und Js.

"Den Vertreibungsdruck gibt es mindestens, seitdem Milosevic 1990 das Autonomiestatut aufgehoben hat."

"Der ganze Kosovo ist für die Albaner eine einzige Wegelagerei gewesen."

"Die Linke in Deutschland hat nicht erkannt, daß es dieses Apartheidregime
mitten in Europa gibt."

"Der Grundfehler des Westens war,
daß er auf Milosevic als Stabilitätsfaktor
auf dem Balkan gesetzt hat."

"Eine friedliche Regelung heißt Protektorat - auf lange Zeit."

10. Moskau, wir kommen! Gutmenschenmoral und NATO-Militärpolitik

Autor: Kt. · Rubrik: NATO und NATO-Strategien · CD-Datei: daten/aksuche/ak427/07.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:427:07

"Doch - alles, was mich dazu trieb,

Gott! war so gut! ach, war so lieb!"

(Gretchen , Goethes Faust I)

"Gewalt geht nicht, weil sie unmenschlich macht", verkündete die grüne Cheftheologin Antje Vollmer vor etlichen Jahren ex cathedra, als sie den Bannfluch gegen RAF, 2. Juni und Revolutionäre Zellen schleuderte. Heute beweist sie, zusammen mit ihren Kolleginnen und Kollegen von der grünen Führungsriege, wie recht sie mit diesem Verdikt hatte. Gewalt macht tatsächlich nicht nur unmenschlich, sondern außerdem auch noch unehrlich, korrupt, dumm und feige.

Am 31. März, als der NATO-Bombenkrieg gegen Jugoslawien gerade ein paar Tage alt war, veröffentlichte der Stern die ersten Umfrageergebnisse über die Reaktionen der Bevölkerung, insgesamt und differenziert nach Anhängern der Parteien. Auf die Frage "Dienen die Luftangriffe der NATO auf Jugoslawien dazu, humanitäre Ziele durchzusetzen?", hatten laut Stern 72% der Grünen-Anhänger mit Ja geantwortet. In deutlichem Abstand folgten die Wähler der CDU/CSU mit 61% Ja-Sagern. Lediglich 58% der Sozialdemokraten waren dieser Meinung, und in der gesamten Bevölkerung 54%. Nur 25% der Grünen-Anhänger beantworteten die Frage mit Nein; bei den CDU/CSU-Leuten waren es immerhin 29%, bei den SPDlern 34% und bei den FDP-Wählern sogar 44%.

Die nächste Frage lautete: "Werden die NATO-Luftangriffe Milosevic zum Einlenken bewegen?" 50% der Grünen-Freunde antworteten mit Ja. In der gesamten Bevölkerung teilten nur 33% diese Zuversicht. Bei den Sozialdemokraten waren es 36%, bei den Christdemokraten 37%.

Dieses Umfrageergebnis ist vielleicht ungenau, entspricht aber im großen und ganzen dem Trend, den jeder wahrnehmen kann: Seine höchste Popularität hat der Bombenkrieg gegen Jugoslawien eindeutig bei den Anhängern von Rot-Grün, ganz besonders bei der Mehrheit der Grünen und bei vielen Altlinken. Stößt man - außerhalb der radikalen Linken, versteht sich - auf eine maßvolle, besonnene Meinung gegen diesen Krieg, geht man meist nicht fehl, den Gesprächspartner als Wähler der CDU oder FDP oder vielleicht auch als rechten Sozialdemokraten einzuordnen.

Die Deutung, daß die Grünen in Bonn den Eintrittspreis für die Regierungsbeteiligung zu zahlen haben, ist zwar richtig, trifft aber nur einen kleinen Teil des Problems. Die Ansicht, "daß man doch nicht einfach zusehen kann", entwickelte sich auf breiter Front gerade in den Kreisen der lieben Menschen, die vor ein paar Jahren noch hübsche Lichterketten gegen Ausländerfeindlichkeit bildeten und die während des Golfkriegs 1991 weiße Laken auf dem Balkon hißten, zum Modehit der Frühjahrssaison 1999. Jetzt läuft er, lustloser geworden, in den Sommer hinein und wird spätestens im Herbst in ein sehr interessantes Stimmungsmosaik auseinanderfallen. Dann wird sich zeigen, wer aus dem Rausch in Katerstimmung und beschämt erwacht, oder wer auf Dauer Geschmack am Blut gefunden hat, von dem er eigentlich nur aus reiner Nächstenliebe und ganz ausnahmsweise gekostet hatte.

"Milosevic darf nicht gewinnen"

Zur Rechtfertigung, "daß man doch nicht einfach zusehen kann", hat Daniel Ellsberg - der 1965 die "Pentagon Papers" veröffentlichte, mit denen die Kriegspolitik der USA in Vietnam entlarvt wurde - im Zusammenhang mit diesem Krieg das Notwendige gesagt: Das ist, als ob man an einem brennenden Haus vorbeikommt, einen Eimer Benzin in die Flammen kippt und dann erklärt, man habe eben nichts anderes zur Hand gehabt, aber irgendetwas müsse man schließlich tun. (taz, 26.4.) Der Bombenkrieg ist auf die Not der Menschen im Kosovo und in den Flüchtlingslagern keine rationale, hilfreiche Antwort. Er hat die "humanitäre Katastrophe" zwar nicht ausgelöst, aber beschleunigt und verschärft. Das war spätestens eine Woche nach Beginn der Luftangriffe klar, das wissen auch die allermeisten Gutmenschen, die diesen Krieg immer noch befürworten oder ihre Entscheidung vor sich selbst zu rechtfertigen versuchen. Längst ist die Aussage, man müsse den Krieg

weiterführen, "weil sonst Milosevic gewinnt", zum Hauptargument geworden. Dabei rückt das Leiden der Menschen, der Kosovo-Albaner ebenso wie auch das der Serben, unmerklich auf einen der hinteren Plätze in der moralischen Rangordnung.

Tatsächlich muß man am Tiefgang der plötzlich erwachten Sympathie so vieler guter Menschen für die Kosovo-Albaner zweifeln. Die meisten von ihnen haben deren Auseinandersetzung mit der scharfen politischen Repression und dem serbischen Chauvinismus, die nun schon seit mehr als zehn Jahren andauert (und eine noch weitaus längere Vorgeschichte hat), bis vor kurzem doch nicht einmal richtig wahrgenommen. Und die meisten Gutmenschen reagieren auch nicht gerade sichtbar aufgewühlt auf das vermeidbare Leiden und Sterben in den Flüchtlingslagern, außer daß natürlich auch daran nur Milosevic schuld ist. Warum wird nicht die selbstverständliche Forderung erhoben, für die humanitäre Hilfe genauso viel Geld auszugeben wie für den Bombenkrieg? Das wäre für jemanden, den das Leiden der Kosovaren angeblich so sehr mitnimmt, daß er deswegen einen nun schon mehr als zwei Monaten dauernden Bombenkrieg für gerechtfertigt hält, doch eigentlich das moralische Minimum.

Der Bürgerkrieg in Jugoslawien begann 1991; schon in den Jahren 1992 bis 1995 gab es Massenvertreibungen und Massaker, zunächst in erster Linie durch die Serben in Bosnien-Hercegovina, aber dann auch durch Kroatien, das die gesamte serbische Bevölkerung der Krajina vertrieb. Massenvertreibungen gab es im Kosovo auch schon vor einem Jahr. Und wenn man sich weltweit umschaut, findet man heute und in den letzten Jahren eine ganze Reihe von Konflikten, wo die kriegerischen Gutmenschen ihrer eigenen Logik folgend eigentlich "nicht einfach zusehen" dürften, aber - gemeinsam mit den Politikern und der NATO - genau dies tun.

Der Gutmensch, der lieber zur militärischen Gewalt greifen als bei Verbrechen gegen die Menschlichkeit "einfach zusehen" will, müßte logischerweise - sofern ihm sein hochpathetischer Moralismus wirklich ernst wäre - letzten Endes beim politischen Terrorismus landen. Das hatten wir einmal in den 70er Jahren, aber das heutige Gutmenschentum ist eher das Gegenteil davon. Es lebt nämlich ausschließlich vom präzisen Gleichschritt mit der NATO - und entfaltet sich nur auf der Basis totaler eigener Risikofreiheit zur vollen Pracht. Erst seit dem Tag, an dem die erste Welle von Raketen und Bomben in Jugoslawien einschlug, sind die Gutmenschen davon überzeugt, daß man tatsächlich "nicht länger zusehen" durfte. Kaum jemand von ihnen hat schon vor diesem Tag NATO-Angriffe gefordert, und kaum ein Gutmensch verlangt jetzt von der NATO, nach dem gleichen Prinzip als nächstes auch die Türkei in Trümmer zu legen, weil man der Behandlung der Kurden doch ebenfalls "nicht einfach zusehen" könne.

Nebenbei bemerkt hätte man sicher jeden für total geistesschwach gehalten, der vor ein paar Jahren vorgeschlagen hätte, Südafrika - einschließlich der schwarzen Wohnviertel - so lange zu bombardieren, bis das Regime die Apartheid aufgibt. Aber es hat auch kein Gutmensch damals so etwas verlangt.

Die NATO als Vollstrecker der Gutmenschenmoral

Eine Moral, die sich darauf beschränkt, sich über NATO-Kriege verwirklichen zu wollen, kann selbstverständlich nicht sehr weit reichen. Was aber folgt daraus für alle schweren Menschenrechtsverletzungen, gegen die die NATO aus unterschiedlichen Gründen nicht militärisch vorgehen will oder die sie sogar unterstützt und schützt? Müßte aus dem exhibitionistischen Pathos des gutmenschlichen "Nicht-zusehen-Dürfens" dann nicht geradezu zwangsläufig folgen, daß die Bundeswehr nötigenfalls auch einmal ganz allein aktiv werden müßte, wenn es außer uns Deutschen niemand tun will? Aber wer will denn heute schon so weit gehen?

Die NATO, oder in Einzelfällen vielleicht auch die UNO, bleibt also der alleinige militärische Vollstrecker der Gutmenschenmoral. Vermutlich würden die meisten Gutmenschen immer noch die UNO bevorzugen. Aber die steht dafür immer weniger zur Verfügung, sofern man nicht das Veto-Recht Rußlands und Chinas im Sicherheitsrat gekippt kriegt, was denn auch einige Gutmenschen tatsächlich schon befürworten. Wenn die NATO es nämlich so macht, daß sie auch ohne UNO-Resolutionen Kriege führt und UNO-Resolutionen nur dazu mißbraucht, sie gegen den Willen Rußlands und Chinas in ihrem Sinn zu "interpretieren" (wie beim Krieg gegen den Irak 1991), macht eine Zusammenarbeit im UNO-Sicherheitsrat aus russischer und chinesischer Sicht keinen Sinn mehr.

Wer seine Moral an die NATO delegiert, sollte sich eigentlich schon vorher über sämtliche Folgen im Klaren sein:

1. Die NATO folgt völlig anderen Gesichtspunkten als die Gutmenschenmoral. Sie interveniert militärisch nur aufgrund von Interessen, unter denen die Moral nicht einmal auf einem der letzten Plätze vorkommt. Dafür rangieren Belange der Rüstungsindustrie, der Wirtschaft allgemein sowie der Großmachtpolitik weit vorn. Die USA haben 1997 Waffen im Wert von 8,3 Milliarden Dollar an 52 Länder geliefert, die im Jahresbericht des amerikanischen Außenministeriums als undemokratisch bezeichnet werden. Zur Klientel der USA, die wie zu Zeiten des kältesten Krieges als "freie Welt" deklariert werden, zählen die Regimes in Saudi-Arabien und Pakistan ebenso wie die wahnwitzigen Taliban in Afghanistan.

2. Die NATO führt den Krieg nach ihren eigenen Grundsätzen. Sie ist durchaus nicht unbedingt daran interessiert, einen Krieg so schnell wie möglich zugunsten einer politischen Lösung zu beenden. Sie ist, abgesehen von Image-Notwendigkeiten, nicht einmal daran interessiert, zivile Schäden zu vermeiden. So hat sie in Jugoslawien offenbar weit mehr zivile als militärische Ziele angegriffen, bzw. den Begriff des militärischen Ziels fast bis ins Unendliche ausgedehnt, indem sie ihn durch den Begriff des "legitimen Ziels" ersetzte. Die NATO selbst gibt die "Kollateralschäden" mit rund 10 Prozent an. Die ökologischen, gesundheitlichen und wirtschaftlichen Langzeitwirkungen werden verheerend sein.

3. Aus der militärischen Konfliktform ergibt sich - vor allem, wenn man zur Rechtfertigung mit überhitzten Begriffen wie "neuer Faschismus" und "Völkermord" operiert - der Zwang zum totalen Sieg und damit tendenziell auch zum totalen Krieg. Wenn die Alternative nur noch ist, "daß sonst Milosevic gewinnt", wächst die Toleranz der Gutmenschen gegenüber den konkreten Kriegsmitteln der NATO fast unbegrenzt. Mit jedem weiteren gräßlichen "Fehltreffer" der NATO wird das irritierte Gemurmel der Gutmenschen wieder etwas leiser. Man kann sich an alles gewöhnen, jedenfalls wenn man selbst durch diesen Krieg nichts verliert und nichts riskiert.

4. Die Grünen, unterstützt von einem breiten Gutmenschen-Milieu, haben mit ihrem Ja zum Krieg gegen Jugoslawien geholfen, insbesondere für die deutsche Politik, aber auch für die Interventionspraxis der NATO insgesamt eine Tür zu öffnen. Sie haben aber keineswegs das Potential, diese Tür auch wieder zu schließen oder den weiteren Gang der Dinge auch nur im geringsten zu beeinflussen.

Die nützlichen Idioten der Militärstrategen

Die Frage, ob Milosevic ein Verbrecher ist und ob militärische Gegenmittel möglicherweise gerechtfertigt wären, ging von vornherein weit am tatsächlichen Problem vorbei. Zur Diskussion stand insgesamt die neue Strategie der NATO mit ihrem weltweiten Interventionsanspruch. Diesem haben die Gutmenschen, überwiegend nicht willentlich, aber doch in den praktischen Ergebnissen, ihren Segen erteilt und erstmals zum Durchbruch verholfen.

Ein Blick in das von der NATO am 23.-24. April in Washington beschlossene neue "Strategische Konzept" ist lehrreich. Völkermord als Interventionsgrund, der Dauerhit des Gutmenschen-Diskurses, kommt in diesem Papier nicht einmal als Begriff vor. Kein Wunder, da die NATO sich nicht als moralische Anstalt definiert, sondern ausschließlich von der sogenannten "Sicherheit des Bündnisses" her. Die kann nun aber von so ziemlich allem gefährdet werden, was irgendwo in der Welt passiert. Das Papier spricht von "einer breiten Vielfalt militärischer und nichtmilitärischer Risiken" und zählt auf: "ernste wirtschaftliche, soziale und politische Schwierigkeiten", "ethnische und religiöse Rivalitäten", "Territorialstreitigkeiten", "unzureichende oder verfehlte Reformbemühungen", "Mißachtung der Menschenrechte", "Auflösung von Staaten", "Akte von Terrorismus, Sabotage und organisiertem Verbrechen", "Unterbrechung des Flusses lebenswichtiger Ressourcen" und "unkontrollierte Bewegungen großer Menschenzahlen".

Richtungweisend hat der amerikanische NATO-Botschafter Alexander Vershbow festgestellt: "Die NATO muß sich politisch und militärisch darauf vorbereiten, out of area zu handeln. Denn die meisten Krisen werden sich wahrscheinlich nicht auf NATO-Gebiet ereignen. Die NATO muß sich dafür rüsten, zu den Krisen hinzugehen." Und Außenministerin Albright definiert den künftigen militärischen Aktionsraum der NATO sehr großzügig: vom Nahen Osten bis Zentralafrika.

Jedem Gutmenschen, der sich immer noch nicht darüber klar ist, was er mit seinem Ja zum Krieg gegen Jugoslawien bewirkt, sei das Studium sämtlicher Gründe empfohlen, aus denen die USA und andere NATO-Staaten wie Großbritannien und Frankreich seit 1945 militärische Gewalt angewendet haben. Die Bundeswehr wird dabei künftig regelmäßig und immer stärker mitmischen.

Daß sich insbesondere Scharping und Fischer permanent als große Kriegsherren aufspielen, deren Wort angeblich in der NATO Gewicht hat, sollte nicht über die Tatsache hinwegtäuschen, daß der deutsche Beitrag zum Bombenkrieg gegen Jugoslawien kaum mehr als rein symbolischer Natur ist. 14 Kampfflugzeuge unter inzwischen mehr als 1000, in ihrer Funktion beschränkt auf Aufklärung und Angriffe gegen Flugabwehrsysteme - die in diesem Krieg aber noch keine nennenswerte Rolle gespielt haben. Und sollte es gar zu einem Kampfeinsatz von Bodentruppen kommen, würde die Bundeswehr wahrscheinlich zunächst nur Sanitäter, Pioniere und Transporteure beisteuern. Im Kriegsgeschäft, wo die einsame Spitzenstellung der USA außer Frage steht und nur Großbritannien und Frankreich ebenfalls über gewisse praktische Erfahrungen verfügen, sind die Bundeswehrsoldaten immer noch Lehrlinge, die man nicht gleich an die Kochtöpfe läßt, sondern erst einmal zum Kartoffelschälen einsetzt. Insofern hat die einmütige Ablehnung eines Bodenkriegs durch sämtliche deutschen Parteien einen ganz realen Hintergrund.

Die Einkreisung Rußlands

Daß sich das gründlich ändern soll, ist allerdings schon beschlossene Sache. Die rot-grüne Regierung will die Umstellung der Bundeswehr auf schnelle, weltweite Interventionsfähigkeit in den kommenden Jahren entscheidend voranbringen. Genau in diesen Tagen, während des NATO-Kriegs gegen Jugoslawien, werden die Grundlagen für eine eigenständige Rolle der WEU gelegt, die in Zukunft auch Einsätze europäischer Streitkräfte ohne die USA möglich machen soll. Die Dinge entwickeln sich derzeit eindeutig so, daß die tatsächliche militärische Aktionsfähigkeit eines Staates wieder zu einem entscheidenden Kriterium seines Großmachtsstatus wird. Wenn Deutschland auf dieser Ebene "mitreden" will, muß es auf dem Gebiet der Rüstung eine rasche nachholende Entwicklung vollziehen und seinen Anteil an den kriegerischen Unternehmungen der NATO nicht nur weiter stetig steigern, sondern sogar sprunghaft erhöhen. Der Kosovo-Krieg ist dazu nur der Einstieg, und die Funktion der Grünen wird voraussichtlich erschöpft sein, wenn sie diesen Prozeß erst einmal unumkehrbar auf den Weg gebracht haben.

Die für die Zukunft entscheidende Frage ist, ob die in Gang gebrachte Militarisierung der Außenpolitik strategisch auf eine kriegerische Auseinandersetzung mit Rußland abzielt. Diese würde für die Deutschen sicher nicht so garantiert harmlos verlaufen wie ein Ballerspiel mit dem Computer.

Objektiv, also ohne Berücksichtigung der tieferen Absichten der NATO-Staaten, ist jetzt schon festzustellen, daß der Krieg gegen Jugoslawien ganz massiv mißtrauensbildend wirkt:

1. Rußland ist durch die Umgehung des UNO-Sicherheitsrats aus dem Entscheidungsprozeß vollständig hinausgeworfen worden. Bei der sogenannten "Einbindung Rußlands in die Verhandlungsdiplomatie" geht es nur noch darum, die Russen dazu zu instrumentalisieren, Belgrad die Kapitulation schmackhaft zu machen. Schon der Ausdruck "Verhandlungsdiplomatie" ist bewußt irreführend gewählt, weil die volle Anerkennung aller NATO-Forderungen durch Belgrad nach Aussagen der NATO-Politiker nicht verhandelbar ist.

2. Die NATO benutzt den Bombenkrieg gegen Jugoslawien, um große Teile Osteuropas unmittelbar in ein militärisches Aufmarschgebiet zu verwandeln - durch Stationierung von Truppen, Benutzung von Flughäfen für den Luftkrieg, Gewährung von Überflug- und Durchmarschrechten. Auffällig ist, daß die NATO sich "vorsorglich" sogar Nutzungsrechte für Länder gesichert hat (teilweise bereits im Oktober 1998!), wo dies praktisch gar nicht nötig wäre und bis heute auch nicht in Anspruch genommen wurde, wie Tschechien, Slowakien oder Rumänien. Gleichzeitig wirkt der Krieg beschleunigend auf die weitere Heranführung Osteuropas an die NATO bzw. im Falle der gerade erst neu aufgenommenen Mitglieder (Tschechien, Ungarn und Polen) auf deren Integration in die NATO-Strukturen. Am Rande des Krieges gegen Jugoslawien finden die ersten NATO-Manöver in Tschechien und Ungarn statt. Die NATO betreibt die Verwandlung Osteuropas in militärisches Hinterland in einem Ausmaß, das für den Jugoslawien-Krieg eindeutig überdimensioniert ist und aus russischer Sicht nur als militärische Einkreisung interpretiert werden kann.

Hinzu kommt, daß auch die kleineren Länder an der russischen Peripherie, wie die baltischen Staaten (unter denen Litauen schon als nächster NATO-Kandidat ausgewählt ist), aber u.a. auch Georgien, Aserbaidschan,

Armenien und womöglich Moldova die Integration in die NATO anstreben. Noch vor ein paar Jahren hatte die NATO das Thema "Osterweiterung" mit einer gewissen Vorsicht behandelt, die der Rücksichtnahme auf Rußland geschuldet war. Der Jugoslawienkrieg wirkt auch auf diesem Gebiet offensichtlich stark enthemmend.

3. Die Begründung des Bombenkriegs gegen Jugoslawien muß Rußland direkt auf sich selbst beziehen. Mit der gleichen Logik könnte die NATO Auseinandersetzungen in Rußland, wie noch vor wenigen Jahren der Tschetschenien-Krieg, als Rechtfertigung militärischer Angriffe nehmen. Auch Versuche Rußlands, seinen Einfluß in dem ihm noch verbliebenen westlichen Vorfeld, Ukraine und Weißrußland, zu wahren, könnten von der NATO mit Kriegsdrohungen gekontert werden. Ebenso wäre ein Umsturz in Rußland, der nationalistische Kräfte an die Regierung bringt und die totale Abhängigkeit Rußlands von IWF/Weltbank in Frage stellt, eine interventionsverdächtige Situation.

Aussagen wie etwa, man werde niemals etwas gegen Rußland unternehmen, sind ohne den geringsten praktischen Wert - zumal wenn sie von deutschen Politikern kommen, die noch vor vier Jahren als ihre feste Überzeugung zum besten gaben, deutsche Soldaten hätten aus historischen Gründen auf dem Balkan nichts zu suchen. Die Frage ist ausschließlich, was die USA und die NATO sich zutrauen. Diesbezüglich ist nicht mehr von einer Berechenbarkeit der NATO auszugehen, und das ist offenbar auch die Sichtweise russischer Politiker und Militärs, die jetzt von einer Überprüfung ihrer militärischen Optionen sprechen.

Kt. (1. Juni 1999)

11. Friedensbewegung im Umschwung

Autor: gw. · Rubrik: Friedensbewegung · CD-Datei: daten/aksuche/ak427/47.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:427:47

Mahnwachen, Friedensgebete, kleinere und größere Kundgebungen, Informationsveranstaltungen, Appelle und Unterschriftenlisten, Initiativgründungen, symbolische Blockaden von Militäreinrichtungen, Demonstrationen auf örtlicher, regionaler und bundesweiter Ebene - es ist unübersehbar: Die Friedensbewegung hat Zulauf. Daß es sich um eine neue Massenbewegung handeln würde, die den Herrschenden ins Handwerk pfuscht oder gar eine Änderung der rotgrünen Politik bewirken könnte, kann man ernsthaft nicht behaupten. An den Aktionen haben sich bundesweit mehr als 100.000 Menschen beteiligt, es sind aber zumeist nur kleine Personenkreise, die sich vor Ort versammeln.

Eine Ursache der relativ geringen Mobilisierung liegt im rotgrünen Regierungsprojekt. Einem Fischer wird die "Zerrissenheit" noch eher abgenommen als einem Kinkel. Einem Scharping wird eher Mitleid entgegengebracht, als daß er als Kriegsstratege vom Format eines Rühe wahrgenommen würde. Kohl reklamierte zwar die "Gnade der späten Geburt", Schröder aber wirft die Last der deutschen Vergangenheit einfach ab, und viele atmen befreit auf. Unter einer schwarzgelben Bundesregierung wären die Proteste mit Sicherheit stärker und breiter gewesen, hätten sich auch nennenswert AnhängerInnen von SPD und Bündnisgrünen an Demonstrationen gegen den Krieg beteiligt.

Die in der Friedensbewegung gerne vorgetragene Behauptung, die Mehrheit der bundesdeutschen Bevölkerung sei gegen den Krieg, ist offensichtlich falsch. Es gibt zwar kein großes Hurra-Geschrei; vielmehr sind Verunsicherung und Hilflosigkeit wahrnehmbar, die eine aktive Einbeziehung der Menschen in Friedensaktivitäten erschweren. Es verwundert von daher nicht, daß es sich bei den Menschen, die zur Zeit den Weg zu Veranstaltungen und Demonstrationen der Friedensbewegung finden, vorrangig um Menschen handelt, die schon in den siebziger und achtziger Jahren politisch aktiv waren. Das deutet darauf hin, daß die Situation in Jugoslawien ("oben die Nato und unten Milosevic") es vielen Menschen erschwert, sich eindeutig einzumischen. Angesprochen fühlen sich Menschen entweder mit einer pazifistischen Position oder mit einer wie auch immer ausgeprägten Anti-Nato-Position.

Koordinationsprobleme

Die Stärke der Friedensbewegung liegt zur Zeit in ihren lokalen Aktivitäten. Die eindeutige Schwäche liegt in der fehlenden bundesweiten Zusammenarbeit. Zwar gab es im Vorfeld der 8.-Mai-Demo in Berlin ein kurzfristigst einberufenes Beratungs- und Koordinationstreffen; bisher ist allerdings nicht beabsichtigt, solche Treffen fortzuführen. Die Zersplitterung in etliche Spektren ist unverkennbar. Am 5. Juni trafen sich rund 250 VertreterInnen von friedenspolitischen Initiativen und Verbänden und Parteienvertreter zum außerordentlichen Friedensratschlag in Kassel. Im wesentlichen verabredet sich hier das in der DFU/DKP/Friedensrat-Tradition stehende Spektrum. Man kann sich nicht dem Eindruck verschließen, daß hier teilweise noch der Anspruch besteht, die Friedensbewegung durch eine Art ZK leiten zu wollen.

Die nicht in dieser Tradition stehenden Kräfte der Friedensbewegung verfügen dagegen über keine eingespielten Konferenzstrukturen. Hier wird vorrangig über Vernetzungsstrukturen via Internet bzw. sonstige Kommunikationsmittel und über alte Bekanntschaften agiert. Das Bonner Friedensnetzwerk sieht sich eher in der Funktion eines Dienstleisters der Friedensbewegung, wie unschwer an seiner Homepage (www.friedenskooperative.de) erkennbar ist. Noch problematischer stellt sich die Situation für das linksradikale Spektrum dar. Hier existiert auf bundesweiter Ebene - nichts. In Kiel veranstaltet das dortige linke Bündnis anläßlich der "Kieler Woche" eine antimilitaristische Aktionswoche unter dem Motto "Militaristen kielholen", verbunden mit den Forderungen:

- Grenzen auf für alle Flüchtlinge

- Nein zum Nato-Angriffskrieg

- energisch gegen den Normalzustand!

Die letzte Parole zeigt das ganze Dilemma aller friedens- und antimilitaristischen Kräfte. Trotz der tiefen Zäsur in der deutschen Politik herrscht für die übergroße Mehrheit der Bevölkerung der "Normalzustand". Weit verbreitet ist die Skepsis über den Krieg und über die Sinnhaftigkeit der offiziellen Nato-Kriegsziele. Diese

Skepsis hat sich im Verlaufe des Krieges - mit den immer größeren Flüchtlingszahlen und den vielen "Fehlschlägen" der Nato - verstärkt. Aber in den Köpfen ist immer noch, daß es sich um einen Menschenrechtskrieg handele und daß Rotgrün schon dafür sorgen werde, daß es möglichst "human" zugeht. Wir werden in nächster Zeit wahrscheinlich noch viel stärker mit "fortschrittlichen" Kräften aus den rotgrünen Reihen konfrontiert sein, die die militärische Eigenständigkeit der WEU und der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) als einen Fortschritt abfeiern.

Am 19. Juni nach Köln!

Auf dem G8-Gipfel am 19.6. in Köln treffen sich die Kriegstreiber; einer ihrer zentralen Gesprächspunkte wird die weitere Vorgehensweise in Jugoslawien bzw. im Kosovo sein. Die Veranstalter der Gegenaktionen (Bündnis Köln 99) haben sowohl inhaltlich als auch organisatorisch Raum für die Antikriegsthematik geschaffen. Auf dem außerordentlichen Kasseler Friedensratschlag am 5. Juni wurde beschlossen, nach Köln zu mobilisieren: Nun muß die Straße nur noch gefüllt werden.

Die nächsten Verabredungen orientieren sich an den "traditionellen" Daten der Friedensbewegung, zunächst den Jahrestagen der Atombombenabwürfe von Hiroshima und Nagasaki Anfang August. Anläßlich des 60. Jahrestags des Beginns des Zweiten Weltkriegs am 1. September sollen lokale und regionale Friedensaktionen durchgeführt werden. Gerade angesichts der neuen deutschen Rolle in der Kriegs- und Militärpolitik wird dieses Datum von besonderer Bedeutung sein. Die IG Metall-Jugend will auf eine starke gewerkschaftliche Beteiligung am Antikriegstag hinarbeiten. Erfreuliche ist die große Resonanz auf den Aufruf von GewerkschafterInnen gegen den Krieg. Mittlerweile haben ihn über 10.000 GewerkschafterInnen unterzeichnet. Das ändert allerdings wenig daran, daß insgesamt die Beteiligung von gewerkschaftlichen Kräften an Antikriegsaktionen eher gering ist. Sollte es in Jugoslawien doch noch zu einem Einsatz von Bodentruppen kommen, so die bisherigen Überlegungen des Kasseler Friedensratschlages, soll eine europaweite Demonstration in Brüssel organisiert werden.

Nützlich wäre auch eine Beratungskonferenz der Friedens- und Antikriegsbewegung über die neue NATO-Strategie, über die Beschlüsse des EU-Gipfels zum Ausbau der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik und nicht zuletzt über die besondere Rolle der Berliner Republik. Beratungsbedarf, aber auch Verabredungsbedarf für gemeinsame Aktionen besteht.

gw.

Hilferuf

aus

Serbien!

Jugoslawische Friedens- und MenschenrechtsaktivistInnen befinden sich in großer Gefahr! Alle oppositionellen Aktivitäten sind seit dem Beginn der Nato-Aggression gegen die BR Jugoslawien eingestellt worden. Eine zivilgesellschaftliche Alternative ist auf Jahre hinaus zerstört worden. Die neuartige Situation, gekennzeichnet durch Kriegsrecht, willkürliche Regierungserlasse, Kriegszensur und permanente Kriegspsychose, hat die gesamte Menschenrechtsbewegung in Serbien dazu gezwungen, ihre sämtlichen Aktivitäten auszusetzen und ihre Strukturen aufzulösen. Aufgrund der unvorhersehbaren Entwicklung der Situation in der Region und der möglichen politischen Konsequenzen wird es keine weiteren öffentlichen Aktivitäten in Serbien mehr geben. Für den Schutz der AktivistInnen und den Aufbau neuer Strukturen außerhalb Serbiens benötigen wir in kürzester Zeit dringend finanzielle Mittel.

Spendenkonto:

Hamburger Arbeitskreis Asyl e.V.

Stichwort "YUKOM"

Sonderkonto: 621 976-209

BLZ 200 100 20

Postbank Hamburg

12. Printmedien in Zeiten des Krieges. Der NATO-Krieg um Kosovo in der bundesdeutschen Presse

Der NATO-Krieg um das Kosovo in der bundesdeutschen Presse

Autor: Margret Jäger, DISS · Rubrik: Medien; Kosovo-Krieg · CD-Datei: daten/aksuche/ak427/33.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:427:33

Kriegsberichterstattung hat es in der Bundesrepublik schon oft gegeben, geben müssen. Auch eine Kriegsberichterstattung, in der JournalistInnen einer der Kriegsparteien ihre Sympathie bekundeten, während sie der anderen mit Abscheu begegneten. Doch Berichterstattung über einen Krieg, in den das eigene Land verwickelt ist, ist für die Bundesrepublik ein Novum. Wie sieht diese Berichterstattung aus? Betreibt die bundesdeutsche Presse heute Kriegspropaganda, läßt sie sich einspannen ins Geschäft der Politik?

Eine genaue Analyse, die Antwort auf diese Frage geben könnten, steht noch aus. Deshalb kann das Folgende auch nur ein Versuch sein, sich einer Antwort anzunähern. Es sollen einige Besonderheiten herausgearbeitet werden, die die Berichterstattung über den NATO-Krieg heute ausmachen. Dabei fällt die Schwierigkeit ins Auge, die Verflechtungen zwischen dem politischen und dem medialen Diskurs zu entwirren, um zum Kern des journalistischen Einsatz in diesem Krieg vorzudringen.

Die erste Besonderheit mag darin bestehen, daß die Medien verunsichert sind. Sie räumen ein, daß auf die Informationen, die sie bringen, kein Verlaß sei. Im Fernsehen ebenso wie in den Zeitungen. Nachdem wochenlang bereits fleißig berichtet worden war, bringt z.B. die Frankfurter Rundschau (FR) am 12.4. erstmalig einen Kasten "In eigener Sache". Dort notiert sie: "Die meisten Angaben über das militärische und politische Geschehen stammen aus Quellen, die den jeweiligen Konfliktparteien und deren Informations-, Desinformations- und Propagandainteressen unterstehen. Ob und in welchem Umfang diese Angaben den Tatsachen entsprechen und was dabei verschwiegen wird, ist in vielen Fällen nicht nachprüfbar. Zur besseren Einschätzung der Berichte bemüht sich die FR-Redaktion, die jeweiligen Quellen zu benennen, und bittet die Leserinnen und Leser, diese Umstände bei der Lektüre zu bedenken."

Dieser Kasten folgt danach unregelmäßig an gleicher Stelle auf den Seiten mit Berichten, Kommentaren und Bildern zum Kosovo-Krieg. Ähnliche Stellungnahmen oder auch Reflektionen oder gar Analysen zur Rolle der Medien im Krieg finden sich in vielen Zeitungen. Ebenfalls am 12.4. schreibt die Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ): "Das erste Opfer in Zeiten des Krieges ist die Wahrheit". Sie zitiert den englischen Philosophen David Hume mit der Erkenntnis, in jedem Krieg werde der Feind verteufelt und die eigene Sache beschönigt.

Solche Selbsteinschätzungen und kritischen Hinweise können aber nicht darüber hinwegtäuschen, daß sich ein Großteil der Presse zumindest in der ersten Phase des Krieges in die Legitimationsstrategie der NATO hat einbinden lassen, mit der auf subtile und gleichzeitig gnadenlose Weise die Bombardements erklärt und verteidigt wurden. Diese Strategie läßt sich unter der Überschrift "Schaut Euch diese Bilder an!" subsumieren.

Gezwungen zuzugeben, daß man nicht über Tatsachen berichtet, greifen die Medien zu dem Mittel der Erzeugung parteilichen Mitleids, das in der heutigen Zeit offenbar am wirkungsvollsten ist: Mit Fotos von Elend und Schrecken, von Fluchtszenen wird Entsetzen über das Leiden der Opfer, wird Betroffenheit hergestellt. Über Wochen fast täglich schaut einen eine weinende Mutter mit Kind auf der ersten Seite der Westdeutschen Allgemeinen Zeitung (WAZ) an - die Jungfrau mit dem Kind. Es werden verzweifelte Flüchtlinge gezeigt, denen der Schock ihrer Vertreibung ins Gesicht geschrieben steht. Auch wenn dies nicht die redaktionelle Position z.B. der WAZ ist, so ist der Effekt dennoch der, daß den Politikern, die den Krieg als alternativlos propagieren, dadurch zu Rückhalt und Akzeptanz in der Bevölkerung verholfen wird.

Denn neben diesen Abbildungen wird zugleich insistiert, daß eine friedliche Lösung des Konfliktes nicht zu haben ist, schon gar keine schnelle. So treten neben Betroffenheit Ratlosigkeit und Ohnmachtsgefühle auf - bei aller Bereitschaft, etwas zu tun. Die Katastrophe scheint nicht zu stoppen. Sie lastet wie blinde Natur auf der Welt, und wie bei einer Naturkatastrophe reagieren die Menschen der reichen Länder mit Mitleid und spenden, wie sie es in solchen Fällen immer tun. Da zugleich diese Katastrophe an das Feindbild Milosevic angebunden ist, wird dieser, wenn nicht mit dem Reich des Bösen, dann doch mit dem brachialen Walten der Natur assoziiert, dem man sich mit menschlichen Mitteln nicht erwehren kann.

Abhilfe durch Politik scheint obsolet. Deshalb wenden sich die Menschen an die nicht-politischen Hilfsorganisationen, die die Schäden vermindern sollen. So ist das Problem dem politischen Raum entzogen, politische Lösungen werden undenkbar, die Bevölkerung wird entpolitisiert. Die Frage, ob die NATO eine politische Alternative anzubieten hätte, wird erst gar nicht mehr gestellt. Die Katastrophe nimmt ihren Lauf. Die Lawine der Gewalt kann nicht aufgehalten werden, es sei denn durch gewaltige Notmaßnahmen: Einsatz von Bodentruppen oder Ausradierung der Ursache Belgrad und Milosevic.

Bomben fürs seelische Gleichgewicht

Der Schock, der durch die Wiedergabe solch grausamer Szenen ausgelöst wird, versetzt die BetrachterInnen in einen emotionalen Zustand von Ohnmacht und Wut. Die Zustimmung zu den Bomben ist eine Möglichkeit, mit der das innere Gleichgewicht dann wieder hergestellt werden kann.

Um jedoch als Legitimation für die NATO-Bomben funktionieren zu können, müssen die Betrachter dieser Fluchtbilder, die immer und immer wieder von den Medien verbreitet werden, eine Voraussetzung akzeptieren: Die Bomben könnten diesen hilflosen Personen helfen, aus ihrem Elend herauszukommen. Doch diese Schlußfolgerung ist brüchig, und sie ist vor allem nicht logisch. Denn diese Bilder beweisen - wenn sie überhaupt etwas beweisen können -, daß die NATO-Bomben den abgebildeten Personen gerade nicht helfen konnten.

Diese Brüchigkeit der Argumentation wird jedoch durch die ständige Reproduktion der Bilder überdeckt. Die Verletzungen und Empörungen, die die Bilder auslösen, blockieren ein Nachdenken darüber, daß sie das Gegenteil von dem beweisen, was sie beweisen sollen. Und vielleicht sogar weitergehend: Sie verhindern ein Nachdenken darüber, daß die Bomben möglicherweise sogar den Effekt auslösen, die serbische Bevölkerung zusammenzuschmieden, mit der Konsequenz, daß die vorhandene Opposition zum Schweigen gebracht wird.

Durch die ständige Präsentation von Fluchtbildern hat sich die Presse zumindest in der ersten Phase des Krieges in eine Legitimationsbeschaffung einbinden lassen und kritische Stimmen gegen den Krieg mundtot gemacht. Dazu gehört aber auch, daß die in Kriegs- und Krisenzeiten bekannte Diskursstrategie zum Tragen kommt, nach der jeder, der nicht für den Krieg ist, zum Handlanger des Kriegsgegners wird.

Aus der Sicht der FAZ ist dies beim Bundesvorstand der Grünen der Fall. Als sich dieser bei der Vorbereitung der Bundesdelegiertenkonferenz in Bielefeld erdreistete, einen Leitantrag zu formulieren, in dem eine einseitige Feuerpause seitens der NATO gefordert wurde, kommentiert sie: "Der Grünen-Bundesvorstand und Milosevic stimmen offenkundig überein." (FAZ, 10.5.99)

In die gleiche Richtung geht auch die systematische Entwertung der Gegner des Krieges und ihrer Argumente. Sie sind "militante Pazifisten", die sich verantwortungslos und feige aus der "Verantwortung" stehlen wollen.

Nachdem auf der bereits angesprochenen Grünen-Konferenz eine Farbbeutel-Attacke auf Joseph Fischer erfolgte, bemüht sich die Bild-Zeitung darum, einen Zusammenhang zwischen dem "Attentäter" und der Kriegsgegnerin Annelie Buntenbach herzustellen. "Die Spitzengrüne und der ‚Mann im Rock` - wie gut kennen sich die wortgewaltige Fischer-Gegnerin Annelie Buntenbach (44) und der ‚wurfgewaltige` Fischer-Attentäter Samir Fansa (36)?"

Hier wird nicht nur durch die rhetorische Figur einer Alliteration, d.h. durch den Gleichklang der Silben, Annelie Buntenbach in die Nähe gewaltbereiter Personen geschrieben. Zusätzlich wird der Konflikt personalisiert, in dem Buntenbach als Gegnerin von Fischer bezeichnet wird. Im weiteren Verlauf des Artikels wird ihr mangelnde Zusammenarbeit bei der Ermittlung des Täters unterstellt, womit eine "riesiger Ermittlungsaufwand" hätte erspart werden können. (Bild, 18.5.99)

Solche Entwertungen der politischen Gegner finden sich in den Artikeln zum Kosovokrieg zuhauf. Wenn sie auch nicht als spezifisch für diese Berichterstattung angesehen werden können, weil sie in Deutschland auch in anderen kontroversen Belangen eine gängige Auseinandersetzungsform darstellen. Sie entfalten aber dennoch ihre diskursive Wirkungen und tragen dazu bei, ein alternatives Entweder-Oder zu konstruieren.

Ebenso verhält es sich mit den Pauschalisierungen und Homogenisierungen, die in der Presse ständig auftauchen sind: Zwar wird immer wieder behauptet, die NATO führe keinen Krieg gegen die serbische Bevölkerung bzw. das "serbische Volk", dennoch ist ständig von "den Serben" auch dort die Rede, wo

eindeutig die politische Führung gemeint ist. In einem Spiegel-Artikel wird z.B. ausgeführt, daß bei der NATO "schon Ende Januar präzise Hinweise eingegangen (waren), daß die Serben systematisch Truppenverbände zu ihrer ‚Operation Hufeisen` um das Kosovo zusammenzogen." (Der Spiegel, 15/1999)

Und es gibt einen weiteren Punkt, bei dem die Presse in ihrer Kriegsberichterstattung zum Erfüllungsgehilfen der Politik mutierte. Die Vergleiche mit Auschwitz, die vor allem zu Beginn des Krieges dazu herhalten mußten, deutsche Bedenken gegen ein militärisches Eingreifen zu entkräften, sind auch in den Medien nachgebetet und nur wenig kritisch reflektiert worden.

Da bescheinigt etwa die FAZ am 9.4.99 dem grünen Außenminister Joseph Fischer große Moralität, weil er "als Vertreter einer Generation, die am Verhalten der Eltern im Dritten Reich (ver-)zweifelte, über dem Satz ‚Nie wieder Krieg?` einen zweiten Satz nicht vergessen (habe), der zu Protestzeiten genauso laut gerufen wurde: ‚Nie wieder Auschwitz`."

Erst nachdem Opfer des Holocaust sich gegen diesen unsäglichen Vergleich massiv zur Wehr gesetzt haben, und nachdem auch Historiker diesen Vergleich als den Holocaust relativierend bezeichnen, ist diese Argumentation merklich verstummt. Für die Herstellung von Legitimation, daß unter einer rot-grünen Bundesregierung Deutschland seinen ersten Krieg führt, hatte sie jedoch bereits ihren Zweck erfüllt. Auch deshalb, weil eine kritische Auseinandersetzung damit in den Medien kaum stattgefunden hat.

Krieg als Normalität

Nach elf Wochen Bombardement hat sich die bundesdeutsche Presse an den Kriegsalltag gewöhnt und weitet diesen Prozeß offenbar auch auf ihre LeserInnen aus. Ein Indiz für die Normalität des Krieges ist z.B., daß der Bild-Zeitung der Krieg mittlerweile nur eine kleine Notiz auf der ersten Seite wert ist. Zwar wird weiterhin in anderen Zeitungen ausführlich berichtet, doch konkurriert der Krieg als Nachricht nun mit anderen politischen Ereignissen im In- und Ausland. Dabei gäbe es eine Vielzahl von Themen und Fragen, die von JournalistInnen in Verbindung mit dem Krieg zu diskutieren bzw. aufzuwerfen wären. Z.B. die nach den Zerstörungen, die durch deutsche Einsätze entstanden sind, oder auch die nach den Entscheidungsträgern, die die militärischen Ziele jeweils festlegen, nach den Kriterien, warum diese und nicht andere Ziele ins Visier genommen wurden, usw..

Durch das Herunterfahren des Krieges auf "Normalmaß" erweist die Presse der politischen und militärischen Klasse in Deutschland und darüberhinaus einen weiteren Freundschaftsdienst. Denn diese ist durchaus daran interessiert, daß Kriegführen heute als eine Sache von Profis und Spezialisten angesehen wird, daß die NATO-Strategie sich als tauglich erweist, Konflikte durch abgestuftes Eingreifen so zu bewältigen, daß die Bevölkerung gar nicht merkt, daß ihre Führung Kriege führt. Wann und wie oft Waffen eingesetzt werden, ist allein die Sache der Militärs.

Würden dagegen nur einige der oben angesprochenen Themen von der Presse aufgenommen, dann würde sich sehr schnell zeigen, wer heute im Land das Sagen hat. Dann würde deutlich, daß die Herren Scharping, Fischer und Schröder nur das kommentieren dürfen (und können), was die NATO ausgedacht und entschieden hat. Ob unter diesen Umständen das Schweigen in der Bevölkerung zu diesem Krieg weiter andauern würde, darf bezweifelt werden.

Statt dessen ist zu erwarten, daß die Presse nach dem Krieg die heute mit Mitleid und Spenden bedachten Flüchtlinge wieder zu "Asylanten" bzw. "Scheinasylanten" macht, die vor allem kriminelle Heroindealer sind. Ein solcher Stimmungswechsel erscheint vielleicht aus heutiger Sicht unwahrscheinlich. Doch wir müssen uns nur vergegenwärtigen, daß bereits im BKA-Bericht von 1997 vor den Kosovo-Albanern gewarnt wird, weil sie "durch die Aggressivität und hohe Mobilität" sowie über "ein gut ausgebaute(s) internationale(s) Netzwerk" verfügten. Und aus einem weiteren Grund kann die Stimmung kippen: Gerade die emotionale Aufladung des Diskurses kann dazu führen, daß sich in der Bevölkerung rassistische Ausgrenzungen gegenüber den Flüchtlingen ausbreiten. Wenn klar wird, daß alle Hilfs- und Spendenbereitschaft nicht ausreicht, um das Leiden zu lindern, dann werden dafür Ersatzgründe gesucht werden. Hier wird der rassistisch strukturierte Einwanderungsdiskurs wieder Platz greifen, indem z.B. auf die Minderwertigkeit und mangelnde Kompetenz dieser Menschen verwiesen wird.

Sicherlich ist diese Prognose bitter, doch die Titelseite der WAZ vom 21. April 1999 enthält bereits dieses Szenario: Untereinander werden zwei Nachrichten montiert. Im Artikel "Debatte um Flüchtlinge aus dem Kosovo" wird berichtet, daß CDU-Politiker den vorläufige Aufnahme-Stopp von Flüchtlingen mit dem Hinweis rechtfertigten, "daß einige Kosovo-Albaner Kriminelle seien." Darunter ist in der Kurzmeldung "Verletzte bei Brandanschlag auf Asylheim" davon die Rede, daß in Freiberg vier Menschen verletzt wurden.

Vor diesem sicherlich nur knapp skizzierten Hintergrund läßt sich die Frage nach Qualität der Printmedienberichte zum NATO-Krieg vorläufig so beantworten: Nein, Kriegspropaganda im herkömmlichen Sinne kann ich in der bundesdeutschen Presse nicht finden. Dennoch gibt es eine Reihe von Hinweisen darauf, daß sich die Presse - wie andere Medien auch - einspannen läßt in ein politisches und militärisches Konzept, das den Krieg nicht nur rechtfertigt, sondern auch als "humanitär" erscheinen lassen will. Es gibt kein Tschinderassa-Bum, aber eine subtile Legitimierung dieses "humanitären" Krieges. Wurden ehedem die Menschen durch Kriegspropaganda begeistert, so werden sie in diesem Krieg ruhiggestellt.

Margret Jäger, 2.6.99

DISS (Duisburger Institut für

Sprach- und Sozialforschung)

13. Geschichtsrevisionismus und Krieg. Wie Volkstumshistoriker bei der Zerschlagung Jugoslawiens halfen

Wie Volkstumshistoriker bei der Zerschlagung Jugoslawiens halfen Von Karl Heinz Roth

Autor: Karl Heinz Roth · Rubrik: Geschichte; Jugoslawien / Ex-Jugoslawien; Kosovo-Krieg · CD-Datei: daten/aksuche/ak427/20.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:427:20

Von Karl Heinz Roth

In diesem Beitrag beschäftigt sich der Arzt und Historiker Karl Heinz Roth mit der Funktion von historischen Mythen bei der Zerschlagung der Jugoslawischen Föderation - von innen und außen. Die ak-Redaktion hat Roths Text eigenmächtig um etwa ein Drittel gekürzt, vor allem um einen ersten Teil, der sich mit der Rolle der sogenannten Totalitarismustheorie für die Herausbildung eines neudeutschen Großmachtchauvinismus beschäftigt (s. auch Anm.1). Der vollständige Text ist im Internet abrufbar unter www.akweb.de Die Zwischenüberschriften stammen von der ak-Redaktion.

(...) Die Barbarei, die schon zweimal in diesem Jahrhundert Weltkriege mit ausgelöst hat, kehrt wieder in Gestalt von "ethnischen Säuberungen" und grauenhaften Massakern, aber auch im fast rückstandslosen Wegbrennen von Flüchtlingstrecks und der Vernichtung der Insassen von Linienbussen und Schienenfahrzeugen im High-Tech-Krieg. (...)

Der Geschichtsrevisionismus hat diesen Weg in die neue Barbarei entscheidend mitgebahnt. Seine Vordenker sind an ihrem insgeheim verfolgten Ziel angelangt und haben ihre Botschaft umzusetzen begonnen. Für sie ist der Krieg eine selbstverständliche Fortsetzung von Machtpolitik mit anderen, noch gewalttätiger zupackenden Mitteln. Bis sie so weit waren, mußten die Adepten des historischen Revisionismus in den vergangenen eineinhalb Jahrzehnten unterschiedliche Etappen durchlaufen. (1) (...)

Der Weg zur

"Berliner Republik"

Gegen die Re-Konstruktion der revisionistischen Leitbilder und Entwürfe regte sich zunächst erheblicher Protest, weil sie im Gleichschritt mit einer unverkennbaren Tendenz zur Legitimation der nazistischen Massenverbrechen daherkam. Es kam zum sogenannten Historikerstreit, der hinsichtlich der geschichtslegitimatorischen Meinungsführerschaft zunächst in einem Patt zwischen den - allerdings deutlich in die Defensive geratenen - "Verfassungspatrioten" und den Verfechtern eines neudeutschen Großmacht-Chauvinismus endete. Mit diesem Status quo war es 1989/90 wieder vorbei. Im Sog des DDR-Anschlusses und des darauffolgenden Untergangs der UdSSR liefen die meisten Historiker, die den "Rückruf" in eine restaurierte Großmachtgeschichte bislang abgelehnt hatten, stillschweigend oder offen zu den Propagandisten einer national-machtstaatlichen Kehrtwende über. (...)

Entsprechend wurde der Anschluß der DDR als Einlösung eines jahrzehntelang frustriert gebliebenen Kontinuitätsversprechens gefeiert: Der "Rückruf in die Geschichte" wurde als Rückkehr zu imperialistischer Machtstaatlichkeit geschichtsmächtig. Das "geeinte" Deutschland avancierte in den Visionen der Geschichtsrevisionisten zur Vormacht "Mitteleuropas", zur führenden Supermacht des alten Kontinents, deren Mission darin bestehe, die von zentrifugalen Tendenzen bedrohte Europäische Union eisern zusammenzuhalten.

Das war aber nur die eine Seite des Selbstverständnisses. Die andere basiert auf einer wiederaufgelegten Doktrin des Eingriffsrechts der mitteleuropäischen Vormacht in die Nachbarschaft der Europäischen Union. Nachdem die Linke mit der normativen Keule des repräsentativ-pluralistischen Verfassungsstaats zum Schweigen gebracht war, konnte unter Einbindung ihrer Renegaten darangegangen werden, eben diese normativen Grundlagen der BRD-Existenz zu zerstören und das im Grundgesetz verankerte Verbot des Angriffskriegs zu beseitigen. Die Art und Weise, in der die Geschichtsrevisionisten zu diesem Zweck die nationalen Minderheitenrechte in ein von der deutschen Vormacht definiertes "Volksgruppenrecht"

umdeuteten, ist bis jetzt kaum kritisch wahrgenommen worden. Auf diesem sensiblen Terrain des neudeutsch-imperialistischen Großmachtchauvinismus fehlte denn auch die publizistisch-propagandistische Begleitmusik weitgehend.

Voraussetzung für die Etablierung eines neudeutschen "Volksgruppenrechts" war das sogenannte Schengener Abkommen, durch dessen Ratifizierung ein neuartiges Grenzregime zwischen der Binnenregion der Europäischen Union und ihrer äußeren Umgebung konstituiert wurde. Das Schengener Abkommen ist im wesentlichen durch die deutsche Handschrift geprägt. Es blockiert und sortiert nicht nur Flüchtlingsströme, sondern definiert auch einen unter direkter BRD-EU-Kontrolle stehenden "Cordon sanitaire" des DM-Euro-Blocks. Um das Grenzregime zu stabilisieren, hat die BRD mit zunehmender Intensität in die Innenpolitik der an die Europäische Union assoziierten Regierungen der Grenzländer eingegriffen.

Von hier aus folgte in den letzten Jahren der nächste Schritt. Für das an die EU-Assoziierten anschließende äußere Vorfeld der Schengener Grenze sind neue Interventionsszenarien in Kraft gesetzt worden, die im Fall von Nationalitätenkonflikten oder anderer Destabilisierungsphänomene gestaffelte Integrations-, Entwicklungs- und Kriseneingriffe auf der Basis des restaurierten "Volksgruppenrechts" vorsehen.

Das "Volksgruppenrecht" ist eine aus der geheimen Neben-Außenpolitik der Weimarer Republik und der frühen NS-Diktatur übernommene und wieder aufgelegte Doktrin, die je nach Maßgabe der deutsch-europäischen Vorfeldinteressen das Recht auf nationale Selbstbestimmung zum Sezessionsrecht so umbiegt, daß die den deutsch-europäischen Herrschaftsinteressen jeweils genehmen ethnisch-nationalistischen Minderheitengruppen mißliebige multinationale Territorialstaaten des Schengener Vorfelds destabilisieren und zerstören können.

Erste Experimente

Die ersten Experimente auf diesem Gebiet sind schon Mitte der 1980er Jahre bei der Zerstörung der Jugoslawischen Föderation durchexerziert worden. Vor allem die Strukturkrise Jugoslawiens verleitete die Planereliten des Auswärtigen Amts und des Bundeskanzleramts zur Wiederbelebung der konzeptionellen Grundlagen einer ethnisch parzellierenden deutschen Neben-Außenpolitik.

Während das Münchener Südost-Institut, das Institut für Ostrecht der Universität Köln und das Osteuropa-Institut der FU Berlin sowie andere Denkfabriken im BND-Umfeld den ethnisch-nationalistischen Erosionsprozeß der Jugoslawischen Föderation fortlaufend analysierten und dabei das Interventionsmodell des "Volksgruppenrechts" wiederentdeckten, ermutigte die Hanns-Seidel-Stiftung der CSU seit Mitte der 80er Jahre die slowenische und kroatische Irredenta: Jeder Schritt weg von der Föderation wurde mit der Unterstützung ihrer Bemühungen um Erleichterungen der IWF-Auflagen gegenüber den nordjugoslawischen Teilrepubliken honoriert.

Dieses Konzept ging Ende der 1980er Jahre auf, als sich Serbien als größte Teilrepublik der Jugoslawischen Föderation seinerseits zu einer nationalistischen Flucht nach vorn entschloß. Es war ein mit politischer Praxis eng verzahnter stiller Geschichtsrevisionismus deutscher Denkfabriken, der den entscheidenden äußeren Anstoß zur Zerstörung Jugoslawiens gegeben hat.

Während sich die Agonie Jugoslawiens nach einer Abfolge immer grausamerer Teil-Bürgerkriege langsam in Gestalt der Kosovo-Krise auf ihren Höhepunkt zubewegte, wurde seit der zweiten Hälfte der 1990er Jahre dieses Experiment auf das gesamte ost- und südosteuropäische Vorfeld der Schengener Grenze ausgedehnt. 1995 wurde von der Schleswig-Holsteinischen Landesregierung das "Europäisches Zentrum für Minderheitenfragen (EZM)" gegründet, das seither zusammen mit der Bertelsmann-Wissenschaftsstiftung als Vordenker einer neuen rosa-grünen Minderheitenpolitik im Vorfeld des Schengener Grenzregimes tätig ist.

In diesen Regionen seien die Bevölkerungen ethnisch nicht homogen, heißt es. "Friedensstiftende" Eingriffe in die dort immer wieder virulent werdenden ethnischen Spannungen und Nationalitätenkonflikte setzten genaue Kenntnisse über die jeweiligen ethnischen Zusammenhänge und Konfliktursachen voraus. Um entsprechende Interventionen seitens der "Internationalen Gemeinschaft" vorzubereiten, wurden seit 1996/97 Krisenszenarien erarbeitet, die inzwischen sogar die Nationalitätenkonflikte in der Kaukasus-Region einbeziehen.

1997 haben darüber hinaus im Fall Kosovo, das zum Krisenbrennpunkt erster Ordnung deklariert wurde, erste "Vermittlungsaktionen" zugunsten der groß-albanischen Sezessionsbewegung stattgefunden. Während der

BND und Sondereinsatzkommandos des Bundesgrenzschutzes seit 1996 die UCK militärisch ausrüsteten und ausbildeten, (2) stellte das EZM in einem Positionspapier fest, daß der Sezessionswille der UCK zu unterstützen sei und der Anschluß des Kosovo an Albanien wegen der überwiegend albanischen Besiedlung dieser an Albanien angrenzenden Region ohne Schwierigkeiten bewerkstelligt werden könne. (3)

Durch die Aktivitäten des EZM haben SPD und Grüne somit rechtzeitig zum ethnisch-sezessionistischen Paradigma der Denkfabriken und Stiftungen im CSU-BND-Umfeld Anschluß gefunden. Das Ziel der rosa-grünen Regierung ist jetzt offensichtlich, ihre Vorläufer bei der Neuinszenierung einer völkisch-faschistischen Außenpolitik zu übertrumpfen. Jugoslawien soll endgültig in "ethnisch homogene" Komponenten zerstückelt werden, um dann den Wiederaufbau Südosteuropas unter dem Vorzeichen einer zudiktierten "Neuordnung" des Balkans vorantreiben zu können, wobei Kroatien an der Seite Sloweniens die Rolle eines deutsch-europäischen Satellitenstaats erster Ordnung zugedacht ist.

Das Modell der "ethnischen Homogenisierung" wird inzwischen von den Geschichtsrevisionisten und wieder auferstandenen "Volkstumshistorikern" offensichtlich als Generalkonzept zur "Befriedung" von Nationalitätenkonflikten angesehen und von den solcherart "beratenen" Politikern der rosa-grünen Regierung als besonders überzeugende Variante der Einmischung favorisiert. Dabei stört es sie nicht einmal, daß diese Konzeption der ethnischen Zerstückelung zu territorialen Lösungsvorschlägen und Grenzziehungs-Modellen führt, die exakt mit den Grenzziehungen seitens der faschistischen Achse von 1940/1941 übereinstimmen.

Geschichtsmythen

in Jugoslawien

Die - insbesondere von den Deutschen betriebene - äußere Intervention spielte und spielt bei der Zerstörung des multinationalen, multikulturellen und selbstverwaltet-sozialistischen Jugoslawien eine bedeutende Rolle. Dennoch waren und sind die entscheidenden Krisenpunkte hausgemacht, wenn sie auch ihrerseits wiederum durch brutale Eingriffe des Internationalen Währungsfonds ausgelöst wurden.

Seit Anfang der 1980er Jahre geriet die Jugoslawische Föderation zusammen mit ihren Teilrepubliken in eine schwere Zahlungsbilanz- und Überschuldungskrise. Der Internationale Währungsfonds (IWF) intervenierte daraufhin prompt wie überall auf der Welt bei vergleichbaren Konstellationen. Es kam zu heftigen Massenkämpfen der jugoslawischen Bauern-Arbeiterinnen und -Arbeiter gegen die Schere von Massenerwerbslosigkeit und beschleunigtem Strukturwandel, die eine außergewöhnliche Intensität und Qualität erreichten. (4) Die Nomenklaturas und die Funktionseliten der Teilrepubliken fühlten sich zunehmend bedroht, zumal die Streikenden nicht nur die Betriebe, sondern auch die Gewerkschafts- und Parteihäuser besetzten. Sie waren weder in der Lage, die von der Föderationsregierung mitgetragenen Deregulierungsauflagen des IWF uneingeschränkt durchzuführen, noch wußten sie, was sie dem Massenwiderstand der Bauern-Arbeiter entgegensetzen sollten.

In dieser dramatischen Situation griffen die Führungsschichten der Teilrepubliken nacheinander zur Büchse der Pandora und öffneten ethnisch-sezessionistische Ventile. Ihr Ziel war zunächst, die Folgekosten der IWF-Sanierung auf die anderen Teilrepubliken abzuwälzen und der bedrohlich gewordenen Zange zwischen Massenkämpfen und IWF-Auflagen zu Lasten der noch ärmeren Teilrepubliken zu entkommen. Vor allem die reichen Teilrepubliken Nordjugoslawiens (Slowenien und Kroatien) begannen ihre Transferzahlungen an die ärmeren Teilrepubliken einzustellen. Diese Politik des "beggar my neighbour" wurde zunehmend ethnisch-rassistisch mit der "angeborenen" Unterlegenheit der in der Einkommenshierarchie und Produktivität niedriger rangierenden Teilrepubliken und Autonomen Provinzen begründet.

Jetzt schlug die Stunde der Geschichtsrevisionisten auch in den jugoslawischen Teilrepubliken. Ihnen wurde die Aufgabe zugewiesen, den ethnisch-nationalistischen Kurswechsel in massenwirksame Legitimationsmuster umzusetzen und das durch die Sozialkämpfe ins Wanken geratene Loyalitätsverhältnis zwischen den Eliten und den Bauern-Arbeitern auf "völkischer" Basis neu zu begründen.

Besonders früh taten sie sich in Kroatien hervor. Ihr wichtigster Exponent war der spätere Präsident des sezessionistischen Kroatiens, Franjo Tudjman. Tudjman war ehemaliger Major der jugoslawischen Partisanenbewegung. In den 1950er und 1960er Jahren machte er Karriere als Historiker und leitete das

Institut für die Geschichte der Arbeiterbewegung in Zagreb. In dieser Zeit profilierte er sich mit Studien über den NS-Völkermord in Südosteuropa.

Anfang der 1980er Jahre bekehrte er sich zum ethnischen Sezessionisten. Als ein von anderen kroatischen Nationalisten gestarteter Testballon, die nicht-slawischen Illyrer des Altertums zu den Urahnen der "Kroatischen Nation" zu stilisieren, zerplatzte, scheute sich Tudjman nicht, auf die klerikalfaschistischen und antisemitischen Traditionsbestände des von den Nazis gegründeten und ausgehaltenen Kroatischen Ustascha-Staats zurückzugreifen, um unter verschwiegener bundesdeutscher Protektion die Herauslösung Kroatiens aus der Jugoslawischen Föderation zu rechtfertigen.

Wiedergeburt im Kosovo

Auch die pro-albanische Irredenta des Kosovo versuchte zunächst, ihre Option zum Anschluß an Albanien mit einer gemeinsamen illyrischen das heißt nichtslawischen Sprache und Geschichte sowie der angeblich überwiegend albanischen Besiedlung des Kosovo seit dem Mittelalter zu rechtfertigen. (5) Dieser kulturgeschichtlich begründete und allen historischen Tatsachen widersprechende Separatismus verlangte aber seit dem antijugoslawischen und antiserbischen Aufstand von 1981 nach einer härteren Gangart.

Auch hier wurden die Politiker-Clans sofort großzügig mit den entsprechenden Geschichtsmythen bedient. Die bis dahin abgeleugnete Tatsache, daß die 1943 gegründete "Zweite Liga von Prizren" genauso wie die 1944 aufgestellte Albanische SS-Freiwilligen-Division (SS-Division Skanderbeg) die "ethnische Säuberung" des Kosovo von den Serben betrieben hatte, wurde jetzt als vorbildlich gerühmt. Auf dieser Grundlage schlossen sich dann 1995/96 pro-albanische Ex-Stalinisten und Neofaschisten zusammen und proklamierten die UCK als bewaffnete Irredenta, deren Aufgabe es sein sollte, das Kosovo zum Piemont einer "groß-albanischen Erneuerung" zu machen.(6)

Aber auch die Führungsschichten Serbiens, der größten Teilrepublik, haben den Geschichtsrevisionismus ausgiebig als historische Legitimationswissenschaft für eine verhängnisvolle Wiedergeburt des großserbischen Nationalismus bemüht. 1986 verfaßte die Serbische Akademie der Wissenschaften eine historische Denkschrift, in der sie den großserbischen Führungsanspruch erneuerte, so wie er schon in den zwanziger und dreißiger Jahren das multinationale Jugoslawien als Produkt der Pariser Vorortverträge ruiniert hatte.

Dabei wurde ausgerechnet dem Kosovo eine besondere Rolle zugewiesen. Wider alle geschichtliche Evidenz wurde behauptet, das Kosovo sei das "Jerusalem" Serbiens, weil auf dem im Kosovo gelegenen Amselfeld das erste Jugoslawische Kaiserreich von den Türken in der Schlacht von 1389 vernichtet worden sei und das Kosovo seither immer wieder als Ausgangspunkt zur Erneuerung serbischer Staatlichkeit fungiert habe. Nichts davon hält der historischen Evidenz stand: Das erste Serbische Reich hatte sich schon Jahrzehnte zuvor in Fürstentümer aufgelöst, und auf dem Amselfeld hatten Serben (genauso wie Albaner und andere Nationalitäten) auf beiden Seiten gekämpft. Der Rekurs auf die Schlacht auf dem Amselfeld als der Begründerin der großserbischen "Staatsidee" ist ein Mythos.

Trotzdem sollte auch diese historische Mystifikation auf makabre Weise geschichtsmächtig werden. Sie legitimierte 1989 die Aufhebung des Autonomie-Statuts für Kosovo und die Einführung eines brutalen Apartheid-Regimes, das einen an sozioökonomischen Entwicklungsgefällen festgemachten Sozialkonflikt ethnisierte und damit die Voraussetzungen für die Auslösung eines blutigen "Volkstumskampfs" lieferte.

Ethnische Sezession

und High-Tech-Krieg

Wir stehen somit im Jugoslawien-Krieg vor der paradoxen Situation, daß die äußeren Interventionsmächte und dabei die BRD vorneweg - die inneren Nationalitätenkonflikte ungeheuer verschärfen, indem sie durch ihren Luftkrieg ein Neuordnungsmodell herbeibomben, das auf die endgültige Zerstückelung Jugoslawiens in ethnisch homogenen parzellierte Nationalstaaten hinausläuft. Dies ist der Weg in die Barbarei, denn nationalstaatliche Grenzziehungen nach ethnischer, sprachlicher und kulturell-religiöser Homogenität können nur durch Massenvertreibungen und Massenmord durchgesetzt werden.

Den entscheidenden Beitrag dazu haben die Matadore des historischen Revisionismus sowohl im Innern der jugoslawischen Föderation als auch auf der Seite der NATO, insbesondere der BRD, geleistet. Der

imperialistische Chauvinismus der Großmächte und die Irredenta der ehemaligen Teilrepubliken der Jugoslawischen Föderation werden strukturell gleichartig mit historischen Mythen und bevölkerungspolitischen Neuordnungsmodellen bedient. Ihr gemeinsames Ziel ist das Schlachthaus nie endender "Volkstumskämpfe" um privilegierte Positionen im neoliberal deregulierten Wirtschaftskrieg.

Es mag durchaus sein, daß viele der Akteure, insbesondere die von außen eingreifenden Aggressoren der NATO, sich dieser Zusammenhänge nicht bewußt sind. Aber genau dies ist die logische Konsequenz ihres Handelns, und im übrigen ist auch in diesem Fall Unwissenheit kein Argument. Eric Hobsbawm hat schon 1991 in einer international breit rezipierten Studie über "Nationen und Nationalismus Mythos und Realität seit 1780" auf die wichtigste Lektion aus der Geschichte der in diesem Jahrhundert begangenen Menschheitsverbrechen hingewiesen: Wer glaubt, nationalstaatliche Grenzen auf "ethnisch homogener" Grundlage ziehen zu können, öffnet den Weg zur Barbarei und initiiert eine neue Ära rassistisch-nationalistischer Massenverbrechen.

Adressaten und Akteure

Zuletzt noch ein Blick auf die sozialen Adressaten und Akteure des kriegsverwendungsfähig gewordenen Geschichtsrevisionismus. Denn erst die Kenntnis dieser Zusammenhänge gibt uns die Chance, hier und auf dem Balkan eine plausible Widerstandsperspektive zu entwickeln.

Bezogen auf das zerfallende Rest-Jugoslawien ist die Situation klar. Die wichtigsten Adressaten sind die gewendeten Nomenklaturas der Teilrepubliken, die in der Schuldenkrise zunächst den ethnischen Nationalismus als Ventil entdeckten, 1989 den Sozialismus endgültig als Auslaufmodell verabschiedeten und rasch Zulauf durch die massenhaft strukturell arbeitslos gewordene Intelligenzjia sowie die wirtschaftlichen Krisengewinnler erhielten. Die Adressaten wurden somit zunehmend mit den Akteuren des Geschichtsrevisionismus identisch. Sie haben seither an den Hochschulen, Akademien, in den politischen und paramilitärischen Organisationen sowie in den Medien die historischen Legitimationsmuster des ethnischen Sezessionismus wieder erfunden, aktualisiert, verfeinert und massenhaft verbreitet.

Blicken wir auf die Adressaten und Akteure der in der NATO zusammengeschlossenen äußeren Interventionsmächte, so ergibt sich ein völlig anderes, aber nicht weniger charakteristisches Bild. In allen an der NATO-Intervention beteiligten europäischen Regierungen und in den NATO-Stäben selbst sitzen auffällig viele gewendete Linke und Vertreter des neosozialdemokratischen Deregulierungsregimes. Aber auch diejenigen Ex-Linken, die nicht bis in die Korridore der politischen Macht gelangt sind, haben im Kriegskonzert des historischen Revisionismus einiges mitzureden, wie die Lektüre ihrer wichtigsten europäischen Medien (La Repubblica, Liberation, die tageszeitung, Lettre Internationale) nachdrücklich ausweist.

Rosa-grüne Unverfrorenheit

Beschränken wir uns aber im folgenden auf die Situation in der BRD. Die neuen politischen Machthaber (Schröder, Fischer und Scharping, aber auch die Exponenten im zweiten Glied wie Joscha Schmierer, die volkstumspolitischen Beraterstäbe der Grünen im Umfeld des EZM usw.) haben ein ausgesprochen funktionales Verhältnis zum Geschichtsrevisionismus als Legitimationslieferanten ihres militaristischen Kurses entwickelt.

Sie gehen erstens in ihren Büchern, Aufsätzen und öffentlichen Statements unverhohlen von den Standortbestimmungen der jungkonservativen Großmacht-Revisionisten aus, wie diese sie gegen Ende der 1980er Jahre festschrieben, und sind somit ohne alle Polemik als politisch handelnde Vollstrecker der Geschichtsmythologen Nolte, Zitelmann, Brunner, Backes & Co. auszuweisen. Bei ihnen ist der "Rückruf in die Geschichte" genauso angekommen wie der Habitus einer "Selbstbewußten Nation", die die Schattenseiten ihrer Vergangenheit eliminiert, sich zur Großmachtrolle bekennt und sich angesichts zunehmender innenpolitischer Blockaden am ersten besten Koalitionskrieg beteiligt, um diese neu erworbene Unverfrorenheit unter Beweis zu stellen.

Hinsichtlich ihrer "volkstumspolitischen" Optionen im Interventionsgebiet halten sich die politischen Adepten des historischen Revisionismus dagegen bis jetzt bedeckt. Die Entscheidung zur Zersplitterung Restjugoslawiens in "ethnisch homogene" Satellitenregimes ist vorläufig nichts für die Öffentlichkeit. Das Experiment soll ungestört durchexerziert werden, weil es offensichtlich paradigmatischen Charakter für alle

weiteren Kriseninterventionen jenseits der Schengener Grenze in Ost- und Südosteuropa sowie demnächst der Kaukasus-Region hat.

Dennoch sind diese Ziele für die Kriegspropaganda zentral, ohne aber in ihrer machtpolitischen Instrumentalisierung benannt zu werden: Die Anwendung militärischer Gewalt wird ausnahmslos mit dem Bestreben gerechtfertigt, die Menschenrechte extrem gefährdeter nationaler Minderheiten zu schützen. Der Haken ist dabei nur, daß nur bestimmte, den eigenen imperialistischen Interessen zugeordnete Minderheiten unterstützt und aufgewertet werden, während die anderweitigen Opfer von Vertreibung und Terror wie beispielsweise die Kurden oder die Bevölkerung Ost-Timors ihrem Schicksal überlassen bleiben.

Der völkische Nationalismus fungiert somit für die an die Schalthebel der Macht gelangten Renegaten der Linken und die neosozialdemokratischen Deregulierungsmoderatoren als erstrangiges außenpolitisches Interventionsinstrument. Ihn auch für das eigene Land zu reklamieren, blieb einer anderen Renegatengruppe von Ex-68ern vorbehalten, die noch nicht saturiert ist und sich immer offenkundiger an das traditionell-faschistische Spektrum annähert (Horst Mahler, Bernd Rabehl und andere).

Drittens bedienen sich die Bonn-Berliner Adepten des historischen Revisionismus einer ausgefeilten Kriegspropaganda. Die gleichen Funktionseliten, die unter rosa-grüner Regie die deutsche Vergangenheit endgültig entsorgen, bemühen eine Vielzahl historischer Legitimationsmuster, die ihrer linken Vergangenheit entstammen. Fischer schreit "No pasaran", um dem Krieg gegen Serbien antifaschistische Weihen angedeihen zu lassen. Er und andere Regierungsmitglieder setzen die Sozialistische Partei Serbiens mit der SS sowie Milosevic mit Hitler gleich, und selbst die Parole "Nie wieder Auschwitz" ist getestet worden.

Vor allem bei den historisierenden Vordenkern der rosa-grünen Regierung ist dieses besonders maßlose Legitimationsmuster außerordentlich beliebt. Die gleichen Leute, die in den vergangenen eineinhalb Jahrzehnten die historisch-kritische Aufarbeitung der bevölkerungspolitischen, ökonomischen und sicherheitspolitischen Hintergründe von Holocaust und NS-Völkermord bekämpften und zu einer unerklärbaren black box stilisierten, tragen jetzt Auschwitz als heiligen Schrein vor sich her, um ihren Aggressionskrieg damit zu rechtfertigen. (...)

Was können wir tun?

Mittelfristig geht es zweifellos darum, den Primat der Innenpolitik und der sozialen Kämpfe wieder zurückzugewinnen. Damit dies gelingt, muß aber erst einmal der Krieg gestoppt und das bedingungslose Ende der Bombardierungen erkämpft werden. Wir müssen eine neue außerparlamentarische Massenbewegung in Gang bringen, die den kriegführenden Parteien und Institutionen ihren Anhang und ihre Mitläufer wegnimmt, die Akteure des Kriegs isoliert und für ihre Verbrechen zur Verantwortung zieht.

Dabei wird die kritisch-analytische Auseinandersetzung mit den moralisierenden Geschichtsmythologen der europäischen neosozialdemokratisch-grünen Kriegsparteien eine entscheidende Rolle spielen. Nur wenn wir die Kriegspropaganda aushebeln, werden wir überhaupt erst in der Lage sein, den Kriegstreibern durch den Nachweis ihrer tatsächlichen Absichten die Legitimationsbasis zu entziehen. Dabei müssen wir vor allem denjenigen, die als funktionelle Grenzträger zum Massenprotest Betroffenheit und Zerrissenheit heucheln, ansonsten aber weiterhin knallhart die Kriegsmaschinerie ölen, entschieden entgegentreten. Der erste Schritt zum Widerstand war und ist die große Verweigerung. Wer jetzt die Grünen, die Sozialdemokratie und die anderen kriegsbefürwortenden Parteien nicht verläßt, wird sich in Zukunft vorhalten lassen müssen, daß sie/er in der entscheidenden Stunde versagt hat.

Die Mobilisierung des Massenwiderstands wird zweifellos dadurch erschwert, daß wir uns mit dem Objekt der NATO-Aggression nicht identifizieren können. Diese Schwierigkeit müssen wir in Kauf nehmen und falsche Kompromisse und Bündnisse von vornherein vermeiden. Das postsozialistische Regime Serbiens hat wesentlichen Anteil an der Selbstzerstörung der Jugoslawischen Föderation gehabt, indem es wie die anderen Teilrepubliken auf die schwere Struktur- und Gesellschaftskrise der 1980er Jahre mit der Wiederentdeckung und Instrumentalisierung des ethnischen Nationalismus reagierte und die Bevölkerungsmehrheit des Kosovo einem rigorosen Apartheid-Regime unterwarf.

Keine Solidarität

mit Milosevic

Zwar trifft es zu, daß sich die serbische Regierung unter Milosevic zugleich auf wirtschaftspolitischem Gebiet auf einen bemerkenswerten Konfrontationskurs mit dem Internationalen Währungsfonds einließ, indem sie seine Auflagen durch eine dosierte Inflationspolitik unterlief, den Schuldendienst einstellte und seit Mitte der 1990er Jahre einen für den gesamten Balkan einmaligen Wachstumsschub zu verzeichnen hatte. Hauptzweck des jetzt gegen Serbien entfesselten Luftkriegs der NATO ist es zweifellos, unter dem Vorwand der Menschenrechtsintervention zugunsten der Kosovo-Albaner diesen Sonderweg in Grund und Boden zu bombardieren und das globale Deregulierungsmodell des Internationalen Währungsfonds mit militärischer Gewalt durchzusetzen. Dies dürfen wir unter keinen Umständen zulassen, aber es darf uns nicht zur Solidarisierung mit einem Regime verleiten, das die sozialistische Perspektive gegen einen ausgrenzenden und menschenverachtenden ethnischen Nationalismus ausgetauscht hat.

Unser Kampf gegen diesen Krieg mit allen seinen bedrohlichen Weiterungen verlangt deshalb nach einer eigenständig formulierten Perspektive, die sich nicht nur auf unsere eigene Lebenssphäre bezieht. Aktionen und Kampagnen gegen die moralisierenden Kriegstreiber und den sich dahinter neu aufbauenden militärisch-industriellen Interventionskomplex der NATO bleiben zweifellos vorrangig. Aber sie sollten durch die Kontaktaufnahme mit den hier lebenden Menschen aus Ex-Jugoslawien und den sozialistischen ex-jugoslawischen Oppositionsgruppen ergänzt werden, um für den Balkan selbst eine Alternative zu den von innen und außen gleichzeitig geschürten Massenvertreibungen und Massakern zu entwickeln.

Diese Alternative kann nur im Kampf für die (Wieder-)Herstellung von sozialer, wirtschaftlicher, kultureller und politischer Egalität in einer sozialistisch-jugoslawischen und darüber hinaus in einer Balkan-Föderation bestehen. Wir können die Geschichte der Jugoslawischen Partisanenbewegung und die Versuche Titos und Dimitroffs von 1948 zur Konstruktion einer antistalinistisch-föderativen Alternative auf dem Balkan nicht länger aus unserem Gedächtnis ausklammern.

Dies mag gegenwärtig utopisch wirken. Aber als sich die Reste der Jugoslawischen Kommunistischen Partei nach dem Nazi-Überfall vom April 1941 zum gleichzeitigen Kampf gegen alle inneren und von außen importierten ethnischen Rassismen entschlossen, war die Situation mindestens so aussichtslos wie gegenwärtig. Und wenn wir in den Widerstand gegen diesen Krieg keine eigenständigen Alternativen einbringen, werden wir weder den Neuordnungsszenarien des NATO-Imperialismus begegnen noch unsere Abgrenzung gegen den Nationalismus des Milosevic-Regimes und seiner Anhänger aufrechterhalten können.

Sozialismus oder Barbarei! Diese ehrwürdige Parole der untergegangenen Arbeiterbewegung hat genauso wie der Internationalismus der Einkommenslosen und Ausgebeuteten einen neuen Bedeutungsinhalt gewonnen, wie ihn vor zwei Monaten noch kaum jemand von uns für möglich gehalten hätte. (...)

Anmerkungen:

1) Vgl. Karl Heinz Roth: Geschichtsrevisionismus. Die Wiedergeburt der Totalitarismustheorie, Hamburg 1999 (konkret-texte)

2) Vgl. Le Monde Dipl. (dt. Ausg.), Mai 1999, S. 20-21.

3) Die Denkschrift wird ausführlich zitiert von Rüdiger Minow in konkret 5/99, S. 55-57

4) Vgl.: Die Ethnisierung des Sozialen. Die Transformation der jugoslawischen Gesellschaft im Medium des Krieges (Materialien für einen neuen Antiimperialismus, Bd. 6), Berlin/Göttingen 1993.

5) Vgl. Noel Malcolm: Kosovo. A Short History, London 1998. Obwohl der Verfasser zugunsten der Kosovo-Albaner Partei ergreift, referiert er in seiner Auseinandersetzung mit den Geschichtsmythen der ex-jugoslawischen Nationalismen den aktuellen kritischen Forschungsstand

6) Vgl. Anm. 1

14. Krise, Krieg und Klassenkampf. Nationalismus und sozialer Konflikt in Jugoslawien

Nationalismus und sozialer Konflikt in Jugoslawien. Teil 1

Autor: Martin Rheinlaender · Rubrik: Jugoslawien / Ex-Jugoslawien; Kosovo-Krieg · CD-Datei: daten/aksuche/ak427/02.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:427:02

Der jetzige Krieg im Kosovo resultiert nicht zuletzt aus dem Zerfall des titoistischen Jugoslawiens. Der folgende Beitrag versucht daher, Krieg und Krise in der Region aus der Perspektive der dortigen sozialen Konflikte zu begreifen. Der Zerfall der jugoslawischen Föderation wird dabei vor allem als Resultat eskalierender und letztlich nationalistisch gewendeter und befriedeter sozialer Auseinandersetzungen interpretiert. Der zweite Teil dieses Artikels, der in der nächsten ak-Ausgabe erscheint, beschäftigt sich eingehender mit der Geschichte des serbisch-albanischen Gegensatzes.

Wann und womit hat die Zerstörung Jugoslawiens begonnen? In einem Prozeß, der länger zurückliegt als die jugoslawischen Kriege, ging das einst relativ erfolgreiche jugoslawische Entwicklungsmodell unter veränderten internationalen Bedingungen in inneren sozialen Konfrontationen an sich selbst zugrunde. Ausgerechnet jene staats- und wirtschaftspolitischen Mechanismen, die für einen recht eindrucksvollen ökonomischen und sozialen Fortschritt nach 1945 gesorgt hatten, beschleunigten seit Anfang der achtziger Jahre die innere Erosion.

Diese innere Dynamik der Zerstörung Jugoslawiens steht im Mittelpunkt der folgenden Darstellung, die keinen vollständigen historischen Abriß enthält, sondern wesentliche Momente der innerjugoslawischen Entwicklung - vor allem der serbischen Politik und der Situation im Kosovo - zu skizzieren versucht. Am Ende bleibt die Frage, ob das, was dort unterging, auch endgültig verloren bleibt und was dies in sozialistischer Perspektive zu bedeuten hat.

Klassenkampf und Krise

Ein gesellschaftlicher Umbruch zeichnete sich 1980 ab, einem Datum von hoher symbolischer Bedeutung, denn in diesem Jahr starb Tito. Aber dieses Datum markiert auch ganz realpolitisch den Ausbruch einer tiefgreifenden Krise. In diesem Jahr wurde die dramatische Schuldenlast Jugoslawiens zum öffentlichen Thema. Die jahrzehntelange Erfahrung einer zwar nicht berauschenden doch stetigen Verbesserung des Massenwohlstands löste sich auf. Die noch in den siebziger Jahren unternommenen Versuche, im Rahmen einer reformierten Selbstverwaltung, Produktion und Konsum breit zu reorganisieren, waren gescheitert. Der Internationale Währungsfonds (IWF) zog die Schraube des Schuldendienstes an, Jugoslawien wurde, ebenso wie andere sogenannte "Entwicklungsländer", mit drakonischen Forderungen durch den IWF konfrontiert; und entsprechend setzte mit dem Austeritätsprogramm 1983 ein großangelegter Angriff auf die Reste von Massenwohlstand ein.

Die Austeritätspolitik der Regierung stieß jedoch von Anfang an auf erbitterten sozialen Widerstand. Seit der ersten Hälfte der achtziger Jahre bestimmten zunächst kleine, dann immer größere Streikwellen die wirtschafts- und sozialpolitische Entwicklung. Ihren Höhepunkt erreichten diese Bewegungen in den Jahren 1986-1988. Was den ArbeiterInnenwiderstand kennzeichnete, war die Unmittelbarkeit der Forderungen und die heute erstaunliche Tatsache, daß sich Widerstandsherde und Protestbewegungen in fast allen Republiken zeigten. Mit Ausnahme des Kosovo waren nationalistische Tendenzen in diesen Bewegungen äußerst schwach.

Und dennoch blieben sie auf ihre Weise zugleich begrenzt und beschränkt. Eine Fusion der einzelnen Bewegungen zu einer selbständigen ArbeiterInnenbewegung fand so gut wie nicht statt. In einigen zugespitzten Momenten in der Gleichzeitigkeit von Aktionen in verschiedenen Regionen zeigte sich zwar so etwas wie eine jugoslawische ArbeiterInnenklasse als soziale Bewegung. Doch im nächsten Moment fiel diese dann wieder zurück und verstreute sich in ihre lokale und vor allem betriebliche Beschränktheit.

Diese offenkundige politische Schwäche hatte paradoxerweise ihren Grund in der sozialen Stärke dieser Beschränktheit. Denn die besondere Struktur der Interessenvermittlung und der Organisierung der Produktion in Jugoslawien, also Dezentralisierung der ökonomischen Entscheidungskompetenz (ins Management) und die

Integration der ArbeiterInnen durch die betriebliche Selbstverwaltungsstrukturen - ermöglichte eine Blockade der Krisenpolitik von unten ohne einen weitergehenden gesellschaftlich-politisch organisierten Widerstand. Örtlich-betrieblich kam es häufig sogar zu Interessenkoalitionen zwischen betrieblichem Management und Räten der Selbstverwaltung.

Wenn man den Begriff nicht scheut, handelte es sich hier um den klassischen Fall, wo der Klassenkampf ein Kräfteverhältnis herbeiführt, in dem die herrschende Politik eher an ökonomische als soziale Grenzen stößt, die ihr durch die Arbeiter gezogen werden. Das Dilemma der ökonomischen Politik wurde offenkundig. Es gab - schlicht bestimmt durch die externen Bedingungen, also die Weltmarktabhängigkeit - so gut wie keine Spielräume für die Regierung. Ein in diesen Kämpfen durchgesetzter Kompromiß hätte aber eben einen solchen Spielraum erfordert oder aber die offene Konfrontation des jugoslawischen Staates mit dem internationalen Kapital.

Zu diesem Zeitpunkt stand der soziale Widerstand in seinen Aktionen zwar unmittelbar der jugoslawischen Bundesregierung gegenüber, objektiv richtete er sich aber gegen die Weltmarktbedingungen, d.h. gegen die Ausbeutungsstrategien des internationalen Kapitals, zu deren Instrumentarium nun einmal vor allem der IWF gehört. Auch wenn nun die ökonomische Krise in der Folge weitgehend auch Ergebnis des sozialen Widerstandes war und die Regierungspolitik durch diesen Widerstand in die Defensive geriet: Die Bewegungen der ArbeiterInnen entsprachen zu keinem Zeitpunkt der wirklichen Dimension dieser Krise. Das kam allein darin zum Ausdruck, daß sich innerhalb dieser Bewegungen keinerlei alternative soziale und politische Orientierung verallgemeinerte.

Entwicklung und Krisenbewältigung

Was nun unter dem ökonomisch-sozialen Druck die soziale Krise auf fatale Weise zu einer regelrechten Staatskrise mitsamt folgenden Kriegszuständen wendete, das waren die besonderen politisch-staatlichen Strukturen des jugoslawischen Entwicklungsmodells. Dieses Modell funktionierte auf ökonomisch-politischer Ebene zunächst einmal als ein Verteilungsmechanismus. Die sogenannten "reicheren" Republiken wie Slowenien und Kroatien mußten hohe Beiträge in den zentralen Entwicklungsfonds abführen, aus dem dann Mittel für die nachholende Modernisierung in den ökonomisch und sozial "rückständigen" Regionen entnommen werden sollten. In der Stufenleiter der Entwicklungsprioritäten stand seit den sechziger Jahren der Kosovo weit oben.

Innerhalb Jugoslawiens wurde also eben jenes Modell praktiziert, das Jugoslawien im internationalen Maßstab als ausgleichende Entwicklungspolitik im Nord-Süd-Verhältnis propagierte und mit einer eigenständigen Politik im Verbund mit den Blockfreien und anderen Dritte-Welt-Staaten durchzusetzen versuchte.

Solange die Entwicklung einer nachholenden Modernisierung tatsächlich noch nachvollziehbar war und wenigstens als erfolgreich dargestellt werden konnte, blieben die verteilungspolitischen Konflikte zwar nicht aus, sie konnten aber weitgehend durch die Zentralregierung, und das hieß vor allem: die Führung des Bundes der Kommunisten Jugoslawiens (BdKJ), kontrolliert werden.

Zu den ökonomisch-sozialen Ungleichheiten und der Abforderung staatlicher Solidarbeiträge von den "reicheren" Republiken kamen andere Faktoren hinzu. Dazu gehörte insbesondere die Methode eines kompliziert ausbalancierten politischen Gleichgewichts, bei dem es keineswegs nur um ökonomische Stärke oder Schwäche ging. Das trifft vor allem für die serbische Republik zu, die von ihrer historischen Stellung innerhalb des Staates her einen potentiellen Machtfaktor darstellte, der die relative ökonomische Schwäche weitaus kompensieren konnte. Titos berühmter Satz: "Nur ein schwaches Serbien ist ein starkes Jugoslawien" spricht diesen politischen Konflikt offen aus. Um des Ausgleichs zwischen den Republiken-Nationalitäten willen hatte sich die serbische Republik mit ihren besonderen Interessen (sozusagen im höheren Bundesinteresse) zurückzunehmen. Aus diesem Konfliktstoff wurde im Zusammenhang mit der sozialen Krise seit Mitte der achtziger Jahre buchstäblich Sprengstoff, und zwar in der Hand eines sich neu konstituierenden serbischen Nationalismus und dessen Auswirkungen innerhalb des BdKJ Serbiens.

Aber nicht nur in Serbien waren die ökonomischen Verteilungskonflikte eng verknüpft mit anderen politischen Auseinandersetzungen. Die Methode eines Ausgleichs potentiell auseinander- und gegeneinandertreibender Kräfte konnte nach der Logik des zentralen Regimes gar nicht auf politische Kontrolle und Repressalien verzichten. Viel früher als die nationalistische Wende in den achtziger Jahren zeigte sich dies in Kroatien und

anderen Regionen. Ohne daß es tatsächlich in jedem Fall eine Übereinstimmung der Interessen gab, stärkten zum Beispiel oppositionelle Bewegungen mit demokratischen und sozialen Forderungen in Kroatien faktisch das ökonomische Eigeninteresse der Republikführung. Daß zum Beispiel die Bewegung 1971-1972 ("Kroatischer Frühling") eine Dynamik in Richtung eines erneuerten kroatischen Nationalismus forcierte, widersprach nicht unbedingt dem Kampf um Demokratisierung. Umgekehrt hat dann die von der Bundesführung ausgehende Welle verstärkter Repression in Kroatien und anderen Republiken leicht dazu geführt, den bereits manifest gewordenen ökonomisch-sozialen Konflikt neu und nachhaltig nationalistisch aufzuladen.

Dies sind nur einige der Problemfelder des insgesamt sehr komplizierten politisch-staatlichen Systems Jugoslawiens unter Tito. Was aber aus dem bislang Gesagten vielleicht schon deutlich wird, ist, daß es sich hierbei keineswegs nur um das alte cäsaristische Prinzip handelte "Teile, um zu herrschen!" Es gilt für die Konzeption Jugoslawiens nach 1945 auch die glatte Umkehrung: "Herrsche, damit du (ver)teilen kannst!" Nicht zu unterschätzen sind dabei die historischen Erfahrungen, aufgrund derer diese Politik betrieben, fortgesetzt und durchgesetzt wurde.

Es waren die Erfahrungen insbesondere der Jahre im Zweiten Weltkrieg, den ethnisch-nationalen Bürgerkriegszuständen. Und wenn es etwas gab, das einen historischen jugoslawischen Konsens nach 1945 begründete, dann war es die Erfahrung, wie unter kommunistischer Führung die breite antifaschistische und soziale Widerstandsbewegung diesen krassen Verwerfungen ein Ende setzte. Das teils durch verhandelte, teils erzwungene Kompromisse erreichte Kräftegleichgewicht in der jugoslawischen Bundesrepublik war zum einen die historische Vorraussetzung des ökonomisch-sozialen Entwicklungsmodells gewesen. Zum anderen entschieden Erfolg und Mißerfolg der ökonomischen Entwicklungspolitik auf Dauer über die Lebensfähigkeit des politischen Systems. Es starb freilich nicht von alleine ab, es wurde regelrecht niedergemacht.

Die nationalistische Wendung

Was sich seit Mitte der achtziger Jahre auf dem Territorium Jugoslawiens ereignet hat, ist ein Lehrstück und damit eine exemplarische Erfahrung für den Zusammenhang von sozialen Antagonismen und deren krasser Umkehrung in nationalistisch-rassistische Grenzziehungen, die keineswegs mehr mit den offiziellen Republikgrenzen übereinstimmten. Sowohl die ökonomischen als auch weitergehenden politischen Konfliktlinien sind schon beschrieben worden. Was sich nun in Jugoslawien ab 1986 vollzog, war eine Neukonstituierung der nationalen Eliten gegen den sozialen Druck von unten. Und in diesem Zusammenhang ist die nationalistische Wende in Serbien von besonderer Bedeutung. War es zum Beispiel in Slowenien und Kroatien relativ einfach, die Verselbständigung der Regierungspolitik bis hin zur eigenstaatlichen Souveränität zu treiben, sah das in Serbien von der Interessenlage ganz anders aus. Wenn es eine Republik gab, die ein existenzielles Interesse am Erhalt des jugoslawischen Gesamtstaates haben mußte, dann war dies die serbische Republik. Spätestens ab 1986 zeichnete sich dort aber eine Wendung ab, mit der den Verselbständigungstendenzen anderer Republiken in gleicher Währung heimgezahlt wurde.

Es war nicht allein die bekannte serbisch-nationalistische Opposition, die hier das Wort führte. Denn da war zum einen die crème de la crème der serbischen Intelligenzia, darunter nicht wenige früher bekannte marxistische Theoretiker, die 1986 mit dem Memorandum der Serbischen Akademie der Wissenschaften eine eindeutig nationalistische Kritik am jugoslawischen Staatssystem und der politischen Praxis unter Tito formulierten. Und zum anderen begann innerhalb des BdKJ Serbiens ein Machtkampf, in dem Milosevic (seit 1986 Parteisekretär, seit 1987 Ministerpräsident) die nationalistische Karte ausspielte.

Nicht die um Milosevic gruppierten Kräfte waren die genuinen Nationalisten, aber in dem Geflecht von Bündnissen und Koalitionen schien manchmal nicht mehr der Spieler mit der Karte, sondern die Karte mit dem Spieler zu spielen. Das vielgesuchte Geheimnis des Aufstiegs Milosevics bis hinauf zu den Spitzen des Staates ist genau damit zu erklären, daß er zu verschiedenen Zeiten auf beiden Klaviaturen zu spielen wußte: einerseits einem militanten serbischen Nationalismus, andererseits aber auch einem Rest-Jugoslawismus, der das Tito-Erbe zur Legitimation der serbischen Teilstaatinteressen heranzuziehen wußte. Dabei ist daran zu erinnern, daß Milosevic massiv gegen Kräfte vor allem innerhalb der Armee vorgehen mußte, die sich einer serbisch-nationalen Ausrichtung widersetzten.

Die Agitation Milosevics fand sowohl auf nationalistischem als auch auf sozialem Terrain fruchtbaren Boden. Auch dies gehört zum Geheimnis seiner Karriere und der relativen Stabilität seines Regimes: daß er zum einen die serbische Minderheit im Kosovo für die nationalistische Propaganda zu benutzen wußte und daß seine Politik zum anderen ein starkes Echo in Teilen der ArbeiterInnenklasse Serbiens fand, nicht zuletzt aufgrund einer recht zurückhaltenden Privatisierungspolitik. Spektakulär wurde sein Auftritt in Polje/Kosovo im Frühjahr 1987, wo mehrheitlich Serben leben, die sich seit langem als Opfer der Kosovo-Politik der Bundesregierung sahen. Auf diesem "Massen-Meeting", dem weitere folgten (und mit dem er übrigens eine von den sozialen Protestbewegungen praktizierte Versammlungsform übernahm), machte Milosevic die Kosovo-Frage zur Existenzfrage Serbiens.

Bemerkenswert daran ist, daß die Hauptstoßrichtung dieser Agitation keineswegs die Abwehr von Verselbständigungstendenzen in anderen Republiken war. Sie hatte vielmehr die Vorherrschaft Serbiens ausgerechnet im Kosovo, das gleichermaßen als Armenhaus wie als wichtigstes Entwicklungsgebiet Jugoslawiens galt, zum Ziel. Die nationalistisch-rassistische Kehre ist unverkennbar: Es reichte nicht, sich "gegen oben", also gegen die "reicheren" Republiken zu wehren, es mußte auch noch ein nationaler und ethnisch bestimmter Kampf "gegen unten" geführt werden. Damit verschränkten sich die beiden Tendenzen, die Milosevics Politik wahlweise bestimmt hatten, auf fatale Weise zur Serbisierung des Jugoslawismus. Dies konnte zusätzlich noch als Wiedergutmachung am "serbischen Opfer" von Titos Politik verkauft werden.

Die nationalistische Wende funktionierte in ganz Jugoslawien als ein Täter-Opfer-System. Die Ausgleichspolitik innerhalb des jugoslawischen Modells, auf diese oder jene Weise von allen Republiken und Regionen (als "Täter") auch zum eigenen Vorteil genutzt, hinterließ auf allen Seiten nur noch "Opfer" der Tito-Politik. In Wahrheit blieben die jeweiligen staatlichen Eliten nach wie vor die verantwortlichen Akteure, die sich durch die nationalistische und ethnische Grenzziehung den sozialen Druck vom Halse hielten und gegen die nunmehr gespaltene ArbeiterInnenklasse kehrten: ein "unmaking", eine Erosion dieser Arbeiterklasse, die gerade erst ansatzweise als soziale Bewegung den offenen Kampfplatz betreten hatte.

Kampfplatz

"Neue Weltordnung"

Die Mythologie historischer Schlachten, Völkerabstammungen und alter, von der lebenden Generation zum Teil schon längst vergessener ethnischer Verwerfungen, dieses ideologische Monstrum entsprach in seiner ganzen Irrationalität einer höchst rationalen Machtpolitik, mit der man in Jugoslawien auf die veränderten internationalen Bedingungen reagierte.

Häufig wird in diesem Zusammenhang die besondere Rolle Deutschlands bei der Lostrennung Sloweniens und Kroatiens 1991 genannt. In der Tat wurde diese Option von Staaten wie Frankreich und Großbritannien eher abgelehnt. Von einer einheitlichen imperialistischen Politik zu sprechen, wäre damit in Bezug auf die Neugliederung Jugoslawiens zu diesem Zeitpunkt irreführend. Bedeutender dagegen ist der gesamte weltpolitische Zusammenhang. In dieser Hinsicht wird man sich das Jahr 1991 merken müssen als weltpolitische Realisierung der Zäsur von 1989. Denn in diesem Jahr wurde im Krieg gegen den Irak die "Neue Weltordnung" zu einer im wahrsten Sinne des Wortes "zündenden" Idee. Ferner wurde 1991 mit Maastricht I die Gründungsakte der Europäischen Währungsunion als eines neuen imperialistischen Weltmarktzentrums formuliert. Im selben Jahr löste sich die Sowjetunion endgültig auf, und in Jugoslawien machten sich Slowenien und Kroatien zu souveränen Staaten.

Was sich in Jugoslawien seit Ende der achtziger Jahre abspielt, ist ein innerer Aufteilungskampf um die Teilhabe an dieser imperialistischen Neugliederung. Ob es dieser oder jener imperialistische Staat wollte oder nicht: Diese Aufteilungskämpfe um Integration oder zumindest Nähe zum europäischen imperialistischen Zentrum sind, vom Standpunkt der ex-jugoslawischen Staatseliten aus, unter den gegebenen internationalen Bedingungen eine rational gewählte Option gewesen. In dieser Hinsicht macht die Politik des serbischen Regimes unter Milosevic keinen Unterschied zur Politik Tudjmans oder eine der anderen ex-kommunistischen Staatsführungen. Nur daß die eingesetzten Mittel sich unterscheiden. Die von Kommentatoren der hiesigen Presse gelegentlich formulierte Analyse, was Serbien aus ökonomischer Schwäche nicht könne, müsse es durch politisch-militärische Kraft kompensieren, ist durchaus zutreffend.

Die Logik, die in diesem Kalkül steckt, ist nicht nur rational, sie ist auch recht erfolgreich gewesen, auch wenn sie sich zuletzt als äußerst riskant erwiesen hat. Von den imperialistischen Staaten sind sowohl Kroatien wie Serbien als Hauptteilungsmächte in Jugoslawien anerkannt und in dieser Rolle immer wieder bestätigt worden. Bei allem westlichen Lamento heute, sei es in der Anklage politischer Repression in Serbien, sei es bei der massenmedialen Geißelung der ethnischen Vertreibungen in Kosovo, ist den bellizistischen Menschenrechtsverteidigern die Tatsache vorzuhalten, daß eben diese Poltik der ethnischen Teilung mitsamt organisierter und terroristischer Vertreibung von den imperialistischen Staaten in der Vergangenheit nicht nur toleriert, sondern regelrecht legitimiert und gefördert wurde. Hunderttausende Serben aus der Krajina und Bosnien-Herzegowina leben als Flüchtlinge und als Opfer der international herbeigeführten Aufteilungsabkommen in der Republik Serbien (Nur ein Teil zeigte sich bereit, in den Kosovo überzusiedeln). Nicht die serbische Opposition, nicht der zivile albanische Widerstand ist von den NATO-Alleierten unterstützt worden. Im Gegenteil, um der Kontrolle über Jugoslawien willen ist das serbische Regime als eine Macht in der Region erhalten worden.

Martin Rheinlaender

Dieser Beitrag ist der Nachdruck eines Textes, der unter dem Titel "Krise, Klassenkampf und sozialer Krieg in Jugoslawien-Kosovo" in Heft II/99 der Zeitschrift Die Aktion/Edition Nautilus erschienen ist. Wir danken dem Autor und der Aktion für die Nachdruckerlaubnis.

15. Auf den Hund gekommen. Bündnis 90/Die Grünen nach dem Kriegsparteitag in Bielefeld

Autor: mb. · Rubrik: Grüne (und Vorläufer) · CD-Datei: daten/aksuche/ak427/36.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:427:36

"Deutsche Helden müßte die Welt, tollwütigen Hunden gleich, einfach totschlagen; dies zeigt unsere Geschichte ganz sicher."

Joschka Fischer 1982 im PflasterStrand

1995 antwortete Joschka Fischer auf die Frage, ob die Grünen der Entsendung von 4.000 deutschen Soldaten nach Bosnien zustimmen würden, wie er und die Realos es damals schon forderten: "Ich gehe nicht davon aus, daß wir uns beim ersten Mal durchsetzen. ... Aber ich wage die Prognose, daß wir früher oder später in diese Richtung gehen werden." (1) Vier Jahre und eine Bundestagswahl später ist das Ziel erreicht: Die Grünen sind Regierungspartei und haben ihre antimilitaristischen und pazifistischen Traditionen auf den Müll geworfen.

Der Himmelfahrtstag 1999 machte sichtbar, was vorher noch verschwommen schien: Das grüne Projekt ist tot. Die Konfrontation zwischen den "Erben" der Neuen Linken, die sich vor der Seidensticker-Halle in Bielefeld abspielte, war hoffentlich die letzte ihrer Art. Einige hundert KriegsgegnerInnen blockierten zeitweise den Eingang zur Halle und konfrontierten jeden - egal ob grüne KriegsgegnerInnen oder KriegsbefürworterInnen, Journalisten oder Gäste - lautstark mit ihrem Protest. Auf Diskussion kam es dabei den wenigsten KriegsgegnerInnen an. Dagegen waren moralischer Rigorismus und Leidenschaft bei vielen vorherrschend.

Eine gelassenere Haltung - vor allem den grünen KriegsgegnerInnen gegenüber - wäre angebracht gewesen. So trug man ungewollt dazu bei, die grünen Reihen enger zusammenzuschließen. Vor allem angesichts der gesellschaftlichen Isolierung der außerparlamentarischen Linken bekommt diese Art der moralischen Abgrenzung einen faden Beigeschmack. Gerade in Anbetracht der eigenen Schwäche, die ja auch daraus resultiert, daß man selbst über keine organisierende politische Strategie verfügt, sollte man nicht leichtfertig auf die wenigen Möglichkeiten zum politischen Eingreifen verzichten.

Vor knapp zwanzig Jahren, bei Gründung der grünen Partei, haben sich die Wege der Neuen Linken in der BRD getrennt. Allerdings bestand auch danach zwischen linker außerparlamentarischer Politik und den Grünen jahrelang ein Wechselverhältnis. Arbeitete man in den ersten Jahren noch zusammen und spielte sich von Fall zu Fall die (politischen) Bälle zu, wurde die Distanz zu den Grünen im Laufe der Jahre immer größer. Dennoch unterschied die Linke immer noch zwischen SPD und Grünen. Der SPD traute man jedenfalls jegliche Schweinerei zu. Heute ist die Restlinke auch gegenüber den Grünen an einem Endpunkt angekommen, wo so gut wie nichts mehr zusammen geht.

,,Wenn Fischer Außenminister wird, ...

Noch Ende 1993 hatten die bündnisgrünen Delegierten auf ihrem Bonner Sonderparteitag mit überwältigender Mehrheit (etwa 90%) friedenspolitische Grundlinien beschlossen, in denen auch humanitär begründete Militäreinsätze prinzipiell abgelehnt wurden: "Die internationale Durchsetzung von Menschenrechten darf sich keiner militärischen Mittel bedienen, wenn das Ziel einer dauerhaften Entmilitarisierung der internationalen Politik eine Chance auf Verwirklichung haben soll." (2)

Ein Jahr später, auf der Bundesdelegiertenkonferenz (BDK) in Potsdam-Babelsberg, revidierte die Partei ihre strikte Ablehnung von Militäreinsätzen. Wurden bis dahin UN-Blauhelm-Kontingente nicht als Mittel einer deeskalierenden Krisenintervention angesehen, plädierten die Grünen nun für die Stationierung von "zur Selbstverteidigung fähigen" UN-Einheiten. Eingebracht wurde der Resolutionsentwurf von Ludger Volmer, damals einer der Wortführer der Parteilinken und heute Staatssekretär im Auswärtigen Amt, und Ralf Fücks, heute Leiter der Heinrich-Böll-Stiftung und heute wie damals schon Oberrealo.

Damit war der Boden bereitet, auf dem Joschka Fischer im Sommer 1995 eine weitergehende Revision bündnisgrüner Positionen in Angriff nehmen konnte. "Wenn Fischer einmal Außenminister wird, wird er diese Haltung nicht beibehalten können", so hatte zuvor schon Daniel Cohn-Bendit das Dilemma benannt. Anders

gesagt: Wer eine Regierungsbeteiligung mit der SPD anstrebt, muß sich von NATO-kritischen und antimilitaristischen Positionen verabschieden.

Anlaß für den erneuten Vorstoß Fischers war die Eroberung der UN-Schutzzone Srebrenica durch serbische Truppen. In einem "Offenen Brief an Partei und Fraktion" schlußfolgerte er: "Entweder sind wir für den militärischen Schutz der Schutzzonen, ... dann müssen wir dies als Partei auch sagen, ausdiskutieren und beschließen. Oder wir lehnen diesen militärischen Schutz ab, und dann müssen wir uns ... für den Abzug der UN-Blauhelme aussprechen." (3) Im Dezember 1995 sprachen sich dann immerhin 37% der grünen Delegierten auf einer BDK in Bremen für den Antrag von Fischer und Hubert Kleinert aus, die Bundeswehr an einem Einsatz in Bosnien zu beteiligen. Obwohl die Mehrheit des Parteitages dies ablehnte, stimmten drei Tage später 22 von 49 grünen Bundestagsabgeordneten der Entsendung von 4.000 Bundeswehrsoldaten nach Bosnien zu.

... wird er diese Haltung...

Anschaulicher als nun auf dem Bielefelder Parteitag hätten die Grünen nicht dokumentieren können, welchen weiten Weg sie seit ihrer Gründung zurückgelegt haben. Die Sonder-BDK setzte ein Ausrufezeichen hinter die Entwicklung der Partei. "Am Tisch der Macht sitzen bleiben zu dürfen, ist für die Grünen ein Wert an sich geworden, dem sie alles andere unterordnen", kommentierte Charlotte Wiedemann in der Woche vom 20.5.

Die BDK war zur Entscheidung über Krieg und Frieden stilisiert worden. Dabei war die Entscheidung schon im Oktober vergangenen Jahres getroffen worden. Damals stimmte die Mehrheit der grünen Bundestagsfraktion einem NATO-Kampfeinsatz unter Beteiligung der Bundeswehr im Kosovo zu - einem Einsatz ohne UN-Mandat. Vehementer Protest der grünen Basis blieb aus.

Wer eine Kampfabstimmung über die Frage von Krieg und Frieden in Bielefeld erwartet hatte, war also unter falschen Voraussetzungen in die Seidensticker-Halle gekommen. Schon die diversen Beschlüsse auf Landesparteitagen im Vorfeld deuteten darauf hin, daß die BDK mit einem faulem Kompromiß enden würde. Der Antrag des Bundesvorstandes (BuVo) zeigte den Weg: Mit 444 Stimmen erhielt er schließlich auch die Mehrheit. Darin wird die Bundesregierung aufgefordert, sich dafür einzusetzen, "daß die NATO einseitig eine Unterbrechung der Luftangriffe auf Jugoslawien erklärt, mit dem Ziel, den Beginn des Rückzuges der serbischen Einheiten aus dem Kosovo und einen sofortigen überprüfbaren Waffenstillstand aller Seiten zu erreichen", und "Verhandlungen mit Jugoslawien auf der Basis des Friedensplans Joschka Fischers" aufzunehmen. (4) Für den Gegenantrag von Christian Ströbele, Barbara Höhn, Claudia Roth und anderen, der die sofortige Beendigung der Bombardierungen beinhaltete, stimmten 318 Delegierte.

Daß es überhaupt zu der Abstimmung zwischen diesen beiden Anträgen kam, war allerdings nur der Tatsache geschuldet, daß der LV Niedersachsen seinen den BuVo-Vorstellungen weitgehend entsprechenden Antrag zurückgezogen hatte. Der hatte in der Vorabstimmung 344 Stimmen erhalten, 9 mehr als der Antrag von Ströbele u.a.. Daß Teile der innerparteilichen KriegsgegnerInnen selbst in dieser Situation immer noch an einer "zentristischen" Linie festhielten, ist unverständlich. Vor allem wenn man bedenkt, daß der Antrag von Buntenbach u.a., der sich für einen sofortigen und endgültigen Stopp der Bombardierungen aussprach, in der Vorabstimmung nur unwesentlich weniger Stimmen bekommen hatte als der "Kompromißantrag" von Ströbele u.a. in der Endabstimmung (311/318). Warum also dieses Taktieren? Fürchteten die Leute vom "Babelsberger Kreis", daß dann die Realos einen eigenen Antrag einbringen würden? Daniel Cohn-Bendit hatte explizit und Cem Özdemir implizit während des Parteitags darauf hingewiesen, daß es eigentlich in der Konsequenz der NATO-Strategie liege, mit Bodentruppen bis nach Belgrad zu marschieren. Hätten die Realos einen solchen Antrag eingebracht, wäre zumindest die Mehrheit für den BuVo-Antrag wackelig geworden. Vielleicht wäre dadurch aber auch der Versuch, die innerparteilichen Gegensätze durch einen Formelkompromiß zusammenzufügen, nicht ganz so reibungslos gelungen, wie es dann das Ergebnis der BDK war. Das wollten aber weder Realos noch Regierungslinke noch die meisten KriegsgegnerInnen.

Und so versicherte selbst Annelie Buntenbach den Delegierten, sie wolle nicht aus der Regierung aussteigen: "Ich will ihren Kurs ändern." Christian Ströbele, prominentester grüner Kriegsgegner, hatte schon im Vorfeld Fischers "Friedensplan" begrüßt, obwohl dieser vorsieht, die Bombardierungen so lange fortzusetzen, bis sich die serbischen Truppen nachprüfbar aus dem Kosovo zurückziehen.

... nicht beibehalten können."

Für den Fall, daß die BDK für eine einseitige Einstellung der Angriffe votieren würde, drohte Fischer ganz offen, er werde "das nicht umsetzen."

Gleichzeitig machte die SPD deutlich, daß ihnen der Beschluß von Bielefeld schnurzegal ist. Das bestätigte das Schauspiel in der folgenden Woche. Ganze zwei Tage überlebte die Ankündigung der Grünen, sie wollten im Bundestag eine Feuerpause beantragen. "Wir können ... keinen eigenen Antrag einbringen, ohne den mit der SPD gemeinsam abgestimmt zu haben. Die Zeiten der Opposition sind vorbei", erklärte Parteisprecherin Antje Radcke.

Schon melden sich die Geschichtsfälscher zu Wort, die weismachen wollen, daß die Bonner Ministersessel von Anfang an das Ziel der Grünen gewesen seien. "Wir haben 20 Jahre lang für die Regierungsübernahme gekämpft", rief der ehemalige Vorstandssprecher Ludger Volmer in die Bielefelder Halle. Es gab einmal Zeiten, da gehörte er zu denjenigen, die genau dieses Ansinnen äußerst skeptisch betrachteten.

"Mit der Entscheidung von Bielefeld ... sind die Grünen endgültig und unwiderruflich zu einem Teil des Status quo geworden", so Michael Brumlik in seinem Kommentar "Von der Systemopposition zur Staatspartei". (Kommune, 6/99). "So ‚links`, wie die Grünen fortan sein werden, kann man sich in CDU, SPD und PDS allemal gerieren."

mb.

Anmerkungen:

1) Die Woche, 24.11.95

2) Gewaltfreiheit und Menschenrechte - friedenspolitische Grundlinien von Bündnis 90/Die Grünen. Beschluß der außerordentlichen Bundesversammlung vom 9.10.93

3) vgl. zur Diskussion um Fischers Brief ak 381

4) Frieden und Menschenrechte vereinbaren! Für einen Frieden im Kosovo, der seinen Namen zu Recht trägt! Beschluß der außerordentlichen Bundesdelegiertenkonferenz vom 13.5.99

16. Rekonstruktion eines Scherbenhaufen. Sechs Thesen für ein modernes linkes Projekt

Autor: A. Bachmann, T. Rosenbusch, S. Uhl · Rubrik: Westdeutsche Linke allgemein · CD-Datei: daten/aksuche/ak427/28.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:427:28

Das mehrheitliche Bekenntnis zum NATO-Krieg in Jugoslawien macht eine Krise bei den Grünen deutlich, die bereits seit längerer Zeit gärt. Mit der Übernahme von Regierungsverantwortung auch im Bund blättert der Lack schneller vom rot-grünen Reformprojekt, als man hingucken kann. Doch die Krise der Grünen ist auch eine Krise sowohl der radikalen wie auch der reformistischen Linken. Die Frage wird sein, ob es gelingt, angesichts des realen rot-grünen Neoliberalismus die eigene linke Schwäche kollektiv zu reflektieren und erste Schritte zur Neukonstitution einer linken Diskussion zu gehen.

Himmelfahrt hat sie besiegelt: Die Niederlage der antimilitaristischen und linken Strömungen in den deutschen Grünen, der bislang wohl einflußreichsten ökologischen Reformpartei in Westeuropa. Aber dies ist kein isoliert zu betrachtendes Phänomen. Die Wende der Grünen muß auch vor dem Hintergrund des Erosionsprozesses der politischen und gewerkschaftlichen Linken in Europa diskutiert werden.

Dabei erscheint der Prozeß des Niedergangs zunächst widersprüchlich: In den wichtigsten europäischen Ländern wurden bürgerlich-konservative Parlamentsmehrheiten durch sozialdemokratische Regierungen und diverse sozialdemokratisch geführte Linkskoalitionen abgelöst. Offensichtlich haben die bürgerlichen Regierungen an der sozialen Frage verloren: Ein mehr oder weniger großer Teil der WählerInnenschaft hat den bürgerlichen Parteien nicht mehr zugetraut, ein Mindestmaß an sozialem Zusammenhalt in der Gesellschaft zu garantieren. Gleichwohl steht das neoliberale Politik- und Gesellschaftsmodell insgesamt nicht zur Disposition.

Skizze des Niedergangs

"New Labour" steht, trotz beträchtlicher Unterschiede zwischen dem französischen, deutschen und britischen Modell, vor allem für eine stärkere Konsensorientierung neoliberaler Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik. Die politische Durchsetzung von Umverteilung und Deregulierung erfolgt weniger konfrontativ als bei den bürgerlichen Regierungen der 80er Jahre.

Das deutsche Modell des Bündnis für Arbeit, Ausbildung und Wettbewerbsfähigkeit könnte geradezu die Blaupause für eine Wirtschafts- und Sozialpolitik der europaweiten Neuen Mitte sein: Das politische Design des neuen Bündnis für Arbeit ist eine von der Bundesregierung moderierte institutionalisierte nationale Wettbewerbs- und Standortkoalition, die den Gewerkschaften - auch im Unterschied zum vorherigen Modell - jede eigene taktische und strategische Option nimmt. Erklärtes Ziel ist u.a. eine Senkung der Staats- und Sozialquote im regelmäßigen internationalen Vergleich.

Die Dialektik von Konflikt und Kompromiß, von sozialer Mobilisierung und institutionellen (parlamentarischen) Reformen, wird durch das Bündnis für Arbeit und Wettbewerbsfähigkeit fast vollständig aufgehoben. Diese ständischen Strukturen - gruppiert um die weltmarkt- und exportnahen Teile von Arbeit und Kapital - höhlen auch die normalen demokratischen Standards einer parlamentarischen Demokratie aus.

In beiden Regierungsparteien gibt es starke und einflußreiche Strömungen, die sich für weitere Steuerentlastungen des Unternehmenssektors einsetzen. Als hätte es keine Gewinnexplosion und keine massiven Steuerentlastungen in der Ära Kohl gegeben. Die neoliberalen Flügel machen sich stark für einen Niedriglohnsektor. Gefordert wird eine repressive Arbeitsmarktpolitik: Über Zwang und Leistungskürzungen sollen die Menschen auch (unzumutbare) Arbeitsverhältnisse eingehen, die weder existenzsicherndes Einkommen noch eine individuelle Perspektive von nachhaltiger Integration und beruflicher Qualifizierung bieten.

Der Wettbewerb zwischen den beiden rechten Flügeln der Regierungsparteien um die höchste steuerliche Nettoentlastung für die Unternehmen und die Festschreibung der Diskriminierung der geringfügig Beschäftigten sind Ausdruck der wirtschaftspolitischen Kräfteverhältnisse in der neuen Regierung. Die sozialen Reformflügel konnten nur wenige Akzente setzen. Der neoliberale und unternehmerfreundliche Konsens in der Regierungskoalition läßt im übrigen auch für einen zügigen Ausstieg aus der Atomenergie kaum noch Raum.

Dennoch ist die rot-grüne Regierung nach wie vor einem - zugegebenermaßen diffusen - Erwartungsdruck ausgesetzt. Von ihr wird immer noch erwartet, daß sie sozialstaatliche Standards flächendeckender rekonstruiert, als es aktuelle Regierungspraxis ist. Im Großen und Ganzen überwiegt aber die gesellschaftliche Zustimmung für die moderatere Fortsetzung des neoliberalen Projekts durch die Neue Mitte.

Eine Gesellschaftskonzeption, die sich am Markt und an einem politischen Autoritarismus orientiert, konnte in den letzten Jahren beträchtliche soziale und kulturelle Geländegewinne machen. Als politisches Projekt zielte der Neoliberalismus darauf, eine sozial rücksichtslose Praxis durchzusetzen und die entsprechende Mentalität und das entsprechende Wertesystem gesellschaftlich zu verankern. Kollektive Institutionen wurden dabei nachhaltig beschädigt oder gar zerstört. Hauptangriffsziel der Neoliberalen waren genau diese kollektiven Instanzen, die die kapitalistische Dynamik regulieren und moderieren.

Diese Verschiebung gesellschaftlicher Kräfteverhältnisse wurde nur von einer Minderheit der Sozialdemokratie, der Grünen und der Gewerkschaften kritisch reflektiert. Mehrheitlich wurden die neuen Verhältnisse als gesellschaftlicher Normal- und Naturzustand akzeptiert: "Die Sozialdemokratie, die in den großen Ländern Europas regiert, setzt Politik mit Wirtschaft gleich." (Ramonet, 1999)

Bei der Kapitulation der Politik vor der Logik des Marktes ist es nicht geblieben. Alle sozialdemokratisch geführten Regierungen und Linkskoalitionen haben sich mit den Luftangriffen auf Jugoslawien auch der Logik des Krieges und der NATO-Doktrin unterworfen und, schlimmer noch, diese Logik zu ihrer eigenen Sache gemacht. Es ist leider nicht von der Hand zu weisen, daß es vor allem Strömungen in der Sozialdemokratie und in den Grünen sind, die durch die Gleichsetzung des Belgrader Terror-Regimes mit den Verbrechen des deutschen Faschismus eine infame Legitimation der NATO-Angriffe in den europäischen Gesellschaften installiert haben.

Zivilgesellschaftliche Interventionsalternativen für die Menschen- und Bürgerrechte in Südosteuropa, die im Einklang mit dem Völkerrecht stehen würden, wurden zugunsten der Machtansprüche der NATO marginalisiert. Die NATO-Doktrin der Selbstmandatierung, die auf den politischen und ökonomischen Interessen der G7-Länder aufbaut, wurde im April auch von den europäischen Ländern verabschiedet, die mehr oder weniger links regiert sind.

Im konkreten Fall der NATO-Angriffe auf Jugoslawien geht es allerdings nicht um die Durchsetzung von vitalen ökonomischen Interessen des G7-Blocks oder Teilen dieser kapitalistischen Staatenkoalition. Die neue NATO-Doktrin hat zwar einen interessengeleiteten Kern. Das heißt aber nicht, daß in jeder NATO-Operation vor allem ökonomische Interessen verfolgt werden. Der Krieg gegen Jugoslawien ist aus unserer Sicht vielmehr ein Präzedenz- und Übungsfall für die Souveränitätsansprüche der NATO, in den sich die NATO streckenweise selber hineineskaliert und hineingedroht hat. So wie es eine Staatsräson als Politikmaxime bürgerlicher Politik gibt, so werden wir nun mit der Durchsetzung der NATO-Räson konfrontiert. In der öffentlichen Auseinandersetzung ist z.B. die Rede davon, daß die NATO nicht ihr Gesicht verlieren dürfe.

Durch die Unterwerfung der europäischen Regierungslinken unter das Primat der Ökonomie und des Militärischen haben sich diese Strömungen von all ihren reformistischen Traditionen und von einem nicht unbedeutenden Teil ihres gesellschaftlichen Hinterlandes getrennt. Begleitet wird diese Neupositionierung von einer Veränderung der politischen Kultur. Insbesondere in England und der Bundesrepublik ist eine bemerkenswerte "Amerikanisierung" des politischen Lebens zu beobachten. Autoritäre Führerfiguren, starke Männer, Kanzler- und Außenministerwahlvereine drängen den Einfluß von demokratischen Willensbildungsprozessen in, von und durch Parteien zurück.

Die Wüste lebt!

Eine radikale Linke, die nennenswerten gesellschaftlichen Einfluß hätte und die gegen diese Rechtsverschiebung korrigierend eingreifen könnte, existiert so gut wie nicht. Die radikale Linke spiegelt vielmehr den anderen Pol des Niedergangs der Linken wieder. Sie scheint unfähig, nicht-sektiererische Angebote in die Gesellschaft zu formulieren. Einige Strömungen sind immer noch durch die kaum verarbeitete Niederlage der realsozialistischen Transformationsversuche desavouiert und sind gerade dabei, sich durch eine opportunistische Haltung zur serbischen Kriegspartei im jugoslawischen Bürgerkrieg erneut zu blamieren.

Die links-reformistischen Milieus und Teile des Klassenensembles, die wahl- und gesellschaftspolitisch die Basis von Sozialdemokratie und Grünen ausgemacht haben, werden von diesen heftig brüskiert. Doch daraus entsteht erstmal noch keine politische Alternative. Im Gegenteil: Die Frustrationen, die politischen und sozialen Niederlagen führen häufig zur politischen Lähmung, bestenfalls noch zur politischen Regression, wie sie sich z.B. in der Idealisierung der Person Oskar Lafontaines als letzten Helden des demokratischen Sozialismus zeigt.

Aber auch uns geht es nicht viel besser. Alle zusammen sind wir weit entfernt von einer enthusiastischen Aufbruchsstimmung der politischen Linken oder gar einer Renaissance kämpferischer demokratischer sozialer Bewegungen. Trotzdem lohnt sich ein genauer Blick auf politischen Bezugs- und Anknüpfungspunkte für eine radikale reformistische Politik.

Die linken Strömungen in den Gewerkschaften - im Grunde die Gewerkschaften selber - haben nur dann eine Überlebenschance, wenn sie sich dem Wettbewerbskorporativismus und der nationalen Standortkoalition des Schröderschen Ständestaates nicht unterwerfen oder zumindest eine ausreichende Distanz zum Bündnis für Arbeit und Wettbewerb sowie zur Bundesregierung behalten.

Immer noch vorhandene radikaldemokratische und ökologische Tendenzen in der Gesellschaft können sich im politischen System kaum noch artikulieren und werden durch SPD, Grüne, aber auch durch die PDS nicht vertreten. Eine durchaus bedeutsame Minderheit der rot-grünen WählerInnenschaft erwartet hinsichtlich der Rekonstruktion sozialstaatlicher Garantien und BürgerInnenrechten mehr, als es der rot-grüne mainstream zulassen will.

Und es ist die Auseinandersetzung um den Krieg, die zu einer Neugruppierung der politischen Landschaft führen wird. Im Unterschied zu dem Konflikt um die Stationierung der Mittelstreckenraketen in der 80er Jahren, wo es im wesentlichen um eine Neuausrichtung der militärischen Optionen der NATO ging, berührt der NATO-Angriff auf Jugoslawien auch das Zentrum und das innere Gefüge der Gesellschaft. Es geht um einen realen Krieg, der von der Bundesrepublik geführt wird. Dieser Krieg und die Militarisierung des politischen Lebens verändert Mentalitäten und Kultur der Gesellschaft. Auf diese Verwerfungen und Verschiebungen der politischen Landschaft müssen und können wir reagieren. Dabei steht zur Zeit eine neue politische Partei nicht auf der Tagesordnung.

Angesichts der sozialen Abwärtsspirale und der schlimmen Niederlagen in fast allen gesellschaftlichen Fragen ist es schon ein Euphemismus, wenn heute noch von Abwehrkämpfen die Rede ist. Auf der Tagesordnung steht eine gemeinsame Diskussion von linken GewerkschafterInnen, Dissidenten SozialdemokratInnen, linken Grünen und "Ehemaligen", BürgerrechtlerInnen und radikalen Linken über die nächsten konkreten politischen Schritte und Kampagnen, die uns wenigstens wieder in die Defensive bringen. Außerdem gilt es, die Zäsur durch den Krieg und die Fortsetzung neoliberaler Politik unter rot-grünen Vorzeichen gemeinsam zu verarbeiten.

Die Linke steht vor der Aufgabe, die elementaren Voraussetzungen für reformistische Politik zu rekonstruieren. Es geht um nichts anderes als den Zusammenhang von autonomen Bewegungen, sozialen Konflikten und institutioneller Politik wiederzubeleben.

Alle Strömungen der Linken können etwas Positives und etwas Eigenes in diesen offenen Prozeß einbringen. Allerdings können wir nicht einfach dort anfangen, wo wir alle einmal aufgehört haben:

- Für ehemalige Grüne heißt das, nicht bei einem der "linkeren" grüne Parteiprogramme der 80er Jahre stehenzubleiben.

- Eine moderne gewerkschaftliche Orientierung ist mehr als radikale Interessenvertretung im Betrieb.

- Die Verteidigung des Sozialstaats gegen die Ökonomisierung des Alltagslebens ist ohne stärkere Partizipationsrechte der Individuen und Selbstverwaltung in den Institutionen nicht möglich.

- Eine Orientierung auf eine keynesianisch argumentierende Wirtschaftspolitik für Vollbeschäftigung, die nicht hinterfragt, wofür und unter welchen ökologischen Bedingungen produziert wird, macht uns nicht klüger und auch nicht durchsetzungsfähiger.

Vorwärts in die Defensive

Hinter die Neue Linke nach 1968, die in Theorie und Praxis maßgeblich von der Geschlechter- und Ökologiefrage geprägt wurde, können wir in dem neuen Versuch, eine moderne linke Politik zu entwickeln, nicht zurückfallen. "Die Diskussion ist offen. Vielleicht sollt man jedoch festhalten, daß die von der Arbeiterschaft (wir verwenden diesen klassischen und geschichtsträchtigen Begriff) geprägte Linke nur dann die Herausforderungen des Postfordismus bewältigen kann, wenn es ihr gelingt, Sprachrohr auch jener Lebensbereiche zu sein, die weder in Produktion noch in Geld meßbar sind und sich der Konfiguration bzw. Abstraktion des Politischen entziehen." (Ingrao/Rossanda 1996).

In der nächsten Zeit geht es darum, einen gemeinsamen Handlungsrahmen - früher sprachen wir von einem Aktionsprogramm - für eine plurale Linke abzustecken; einen Handlungsrahmen, der eine radikale Kritik am Neoliberalismus und eine kritische Theorie der Gesellschaft mit konkreten tagespolitischen Initiativen verbindet. Dabei wird ein neuer Anlauf für eine radikale Arbeitszeitverkürzung - als emanzipatorisches Projekt eines anderen Lebens und Arbeitens - neben dem Kampf um soziale Grund- und BürgerInnenrechte (in Europa und der Bundesrepublik) gesellschaftspolitisch im Mittelpunkt stehen.

In der Ökologiefrage müssen wir die - auch von den Grünen zu verantwortende - Minimalisierung der ökologischen Problemstellung auf die "Senkung der Lohnnebenkosten" durch Ökosteuern rückgängig machen. Debatten um ein alternatives Verkehrskonzept und Konversionsinitiativen sind noch nicht völlig verschüttet. Mit der Anti-AKW-Bewegung gibt es einen Verständigungsbedarf über ein integriertes Energiewende- und AKW-Ausstiegskonzept als Alternative zur atomfreundlichen Politik der nun rot-grünen Bundesregierung.

Unabhängig von dem Kriegsverlauf in Jugoslawien gibt es in der Anti-Kriegsbewegung einen Diskussionsbedarf über eine wirksame und glaubwürdige antimilitaristische Strategie. Es war in den 80er Jahren verhältnismäßig einfach, in der zugespitzten Frage der Aufrüstung im Bereich der Atomwaffen gesellschaftliche Mehrheiten zu organisieren. In einer militarisierten Gesellschaft im realen Kriegszustand reicht die Zuspitzung auf eine isolierte Forderung (damals : keine Stationierung von Mittelstreckenraketen) nicht aus.

Ein weiteres Problem ist in der Linken selber angelegt: Aktuell vertreten Teile der Linken in Deutschland eine deprimierende Position in der Auseinandersetzung mit dem serbischen Nationalismus. Reflexartig wird zum Belgrader Regime - weil Objekt der NATO-Aggression - keine kritische Position bezogen. In der Tageszeitung Junge Welt können rassistische Beiträge zu Kosovo-Albanern erscheinen, ohne daß das Blatt Abo-Verluste erleiden müßte oder die Redaktion zumindestens in guter linksradikaler Tradition für ein paar Stunden besetzt würde.

Eine radikale Bewegung gegen den Krieg muß autonom sein. Autonom gegenüber einer "bellizistischen" rot-grünen Bundesregierung, aber auch in schärfster Distanz zu dem Rassismus des Belgrader Regimes. Die Bundesrepublik Jugoslawien führt aus der Sicht von Teilen der Linken einen anti-imperialistischen Kampf gegen die NATO. Diese Perspektive einzunehmen ist nur möglich, wenn Terror und Vertreibung bagatellisiert werden und wenn einer holzschnittartigen Analyse gefolgt wird. Es ist fast müßig zu betonen, daß die NATO wiederum keinen Kampf für Menschenrechte führt.

Nicht nur die intellektuellen und politischen Verirrungen in der Kriegsfrage machen deutlich, daß eine unabhängige linke und kritische Analyse neu erarbeitet werden muß: "Das Fehlen einer ... oppositionellen Interpretation führt zu einem theoretischen Problem (...) Wir möchten nur an die Bemerkung Gramscis erinnern, welche objektive Bedeutung es hat, ob in einem gegebenen historisch-sozialen Szenario ein Subjekt vorhanden oder nicht vorhanden ist, das als Träger der Kritik am Bestehenden und eines Veränderungsprojekts auftritt. Unabhängig davon, ob es diesem Subjekt gelingt, seine Vorstellungen durchzusetzen, verändert schon seine Existenz das Szenario. Daß dieses kritische Auge und der Veränderungswille heute fehlen, in Fragmente zerfallen sind oder kommunikationslos bleiben, ist eine wichtige Ursache für die scheinbar ausweglose und katastrophische Entwicklung." (Ingrao/Rossanda 1996).

Die Rekonstruktion eines linken Subjekts würden wir also gerne damit beginnen, daß die Fragmente der Linken wieder miteinander kommunizieren. Teile der linken Strömung in den Grünen haben sich jenseits von Bündnis 90/Die Grünen auf die Suche nach einem politischen Neuanfang begeben und deutlich gemacht, daß ihnen dies nur gelingen kann, wenn sich daran andere linke Strömungen und Milieus beteiligen.

Linkes Projekt ohne Subjekt?

Die Dortmunder Konferenz, zu der Linke, die nicht mehr oder noch in den Grünen sind, eingeladen haben, ist nur einer von vielen Anfängen. Nicht der einzige, von dem alles abhängt, und si-cherlich auch nicht der Letzte. Die Dortmunder Konferenz wird sich aus naheliegenden Gründen auf eine Positionsbestimmung des links-grünen Spektrums konzentrieren, auch wenn dort viele Linke außerhalb der Grünen mitdiskutieren.

Die Verständigung muß daher auf eine noch breitere Grundlage gestellt werden. Dazu können Diskussionen in linken Zeitschriften wie ak, Sozialismus, express etc. einen Beitrag leisten. Die AutorInnen freuen sich daher auf kritische Diskussionsbeiträge. Außerdem halten wir es für sinnvoll, daß noch in diesem Jahr die auseinandersetzungsfähigen und -freudigen Strömungen der Linken gemeinsam eine Arbeitstagung vorbereiten und durchführen.

Andreas Bachmann,

Tina Rosenbusch, Susanne Uhl

Die AutorInnen waren bis vor kurzem Mitglied in den Hamburger Grünen (GAL) und arbeiten seit mehreren Jahren in der Gruppe ZAS (Zwischen allen Stühlen) mit.

Literatur

Ignacio Ramonet: "Die moderne Rechte", LE MONDE diplomatique, April 1999

Pietro Ingrao/Rossana Rossanda: "Verabredungen zum Jahrhundertende", Hamburg 1996

17. Rainbow Warriors an der Elbe. Grüne DissidentInnen bilden neue Gruppe

Autor: dk/DSe · Rubrik: Westdeutsche Linke allgemein · CD-Datei: daten/aksuche/ak427/45.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:427:45

Am 14. Mai, unmittelbar nach dem grünen Kriegsparteitag in Bielefeld, verkündete der arbeitsmarktpolitische Sprecher der GAL-Fraktion in der Hamburger Bürgerschaft, Norbert Hackbusch, seinen Parteiaustritt. Am Montag, den 17. Mai folgten vier weitere Bürgerschaftsabgeordnete: die Sprecherin für Stadtentwicklungspolitik, Heike Sudmann, der energiepolitische Sprecher, Lutz Jobs, die hochschulpolitische Sprecherin Julia Koppke und die wohnungsbau- und migrationspolitische Sprecherin, Susanne Uhl. Unter Mitnahme ihrer Mandate traten die fünf gleichzeitig aus der Bürgerschaftsfraktion der GAL aus und etablierten sich als eigenständige parlamentarische Gruppe.

Unmittelbarer Anlaß für diesen Schritt ist natürlich die Haltung der Grünen zum NATO-Krieg im Kosovo. Mit ihrer Unterstützung des Krieges biete die Partei kein Forum mehr für Menschen, "die die Rolle der NATO als neue Weltpolizei nicht akzeptieren und die entsetzt sind von der neuen militärischen Dominanz gegenüber der Politik", heißt es in der Austrittserklärung der Fünf. Doch die Unzufriedenheit mit der ehemals eigenen Partei sitzt tiefer und ist älter als der Kosovo-Krieg. "Die schleichende Auflösung grüner Grundsätze" und die "FDPisierung der Grünen" machen die AussteigerInnen auch an der Wirtschafts-, Sozial- und Haushaltspolitik und nicht zuletzt an der Anti-AKW-Politik fest: "Wir werden uns an diesem Wettstreit um die neue Mitte zwischen FDP, grüner Partei sowie Hombachs und Schröders SPD nicht beteiligen. Dagegen setzen wir die Themen soziale Gerechtigkeit, Umverteilung von oben nach unten und die sozialen BürgerInnenrechte für alle Menschen."

In diesen Austritten und der Neukonstitution einer oppositionellen Formation, die mittlerweile den Namen "Regenbogen für eine neue Linke" trägt, artikuliert sich eine weitverbreitete Enttäuschung über die Realität rot-grüner "Reformprojekte" an der Macht. Für einige, gesellschaftlich gesehen wenige Linke und Linksradikale mag es seit langem klar gewesen sein, daß rot-grüne Regierungen als bundesdeutsche Variante von "New Labour" auch hier einen "Thatcherismus light" durchsetzen würden. Der deutliche Wahlerfolg von Rot-Grün im letzten Oktober zeigt aber, daß dieses "Reformprojekt" bis weit in das linke, reformerische und linksliberale Lager als Hoffnungsträger nach der lähmenden Ära Kohl interpretiert und empfunden wurde. Es ist daher die ureigenste Basis dieses Projektes, die von rot-grünen Regierungen permanent und offen brüskiert und frustiert wird. Auch wenn der NATO-Krieg in Hamburg wie auch anderswo als Anlaß eindeutig im Vordergrund steht: Die Austritte und Abspaltungen bei den Grünen sind in erster Linie ein Reflex auf eine galoppierende Erosion rot-grüner Reformhoffnungen.

Alle "Abtrünnigen" in Hamburg sind wichtige Frontmenschen des linken Flügels der Hamburger Grünen gewesen. Auch wenn immer noch eine kleine "Regierungslinke" um die Fraktionsvorsitzende Antje Möller in der Bürgerschaftsfraktion verblieben ist: Mit diesem Schritt ist es den Hamburger Grünen schwer bis unmöglich geworden, linke Strömungen in Partei und Fraktion zu integrieren. Dies gilt vor allem auch deshalb, weil neben den Bürgerschaftsabgeordneten auch viele AktivistInnen aus den Bezirken nach Bielefeld die Partei verlassen haben. In mittlerweile vier von sieben Hamburger Bezirksparlamenten haben GAL-DissidentInnen eigene Fraktionen gebildet, die teilweise ebenso stark wie die verbliebenen GAL-Fraktionen sind.

Die Hamburger Grünen haben damit sowohl an Integrationskraft als auch an fachpolitischem Know-how empfindlich eingebüßt. In den für die links-fortschrittliche Außendarstellung so wichtigen Bereichen der Sozial-, Flüchtlings- und Anti-AKW-Politik haben die Grünen von einer Konstellation gelebt, in der engagierte linke Vorturner gezeigt haben, daß die GAL aktiv ist, während die Realo-Mehrheiten dafür gesorgt haben, daß es an diesen eigentlich ungeliebten Themen nicht zur tatsächlichen Eskalation mit der SPD kommt. Dieser Mechanismus funktioniert nun nicht mehr. Die Grünen werden diese Politikfelder nun entweder brach liegen lassen oder aber neoliberal ausgestalten müssen.

Grüne ohne Vorzeige-Linke

Während dümmere Realos nun ihre Chance sehen, endlich ohne linke Querulanten auch in Hamburg Niedriglöhne, Zwangsarbeit und den faktischen Verzicht auf den Atom-Ausstieg offensiv angehen zu können,

zeigen sich klügere, wie etwa der Stadtentwicklungssenator Willfried Maier, weniger euphorisch. Die Zweite Bürgermeisterin Krista Sager betont gegenüber der Presse einerseits, daß die GAL jetzt keineswegs nach rechts rücke, andererseits sieht auch sie jetzt den Weg frei für eine Öffnung zur "Neuen Mitte". Man darf getrost davon ausgehen, daß die Grünen letzteren Weg mutig weiter voranschreiten werden, doch diesmal mit der unangenehmen Begleiterscheinung, sich nicht mehr hinter einer linken Minderheit verstecken zu können. Die organisierte Ausstiegsentscheidung des linken Flügels in Verbindung mit einer bewußten Entscheidung, sich aus der parlamentarischen Ebene nicht zurückzuziehen, ist somit ein bedeutsamer Schritt zur dringend notwendigen Entzauberung der Grünen.

Die neue Formation hat bisher ein erstaunlich positives bis begeistertes Medienecho erfahren. Von der TAZ über die Hamburger Morgenpost bis hin zu den Springer-Zeitungen Welt und Hamburger Abendblatt wird der Ausstieg als absolut nachvollziehbarer, teilweise sogar notwendiger Schritt interpretiert. Natürlich spielt hier auch mediales Eigeninteresse eine Rolle, etwa die Hoffnung, daß die Rathaus-Berichterstattung mit einer neuen linken Oppositionsgruppe endlich aus dem lähmenden Schlaf rot-grüner Regierungslangeweile gerissen wird. Doch mit ihrer Berichterstattung artikulieren die Journalisten auch ein gesellschaftliches Bedürfnis nach Opposition.

Doch genau hier läßt Regenbogen noch viele Fragen offen. "Wir fangen etwas Neues an" war das Motto der Austrittspressekonferenz. Was dieses Neue ist, ist zur Zeit bestenfalls in ganz groben Konturen erahnbar. Die Gruppe hat sich zwar zu ihrer Oppositionsrolle bekannt, betont aber gleichzeitig immer wieder den Wunsch nach einer themenbezogenen "konstruktiven Opposition", die eine partielle Zusammenarbeit mit der Mehrheits-GAL keineswegs ausschlösse. Überhaupt ist in der Anfangsphase in der Öffentlichkeit eher das Gemeinsame als das Trennende betont worden, etwa wenn Hackbusch sich auch jetzt zu wesentlichen Teilen des Hamburger Koalitionsvertrages bekennt und seine damalige Unterschrift immer noch rechtfertigt.

Neuer Anfang -

aber wohin geht's?

Angesichts einer völlig marginalisierten außerparlamentarischen Linken ist es strategisch sicher klug, wenn Regenbogen sich in erster Linie auf enttäuschte Grüne und Sozialdemokraten bezieht. Nicht so sehr die außerparlamentarische radikale Linke, sondern eher diese enttäuschten Reformkräfte sind objektiv die eigentliche Basis für diese neue Formation, sei es als neue AktivistInnen oder als zukünftiges WählerInnenpotential. Wer ein neues Reformprojekt im gesellschaftlichen Raum etablieren und verankern möchte, tut daher gut daran, jeden Schritt in eine Fundamentalopposition mit linksradikalem Gestus zu vermeiden. Wer aber ein solches Projekt gegen den rot-grünen Mainstream durchsetzen und den neoliberalen Durchmarsch unter dem Tarnmantel eines rot-grünen "Reformprojektes" nachhaltig stoppen will, der kommt um eine deutliche und unmißverständliche Abgrenzung auch und gerade gegenüber den Grünen nicht herum. Dies gilt erst recht für eine etwaige Wahloption bei den nächsten Bürgerschaftswahlen. Diese hat nur dann eine Chance, ins Parlament zu kommen bzw. eine Wahlniederlage als politische Kraft zu überstehen, wenn sie sich vor allem gegen die Grünen profiliert.

Der "offene Prozeß", den Regenbogen initiiert hat, ist einerseits sympathisch, da er in der Tat Raum läßt für die unterschiedlichsten Vernetzungen und Anknüpfungspunkte. Er macht aber andererseits auch deutlich, daß die neue Gruppe sowohl organisatorisch als auch programmatisch noch ganz am Anfang steht. Ohne die Richtigkeit und Notwendigkeit des Schrittes in Zweifel zu ziehen: Die Abspaltung ist zwar organisiert erfolgt, aber nicht entsprechend vorbereitet worden. Letztlich handelte es sich um eine "Bauch-Entscheidung" mit der Konsequenz, daß das Wasser sehr kalt ist, in das man da gesprungen ist.

Die Bildung einer linken Opposition in der Bürgerschaft, die auch den Anspruch auf ein Wahlbündnis für die nächsten Wahlen im Jahr 2001 erhebt, macht vor allem der PDS erhebliche Sorgen. Sie ist in Hamburg auf absehbare Zeit nicht in der Lage, die Rolle einer ernstzunehmenden linksreformistischen Kraft einzunehmen. Eine erfolgreiche Regenbogen-Gruppe setzt daher auch die PDS in Hamburg unter Druck: Entweder es gelingt ihr endlich, sich von ihren sektiererischen Tendenzen zu trennen oder sie wird endgültig in der Bedeutungslosigkeit verschwinden. Bisher reagiert die PDS jedoch eher borniert: Im Rahmen der Vorbereitung für eine Anti-Kriegs-Demo am 12. Juni in Hamburg setzte sie sich massiv gegen einen Redebeitrag der neuen Regenbogen-Gruppe ein.

Für die außerparlamentarische Linke sind die Prozesse bei den Grünen kein Thema. Trotz Sympathie für und allgemeiner Zustimmung zu den Abspaltungen gibt es derzeit keinen Ort, wo dieser Schritt und seine gesellschaftliche Bedeutung kollektiv diskutiert werden würden. Das ist auch kein Wunder, ist die verbliebene Restlinke doch weitgehend auf Einzelpersonen reduziert, die in eng umrissenen Politikbereichen meist höchst isoliert ihren Geschäften nachgehen. Gemeinsame Projekte, die auch eine gemeinsame strategische Debatte und gemeinsame Einschätzungen ermöglichen würden, gibt es - mit Ausnahme von Teilbereichsinitiativen - kaum noch. So ist es heute schon schwierig, diese Restlinke zusammenzusammeln. Doch selbst wenn das gelingt, sind die Ergebnisse nicht eben erbaulich, zu unterschiedlich sind die Einschätzungen, Diskussionsbedürfnisse und Prioritäten.

Das mindeste, auf was der NATO-Krieg und die Veränderungen im Grünen-Spektrum die (radikale) Linke hinweisen könnten, ist der Umstand, daß mit der rot-grünen Berliner Republik nicht nur die Kohl'sche Kontinuität gewahrt wird, sondern daß auch erhebliche Brüche in der gesellschaftlichen Entwicklung durchgesetzt werden. Dies nicht kollektiv zu reflektieren, wäre grob fahrlässig. Die Vernetzung und Neukonstitution einer breiten linken Debatte steht auf der Tagesordnung. Die grünen Dissidenten versuchen dies immerhin.

dk/DSe

18. Sinnstiftung findet im Haushaltsausschuß statt. 50 Jahre BRD als spektakuläre Inszenierung im Museum

Autor: Angela Martin · Rubrik: Geschichte der BRD · CD-Datei: daten/aksuche/ak427/03.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:427:03

Der Eindruck ist verblüffend: Da steht sie, die Mauer, ein Stück echte Berliner Mauer, mit Grafittis bemalt, allerdings durchbrochen, geöffnet. Laut schallt der Vereinigungsjubel der Berliner Bevölkerung den Besuchern entgegen, und auf mehreren Bildschirmen kann man Nachrichten aus Ost und West über die Nacht des 9. November 1989 sehen, als Tausende Ost-Berliner in den Westteil der Stadt strömten und begeistert empfangen wurden.

Knapp zehn Jahre liegt der Fall der Mauer zurück. Dies, vor allem aber das 50-Jahre-Jubiläum der Bundesrepublik Deutschland, ist Anlaß für die Ausstellung Einigkeit und Recht und Freiheit, die mit überraschenden Gestaltungsideen Wege der Deutschen 1949-1999 nachzeichnet.

Angeregt wurde sie vom Haushaltsausschuß des Deutschen Bundestages. Christoph Stölzl, der Direktor des Deutschen Historischen Museums in Berlin, hat denn auch unumwunden zu Protokoll gegeben, daß "Sinnstiftung in diesem Land im Haushaltsausschuß des Deutschen Bundestages" stattfindet (Neue Zürcher Zeitung).

15 Millionen Mark hat der Haushaltsausschuß dem Deutschen Historischen Museum zur Verfügung gestellt, das die spektakuläre Inszenierung der deutschen Nachkriegsgeschichte zusammen mit dem Haus der Geschichte und der Kunst- und Ausstellungshalle in Bonn, eingerichtet hat. So wundert es nicht, daß die Schau eine Erfolgsgeschichte der alten BRD zeigt. Ausgehend von der Vereinigung der beiden deutschen Staaten richtet sie den Blick zurück vor allem auf Ereignisse und Prozesse, die die Überlegenheit des westdeutschen Staates über den ostdeutschen begründen und bestätigen. Nach dem Zweiten Weltkrieg "bekam zumindest der westliche Teil unseres Landes, die alte Bundesrepublik also, das unglaubliche Glück einer ‚zweiten Chance`", so Bundeskanzler Gerhard Schröder in seinem Grußwort zur Ausstellung. "Die Menschen in der DDR hatten nicht die Chance einer demokratischen und wirtschaftliche gedeihlichen Entwicklung bekommen."

Lego statt Flachware

Im Sinne dieses Geschichtsbildes haben 24 Raumautoren (davon neun aus der DDR) und acht Ausstellungsarchitekten eine inhaltlich etwas oberflächliche, aber vorzüglich gestaltete Ausstellung geschaffen. Für einen Rundgang durch die 5.000 Quadratmeter muß man viel Zeit mitbringen, doch er ist wenig ermüdend. Diese Geschichtsschau ist keine "Flachwaren"-Ausstellung, bei der man viel lesen muß. Rund 6.000 Objekte sind hier zusammengetragen worden, vom Trikot Jürgen Sparwassers (er schoß bei der Fußball-WM 1974 das 1:0-Siegestor für die DDR) bis zu einem Modell der Dresdner Frauenkirche aus Legosteinen. Mit Hilfe von Filmausschnitten kann man sich etwa über Reaktionen auf den Prager Frühling oder mit Tondokumenten z.B. über eine Debatte zur Einführung des Grundgesetzes informieren.

Die Ausstellung besteht aus drei Teilen: Im Erdgeschoß wird weitgehend chronologisch die politische Geschichte West- und Ostdeutschlands vom Kriegsende bis in die neunziger Jahre gezeigt. Dabei haben sich die Ausstellungsautoren oft um klare Aussagen zu brisanten Themen herumgemogelt. So wird der Arbeiteraufstand vom 17. Juni 1953 nur sehr beiläufig behandelt, und zu Stalins Vorschlägen für ein geeintes, neutrales Deutschland vom März 1952 findet man nur Adenauers abschätzigen Kommentar, aber keinen wissenschaftlichen. Die neuere Forschung, nicht zuletzt die Arbeiten von Wilfried Loth, haben aber gezeigt, daß die Stalin-Note durchaus ernstgemeint war. Denn von einem geeinten Deutschland hätte die Sowjetunion weitaus mehr Reparationen fordern können als von der DDR, dem seit jeher dünner besiedelten und industriell weniger entwickelten Teil Deutschlands.

Der Rundgang kehrt in den Lichthof zurück, wo sich hinter der aufgebrochenen Berliner Mauer eine imposante Stahlkonstruktion erhebt. Das ist der zentrale Teil der Exposition. Hier türmen sich Projektionsflächen bis zum Dach, ein scheinbar chaotisches Durcheinander: Aspekte der neunziger Jahre sind das Thema und die Autoren betonen das Vorläufige ihrer Thesen. Deutschland im letzten Jahrzehnt wird aufgefaßt als Land im Umbruch, als Baustelle. Die sozialen Verwerfungen vor allem durch den Niedergang der DDR-Industrie

werden hier neben Dokumenten über die zunehmende Fremdenfeindlichkeit und Filmberichten über die Morde in Mölln und die pogromartigen Ausschreitungen gegen Ausländer in Lichtenhagen gezeigt. "Deutschland als Baustelle" bedeutet aber auch Baustelle im wörtlichen Sinne: Im oberen Teil des Lichthofes kann man auf raumteilenden Balken und Brücken den Umbau der Städte in der ehemaligen DDR, vor allem in Berlin verfolgen. Hier stehen auch 50 Monitore, für jedes Jahr einer, mit dreiminütigen Filmen zu den wichtigsten Ereignissen. Laut ist es hier, die Eindrücke wechseln schnell in dem futuristischen Ambiente.

Müll, Sport und Festkultur

Der dritte Teil behandelt das gesellschaftliche Leben in Ost- und Westdeutschland. Themenräume im Obergeschoß zeigen den Wirtschaftsaufschwung im Westen und die Planwirtschaft im Osten; die Reiselust der Deutschen und ihre Souvenirs; Konsum, Werbung, Design und Müll - die Zahlen über die Abfallproduktion werden dargestellt mit Hilfe einer Wand voller bunter Mülltonnen, von denen immer andere in geheimnisvollem Rhythmus beleuchtet werden. Weitere Themen sind die Bildende Kunst, der Sport in der DDR und der BRD, das Familienleben der Deutschen und ihre Festkultur.

Im Raum über die Literatur und das Theater wird man von samtenen Stehplätzen durch Bühnenbildmodelle an die wichtigsten Inszenierungen in Ost und West erinnert. In der Abteilung Literatur wandelt man auf den Seiten eines alten Wörterbuches, die den Boden pflastern und findet auf der westdeutschen Seite neben Heinrich Böll, Uwe Johnson (er zog 1959 nach West-Berlin) und Günter Grass überraschenderweise auch die Schweizer Schriftsteller Frisch und Dürrenmatt oder Ilse Aichinger und Thomas Bernhard aus Österreich - "weil sie die westdeutsche Literatur maßgeblich beeinflußt haben", so die Raumautoren. Solche Einflüsse sind für die DDR-Literatur nicht dokumentiert. Den Osten repräsentieren Autoren von Brecht bis Biermann, während man ein Portrait von Johannes R. Becher vergeblich sucht (immerhin ist er mit einer Manuskriptseite vertreten). Trotz der Größe der Ausstellung ist der Platz für einzelne Themen oft zu knapp, entsprechend fragwürdig muß dann die Auswahl bleiben.

Den Religionen ist ein weiteres Kapitel gewidmet. Ein sehr amüsanter Raum zeigt 50 Tugenden, ordentlich in Kästen verstaut und beleuchtet. Ehrlichkeit wird durch eine Einkommensteuererklärung dargestellt - die freilich noch nicht ausgefüllt ist, und den Fleiß muß eine kleine Hennecke-Statue symbolisieren - die allerdings gestürzt ist.

Solchen Humor sucht man in dem Begleitbuch zur Ausstellung vergeblich. Man sollte es ohnehin nur kaufen, wenn man sich ordentlich ärgern will. Hier wird eine Sicht auf die deutsche Geschichte wiederholt, wie man sie aus Zeiten des Kalten Krieges kennt. So war Stalin dem Buch zufolge - und entgegen der jüngeren Forschung - der große Spalter Deutschlands, der "seine" Zone schon immer sowjetisieren wollte. Zum Glück braucht man das Rowohlt-Bändchen für einen Besuch der Ausstellung nicht, man kann sich dort auch ohne Anleitung sehr gut unterhalten und mitunter auch ärgern.

Angela Martin

Einigkeit und Recht und Freiheit - Wege der Deutschen 1949-1999. Bis 3. Oktober 1999 im Martin-Gropius-Bau, Berlin, Dienstag bis Sonntag 10 bis 20 Uhr, Eintritt frei. Das Buch zur Ausstellung kostet 10,- DM. In Kinosaal des Martin-Gropius-Baus wird ein Filmbegleitprogramm angeboten mit Marshallplan-Filmen, alten Fernsehspielen und bekannten Spielfilmen aus der DDR und der BRD.

19. Kein Aufbruch in Dortmund. Linksgrünes Netzwerk schon vor dem Start gescheitert

Autor: mb., Berlin · Rubrik: Grüne (und Vorläufer) · CD-Datei: daten/aksuche/ak427/48.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:427:48

Die innerparteiliche Kritik am Kriegskurs von Bündnis 90/Die Grünen war in den letzten Wochen überraschend schwach. Hinter den Kulissen allerdings wurde intensiv daran gearbeitet, ein organisatorisches Auffangbecken der KritikerInnen des Bielefelder Kriegsbeschlusses zu schaffen. Dabei erwies sich die Frage, welches Verhältnis man zukünftig zur grünen Partei haben sollte, als entscheidender Knackpunkt.

Austreten oder innerhalb der Partei bleiben, um dort für die eigenen Vorstellungen einzutreten - das ist die eine Spaltungslinie zwischen den Linksgrünen. Dahinter kommt das Dilemma zum Vorschein, daß es momentan keinen Platz für eine reformerische Linke neben Grünen und PDS gibt. Wie viele dennoch Bündnis 90/Die Grünen in den letzten Wochen den Rücken gekehrt haben, ist nicht bekannt. Einige Hundert werden es sein. Die meisten davon sind individuell ausgetreten. Kollektive Austritte und Organisierungen wie in Hamburg sind die Ausnahme. Wie man weiter Politik machen kann und ob eventuell gemeinsam, das sollte am 6. Juni in Dortmund diskutiert werden. Zwischen 500 und 600 "Grüne, Nicht-mehr-Grüne und Noch-Nie-Grüne" waren deshalb nach Dortmund gekommen.

An der Vorbereitung des Treffens waren maßgeblich beteiligt die Bundestagsmitglieder Annelie Buntenbach und Christian Simmert, VertreterInnen des "Babelsberger Kreises", Hamburger Abgeordnete der "Regenbogen"-Gruppe und BasisGrün. Eingebunden waren aber auch die Ausgetretenen in Person von Eckhard Stratmann-Mertens, der noch am Abend des Bielefelder Kriegsparteitages die Partei verlassen hatte. Er brachte im Namen des Ruhrgebietstreffens von Ausgetretenen einen Antrag ein, bei den Europawahlen "keine Kriegsparteien", also auch nicht die Grünen, zu wählen. Gleichzeitig machte er deutlich: "An eine integrative Wirkung auf die Grünen habe ich kein Interesse."

Viele der anwesenden Parteimitglieder sahen damit die Arbeitsgrundlage des Netzwerkes zerstört. Dennoch stimmte die Mehrheit der Anwesenden mit 188 zu 166 Stimmen dem Aufruf zu. Bielefeld zeigte seine Wirkung. Zwar ist es durchaus konsequent, daß die grünen KriegsgegnerInnen zur Nicht-Wahl ihrer (ehemaligen) Partei aufrufen. Je höher die Stimmenverluste, desto sichtbarer der Widerspruch zum grünen Kriegskurs (diese Sprache verstehen die Realos). Wenn aber schon im Vorfeld absehbar ist, daß an dieser Frage das Netzwerk scheitern könnte, ist das Verhalten der Mehrheit unverständlich.

Anstatt politischer Diskussionen um mögliche Handlungsansätze und Perspektiven, herrschten bei dem Treffen Ratlosigkeit und Wut vor. So konnte man sich noch nicht einmal auf einen Gründungsaufruf einigen und beschloß einfach die zwei vorliegenden Entwürfe. Auch hatte man zuvor unmißverständlich versichert, die Entscheidung derjenigen zu respektieren, die in der Partei bleiben wollen. In einer der beiden mehrheitlich abgenommenen Resolution hieß es ausdrücklich: "Trotz der unterschiedlichen organisationspolitischen Optionen gibt es ein gemeinsames Interesse daran, ein außerhalb der Grünen Partei angesiedeltes unabhängiges Netzwerk mit der Fähigkeit zu politischer Intervention aufzubauen." Doch hielt dies nicht lange vor. Mit dem verabschiedeten Aufruf zum Wahlboykott verlangte man im nachhinein die "öffentliche Selbstgeißelung" (ND, 7.6.99) derjenigen, die in der Partei weiterarbeiten wollen.

Vier verschiedene Strömungen waren in Dortmund zu erkennen: Da waren die VertreterInnen eines radikalen Bruchs mit den Grünen um Eckhard Startmann-Mertens. Sie plädierten für eine absolute Unabhängigkeit des Netzwerkes und seine Überparteilichkeit.

Ihnen gegenüber standen die Reste des "Babelsberger Kreises", der nach dem Bielefelder Parteitag vor dem Aus steht. Nachdem Kerstin Müller, Ludger Volmer, Jürgen Trittin oder Antje Radcke die Seiten gewechselt haben, ist die Spaltung zwischen "Regierungslinken" und "Basislinken" offenkundig. Allem Anschein nach versuchen aber Frieder O. Wolf, Claudia Roth, Barbara Steffens und Frithjof Schmidt um die Zeitschrift Andere Zeiten derzeit eine Reorganisation. Dabei sind sie bereit, die Rolle der Jusos in den Grünen zu übernehmen. Mit der "Metamorphose der Grünen von einer mitgliederorientierten Konzeptpartei zu einem personenbezogenen Wahlbündnis für einige Spitzenpolitiker", so erklärte man schon vorab, könne man sich durchaus abfinden. Denn: "Eine derartige ‚grüne Wiedergeburt` hätte sichere Chancen, dauerhaft über 5% zu bleiben. Auch die Parteilinke müßte dabei nicht leer ausgehen. Jede politische Partei braucht einen linken

Flügel - egal wo sie steht." (Editorial, Andere Zeiten 2/3 99) Das Verhalten der "Babelsberger" in Dortmund war dementsprechend. Gelangweilt folgten sie der Veranstaltung, wiesen immer wieder auf die Notwendigkeit der innerparteilichen Arbeit hin und nutzten schließlich die erste Gelegenheit (die Annahme des Wahl-Antrags), um die Versammlung zu verlassen und damit das Projekt scheitern zu lassen.

Annelie Buntenbach und Christian Simmert waren ernsthafter am Gelingen des Dortmunder Treffens interessiert. Die beiden sehen angesichts der augenscheinlich gewordenen Marginalisierung linker Positionen in der grünen Partei keinen Sinn mehr darin, immer noch das Bündnis mit ominösen Mittelkräften zu suchen - wie es die "Babelsberger" noch in Bielefeld (erfolglos) taten. Mit einem linken Netzwerk, das inner- und außerhalb der Grünen aktiv ist und politische Initiativen anstößt, wollten sie in der Partei Widerstand leisten.

Bündnispartner hatten die beiden in der Hamburg "Regenbogen"-Gruppe gefunden. Zwar erklärte Norbert Hackbusch, die grüne Partei sei nicht mehr reformierbar. Anscheinend wollten die Hamburger aber unbedingt einen bundesweiten Zusammenhang, um ihre regionale Begrenztheit aufzuheben. Mit dem Scheitern des Netzwerkes dürfte es nicht leichter geworden sein, für ihre Formation ein Umfeld aufzubauen.

Was bleibt, ist nichts. Nachdem die Bundestagsabgeordneten noch am Sonntag ihre Mitarbeit am Netzwerk aufkündigten, erklärte auch BasisGrün am folgenden Tag seinen Rückzug. Jetzt sind die Ausgetretenen unter sich. Ob zwischen ihnen genügend Gemeinsamkeit besteht, ist fraglich. Nachdem die linken Grünen als Bündnispartner ausfallen, müssen neue Spektren angesprochen werden. Daß man dort auf große Begeisterung stoßen wird, ist unwahrscheinlich.

mb., Berlin

20. Israel: Multikulti und Freihandel. Wahlsieger Barak soll einen "Neuen Nahen Osten" schaffen

Autor: Achim Rohde · Rubrik: Israel / Palästina · CD-Datei: daten/aksuche/ak427/35.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:427:35

Ehud Baraks deutlicher Wahlsieg gegen Benjamin Netanjahu bereits im ersten Wahlgang am 17. Mai 1999 wurde in Israel mit einer Welle von Euphorie begrüßt. Viele beschreiben die dreijährige Regierungszeit Netanjahus als einen "bösen Traum", von dem sie nun erwacht seien.

Die überwiegende Mehrheit der kulturellen und wirtschaftlichen Eliten des Landes sowie die Medien überboten sich bereits während des Wahlkampfes in vernichtenden Urteilen über den scheidenden Regierungschef. Er wurde mit Reagan und Thatcher verglichen, als intriganter Machiavellist beschimpft und als "vogelscheuchenhafter Robocop" verhöhnt. Netanjahu erwiderte diese Abneigung mit einer populistischen Wahlkampagne, die auf die Ressentiments der "einfachen Leute" gegen das Establishment zielte.

Netanjahu wird vorgeworfen, er habe zur Krise der israelischen Wirtschaft und zur Verarmung breiter Bevölkerungsschichten beigetragen. Ihm wird nachgesagt, er habe "Haß gesät", die verschiedenen vertikalen Konfliktlinien in der israelischen Gesellschaft (etwa zwischen religiösen und säkularen, europäischen und arabischen Juden) verschärft und für sein eigenes politisches Überleben genutzt; außerdem habe er der Korruption im Staatsapparat Vorschub geleistet.

Seine radikale nationalistische Rhetorik und seine demonstrative Kraftmeierei gegenüber Palästinensern und (was ihm weitaus übler genommen wurde) gegenüber der US-Regierung stießen auf breite Ablehnung. Im Falle seiner Wiederwahl, so eine verbreitete Ansicht, sei es nur eine Frage von Monaten bis zum nächsten großen Nahost-Krieg.

Modernisierung

und Marginalisierung

Barak hingegen wird als die neue Lichtfigur gehandelt, die den von Netanjahu hinterlassenen Scherbenhaufen auffegen soll. Er sei "der Heiler", welcher den liberalen und demokratischen Charakter Israels stärken, soziale Widersprüche verringern, vertikale Konfliktlinien in der Gesellschaft entschärfen und Frieden mit den Palästinensern und den arabischen Nachbarstaaten im Sinne seines Mentors Yitzhak Rabin schließen könne.

Seine Wahlkampagne war darauf ausgerichtet, ihn als integrative Persönlichkeit, als moralisch glaubwürdigen und gleichzeitig starken Führer darzustellen. Qualitäten, die angeblich seit jeher von einem Generalstabschef der israelischen Armee verlangt werden. Barak wurde nicht ohne Grund als "bester Soldat" gepriesen, den Israel jemals hervorgebracht habe. Dazu wurde das Profil der sozialdemokratischen Arbeitspartei verringert, deren Vorsitz Barak seit 1996 innehat. Die Partei wird allgemein mit den meist aus Osteuropa stammenden zionistischen Gründungseliten und mit deren Arroganz gegenüber jüdischen MigrantInnen aus mittelöstlichen Ländern identifiziert.

Mit der Unterstützung wichtiger Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens, vor allem des aus Marokko stammenden ehemaligen Außenministers David Lévy und dessen Gescher-Partei (zu deutsch: Brücke, sic!), trat Barak als Vorsitzender einer Liste an, die sich "Ein Israel" nennt. Obwohl sich viele andere anvisierte Allianzen zerschlugen, zog die Kampagne. Der aus Baghdad stammende kurdischstämmige Likud-Rebell Yitzhak Mordechai konnte als Kandidat der neuen Zentrumspartei für das Amt des Ministerpräsidenten nicht überzeugen. In Umfragen kam er nur auf sieben Prozent. Einen Tag vor der Wahl zog Mordechai seine Kandidatur zugunsten Baraks zurück und erwies sich damit als Königsmacher.

Die Freude über Netanjahus Abwahl ist nachvollziehbar. Die Licht-und-Schatten-Symbolik und die Selbstzufriedenheit, welche die öffentliche Meinung in Israel seit den Wahlen prägen, sollten jedoch mißtrauisch machen. Die vertikalen Konfliktlinien in der israelischen Gesellschaft, die Netanjahu manipulativ für sich zu nutzen versuchte, bestehen seit Gründung des Staates Israel.

Die aus Europa stammenden sozialdemokratischen israelischen Gründungseliten, die das Land bis 1977 unangefochten regierten und nun mit einem Paukenschlag wieder an die Macht gekommen sind, verfolgten

eine anti-religiöse und auf die Assimilierung "traditioneller" ethnischer Identitäten in eine "moderne" jüdisch-israeli- sche Nation zielende Politik. Sie orientierten sich am Ideal westeuropäischer Demokratien und tolerierten mittelöstliche kulturelle Einflüsse und religiöse Traditionen im besten Fall als Folklore.

Diese Politik ging mit in einer bis heute fortdauernden ökonomischen wie geographischen Marginalisierung von jüdischen EinwanderInnen aus mittelöstlichen Ländern einher. Dies konterkarierte den erklärten integrativen Nationalismus der zionistischen Gründungseliten. Lange Zeit konnte dieses Konfliktpotential jedoch unter Kontrolle gehalten werden - dank der kontinuierlichen Enteignung und Vertreibung der palästinensischen Bevölkerung und der dadurch zementierten Konfrontation Israels mit seinen arabischen Nachbarn sowie aufgrund des fortdauernden Wachstums der israelischen Wirtschaft.

Mit dem Beginn der 90er Jahre veränderten sich die politischen Spielregeln. Der von der sozialdemokratischen Regierung Rabin/Peres initiierte Oslo-Prozeß ist unter anderem der Einsicht der israelischen Eliten zu verdanken, daß eine politische Lösung des israelisch-palästinensischen Konfliktes (einschließlich eines territorialen Kompromisses) Voraussetzung für den Erfolg der israelischen Wirtschaft unter den Bedingungen der Globalisierung sei. "Oslo" war Teil einer strategischen Umorientierung der israelischen Eliten, die eine Integration Israels als regionale Führungsmacht in eine zu schaffende mittelöstliche Freihandelszone zum Ziel hatte.

Mit den Oslo-Verträgen wurde dem zuvor im israelischen Diskurs weitestgehend für illegitim erklärten nationalen Kampf der palästinensischen Bevölkerung plötzlich eine begrenzte Legitimität zugestanden. Die jüdisch-israelische Bevölkerung wurde mit der Aussicht auf einen, wenn auch vor allem symbolischen Akt des Verzichts zugunsten der Palästinenser konfrontiert. Parallel dazu wurde die noch in den 80er Jahren eher protektionistische und auf einem starken öffentlichen Sektor basierende Ökonomie zügig nach neo-liberalen Kriterien umstrukturiert.

Sozialer Protest

Dies führte zu einer Verschärfung der sozialen Widersprüche innerhalb der jüdisch-israelischen Gesellschaft. Da deren soziale Schichtung und geographische Verteilung entlang ethnischer Linien verläuft, führte dies nach Oslo wie in vergleichbaren anderen Ländern zu einer verstärkten Politisierung ethnischer, kultureller und religiöser Identitäten.

Bereits bei den Parlamentswahlen 1996 äußerte sich diese Tendenz innerhalb der jüdisch-israelischen Bevölkerung beispielsweise im Wahlerfolg der religiösen Shas-Partei, die eine populistische Mischung zwischen traditioneller sephardischer Religiösität, sozialem Protest und jüdischem Nationalismus vertritt und ein Sprachrohr marginalisierter Schichten mittelöstlicher Provenienz sein will.

Was haben verschärfte soziale Widersprüche unter der jüdisch-israelischen Bevölkerung mit einer Ablehnung der Oslo-Verträge zu tun? Marginalisierte jüdische Bevölkerungsschichten stimmten bei den Parlamentswahlen 1996 überwiegend gegen "Oslo" und für eine Regierung, die in ihrer neo-liberalen Radikalität die sozialdemokratische Arbeitspartei weit übertrifft. Dies erklärt sich aus der Tatsache, daß die Arbeitspartei mit der Arroganz der zionistischen Gründungseliten identifiziert wird und zusätzlich aufgrund der Vernachlässigung peripherer Regionen während ihrer Regierungszeit 1992-96 für Angehörige dieser Schichten nicht wählbar ist. Der von Peres viel zitierte "Neue Nahe Osten", dessen Ouvertüre die Oslo-Verträge sein sollten, versprach den marginalisierten jüdischen Bevölkerungsschichten keine Vorteile.

Im Gegenteil: Die Liberalisierung der israelischen Ökonomie und der wirtschaftliche Aufschwung während der Regierungszeit Rabin/Peres gingen zu ihren Lasten. Während etwa die HighTech-Industrie boomte, kam es zu starken Einbrüchen in der Landwirtschaft und in arbeitsintensiven Industriezweigen wie der Textilindustrie, die meist in peripheren Regionen angesiedelt sind und in denen überwiegend jüdische ArbeiterInnen mit mittelöstlichem Hintergrund arbeiten. Das Wahlergebnis von 1996 und die Aufsplitterung des ehemals hegemonialen zionistischen Identitätsdiskurses sind zu einem großen Teil Ausdruck des sozialen Protestes marginalisierter jüdischer Bevölkerungsschichten gegen die Staatseliten.

Allerdings waren die Leistungen der Regierung Netanjahu etwa in den Bereichen Arbeitnehmerrechte, Lohnpolitik und im Gesundheitswesen weitaus verheerender als die ihrer Vorgängerin. Gleichzeitig zogen sich internationale Investoren, für die der israelische Markt nach Oslo attraktiv geworden war, wegen des erhöhten

Kriegsrisikos wieder zurück. Auch die Tourismusindustrie erlitt deutliche Einbußen. Washington zeigte sich genervt.

Anders als früher hat Netanjahus Versuch, seine Position durch eine Dämonisierung der Palästinenser zu stärken, bei großen Teilen der jüdisch-israelischen Bevölkerung nicht mehr gewirkt - vor allem unter den diesmal wahlentscheidenden EinwanderInnen aus der ehemaligen Sowjetunion. Ausbleibende Attentate auf israelische Zivilisten und der eher jämmerliche Zustand sowohl der palästinensischen Administration als auch des palästinensischen Widerstandes mögen dazu beigetragen haben.

Freilich ist diese Entwicklung weniger einem etwaigen plötzlichen Mitgefühl unter jüdischen Israelis mit der palästinensischen Bevölkerung zu verdanken als vielmehr den allzu durchsichtigen Versuchen Netanjahus, die Öffentlichkeit mit Hilfe dieser Rhetorik "für dumm zu verkaufen". Die diesjährigen Wahlen wurden daher vor allem aufgrund von innenpolitischen Themen entschieden.

Baraks mögliche Koalitionspartner

Barak will seine aus seinem überwältigenden Wahlsieg resultierende sehr starke Position nutzen, um eine möglichst breite Koalition zu bilden. Er wird möglichst viele politische Gegner in diese Koalition einbinden. Immerhin ist die Anzahl der im Parlament vertretenden Parteien von 11 auf 15 angestiegen. Die beiden ehemaligen Volksparteien Likud und Arbeitspartei verfügen zusammen nur über 45 der 120 Mandate.

Zu den für Barak wertvollsten potentiellen Koalitionspartnern zählt die von 10 auf 17 Mandate gewachsene Shas-Partei, welche trotz der Verurteilung ihres Vorsitzenden Der'i vor dem Obersten Gerichtshof wegen Veruntreuung von Staatsgeldern und Bestechung im März 1999 die große Gewinnerin dieser Wahl ist. Weitere wichtige Partner wären der von 32 auf 19 Mandate dezimierte und seiner kreativsten Köpfe beraubte Likud-Block, die über 10 Mandate verfügende säkulare links- liberale Meretz-Partei (auch wenn sie bislang öffentlich jede Zusammenarbeit mit der als "fundamentalistisch" verteufelten Shas-Partei ablehnt) sowie die Partei der russischen EinwanderInnen, Yisrael Be'Aliya, mit 6 Mandaten.

Es bleibt abzuwarten, ob es nach der weitgehenden Erosion des herkömmlichen nationalen Blocks (der Likud-Rebell Benny Begin, Sohn von Menahem Begin, und seine neue nationale Sammlungspartei haben sogar den Einzug ins Parlament verpaßt) in der neuen Knesset überhaupt eine ernstzunehmende Opposition geben wird.

Barak wird eine Neuauflage der Politik vergangener Jahrzehnte anstreben. Er wird versuchen, unter einer versöhnlichen Rhetorik nationaler Einheit die Hegemonie der israelischen Gründungseliten erneut zu stabilisieren und den Diskurs von einer modernen und demokratischen jüdisch-israelischen Nation wieder zu stärken. Er wird dabei einige Zugeständnisse an den Multikulturalismus machen, der mittlerweile auch unter den säkularen israelischen Mittel- und Oberschichten als politisch korrekt gilt, sowie einige Maßnahmen zugunsten sozial schwacher Klientel verabschieden.

Keine Chance für Palästina

Eine genuine Politik der Umverteilung politischer, ökonomischer und kultureller Macht zugunsten marginalisierter jüdischer Bevölkerungsschichten ist von ihm jedoch nicht zu erwarten - schon gar nicht zugunsten der über die israelische Staatsbürgerschaft verfügenden palästinensischen Minderheit. Dadurch werden die Spannungen innerhalb der israelischen Gesellschaft nicht gelöst, aber vielleicht um einige Jahre vertagt, um danach um so deutlicher wieder auf die Tagesordnung zu kommen.

Außenpolitisch wird Barak sich an der von der Regierung Rabin/Peres anvisierten Integration Israels in eine zu schaffende mittelöstliche Freihandelszone orientieren. Deshalb wird er pragmatischer vorgehen als Netanjahu, vor allem bezüglich der besetzten Gebiete im Südlibanon und auf dem Golan. Jedoch stehen die arabischen Regierungen aufgrund der klaren Unterlegenheit ihrer Volkswirtschaften gegenüber der israelischen einer etwaigen mittelöstlichen Freihandelszone zu Recht sehr skeptisch gegenüber.

Die palästinensische Bevölkerung in den besetzten Gebieten schließlich wird auch weiterhin keine Chance haben, ein unabhängiges nationales Gemeinwesen in einem Maße durchzusetzen, das über bloße Symbolik, einige Brotkrumen, Landfetzen und feuchte Händedrucke hinausgeht. Eine einigermaßen wohlhabende und

unabhängige palästinensische Volkswirtschaft wird sich im Hinterhof der mächtigen israelischen Ökonomie in diesen Zeiten der globalen Piraterie ohnehin nicht entwickeln können.

Achim Rohde

21. Chemische Waffen gegen Guerilla. Vorwürfe gegen die türkische Armee

Autor: Thomas Klein · Rubrik: Türkei · CD-Datei: daten/aksuche/ak427/21.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:427:21

In einer Erklärung der Nationalen Befreiungsarmee Kurdistans, die das Kurdistan Informations-Zentrum (KIZ) verbreitete, wird der türkischen Armee der Einsatz von Raketen mit chemischen Sprengköpfen im Kampf gegen die kurdische Guerilla vorgeworfen. Danach habe die türkische Armee am 11. Mai in der Nähe des Dorfes Ballikaya bei Sirnak und Silopi - im türkisch-irakischen Grenzgebiet - eine Guerillagruppe eingeschlossen und diese mit chemisch bestückten Raketensprengköpfen beschossen. Wörtlich heißt es in der vom KIZ verbreiteten Erklärung: "Sowohl die sterblichen Überreste der Guerilleros, als auch Teile der angewendeten chemischen Sprengköpfe befinden sich in den Händen unserer Armee. Diese stehen für Nachforschungen von internationalen Institutionen zur Verfügung. Wir laden die zuständigen internationalen Kontrollgremien, die die internationalen Abkommen, wie die auch von der Türkei unterzeichneten Genfer Konvention kontrollieren (...) dazu ein, die das Kriegsrecht verletzenden Methoden des türkischen Staates vor Ort zu analysieren und zu verurteilen."

Der Vorwurf, daß die türkische Armee nicht nur für Vertreibungen der kurdischen Zivilbevölkerung und Bombardierungen von Dörfern und Städten verantwortlich ist, was in den letzten Jahre über drei Millionen Flüchtlinge und über 3.000 zerstörte kurdische Dörfer zur Folge hatte, sondern im kurdischen Kriegsgebiet auch zum Einsatz international geächteter Waffen greift, ist nicht neu. So berichtete z.B. der Vorsitzende der im kurdischen Autonomiegebiet in Nordirak ansässigen PUK (Patriotischen Union Kurdistans), Talabani, bereits in einem am 21. Oktober 1997 an den UN-Generalsekretär Kofi Annan gerichteten Brief, daß die türkische Armee bei ihren völkerrechtswidrigem Vordringen auf nordirakisches Territorium auch international geächtete Napalm-Bomben einsetze. In dem Schreiben an Kofi Annan beklagt Talabani, daß die türkische Regierung nicht nur "einen Vernichtungskrieg gegen die Bevölkerung Türkisch-Kurdistans" führe, sondern bei ihrem Vorgehen auch die Bevölkerung Irakisch-Kurdistans bombardiere.

Die Türkei beantwortet die Vorwürfe von Talabani auf eindeutige Weise: Am 29. Oktober 1997 bombardierten türkische Flugzeuge PUK-Stellungen in der Region Shakhi-Soor: Dabei seien erneut Napalm-Bomben eingesetzt worden.

Für Ernüchterung auf kurdischer Seite sorgte die fehlenden Konsequenzen der internationalen Gemeinschaft. Vor diesem Hintergrund dürfte nun der Wunsch der Nationalen Befreiungsarmee Kurdistans, die Vorfälle durch internationale Beobachter vor Ort zu überprüfen, vermutlich nur ein Wunsch bleiben. Bei ihrem Vorgehen hat die türkische Armee seit Jahren die Rückendeckung der NATO-Verbündeten.

Thomas Klein, 20.5.99

22. Öcalan bittet um Frieden. Der PKK-Führer bietet sich der Türkei schon seit 1993 als Verhandlungspartner an

Autor: Jan Keetmann · Rubrik: PKK; Türkei · CD-Datei: daten/aksuche/ak427/22.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:427:22

Vor einem türkischen Staatssicherheitsgericht begann am 31. Mai der Prozeß gegen Abdullah Öcalan. Das Friedensangebot, das der PKK-Vorsitzende in seiner Prozeßerklärung machte, ist nicht das erste.

Nach der Schneeschmelze im Frühjahr 1993, als jeder mit einer Offensive der PKK rechnete, lud PKK-Chef Abdullah Öcalan plötzlich zu einer Pressekonferenz in sein Hauptquartier in der libanesischen Bekaa-Ebene - auch JournalistInnen aus der Türkei. Ungewöhnlich an dieser Pressekonferenz war, daß nicht nur Öcalan daran teilnahm, sondern auch die Vorsitzenden zweier anderer kurdischer Parteien: Djelal Talabani und Kemal Burkay. Beide waren zuvor mit der PKK verfeindet.

Öcalan hatte den angereisten JournalistInnen dann auch wirklich Sensationelles zu verkünden. Die PKK werde einen einseitigen Waffenstillstand ausrufen. Ihre Einheiten würden sich nur noch verteidigen, wenn sie selbst angegriffen würden. Außerdem deutete er den Verzicht der PKK auf die Forderung nach einem eigenen Staat an.

Özals Angebot

Heute ist klar, daß Öcalan nicht aus eigener Initiative handelte, sondern auf einen Vorschlag des damaligen türkischen Staatschefs Turgut Özal einging. Dieser hatte zuvor Talabani in Ankara empfangen und ihm eine Botschaft "an den Verrückten", wie Özal sich ausdrückte, übergeben. Özal war zu Zugeständnissen bereit, wenn die PKK einen Waffenstillstand ausrufe und nicht mehr auf einem eigenen Staat bestehe. Dazu gehörten eine Legalisierung der PKK und sogar eine türkisch-kurdische Föderation.

Öcalan begriff sehr wohl, daß das seine Chance war. Um das politische Gewicht der Initiative zu erhöhen, ging die PKK auf alle kleineren kurdischen Organisationen zu und organisierte zusammen mit ihnen die bisher größte kurdische Demonstration mit rund 100.000 TeilnehmerInnen in Bonn. Nicht so leicht fiel es ihm, seine eigenen Truppen zum Stillhalten zu bewegen, obwohl die türkische Armee sie weiter erbarmungslos jagte. Einige Feldkommandanten begannen zu murren.

Wohl auf immer unbekannt wird bleiben, was Özal damals wirklich vorhatte. Wollte er Öcalan einfach nur reinlegen, indem er ihn zu einem befristeten Waffenstillstand überredete, der die PKK sicher schwächen, vielleicht auch spalten würde? Oder war sein Angebot ernst gemeint? Spekulierte Özal außer auf eine Lösung des Kurdenproblemes in der Türkei vielleicht zusätzlich darauf, daß sich einer türkisch-kurdischen Föderation auch die irakischen Kurden anschließen könnten und ihre Ölfelder einbringen würden? Dieses und wohl noch mehr Geheimnisse nahm Özal mit ins Grab, als er im April 1993 beim Frühsport zusammenbrach und auf dem Weg ins Krankenhaus starb.

Kurz nach Özals Tod fuhr ein Bus mit 35 entlassenen Soldaten ohne jeden Schutz durch das Gebiet des PKK-Kommandanten Semdin Sakik. Die Soldaten wurden gefangengenommen und kurz darauf erschossen. Der Waffenstillstand war damit beendet. Vieles ist unklar an diesem Vorfall, insbesondere wer den Befehl zu dem Mord gab. Laut Öcalan handelte es sich um den Racheakt eines Feldkommandanten für einen Angriff der Armee. Semdin Sakik selbst hat später behauptet, Öcalan habe den Tod Özals für eine Provokation gehalten und im Zorn den Befehl für den Mord gegeben. Tatsächlich ist Öcalan weiterhin wie viele Kurden davon überzeugt, beim Tod Özals habe Gift eine Rolle gespielt.

Die Erfahrung von 1993 hat die Politik der PKK in den letzten Jahren immer wieder bestimmt. Noch zweimal versuchte es Öcalan mit einem einseitigen Waffenstillstand. Einmal sogar für acht Monate, vom 15. Dezember 1995 bis zum 15. August 1996. Ein zweites mal ab dem 1. September 1998. Doch politischer Druck wurde damit kaum entfaltet. Es fehlte ein Turgut Özal, um die Offerte zu honorieren. Andererseits lernte die Türkei eine Art Kriegsführung, die die PKK zwar nicht vernichtete aber doch zurückwarf.

Todesschwadrone ermordeten mutmaßliche Unterstützer, im Gefängnis umgedrehte ehemalige PKKler halfen bei der erbarmungslosen Arbeit. Dörfer wurden in einem bisher nur im Irak gekannten Ausmaß entvölkert, Wälder niedergebrannt. Mit Hilfe Mesud Barzanis wurde der Kampf dauerhaft in den Nordirak exportiert.

Kompromiß und Terror

Auf dem Markt im griechischen Thessaloniki gibt es einen Stand mit Fahnen der PKK und Bildern von ihrem Kampf und ihrem Vorsitzenden. Ein junger Kurde, der am Stand Auskünfte erteilt, rät dringend von Reisen in die Türkei ab, dies sei gefährlich. Gefragt, was er denn zu einem Brandanschlag auf ein Bekleidungsgeschäft in Istanbul sage, bei dem 13 Menschen umkamen, antwortet er: "Das war nicht die Guerilla, das Volk hat das gemacht!" In Istanbul waren alle Kurden überzeugt, der Anschlag könne nur eine Provokation der Faschisten sein. Aber genau dies kennzeichnet die doppelbödige Strategie der PKK, einerseits mit Terror zu drohen und andererseits es nicht gewesen zu sein. Die PKK war zumindest seit 1993 immer beides: Kompromißbereit und terroristisch.

Nach Öcalans Gefangennahme im Februar 1999 hat sich zunächst nichts daran geändert. Da heißt es mal in einer Erklärung des "Hauptquartiers der Volksbefreiungsarmee Kurdistans", also wohl des Lagers von Abdullah Öcalans Bruder Osman im Nordirak: "Jedes Gebiet der Türkei ist Kriegsgebiet. Dies schließt auch die von dem türkischen Staat als touristische Orte bezeichneten Gebiete ein." Dann gibt Osman Öcalan wieder zu Protokoll, die PKK werden keine Touristen töten.

Geht also nach der Inhaftierung des Kopfes der PKK bei dem Rest der Partei alles so weiter wie bisher? Auf Dauer wohl kaum, aber es ist offenbar noch viel zu früh, um Veränderungen abzusehen. Noch nicht entschieden ist die Nachfolgerfrage. Theoretisch möglich ist, daß das kurdische Exilparlament, das unter starker Beteiligung der PKK zustande kam, an Einfluß gewinnt. Eine andere Entwicklung stellt der kurdische Nationalkongreß dar, der vor kurzem in Amsterdam abgehalten wurde. Neben vielen kleinen Organisationen und Einzelpersonen waren nur die PKK und Talabanis Patriotische Union Kurdistans (PUK) vertreten. Es fehlten Vertreter Barzanis. Auch Kemal Burkay, der schon kurz nach dem Flirt von 1993 wieder auf Distanz zur PKK ging, war nicht vertreten. Außerdem fehlten die iranischen Kurden, was nicht überrascht, denn Talabani ist auf gute Beziehungen zum Iran angewiesen und die PKK wohl auch.

Schon diese beschränkte Zusammensetzung zeigt die Schwierigkeiten einer gesamtkurdischen Initiative. Es ist kaum denkbar, daß sich die PKK oder Talabani von so einem Organ tatsächlich ihre Politik vorschreiben ließen. Noch weniger Chancen auf der Bühne kurdischer Politik haben nach wie vor die PKK-Dissidenten wie Selim Cürükkaya, auch wenn ihn das Nachrichtenmagazin "Focus" bereits als wahrscheinlichen Nachfolger Öcalans ankündigt.

Prozeß gegen Öcalan

Die Gefangennahme und Aburteilung des PKK-Chefs dürfte kaum zu einer Wende in der türkischen Politik führen. Aus einer Position der Stärke heraus lassen sich zwar leichter Zugeständnisse machen, sie werden aber auch als weniger dringlich empfunden. Ecevit und die Ultranationalisten gewannen die Parlamentswahlen im April 1999 gerade auch als Vertreter des - mit Öcalan-Entführung dem Anschein nach erfolgreichen - militärischen Weges (siehe ak 426). Im Moment ist mit einer flexiblen Haltung zur Kurdenfrage in der türkischen Politik kein Blumentopf zu gewinnen. Ebensowenig mit dem Thema Menschenrechte.

Das herausragende Ereignis des Prozeßbeginns am 31. Mai auf der türkischen Gefängnisinsel Imrali war Öcalans kurze Erklärung. Er habe seit dem Tag seiner Gefangennahme versprochen, daß er für den Frieden leben werde. Für den Frieden sei es wichtig, daß er am Leben bleibe. Öcalan sagte auch, daß er weder grob behandelt, noch beschimpft oder gefoltert worden sei. Der türkischen Republik bot er seine Hilfe für eine Lösung auf einer "demokratischen Achse" an. Öcalan sagte, daß er den Schmerz der Angehörigen der gefallenen türkischen Soldaten teile und sich für seinen Anteil an diesem Schmerz bei ihnen entschuldige.

Öcalan sprach laut, fast polternd. Die Folgen der langen Abschottung von der Außenwelt waren ihm anzumerken. Dazu gehörten alle möglichen kleinen Kunstgriffe, wie der Glaskasten, der Transport von seinem Spezialgefängnis über 50 Meter zu seinem Gerichtsgebäude mit einem geschlossenen Gefängnisbus. Die kurzen Momente des Ein- und Aussteigens, während er von Soldaten umringt war, waren zugleich die ersten Augenblicke seit seiner Festnahme vor dreieinhalb Monaten, in denen er direktes Sonnenlicht sehen konnte.

Vor Öcalans Auftritt hatten zwei seiner Anwälte beantragt, die Sitzung bis zum Herbst zu verschieben. In der Zwischenzeit könne die neue Regierung ihr Versprechen einlösen, Staatssicherheitsgerichte in Zukunft nur noch mit Zivilrichtern zu besetzen (statt mit einem Militär- und zwei Zivilrichtern wie bisher). Dies hatte der Europäische Gerichtshof in Straßburg gefordert. Nach kurzer Beratung wurde dies zurückgewiesen. Damit hat die Türkei auch klargemacht, daß sie sich in ihren Prozeß nicht von Europa hineinfuschen lassen will. Zur Absicherung dieser Haltung hatte der türkische Geheimdienst ein Dossier mit den juristischen Sünden verschiedener europäischer Staaten bei ihren politischen Prozessen zusammengetragen. Dabei war er nicht schlecht fündig geworden.

Jan Keetmann, Istanbul (1.6.99)

23. Machterhalt mit aller Macht. Peru: Präsident Fujimori plant unbefristete Amtszeit

Autor: Rolf Schröder · Rubrik: Peru · CD-Datei: daten/aksuche/ak427/10.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:427:10

Im nächsten Jahr stehen in Peru Präsidentschaftswahlen an. Je näher der Termin rückt, um so mehr gerät der gegenwärtige Amtsinhaber Alberto Fujimori in Bedrängnis. Die schwere Wirtschaftskrise könnte ihm zum Verhängnis werden. Doch Fujimori scheint nicht bereit zu sein, die Macht einfach aus den Händen zu geben. Systematisch hat er sich in den letzten Jahren die Kontrolle über Legislative, Justiz und einen Teil der Medien verschafft. Mit Unterstützung der Streitkräfte und des Geheimdienstes bekämpft er jeden, der sich ihm in den Weg stellt.

Ende April mobilisierte der einst mächtige peruanische Gewerkschaftsverband CGTP zu einem Generalstreik gegen die Regierung. Doch seine Reihen sind inzwischen stark gelichtet, denn von den Arbeitern, die zu Beginn der Amtszeit Fujimoris in Lima gewerkschaftlich organisiert waren, ist nur noch ein Viertel übrig geblieben. Im öffentlichen Dienst sind es sogar weniger als 10%. Der Streik war trotzdem erfolgreich. Denn sämtliche Oppositionsparteien, verschiedene Berufsverbände, SchülerInnen, StudentInnen, KünstlerInnen, Intellektuelle und sogar Teile der Unternehmerschaft schlossen sich den Aktionen an. Der Protest richtete sich gegen eine erneute Kandidatur Fujimoris und seine neoliberalistische Wirtschaftspolitik, die Ursache für den Kahlschlag bei den Gewerkschaften. Seit dem Widerstand gegen die Militärdiktatur im Jahre 1977 demonstrierten in Peru nicht mehr so viele Menschen gegen ihre Regierung. Der Verkehr in Lima war vorübergehend lahmgelegt. Im ganzen Land wurden Betriebe, Schulen und Verwaltungen bestreikt.

Vor allem die gegenwärtige Wirtschaftskrise trieb die Menschen in so großer Zahl auf die Straße. Die Massenentlassungen im öffentlichen Dienst und in privatisierten Unternehmen sind noch nicht beendet. Dazu rollt eine Pleitewelle über das Land. Die Investitionen sind gegenüber dem Vorjahr um 20% gesunken, und das Wachstum des Bruttosozialprodukts war schon 1998 von 7,5 auf 0,8% gefallen. Ursache der Misere ist für die Streikenden nicht nur der sogenannte Samba-Effekt, das Überschwappen der Krise aus dem Nachbarland Brasilien. Peru wird mit billigen Importen überschwemmt, und deswegen fordern auch Unternehmerverbände einen besseren Schutz der heimischen Wirtschaft vor ausländischem Kapital.

Kandidatur

contra Verfassung

Fujimori steht unter Druck. Er muß die gegenwärtige Krise so schnell wie möglich in den Griff bekommen. In den ersten Monaten dieses Jahres sah er sich bereits gezwungen, die öffentlichen Ausgaben aufgrund der Rezession um 10% zu senken. Das macht sich in einem Wahljahr überhaupt nicht gut. Doch der Präsident hat konsequent auf seine Wiederwahl hingearbeitet. Drei VerfassungsrichterInnen mußten ihren Hut nehmen, weil sie festgestellt hatten, eine dritte Amtsperiode für Fujimori sei verfassungswidrig. Die Regierung, die durchaus weiter als nur bis zwei zählen kann, hat nämlich die erste Wahl Fujimoris im Jahre 1990 nicht mit auf der Rechnung. Sie argumentiert, die Verfassung sei 1993 verändert worden, und ein Eid auf die alte Konstitution könne nicht mitgezählt werden. Durch das Ausscheiden der drei RichterInnen ist das Verfassungsgericht zur Zeit unterbesetzt und darf laut Gesetz nicht mehr über Verfassungsklagen entscheiden. Der Vorteil für die Regierung: Ihre Gesetzesvorlagen können nicht mehr auf Verfassungskonformität überprüft werden.

Das oberste Wahlgremium, das JNE, dem fünf Juristen angehören, könnte ebenfalls entscheiden, daß eine erneute Wiederwahl Fujimoris nicht zulässig sei. Bis Mai letzten Jahres wäre dies mit einfacher Mehrheit möglich gewesen. Da dem JNE zwei Parteigänger des Präsidenten angehören, verabschiedete Fujimori ein neues Gesetz, das für Beschlüsse eine Mehrheit von 4:1 erfordert.

Den letzten Versuch, Fujimori zu stoppen, startete im letzten Jahr die Opposition. Das eigens gegründete Demokratische Forum (Foro Democrático) sammelte 1,4 Millionen Unterschriften für ein Referendum gegen die Kandidatur Fujimoris. Laut Verfassung wäre diese Anzahl ausreichend gewesen. Doch das JNE erkannte einen Teil der Unterschriften nicht an. Und um alle Zweifel zu beseitigen, verabschiedete der Kongreß ungeachtet der Verfassung ein Gesetz, nach dem ein solches Referendum nicht zulässig ist.

Der Opposition macht es Fujimori so schwer wie möglich, eine Liste zu den Wahlen aufzustellen. Ein neues Wahlgesetz fordert, daß jede Partei oder Gruppierung, die einen Kandidaten präsentieren oder eine Liste für das Parlament aufstellen möchte, etwa 520.000 Unterschriften vorlegen muß. Das sind 4% der Wahlberechtigten. Viele KandidatInnen und Parteien werden an dieser Hürde scheitern.

Insgesamt verfügt Fujimori über genügend Machtmittel, um die Rechtslage nach seinen Vorstellungen zu verändern und beliebige Personen mit Anklagen zu überziehen. Obwohl er im Kongreß eine deutliche absolute Mehrheit besitzt, übergeht er laufend die Legislative. Eine ganze Reihe von Gesetzesdekreten der Regierung wird ohne Zustimmung des Parlaments durchgesetzt. Das lahmgelegte Verfassungsgericht kann nicht einschreiten. Die Justiz steht weitgehend unter Kontrolle von zwei Regierungskommis- sionen, die ursprünglich eine Reform für Gerichte und Staatsanwaltschaft in die Wege leiten sollten. Eine ganze Reihe oppositioneller Staatsanwälte oder Richter wurde von diesen Kommissionen eines Vergehens beschuldigt und in den vorzeitigen Ruhestand versetzt. Etwa zwei Drittel aller Richter, einschließlich neunzehn von 33 Mitgliedern des obersten Gerichtshofes, verfügen nur über einen Zeitvertrag. KritikerInnen bemängeln, diese Richter könnten bei der Verlängerung ihres Vertrags leicht unter Druck gesetzt werden.

Wie effizient Fujimori die Justiz einsetzt, um KritikerInnen aus dem Weg zu räumen, zeigt der bekannte Fall des Unternehmers Baruch Ivcher, vormals Besitzer des Fernsehkanals 2. Ivcher wurde nach kritischen Reportagen mit dubiosen Begründungen die peruanische Staatsangehörigkeit entzogen, die laut Gesetz Voraussetzung für den Betrieb eines Senders ist. Im September vergangenen Jahres verurteilte ein Gericht den inzwischen ins Ausland geflohenen Ivcher wegen angeblicher Zollvergehen in Abwesenheit zu zwölf Jahren Gefängnis.

Der Geheimdienst SIN, der von der "grauen Eminenz" an Fujimoris Seite, Vladimiro Montesinos, geleitet wird, ergänzt die Maßnahmen der Justiz. Die parlamentarische Opposition beschuldigt den SIN unter anderem, die Verbrechen der Todesschwadron "Colina" autorisiert und kontrolliert zu haben. Im vergangenen Jahr stellte sich heraus, daß auf Veranlassung des SIN die Telefone von Parlamentsabgeordneten und der oppositionellen Presse abgehört wurden. Doch die Befugnisse des SIN waren für Fujimori noch nicht ausgedehnt genug: Ein Gesetzesdekret erlaubt unter dem Vorwand der effektiveren Verbrechensbekämpfung seit kurzem auch die Infiltration der Polizei durch den SIN.

Rechtsstaat à la Fujimori

In den sogenannten Notstandszonen, in denen 23% der peruanischen Bevölkerung leben, sind verfassungsmäßige Rechte ohnehin aufgehoben. Die Gebiete werden vollständig von der Armee kontrolliert. Als Vorwand dienen angebliche Aktivitäten des "Leuchtenden Pfads", der allerdings in vielen dieser Zonen schon seit Jahren nicht mehr aufgetaucht ist. Jugendliche werden dort beliebig oder gezielt von der Straße aufgelesen und zum Militär eingezogen. Folter und willkürliche Festnahmen sind an der Tagesordnung.

Wo die Attacken von Justiz, Geheimdienst und Militär auf die Opposition nicht greifen, treten die Steuerbehörden oder regierungstreue Medien auf den Plan. Kritische Stimmen werden mitunter auch durch die Androhung einer Steuernachzahlung oder gezielte Hetzkampagnen mundtot gemacht.

In solch einem Klima haben es die aussichtsreichsten Gegner Fujimoris im Kampf um die Präsidentschaft schwer. Die größten Chancen werden zur Zeit Alberto Andrade, dem Bürgermeister von Lima, eingeräumt. Er gewann große Popularität durch seine Anstrengungen, das historische Zentrum der Stadt von illegalen StraßenhändlerInnen zu säubern und wichtige Plätze neu herzurichten.

Ursprünglich war Andrade Mitglied der konservativen Partei PPC, doch als nach dem Desaster der Regierung Alan García der Stern aller traditionellen Parteien in Peru sank und unabhängige Kandidaten sich als chancenreicher bei Wahlen erwiesen, trat er aus der Partei aus. Für die Bürgermeisterwahlen in Lima gründete er die Bewegung "Somos Lima" - "Wir sind Lima", deren Namen er vorsorglich schon in "Somos Peru" korrigiert hat. Fujimori versuchte dem Bürgermeister in weiser Voraussicht Steine in den Weg zu legen, kürzte ihm die Mittel und konterkarierte sein Politik, wo er nur konnte. Aber das machte Andrade nur noch populärer.

Der zweite chancenreiche Kandidat ist der ehemalige Präsident des staatlichen Instituts für Sozialversicherungen IPSS, Luis Castañeda Lossio. Er gehörte früher der rechtspopulistischen Acción Popular an und präsentiert sich jetzt aus den gleichen Gründen wie Andrade als unabhängiger Kandidat. Sein

Verdienst ist die Sanierung des IPSS. Fujimori versuchte auch ihn vorzeitig zu erledigen. Doch eine Anklage wegen illegaler Bereicherung blieb ohne Erfolg. Castañeda gilt zumindest nicht als Neoliberalist. Er verhinderte erfolgreich die Privatisierung des IPSS und legt viel Wert auf den Ausbau des staatlichen Ausbildungssystems, das unter Fujimori immer weiter zurückgedrängt wurde.

Beide Kandidaten sprechen sich für eine Unabhängigkeit der Justiz und eine Demokratisierung der Institutionen aus. Es versteht sich von selbst, daß sie in Verhandlungen mit dem Internationalen Währungsfond gewisse Protektionsmaßnahmen für die peruanische Wirtschaft durchsetzen wollen.

Nix rotes Vaterland

Einen Kandidaten der heillos zerstrittenen Linken wird es zu den Wahlen definitiv nicht geben. Die Izquierda Unida (IU), die zu den Wahlen 1985 und 1990 noch aussichtsreiche Präsidentschaftskandidaten präsentieren konnte, kam beim letzten Urnengang nur noch auf 1% der Stimmen und löste sich in ihre Bestandteile auf. Eine ihrer Restgruppen, die ehemals maoistische Partei "Rotes Vaterland" (Patria Roja), taufte sich in "Bewegung Neue Linke" (Movimiento Nueva Izquierda) um und leitete eine Unterschriftensammlung für die Wahlteilnahme in die Wege - ein aussichtsloses Unterfangen. Linke Kandidaten werden nur dann ins Parlament einziehen können, wenn sie sich mit anderen Oppositionskreisen auf einer Liste zusammenschließen.

In den Reihen der größten Oppositionspartei im Kongreß, der Unidad Popular del Perú (UPP) des früheren UNO-Generalsekretärs Javier Perez de Cuellar, befinden sich schon ehemalige IU-Abgeordnete. Doch bei den Kommunalwahlen im letzten Jahr erhielt die UPP auch nur noch 1% der Stimmen. Und nach dem angekündigten Rückzug Perez de Cuellars ins Privatleben droht sie endgültig in der Versenkung zu verschwinden. Möglicherweise bietet dann Castañeda Lossio einigen UPP-Abgeordneten einen Platz auf seiner Liste an.

Die Option von Javier Diéz Canseco, dem Chef der Partido Unificado Mariáteguista (PUM), einer weiteren Partei der ehemaligen IU, ist das Demokratische Forum, das sich im Rahmen der Unterschriftensammlung gegen eine erneute Kandidatur Fujimoris bildete. Das politische Spektrum des Forums reicht allerdings bis hin zu Unternehmerkreisen. Das Forum war federführend an mehreren Protestkundgebungen gegen die Regierung und am Generalstreik von April beteiligt.

Als letzter Bündnispartner bliebe die sozialdemokratische APRA. Die Partei des ehemaligen Präsidenten Alan García kann auf einen Wählerstamm von etwa 8% zählen. Sie lädt ehemalige Mitglieder der IU regelmäßig zu Gesprächsrunden ein und bietet ihnen an, auf einer gemeinsamen Liste für den Kongreß zu kandidieren. Doch die APRA hat Probleme mit ihrer Vergangenheit. Die Regierung García hinterließ im Jahre 1990 einen Scherbenhaufen: Das Land war im Bürgerkrieg versunken, die Wirtschaft bei einer Hyperinflation von nahezu 7500% zugrunde gerichtet. Alan García selbst mußte emigrieren, da gegen ihn in mehreren Fällen wegen Korruption, Veruntreuung und illegaler Bereicherung ermittelt wurde. Ihm droht eine langjährige Haftstrafe. Dennoch setzte die APRA García in Abwesenheit auf Platz eins ihrer Kandidatenliste für den künftigen Kongreß. Damit bekäme García einen sicheren Abgeordnetenplatz und könnte bei seiner Rückkehr zunächst Immunität genießen. Ob ehemalige IU-Mitglieder ihr Renommee verbessern können, wenn sie auf derselben Liste wie Alan García kandidieren, bleibt zu bezweifeln. Mit dem katastrophalen Ende der APRA-Regierung begann schließlich die Spaltung der IU. Und die leidgeprüfte Bevölkerung applaudierte dem anschließenden Wahlsieger Alberto Fujimori bei der Installierung seines autoritären Regimes.

Tricks und Tips

Die Rechte wird also die Wahlen unter sich ausmachen. Doch auch Andrade und Castañeda wird es schwerfallen, das Präsidentenamt zu erobern. Wie Fujimori noch zulegen kann, zeigte er bereits im Wahljahr 1995. Durch Lohnerhöhungen im öffentlichen Dienst, neue Schulen, Elektrifizierung und Wasserversorgung entlegener Dörfer oder Randbezirke von Lima konnte er damals sein Wahlergebnis enorm hochschrauben. Nach der Privatisierung staatlicher Unternehmen Perus hat Fujimori in diesem Jahr noch mehr Mittel für solche Zwecke zur Verfügung als fünf Jahre zuvor. Auch das Militär kooperiert gern. Soldaten werden zu Straßenarbeiten in die Randgebiete Limas geschickt und schneiden MitbürgerInnen umsonst die Haare.

Sollten alle diese Maßnahmen nicht fruchten, bieten sich weitere Manöver an. Die Opposition befürchtet sogar, die Regierung könnte die zweite Phase der Präsidentschaftswahlen eliminieren. Falls kein Kandidat die absolute Mehrheit der Stimmen erhält, müssen die beiden Kandidaten mit dem besten Ergebnis nämlich in einer Stichwahl noch einmal gegeneinander antreten. Und für Fujimori wäre es leichter, im ersten Urnengang mit einfacher Mehrheit zu gewinnen, als sich in der zweiten Runde gegen einen Kandidaten durchzusetzen, der von der gesamten Opposition unterstützt wird. Als letztes Mittel bleiben Wahlfälschungen. In den Notstandsgebieten wird der Wahlprozeß von den Militärs beaufsichtigt. KritikerInnen aus der Opposition befürchten, in diesen Zonen könnten bis zu 10% der insgesamt abgegebenen Stimmen manipuliert werden.

Die Chancen Fujimoris stehen und fallen jedoch mit der wirtschaftlichen Entwicklung. Wenn nicht noch ein Wirtschaftswunder geschieht, könnten am Ende alle Manipulationen und Manöver des allmächtigen Präsidenten umsonst gewesen sein. Doch die Proteste gegen ihn sind einen Monat nach dem Generalstreik schon wieder abgeflaut. Außerdem ist Fujimori nicht der Mann, der auf Wunder wartet. Er macht sie. Da er seinen Haushalt schon um 10% gekürzt hat, kann er unmittelbar vor den Wahlen wieder eine zweistellige Erhöhung verkünden. Denn bis dahin wird ihn die wirtschaftliche Entwicklung sicherlich optimistisch gestimmt haben.

Rolf Schröder

Abkürzungen:

APRA (Alianza Popular Revolucionaria Americana): Revolutionäre Amerikanische Volksallianz

CGTP (Central General de Trabajadores del Perú): Gewerkschaftsdachverband

IPSS (Instituto Peruano de Seguridad Social): Sozialversicherungsinstitut

IU (Izquierda Unida): Vereinigte Linke

PPC (Partido Popular Cristiano): Christliche Volkspartei

PUM (Partido Unificado Mariateguista): Vereinigte Partei Mariátegi

SIN (Servicio de Inteligencia Nacional): Geheimdienst

UPP (Unidad Popular del Perú): Peruanische Volksunion

24. Homers Lehre. Carlos Montemayor über Aufstand, Literatur und Hoffnung in Mexiko

Rubrik: Mexiko; Bücher, Filme, Broschüren · CD-Datei: daten/aksuche/ak427/11.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:427:11

Im Rahmen einer Europareise stellte der mexikanische Autor Carlos Montemayor Anfang Mai seinen Roman "Krieg im Paradies" auf einer Veranstaltung in Hamburg vor. Mit dem 52-jährigen Schriftsteller, Übersetzer, Journalisten und Freizeit-Tenor sprachen Theo Bruns und Stefanie Gräfe.

ak: Viele Leute, die hier die Ankündigung des Buches und der Rundreise gelesen haben, waren sehr überrascht davon, daß ein Schriftsteller deines Zuschnitts, d.h. ein Autor, der zuvor u.a. durch die Übersetzung der Dichtungen der klassischen Antike hervorgetreten war, ein Altphilologe also, plötzlich einen Roman schreibt, der eine Etappe der Guerillageschichte Mexikos zum Thema hat.

Carlos Montemayor: Der größte Teil der klassischen griechischen und römischen Literatur spricht von den Kriegen und politischen Bewegungen der damaligen Zeit. Die Werke Homers oder Vergils sind epische Dichtungen, die einen starken regionalen Bezug haben. Die Kämpfe ihrer Zeit sind die fundamentalen Themen der Ilias und der Äneis. Für mich ist es etwas ganz Natürliches, über die Kämpfe meines Landes und regionale Themen zu schreiben. Manchmal erscheint es mir, daß meine Romane der klassischen Thematik näher stehen als vielen anderen zeitgenössischen Fragestellungen. Was mich leidenschaftlich bewegt, sind vor allem die sozialen Fragen. Von daher erstaunt es nicht, daß in meinem erzählerischen Werk die Problematik der zeitgenössischen bewaffneten Kämpfe eine prominente Rolle spielt.

Du hast bei anderer Gelegenheit erwähnt, daß deiner literarischen Auseinandersetzung mit der mexikanischen Guerillageschichte auch ein ganz persönliches Motiv zugrunde liegt, daß der Ursprung deiner zuletzt geschriebenen Bücher ein bislang ungeschriebenes Buch ist, dem du dich annäherst...

So ist es. Seit langem habe ich mir vorgenommen, einen Roman über die Geburt der Guerilla in Mexiko zu schreiben. Das reicht zurück in die Jahre 1962-64, in die Zeit kurz nach der kubanischen Revolution. Damals formierte sich in dem nördlichen Bundesstaat Chihuahua, wo ich auch geboren wurde und aufwuchs, eine wichtige ländliche Bewegung. Aus ihr entstand 1964 die erste Guerillagruppe mit marxistischer Ausrichtung.

Wie nannte sie sich?

Sie kam nie dazu, unter einem offiziellen Namen aufzutreten, aber in den Versammlungen, die sie in der Sierra organisierte, benannte sie sich nach Heraclio Bernal, einem Guerillero des 19. Jahrhunderts, der ebenfalls im Norden, in Sinaloa, dem Nachbarbundesstaat von Chihuahua, aktiv gewesen war. Seit 1964 trat sie bewaffnet in Erscheinung und am 23. September 1965 versuchte sie nach dem Vorbild der Erstürmung der Moncada eine Militärkaserne einzunehmen. Bei dieser Aktion kam die Mehrzahl ihrer Anführer ums Leben, unter ihnen Arturo Gámiz und Pablo Gómez. Die Überlebenden organisierten sich in einer neuen Guerilla unter Oscar Gonzales, die Anfang 1968 ebenfalls zerschlagen wurde. Nach dem Datum des 23. September benannte sich danach eine weitere Stadtguerillagruppe in den 70er Jahren. Ich will schon seit langem über diese erste Guerilla Mexikos einen Roman schreiben, denn bei den Guerilleros, die damals bei dem Versuch der Erstürmung der Kaserne fielen, handelte es sich um enge Jugendfreunde von mir. Während ich in der Stadt eine Menschenrechtsgruppe organisiert hatte, waren sie in die Berge gegangen. 1965 war ich dann bereits in Mexiko-Stadt, um klassische Literatur und Jura zu studieren. Vom Tod meiner Freunde erfuhr ich, als ich ihre Namen plötzlich auf einem Aushang in der Universität las.

Seither empfinde ich es als eine Art Verpflichtung, über sie zu schreiben, um sie von den Entstellungen zu befreien, die über sie verbreitet wurden. Aber lange Zeit ging mir die Angelegenheit zu nah. Also mußte ich einen Umweg einschlagen, der mir gestattete, die Thematik aus einer größeren Distanz zu behandeln. So entstand "Krieg im Paradies", der Roman über die Guerilla von Lucio Cabañas, ein Roman, der in einer anderen Region des Landes spielt, mit einer anderen Kultur, mit anderen sozialen Gruppierungen und in einer anderen Zeit, nämlich von 1967-74. Später schrieb ich dann ein weiteres Buch "Chiapas - La rebelión indígena de México" (Chiapas - die indigene Rebellion Mexikos), denn drei Jahre nach Erscheinen von "Krieg im Paradies" war die zapatistische Bewegung an die Öffentlichkeit getreten. Jahre zuvor hatte ich bereits in Indígena-Gemeinden gearbeitet und mich mit der Literatur der Mayas auseinandersgesetzt. 1994 markiert für

mich also das Jahr, in dem sich meine beiden Hauptthemen - die mexikanischen Guerillas und die indigenen Bewegungen - zu einem einzigen vereinigen.

In diesen Tagen wird in Mexiko ein neues Buch von dir erscheinen, welches den Titel "Los informes secretos" (Die Geheimberichte) trägt.

Ja, als ich mein Buch über Chiapas beendet hatte, wollte ich ursprünglich endlich meinen Roman über die Guerilla von Chihuahua schreiben. Dazu mußte ich einige Recherchen über die sozialen Bewegungen zu Ende der 50er Jahre anstellen. Aus diesen Recherchen entstand der Roman, den ich letztes Jahr beendet habe und der nun in Mexiko erscheint. Er hat die mexikanischen Geheimdienste und die Infiltration der Linken zum Thema. Aber jetzt, hier in Deutschland, trage ich tatsächlich die ersten Seiten meines Romans über Chihuahua bei mir, das ungeschriebene Buch, das drei andere hervorgebracht hat.

Aber ich möchte noch einmal auf die erste Frage zurückkommen, auf das Verhältnis von "Krieg im Paradies" und der klassischen Literatur. Die Beschreibung der bewaffneten Zusammenstöße folgt in gewisser Weise der homerischen Darstellung der Kämpfe zwischen den antiken Kriegern. Die Darstellung der gefallenen Kämpfer orientiert sich am Bilderkanon Homers. Und da eine große Anzahl von Personen vorkommt und ich nur zwei oder drei wirklich herausstellen konnte, vereinte ich die zahlreichen Bauern, Frauen, Kinder und Greise, die in dem Roman auftauchen, zu einem großen Chor. Diese Kompositionsweise geht direkt auf die Struktur der Tragödie des Äschylos zurück. Bei Äschylos verwandelt sich der Chor in eine Versammlung von Kindern, Frauen und Greisen. Manchmal teilt er sich. Manchmal tritt ein Koryphäe dazu, der zu den anderen spricht. Immer aber ist der Chor das tragende Element der Tragödie. In ihm vereint sich die höchste Bewußtheit mit größter darstellerischer Kraft. Neben diesem Chor, der in vielen Formen auftritt, gibt es nur noch eine, höchstens zwei weitere Personen zur gleichen Zeit auf der Bühne. Nur der Chor ist die ganze Zeit über gegenwärtig. Der literarische Stil von "Krieg im Paradies" ist in vielem an der griechischen Tragödie geschult, so daß meine Beschäftigung mit ihr nicht vollends unnütz war.

Bezieht sich diese Ähnlichkeit mit der klassischen Literatur vor allem auf stilistische Elemente oder auch auf die Thematik?

Es ist zum einen die Komposition und zum anderen das Thema des kriegerischen Aufeinanderpralls. Wenn wir die Schauplätze besuchen, die die griechischen Autoren beschreiben, werden wir feststellen, daß es sich um kleine Dörfer handelt, die groß nur sind durch den Gesang, groß nur durch die Schönheit der Literatur, durch die Sprachgewalt des Wortes. Die Klassiker haben uns gelehrt, mit Bewunderung auf Taten zu schauen, die eigentlich wie die unseren sind, auf Taten und Schicksale, die die Menschen einer jeden Generation erleiden oder vollbringen. Aber sie lassen sie uns in riesenhaften Dimensionen sehen, so daß sie in unserem Gedächtnis haften blieben.

Über der kunstvollen Komposition des Romans sollte man nicht vergessen, daß er gleichzeitig sehr "realistisch" ist und auf einer jahrelangen Recherchearbeit in der Region beruht. Kannst du uns etwas über diese Recherche und über die Bedeutung der Guerilla von Lucio Cabañas erzählen, denn hier bei uns ist diese Vorgeschichte der aktuellen Guerillas völlig unbekannt. Von der Existenz einer mexikanischen Guerilla vor der EZLN oder der EPR wußte praktisch niemand etwas. Möglicherweise, weil selbst Kuba ihr jegliche Unterstützung oder Anerkennung verweigerte.

Mexiko hat sich immer geweigert, die bewaffneten Bewegungen, die es auf seinem Territorium bereits seit den 50er Jahren gab, zur Kenntnis zu nehmen. Der erste Guerillero der zweiten Hälfte unseres Jahrhunderts war Rubén Jaramillo, der eine Bauernbewegung in Morelos, der Heimat Zapatas, angeführt hatte und der von der Regierung verraten und ermordet wurde. Die mexikanischen Guerillas erreichten ihren Kulminationspunkt in Bezug auf die Aggressivität im Kampf, in Bezug auf die Zusammenstöße mit Polizei und Armee dann in den 70er Jahren. Aber das wirklich Erstaunliche ist, daß es immer eine absolute Kontrolle der Information gab, die erst die EZLN zu durchbrechen verstanden hat. Es gab ein absolutes Stillschweigen von seiten Kubas. Denn eine Hauptfigur der politischen Polizei Mexikos hatte, nachdem 1956 die Trainingslager der Kubaner in Mexiko entdeckt und Fidel Castro und Che Guevara verhaftet worden waren, diese wieder Laufen gelassen. Die Expedition der Granma wäre sonst nie zustande gekommen. Seitdem gibt es zwischen Kuba und der mexikanischen Regierung einen Pakt des Schweigens. Obwohl Kuba über die Guerillaaktivitäten in Mexiko auf dem laufenden war, machte es sie nie öffentlich. Und die mexikanische Regierung noch weniger. Die

internationale und kontinentale Aufmerksamkeit richtete sich so auf die süd- oder zentralamerikanischen Guerillas, aber niemals auf die mexikanischen. Die EPR beispielsweise hat eine sehr lange Geschichte, die bis auf Lucio Cabañas zurückgeht, und ist in verschiedenen Landesteilen präsent. Teile der EZLN stammen aus einer Guerillagruppe, die bereits 1972 in Nuevo León, im nördlichen Bundesstaat Tamaulipas, aktiv war. Ein anderer Teil hat seine Wurzeln in der jahrhundertelangen Tradition bewaffneter indigener Bewegungen. Keine der aktuellen Guerillagruppen ist aus dem Nichts entstanden oder existiert erst seit gestern. Sie haben eine lange Geschichte hinter sich. Einen Teil dieser Geschichte wollte ich mit "Krieg im Paradies" und meinem Buch über Chiapas erzählen.

Warum hast du dich dafür entschieden, gerade die Geschichte der "Partei der Armen", also der Guerilla von Lucio Cabañas, zu schreiben? Was zeichnet sie unter den anderen bewaffneten Gruppen Ende der 60er, Anfang der 70er Jahre aus?

Nun, sie war die bedeutendste und am stärksten verankerte Landguerilla jener Zeit.

Generell können wir die Guerillabewegungen in zwei Klassen einteilen: die Bewegungen, die sich in den Städten entwickeln und einen vorwiegend urbanen Charakter haben, und die bewaffneten Bewegungen, die sich in bestimmten Regionen um die Landfrage herum organisieren und die wir als ländliche bezeichnen können. In den städtischen Gruppen ist die ideologische Ausrichtung und Ausbildung stark ausgeprägt, während die Mitglieder der ländlichen Bewegungen häufig Analphabeten sind. In den meisten Fällen entwickeln sich die städtischen Bewegungen gemäß einer ideologischen Radikalisierung, während die Ideologie bei den ländlichen Bewegungen kaum eine Rolle spielt. Ihre Entwicklung speist sich aus den ungerechten Lebensbedingungen, die ihre Mitglieder in ihrer Herkunftsregion selbst erleiden. Die städtischen Bewegungen entwerfen zumeist eine Art Generalplan für das ganze Land, während die ländlichen Bewegungen in der Regel Konflikte ihrer eigenen Region lösen wollen. Die städtischen Bewegungen werden von der Polizei angegriffen, die ländlichen von der Armee. Die städtischen Bewegungen zeichnen sich durch eine große Mobilität aus, weil sie in kleinen Zellen agieren, die sich schnell bewegen können. Die ländlichen Bewegungen brauchen mehr Zeit, um Verlegungen von einem Ort zu einem anderen durchzuführen, sie sind "langsamer", weil sie von den BewohnerInnen einer Region selbst gebildet werden. Und der ganze Landstrich schützt und verteidigt diese bewaffneten Kerne. Deshalb kann die Polizei gegen die städtischen Gruppen selektiv vorgehen, während die Armee in ihrem Vorgehen gegen ländliche Guerillas keine Unterschiede macht, wahllos vorgeht. Die Armee muß gegen die ganze Gegend vorgehen, um eine militärische Einkreisung aufrechtzuerhalten, weil der gesamte Landstrich verdächtig ist. Die ganze Region ist der Feind.

Aufgrund ihrer regionalen Verankerung zeichnen sich ländliche Guerillas häufig durch eine große Langlebigkeit aus, während die städtischen Gruppen es in der Regel nicht schaffen, sich zu reorganisieren, wenn sie einmal von der Polizei zerschlagen wurden.

In deinem Roman "Krieg im Paradies" beschreibst du sehr eindrücklich die Diskussion der herrschenden Eliten und die Entwicklung einer geeigneten militärischen Strategie, um die Guerilla von Cabañas zu zerschlagen. Teile dieser Strategie dürften auch heute noch in Guerrero und Chiapas zur Anwendung kommen. Die Solidaritätsbewegung hatte lange Zeit ein zu idyllisches Bild von der Situation in Chiapas, und in dem Maße, wie die repressive, die häßliche Seite des Krieges zum Vorschein kommt, scheint die Bewegung sich in ihrem Interesse wieder abzuwenden. Im letzten Kapitel deines Buches "Chiapas, la rebelión indígena de México" unterstreichst du, daß wir es dort nicht mit einem unterbrochenen Friedensdialog, sondern mit einem voranschreitenden Krieg zu tun haben.

Ja, in "Krieg im Paradies" beschreibe ich die herausragendste mexikanische Guerilla der 70er Jahre und die am höchsten entwickelte militärische Aufstandsbekämpfungsstrategie. Beide Aspekte, die militärische Repression und der ländliche Charakter der Guerilla, finden wir heute in Chiapas wieder. Aber in den 70er Jahren war die Welt aus drei Gründen noch ganz anders: Erstens herrschte der Kalte Krieg, zweitens gab es noch keine Nichtregierungsorganisationen und drittens gab es noch keine so globalisierte und unabhängige Presse wie heute in Mexiko und vielen Teilen der Welt. Deshalb konnte die Armee damals noch mit aller Diskretion vorgehen und auf das Schweigen und die Protektion zählen, wenn sie das tat, was sie für notwendig erachtete. Die Beschreibung des Militärgürtels in "Krieg im Paradies" ist wohl dokumentiert und sehr objektiv, und ich kann behaupten, daß sich die Dinge so abspielten, wie ich sie niedergeschrieben habe. Aber damals gab es keine Presse, die das aufgedeckt hätte. Heute in Chiapas muß die Armee eine neue Strategie

anwenden. Um heute in Chiapas zu dem gleichen Ergebnis wie damals in Guerrero zu gelangen, muß die Armee neue soziale Bedingungen schaffen, um den Zugang der nationalen und internationalen Beobachter, der Journalisten und vor allem der Menschenrechtsgruppen zu blockieren. Diese neue Kriegführungsstrategie war zuvor in Mexiko und anderen Teilen des Kontinents unbekannt. Die Armee kann nicht vor den Augen der ganzen Welt handeln. Um die militärische Umzingelung, wie wir sie heute haben, durchzusetzen, mußte zuvor die Weltöffentlichkeit ausgeschlossen werden. In meinem Buch über Chiapas habe ich beschrieben, wie der Zugang zu Chiapas für die nationalen und internationalen BeobachterInnen langsam abgeschnitten wurde und wie die sozialen Unterstützungsbasen der Zapatistas durch paramilitärische Gruppen angegriffen und teilweise zerschlagen wurden. Durch diese beiden Maßnahmen, eine politische und eine paramilitärische, haben sie es geschafft, eine militärische Umzingelung wie in Guerrero in den 70er Jahren aufzubauen. So daß momentan in Chiapas das passiert, was ich in "Krieg im Paradies" beschrieben habe. Aber um bis hierher zu gelangen, mußte die Armee zuvor die Zugangskorridore für die nationalen und internationalen BeobachterInnen schließen und die sozialen Basen durch Paramilitärs attackieren. Das sind zwei neue Facetten des Krieges.

Hat die zivile Linke oder die zapatistische Guerilla eine Antwort auf diese Strategie gefunden, oder hast du eine eher pessimistische Sicht der Dinge?

Es ist eine pessimistische Sicht, die mittlerweile von vielen geteilt wird, während andere sich weigern, sie zu akzeptieren. Aber der Krieg schreitet voran. Das sind die Fakten. Im offiziellen Diskurs gehen die Verhandlungen weiter, aber auf der Ebene der Fakten wird der Krieg ausgeweitet. Man kann sagen, daß die Zapatisten sich in Waffen erhoben haben, um den Dialog zu führen, während die Regierung den Dialog nur benutzt, um die Waffen sprechen zu lassen.

Auf der anderen Seite hast du am Beispiel Guerreros die beindruckende Kontinuität und Überlebensfähigkeit einer ländlichen Guerilla dargestellt. Von den Gruppen um Genaro Vázquez und Lucio Cabañas bis zur heutigen EPR (1) und ERPI (2) gibt es eine fast ununterbrochene, mehr als dreißigjährige Traditionslinie. Siehst du darin nicht auch Elemente von Hoffnung?

Das Überleben der Guerilla und das Auftauchen der EPR ist eine Geschichte, die von Brüchen gekennzeichnet ist. Der Tod von Lucio Cabañas und das Verschwinden der wichtigsten Führer im Jahre 1974 markiert eine deutliche Schwelle. Nach dieser Niederlage mußten sich die überlebenden Kontingente der Guerilla sehr langsam reorganisieren. Mittlerweile sind so viele Jahre vergangen, daß wir sagen können, daß es sich bei diesen neuen Kontingenten um die Kinder, die Enkel, die Neffen und Nichten der ursprünglichen Kämpfer handelt. Mit dem Zapatismus könnte das Gleiche passieren. Militärisch kann die Armee ihn möglicherweise in den nächsten Monaten oder Jahren besiegen, aber eine Generation später wird er wieder auftauchen. Die Guerilla ist nur die Schlußphase eines langen Prozesses sozialer Zersetzung. Die Guerilla hat die Gewalt nicht erfunden, die Guerilla ist das Ergebnis eines langen Prozesses sozialer Gewalt, deren Charakteristika Hunger, Ungerechtigkeit und Marginalisierung sind. Aus der völligen und über lange Zeiträume hin anhaltenden Vernachlässigung einer ganzen Region geht notwendigerweise eine Guerilla hervor. Es ist kein Zufall, daß die drei ärmsten Bundesstaaten Mexikos mit der höchsten Rate an Unterernährung gleichzeitig Bundesstaaten mit Guerillapräsenz sind. Aber anstatt nach wirtschaftlichen und sozialen Lösungen zu suchen, wird die Armee eingesetzt. Die Antwort auf die Guerilla kann aber nur eine soziale Lösung sein und keine militärische. In dem Maße, wie in Mexiko für die bewaffneten Konflikte nur eine militärische Lösung gesucht wird, in dem Maße werden die Fundamente für ein Fortdauern der Guerilla gelegt. Weit davon entfernt, die Guerilla zu zerschlagen, wird so lediglich ihr zukünftiges Wiederauftauchen sichergestellt.

Deine Romane, die ein so besonderes und heikles Thema wie die Guerilla zum Inhalt haben, finden in Mexiko ein breites und sehr gemischtes Publikum. Das ist hier in Deutschland so kaum vorstellbar. Autoren, die sich an diese Thematik herangewagt haben, wie beispielsweise Christian Geissler, werden hier eher ins literarische Abseits gestellt. Wie erklärst du den Erfolg deiner Bücher in Mexiko?

Mexiko ist ein sehr widersprüchliches und paradoxes Land...

Aber um auf die Klassik zurückzukommen: Im Falle Homers sind die Trojaner nicht die Guten und die Achäer nicht die Bösen. Würde und Erhabenheit finden sich nicht einseitig auf seiten der Verteidiger oder der Angreifer Trojas. Auf beiden Seiten gibt es Vortrefflichkeit, auf beiden Seiten gibt es Feigheit. Auf beiden Seiten fallen große Persönlichkeiten. Homer verdanken wir also eine wichtige literarische Lehre. Es ist unmöglich, alle

Guten auf der einen und alle Bösen auf der anderen Seite zu finden. Bei Homer gibt es historische Objektivität. In meinen Büchern versuche ich ebenfalls objektiv zu sein. Ich zeige, wie die Armee arbeitet, und ich zeige, wie der Guerillero arbeitet. Vielleicht werden meine Bücher deshalb sowohl von Militärs wie von Guerilleros gelesen.

In meinem Buch über Chiapas versuche ich zu erklären, welches die historischen, sozialen, agrarischen und religiösen Faktoren sind, die in diesem Konflikt zusammenfließen, und welche Lösungen sozialer, ökonomischer und agrarischer Natur eigentlich anständen. Vielleicht lesen mich deshalb PolitikerInnen, ZapatistInnen und Militärs. In meinen Büchern ist eine klare Absicht zu erkennen: nämlich zu informieren und nicht in ideologischer Hinsicht überreden zu wollen. Vielleicht werden meine Bücher deshalb in durchaus unterschiedlichen Kreisen akzeptiert. Für einige waren vielleicht die agrarischen Strukturen und die daraus resultierenden Bewegungen in Chiapas neu, während andere die Vorläuferinnen der mexikanischen Guerilla nicht kannten. Vielleicht war für einige die Dynamik der Theologie der Befreiung neu, während andere nicht wußten, daß es schon zuvor einige historische Beispiele religiös motivierter indigener Rebellionen gegeben hatte. Für andere mag meine Analyse des Krieges interessant gewesen sein. JedeR LeserIn kann so eine nützliche Information aus den Büchern ziehen, um zu verstehen, daß die Guerilla ein sozialer Prozeß und kein Fall unvermittelt auftretender Delinquenz ist.

Du schreibst eine Literatur, die in sehr aktuelle Auseinandersetzungen eingreift ...

Nun, in Mexiko müssen wir uns den Dingen zuwenden, bevor sie vorbei sind. Wir haben keine Zeit zu warten, bis alles vorbei ist. Wir müssen im Gegenteil handeln, bevor alles vorbei ist, weil die Dinge schlecht enden könnten. Man muß also vorher handeln. Außerdem sind das Themen, mit denen ich mich seit vielen Jahren beschäftige. Vielleicht hat es schon etwas Schicksalhaftes, daß mich diese Thematik nicht losläßt. Und mit dem Schicksal wären wir wieder in die antike Welt zurückgekehrt...

Anmerkungen:

EPR: Ejercito Popular Revolucionario (Revolutionäre -Volksarmee)

EPRI: Ejercito del Pueblo Revolucionario Insurgente (Revolutionäre Armee des Aufständischen Volkes)

Siehe zu beiden auch Bericht in ak 419.

Carlos Montemayor: Krieg im Paradies, Verlag Libertäre Assoziation/Schwarze Risse/Rote Straße, Hamburg/Berlin 1998;

Carlos Montemayor: Chiapas, la rebelión indígena de México, Editorial Espasa, Madrid 1998.

25. "Die Erde ist verpfändet worden." Bruce Rich kritisiert die Politik der Weltbank

Autor: Moe Hierlmeier · Rubrik: Imperialismus und Weltwirtschaft · CD-Datei: daten/aksuche/ak427/24.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:427:24

Im Rahmen der Vorbereitungen zum G7-Gipfel und infolge der Erlaßjahr-2000-Kampagne kommen die Verschuldungskrise und mit ihr auch die Institutionen wieder stärker in das Blickfeld, die für ihre Regulierung von entscheidender Bedeutung sind: Internationaler Währungsfonds und Weltbank. Mit der Weltbank beschäftigt sich Bruce Rich in seinem Buch Die Verpfändung der Erde, einer aktualisierten Überarbeitung des 1994 erschienenen Mortgaging The Earth.

Rich gilt weltweit als einer der kompetentesten Kritiker der Weltbank-Politik; er ist Direktor des US-amerikanischen Environmental Defence Fund und verfügt über beste Kontakte im Weltbank-Apparat, da er dort selbst als Projektberater gearbeitet hat. Von daher ist es nicht überraschend, daß sein Buch im englischsprachigen Raum für Furore gesorgt hat.

Detailliert verfolgt Rich die Entwicklung der Bank von ihrer Gründung im Jahre 1944 in Bretton Woods bis in die jüngste Zeit (1998). Dabei wird deutlich, daß die Weltbank einer nur quantitativen Logik folgte und folglich eine Vielzahl von Entwicklungsruinen produzierte. Die Mißachtung von Menschenrechten und ökologischen Erfordernissen begleiteten die Weltbank-Politik von Anfang an: das Transmigrasi-Umsiedlungsprojekt in Indonesien, die Zerstörung des tropischen Regenwaldes durch das Polonoroeste-Programm im brasilianischen Bundesland Rondonia und das Singrauli-Projekt in Indien sind dabei nur die offensichtlichsten Beispiele für eine Politik, die eine breite Spur der Zerstörung hinter sich herzieht. Die Weltbank hat "in den letzten 50 Jahren die Erde verpfändet, wofür wir noch lange Zeit zu bezahlen haben werden", so das Fazit von Rich. Etwa 50% aller Projekte entsprechen nicht einmal den hauseigenen Nachhaltigkeitskriterien. Die interne Abteilung für Projektbewertung hat mehrmals vernichtende Urteile über das Vorgehen der Bank gefällt, wird aber systematisch ausgegrenzt und in ihrer Arbeit behindert. Sie gilt als eine der ohnmächtigsten Bestandteile der Bank. Die Darstellung der Weltbank-internen Strukturen ist eines der spannendsten Kapitel des Buches.

Der "Vatikan der Entwicklung"

Die Geschichte der Weltbank beginnt für Rich nicht erst mit ihrer Gründung im Jahre 1944. Sie ist vielmehr Teil eines umfassenderen Projektes, das in der Aufklärung wurzelte und mit Descartes im 17. Jahrhundert ihren herausragenden Philosophen hatte. Die leitende Idee ist dabei die einer totalen Machbarkeit und Planbarkeit der Welt. Die Fortschrittshoffnungen von Saint-Simon, einem der wichtigsten Propheten der Moderne im 19. Jahrhundert, gründen darauf ebenso wie die unkritischen Hoffnungen auf die Entwicklung der Produktivkräfte im Marxismus (Tonnenideologie) bis hin zu den repressiven Entwicklungsdiktaturen in Südostasien im 20. Jahrhundert. Ihren Höhepunkt fand diese Philosophie und Politik mit der Institutionalisierung der Weltbank. Sie ist für Rich "als Institution die Quintessenz der Moderne", da in ihr der Fortschritts- und Wachstumsglaube verdichtet zum Ausdruck kommt. Als "Vatikan der Entwicklung" genoß sie lange Zeit den Status der Unfehlbarkeit.

Getragen wird diese Institution von einer Bürokratie, deren Weiterbestehen Rich zufolge immer mehr zum Selbstzweck wird. Rich folgt damit Max Webers Bürokratiekritik. Die Machtquellen der Weltbank-Bürokratie liegen für ihn zum einen darin, daß sie über technisches, spezialisiertes Know-How verfügt, und zum anderen in der Organisierung bedeutenden Wissens als Dienstwissen. Deswegen fordert er eine Rechenschaftspflicht der Bank und ein Ende ihrer Geheimpolitik durch Veröffentlichung der Projektberichte, die - je nach Lage der Dinge - sogar den Exekutivdirektoren vorenthalten werden.

Prometheisches Gefälle

In seiner Kritik an der Weltbank greift Rich auf Argumentationsmuster zurück, die z.B. Günter Anders bereits in den fünfziger Jahren in seinem Buch Die Antiquiertheit des Menschen entwickelt hat, und die heute etwa von Zygmunt Bauman vertreten werden. Anders hatte auf die Differenz zwischen dem Handeln der Menschen und den Folgen dieses Handelns hingewiesen. Dieses "prometheische Gefälle" faßte er in dem Satz zusammen, wir könnten "mehr herstellen als uns vorstellen". In der Tat: Welcher Arbeiter in einem AKW kann sich schon

vorstellen, welche Konsequenzen ein Atom-Unfall haben kann, welcher Weltbank-Technokrat ahnt, was für Schäden er mit seiner Projekte-Politik erzeugt?

Die raum-zeitliche Trennung zwischen einer Entscheidung und ihren Folgen ist für Rich ein Charakteristikum der Moderne. Die Konsequenzen des Handelns verflüchtigen sich, und die Entscheidungsträger müssen sich nicht für ihr Handeln verantworten.

Eine fundierte Kapitalismuskritik fehlt bei Rich. Daher bleibt z.B. die Bedeutung der Weltbank für die Inwertsetzung der Länder der sogenannten Dritten Welt in den kapitalistischen Weltmarkt unterbelichtet. Marxistisch-regulationstheoretische Arbeiten nimmt Rich bestenfalls kursorisch zur Kenntnis oder lehnt sie implizit ab. Für ihn reduziert sich die Entwicklung der Moderne auf die Entwicklung von Technik, Wachstum, Institutionen und Bürokratie. Oft ist dabei der Unterschied zu einer neoliberalen Institutionen- und Bürokratiekritik nicht ersichtlich. Rich nimmt den Standpunkt des aufgeklärten Humanisten ein, der die Weltbank-Politik im Namen "des Allgemeinen" kritisiert: "von einem umfassenderen ökonomischen und wissenschaftlichen Standpunkt aus, sind ihre Handlungen oft irrational." Doch wer definiert diesen "umfassenderen Standpunkt"? Behauptet nicht auch die Weltbank, daß ihre Politik der allgemeinen Entwicklung der Menschheit, insbesondere den Armen dient?

Letzendlich bleibt die Haltung von Rich zur Weltbank ambivalent. Auf der einen Seite ist seine Kritik an der Projekte-Politik sehr scharf: Den auch dort betriebenen Ökologie- und Nachhaltigkeits-Diskurs bezeichnet er als "orwellsches Green-Speak"; und die Agenda 21, in der Atom- und Gentechnologie sowie die transnationalen Konzerne verherrlicht werden, bezeichnet er als das was sie ist: als "zynische Farce". Damit geht Rich deutlich über das hinaus, was hierzulande vielmals von NGO-Seite formuliert wird.

Auf der anderen Seite setzt er seine Hoffnungen in eine globale Zivilgesellschaft: "Die Weltbank soll ermutigt werden, eine Politik zugunsten der Zivilgesellschaft zu fördern." Nachdem er zuvor auf 300 Seiten analysiert hat, warum sie dies nicht tun wird, hört sich der Vorschlag naiv an. In seinem Glauben an die Reformfähigkeit der Weltbank gehen ihm manchmal die Gäule durch. Das ist eine Folge seiner verkürzten Macht-, Institutionen und Krisentheorie.

Bei aller Kritik ist das Buch doch zu empfehlen. Eine stilistische Überarbeitung hätte zwar ebensowenig geschadet wie ein Abkürzungsverzeichnis. Auch neigt der Autor gelegentlich zu epischer Breite. Trotzdem: Wer ein empirisch gesättigtes Buch über mittlerweile fast 55 Jahre Weltbank-Politik sucht, der wird an Rich's Verpfändung der Erde nicht vorbeikommen.

Moe Hierlmeier, BUKO

Arbeitsschwerpunkt Weltwirtschaft

Bruce Rich: Die Verpfändung der Erde. Die Weltbank, die ökologische Verarmung und die Entwicklungskrise, Stuttgart (Schmetterlingsverlag) 1998, DM 29,80.

26. Gegen den Hurrikan der Armut. Für eine bedingungslose Schuldenstreichung für die Dritte Welt

Autor: Wolfram Treiber · Rubrik: Imperialismus und Weltwirtschaft; Internationale Solidarität · CD-Datei: daten/aksuche/ak427/17.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:427:17

Soll eine Schuldenstreichung für Dritte-Welt-Länder an ökologische und soziale Bedingungen geknüpft werden? Diese Position vertreten manche Solidaritätsbewegte in der aktuellen Debatte um den bevorstehenden Weltwirtschaftsgipfel, die "Erlaßjahrkampagne" und die internationale Schuldenkrise. Der Karlsruher Aktionskreis Internationalismus (AKI) ist anderer Auffassung.

Der Wirbelsturm Mitch hat Nicaragua und Honduras mindestens 20 Jahre in ihrer Entwicklung zurückgeworfen. Vieles, was in den letzten Jahren mühsam aufgebaut wurde, ist zerstört, und die Menschen müssen wieder bei Null anfangen. Inzwischen wurden viele Spenden für den Wiederaufbau gesammelt. Sie reichen jedoch bei weitem nicht aus.

Nicht hinweggefegt hat Mitch die Schulden von Nicaragua und Honduras in Höhe von sechs und vier Mrd. US-Dollar. Ebenfalls geblieben sind die Bankschulden der Kooperativen und KleinproduzentInnen, die alles verloren haben. Anlaß für uns, die Verschuldung der Dritten Welt von derzeit 2.330 Mrd. US-Dollar(!), ihre Ursachen und Lösungsansätze zu diskutieren. Wie überfällig diese Debatte ist, zeigen folgende Beispiele:

Die Schulden Nicaraguas bei der BRD betragen ca. 600 Mio. DM. Davon sind 343 Mio. DM noch DDR-Altschulden. 1997 hat Nicaragua von der BRD Zusagen über 47 Mio. DM Entwicklungshilfe bekommen. Im gleichen Jahr sollte es einen Schuldendienst von 43 Mio. DM an die BRD zahlen, davon 38 Mio. DM für DDR-Altschulden. Für 1998 waren 40 Mio. DM Entwicklungshilfe und ein Schuldendienst von 44 Mio. DM vorgesehen. (Quelle: Weltbank und Südwind-Institut). Die "Entwicklungshilfe", die meist ja auch zurückzuzahlen ist, unterstützt somit nicht die "Entwicklung" Nicaraguas, sondern nur die Entwicklung der Gläubiger. Eine sofortige bedingungslose Schuldenstreichung ist somit überfällig. Schließlich sollen unsere Spenden den Wiederaufbau, Bildungs- und Gesundheitsprogramme unterstützen und nicht den bundesdeutschen Staatshaushalt und die Gewinne der beteiligten Banken.

Im ursprünglichen Aufruf des Bündnisses Köln 99 gegen den EU-Gipfel und den Weltwirtschaftsgipfel im Juni 1999 lautete eine der vier zentralen Forderungen "Streichung aller Schulden der Entwicklungsländer und Zahlung von Reparationen für koloniale und neokoloniale Ausbeutung". Dieser Aufruf wurde bundesweit verschickt und von vielen Organisationen (u.a. dem AKI Karlsruhe) unterstützt. Nachdem u.a. WEED damit drohte, aus dem Bündnis auszusteigen bzw. den Aufruf nicht mehr zu unterstützen, wurde diese Forderung im Nachhinein nochmals verändert. Sie lautet nun "Streichung aller Schulden der armen Länder Afrikas, Asiens und Lateinamerikas!" (Ähnlich verwässert wurden die Forderungen nach "Beseitigung der Fluchtursachen und Bleiberecht für alle").

Die WEED-Leute hatten bei den Anti-IWF-Aktionen 1988 in Berlin die jetzt unliebsamen Forderungen noch mitentwickelt. Haben sich jetzt also die Voraussetzungen für die Forderungen nach bedingungsloser Schuldenstreichung oder nach Reparationszahlungen der Industrieländer an die Entwicklungsländer seit 1988 entsprechend verändert, daß diese zentralen Forderungen geändert werden müssen? Den Beweis dafür ist WEED bisher schuldig geblieben.

"Interessenausgleich"

Die Kampagne "Erlaßjahr 2000", die von 560 Gruppen aus dem kirchlichen und entwicklungspolitischen Bereich getragen wird, geht davon aus, daß die Verantwortung für das heute untragbar hohe Schuldenniveau vieler Länder des Südens nicht nur bei den Schuldnern liegt, sondern auch bei den Gläubigern. Deshalb sollen beide Seiten entsprechend ihrer Leistungsfähigkeit dazu beitragen, daß die Zahlungsfähigkeit wieder hergestellt wird.

Die Kampagne hat deshalb zwei Ziele: einen weitreichenden Schuldenerlaß für die armen Länder im Jahr 2000 und die völkerrechtlich verbindliche Neugestaltung internationaler Finanzbeziehungen im Sinne eines fairen Interessenausgleichs zwischen Schuldnern und Gläubigern ("Internationales Insolvenzrecht"). Der weitreichende Schuldenerlaß soll dabei "die armen Länder von der Last untragbarer Schulden befreien, welche

ihre Regierungen bei Regierungen des Nordens, bei internationalen Finanzinstitutionen und Privatbanken aufgenommen haben", und "faire und gleichgewichtige Beziehungen zwischen internationalen Gläubigern und Schuldnern herstellen" sowie "den Interessenausgleich zwischen beiden Seiten regeln".

Damit ist die Verantwortung für die Verschuldung zu gleichen Teilen den ehemaligen Kolonialmächten und den Kolonien zugewiesen. Kriterium für weitreichenden Schuldenerlaß sind arme Länder (nach der Definition der Weltbank und des Internationalen Währungsfonds die 38 ärmsten Entwicklungsländer) und die Tragbarkeit der Schulden der Dritten Welt. Tragbar seien die Schulden, die zu Zahlungsverpflichtungen von weniger als 10% der Exporterlöse führen. (Zum Vergleich: Die Weltbank oder die rot-grüne Bundesregierung gehen von tragbaren Schulden bis zu 25% der Exporterlöse aus).

Die Erlaßjahrkampagne will die erlassenen Schulden aber auch nicht einfach streichen. Vielmehr soll ein Teil der erlassenen Schulden in einen "Gegenwertfonds" in nationaler Währung eingezahlt werden. Dieser Teil soll dann beispielsweise "Projekte zur Deckung sozialer Grundbedürfnisse oder ein Kreditsystem für kleine Händler oder Bauern finanzieren". Bei der Verwendung dieser Gelder soll die "Zivilgesellschaft" "angemessen" beteiligt werden.

Offen bleibt, was eine angemessene Beteiligung ist, wer die "Zivilgesellschaft" ist, oder warum gerade die Gläubiger der ehemaligen Kolonialmächte, die seit Jahrhunderten einen gnadenlosen Wirtschaftskrieg gegen die Menschen in den (ehemaligen) Kolonien führen, über Nacht die Interessen der Armen in der Dritten Welt besser als die dortigen Eliten vertreten sollten (die dies natürlich in der Regel genausowenig im Sinn haben). (Zur Kritik der Erlaßjahrkampagne siehe ak 424)

Schuldenerlaß auf Rot-Grün

Auch der diesjährige Weltwirtschaftsgipfel in Köln hat die Verschuldung der Dritten Welt zum Thema. Dort beraten die acht wirtschaftlich mächtigsten Länder der Welt, wie gewährleistet werden kann, daß die Entwicklungsländer weiterhin 230 Mrd. US-Dollar jährlich an die reichen Industriestaaten an Schuldendienst zahlen, ohne zahlungsunfähig zu werden. Denn die Kuh, die man melken will, darf man nicht schlachten. Oder anders ausgedrückt, wie die Verschuldung der Dritten Welt auf ein "tragbares" Maß reduziert werden kann.

Die rot-grüne Bundesregierung wird auf dem G-8-Gipfel einen Vorschlag für "Schuldenerlasse für die ärmsten Länder" einbringen (BMZ spezial 3/99). Danach soll es zu "Schuldenerleichterungen für die 38 ärmsten Länder" kommen. Maßstab dafür soll die "Tragfähigkeit der Schulden" sein. Diese sei dann nicht mehr gegeben, wenn die Schulden mehr als 200% der Exporterlöse betragen, anstatt 250% wie bisher. Außerdem sollen Zins und Tilgung nicht mehr als 25% der Exporterlöse betragen. Allerdings müssen sich die Länder einem sechsjährigen Strukturanpassungsprogramm unterwerfen, das nach drei Jahren überprüft wird. Staatlich verbürgte Handelsforderungen sollen dann nach drei statt bisher sechs Jahren in Höhe von 80% und zukünftig in Ausnahmefällen auch vollständig erlassen werden.

Nicaragua mit seinen sechs Mrd. USDollar Auslandsschulden müßte sich danach für sechs Jahre einem drastischen Sparprogramm unterwerfen. Dies wäre nach den Zerstörungen des Hurrikans Mitch zwar kaum möglich und widersinnig, da ja jetzt gerade staatliche Gelder für den Wiederaufbau gebraucht werden. Allerdings würden Nicaragua danach 80% der Schulden erlassen - allerdings nicht aller Schulden, sondern nur derjenigen Verpflichtungen, die bei den ersten Umschuldungsverhandlungen mit dem Pariser Club der Gläubigerbanken bestanden. Konkret bekäme Nicaragua dann nur rund 100 Mio. von seinen sechs Mrd. Dollar erlassen. (Quelle: Pedro Morazan, Südwindinstitut)

An der Lage der großen Mehrzahl der Bevölkerung Nicaraguas wie auch der Bevölkerung der anderen Entwicklungsländer würde sich nichts Grundlegendes ändern. Nach wie vor würde gelten, daß nach Unicef-Angaben weltweit jährlich wegen der Verschuldung mehrere Millionen Kinder sterben, nur weil es an ein paar Pfennigen für Medikamente oder Nahrungsmittel mangelt. Mit der Zahl 80% Schuldenerlaß in den Medien soll die satte Öffentlichkeit in den reichen Ländern beruhigt werden. Es wird ja etwas getan ...

Schuldenerlaß mit Auflagen?

Wer der Meinung ist, ein (Teil-)Schuldenerlaß müßte an Bedingungen geknüpft werden, müßte zuerst die Frage beantworten, ob die Forderungen der Gläubiger überhaupt zu Recht bestehen. Denn eine Forderung, die nicht zu Recht besteht, kann weder bedingungslos noch unter Auflagen erlassen werden. Wir bestreiten

aber gerade die Berechtigung der Forderungen der reichen Industrieländer, ihrer Banken und Konzerne gegen die Dritte Welt.

Selbst wenn mensch die Forderungen anerkennt, sehen wir keinen Sinn darin, einen (Teil-)Schuldenerlaß an ökologische oder soziale Auflagen zu knüpfen. Diktatoren und korrupte Eliten, wie z.B. die Regierung Aleman in Nicaragua, werden ja gerade durch die Auflagen des IWF gezwungen, die Staatsausgaben drastisch zu Lasten der Bevölkerung zu verringern. Die neoliberalen Sparprogramme können von Aleman auch öffentlichkeitswirksam dem IWF in die Schuhe geschoben werden. Eine Schuldenstreichung würde den Basisbewegungen und Gewerkschaften jedoch Spielräume eröffnen, die Bevölkerung für ihre sozialen Ziele zu mobilisieren. Soziale und ökologische Ziele werden in Ländern wie Nicaragua bestimmt nicht mit dem IWF und der Regierung Aleman, sondern nur in harten Auseinandersetzungen gegen diese durchgesetzt.

Dies hat nichts mit unserer Forderung zu tun, die Spendengelder und Hilfsmittel für die Opfer des Wirbelsturms Mitch direkt an die Betroffenen bzw. an Basisorganisationen zu übergeben vor Ort und nicht an die neoliberalen Regierungen, da diese sonst wie schon die Hilfssendungen und Spenden für die Erdbebenopfer in Managua 1972 in den Taschen der korrupten Regierung hängenbleiben und nicht bei den Betroffenen ankommen. Eine soziale und ökologische Gesellschaftsordnung entsteht jedoch nicht durch die Auflagen von Regierungen, Banken und Konzernen, die ansonsten die sozialen Menschenrechte mit Füßen treten und für die gigantische Zerstörung der natürlichen Lebensgrundlagen aus Profitgründen verantwortlich sind.

Es gibt keine neutrale Lösung

Ein Lösungsansatz zur "Verschuldungskrise" muß zwangsläufig Partei ergreifen: Entweder für die internationalen Kapitaleigner oder für die Bevölkerung in der Dritten Welt. Eine "neutrale" Lösung, die allen Interessen gerecht wird, kann es nicht geben! Wir fordern die bedingungslose Schuldenstreichung, denn

- die ferngesteuerten Raketen der Zinssätze und des Preisverfalls für Rohstoffe treffen die Dritte Welt genauso tödlich wie Bleikugeln;

- die Schulden sind für die Dritte Welt unbezahlbar, da der Schuldendienst mittlerweile einen großen Teil der Exporterlöse der Entwicklungsländer auffrißt bzw. diese noch übersteigt;

- die Bevölkerung der Südhalbkugel hat längst mit Hunger, Armut und Verelendung teuer für die Schulden bezahlt, von denen sie kaum einen Dollar zu Gesicht bekam;

- die Dritte Welt hat die ursprünglichen Kredite längst zurückgezahlt, wenn man die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen bei der Krediterteilung zugrunde legt.

Darüberhinaus fordern wir von den ehemaligen Kolonialstaaten Reparationszahlungen in Milliardenhöhe an die Entwicklungsländer für jahrhundertelangen Raub, Völkermord, Versklavung und Zerstörung.

Auch die bundesdeutschen Banken und Konzerne verdienen gut an der Verschuldung. Es gibt Rekordüberschüsse im deutschen Außenhandel. Alles auf Kosten der Menschen in anderen Ländern! Die BRD ist als eines der wirtschaftlich mächtigsten Länder der Welt für die Aufrechterhaltung der mörderischen Weltwirtschaftsordnung verantwortlich. Aber auch die Menschen in den Industrieländern sind zunehmend von den Auswirkungen der kapitalistischen Lösungsstrategien der Weltwirtschafts- und Verschuldungskrise betroffen. Sogar im "reichsten und freiesten" Land der Welt, den USA, leben Millionen Menschen unterhalb der offiziellen Armutsgrenze und müssen täglich um eine warme Suppe betteln oder haben keine ausreichende ärztliche Versorgung.

Die Bildung eines Schuldnerkartells kann ein erster Schritt sein, um dem Gläubigerkartell eine Kraft entgegenzustellen. Die Lasten der "Verschuldungskrise" müssen nach dem Verursacherprinzip von denen getragen werden, die dafür verantwortlich sind und daran verdienen.

Doch dies wird nicht ohne eine tiefgreifende Veränderung der internationalen Beziehungen und gesellschaftlichen Machtverhältnisse zu erreichen sein. Deshalb unterstützen wir die sozialen und politischen Bewegungen in den Metropolen und in der Dritten Welt, die gegen das Machtkartell von Konzernen, Banken, IWF, Weltbank und Eliten kämpfen.

Eine Schuldenstreichung allein jedoch wird die Probleme langfristig nicht lösen. Solange das Prinzip des größtmöglichen Gewinns das politische und ökonomische Handeln bestimmt, werden Menschen und Umwelt nur als Kostenfaktoren darin auftauchen. Solange kann es auch keinen wirklichen Frieden geben, und die Kette der wirtschaftlichen Krisen und kriegerischen Auseinandersetzungen wird nicht abreißen.

Wolfram Treiber

Aktionskreis Internationalismus AKI, Karlsruhe

Die Verschuldung der Ersten Welt

Die Höhe der im Zeitraum von 1500-1550 aufgenommenen "Kredite" Europas in Form geraubter lateinamerikanischer Edelmetalle betrug 1992 - 500 Jahre nach der Entdeckung der Menschen in "Amerika" durch die Europäer - nach heutigen Marktpreisen ca. 50 Mrd. Dollar. Setzt man für die vergangenen 450 Jahre den bescheidenen Jahreszins von nur einem Prozent an, so erhält man einen heutigen Wert des damals in Form von Gold und Silber "geliehenen" Kapitals von über 7.400 Mrd. Dollar - zehnmal mehr als die Verschuldung Lateinamerikas 1998. (Quelle: Sandner u.a.: Banken, Kredite und die Dritte Welt, Bd.1)

27. Atomausstieg: Betriebswirtschaftliche Chance

Autor: DSe · Rubrik: Atom- und Energiepolitik · CD-Datei: daten/aksuche/ak427/38.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:427:38

Es ist schon fast egal, ob Kanzler Schröder dem BDI-Chef Olaf Henkel nun wirklich versprochen hat, daß der Atomausstieg noch runde 30 Jahre dauern wird, wie es der Spiegel jüngst behauptete, oder ob Schröder es nicht gesagt hat. Die neue Gelassenheit jedenfalls, die sich unter den Atombetreibern breit gemacht hat, spricht Bände. Offenkundig reichen die Signale aus den Führungsgremien der SPD vollkommen aus, damit sich die Vorstandsetagen beruhigen.

Dafür, daß die Grünen an der Regierung auch nicht mehr für fünf Pfennig ernst genommen werden müssen, dafür hat die Partei inzwischen selbst gesorgt. Wenn nicht mal mehr ein verfassungs- und völkerrechtswidriger Krieg der NATO gegen Jugoslawien die Führungsspitzen der Grünen dazu bringen kann, eventuell mal über die Grenzen einer Regierungsbeteiligung nachzudenken, dann braucht sich wirklich niemand in den Herrschaftseliten dieses Landes zu sorgen. Wohl kaum eine andere Partei seit Bestehen der Bundesrepublik hat einen derart krassen Opportunismus zuwege gebracht wie die Grünen.

Drohungen

Michaele Husstedt, energiepolitische Sprecherin der Grünen Bundestagsfraktion, nahm den 13. Tschernobyl-Jahrestag am 26. April zum Anlaß, mit großem Habitus die Atomindustrie in die Schranken zu verweisen. Sie drohte per Presseerklärung, daß die Wirtschaft endlich ernsthafte Angebote für einen Konsens machen und über die Restlaufzeiten für die Atommeiler verhandeln solle. Wenn nicht, werde die Bundesregierung im Herbst ein "Ausstiegsgesetz" ohne die Wirtschaft machen. Ja, do a legst di nieda!

Leider vergaß sie anzumerken, was denn da drin stehen wird, in dem herbstlichen Ausstiegsgesetz. Bei den Grünen gibt es derzeit keinerlei Debatte, geschweige denn Übereinkunft, was die Mindestanforderungen an ein solches Ausstiegsgesetz sein sollen. Von den Planungen aus der Vorwahlzeit, als die Grünen in einem Gesetzentwurf eine Gesamtlaufzeit von 25 Jahren je AKW festlegten und dadurch der vollständige Ausstieg faktisch innerhalb von fünf Jahren abgewickelt werden sollte - davon redet heute in der Partei niemand mehr.

Neubauten

Statt dessen muß sich die Partei mit atomaren Neubauten befassen. So soll nun die lange Jahre heftig umstrittene Pilotkonditionierungsanlage (PKA) in Gorleben wohl doch mit Zustimmung oder zumindest Duldung von Jürgen Trittin in Betrieb gehen. Während eines vom niedersächsischen Umweltminister Jüttner initiierten Fachgesprächs in Hannover verkündete Wolfgang Renneberg, Abteilungsleiter Kernenergie des Bundesumweltministeriums, daß er die PKA für Reparatur- und Service-Aufgaben für ganz nützlich ansehen würde. Ihm sekundierte Michael Sailer vom Öko-Institut Darmstadt und heutiger Chef der Reaktorsicherheitskommission (RSK). Ganz atomkritisch ist Sailer der Auffassung, daß es um die erforderliche Sicherheit von 40 Jahren bei der Zwischenlagerung von Castorbehältern in Gorleben nicht eben gut bestellt ist. Aus diesem Grund sei die "Heiße Zelle", Kernstück der PKA, in der hochradioaktive Materialien hinter meterdickem Beton gehändelt werden können, unbedingt sinnvoll. Da wird die Gesellschaft für Nuklear-Service (GNS), Betreiberin der PKA, fast überflüssig. Die verwies keck darauf, daß die neue Bundesregierung unbedingt eine solche PKA brauche, um überhaupt aussteigen zu können. Denn wenn alle Atomkraftwerke abgeschaltet und anschließend abgerissen werden, wo sollen dann die kaputten Castorbehälter repariert werden? Besser geht es eigentlich gar nicht mehr?

Behinderungen

Geht doch. Niedersachsen Umweltminister Jüttner ist munter dabei, die Grünen vorzuführen, wo immer es geht. So traf er sich Mitte Mai mit Bundeswirtschaftsminister Werner Müller und Kanzleramtschef Bodo Hombach, um über die Atomtransporte nach Gorleben zu reden. Jüttner lehnt nämlich Castortransporte ins Wendland bis Ende 2000 ab. Dafür hat er gute Gründe: So müsse erstmal eine unter Denkmalschutz stehende Eisenbahnbrücke bei Dannenberg umfangreich repariert werden. Das dauert mindestens 40 Wochen. Und Jüttner legt noch einen drauf. Für die ab Juni stattfindende EXPO 2000 braucht Jüttner jeden Polizisten im Land und vermutlich noch darüber hinaus. Aus diesem Grund fehlt einfach das Personal, um einem ins Wendland rollenden Castor den ausreichenden "Schutz" angedeihen zu lassen. Den Grünen Trittin manövriert

das angesichts des Drängens der Atomwirtschaft in eine unangenehme Lage. Während Jüttner Atomtransporte nach Gorleben blockiert, muß Trittin diesen möglicherweise den Weg ebnen.

Damit kein falscher Eindruck aufkommt: Jüttner ist nun keineswegs der bessere Atomkraftgegner. Es sieht einfach besser aus, wenn man sich in den Widerstand gegen Atomtransporte einordnet und es Trittin überläßt, das Zeug durch die Republik zu prügeln. Wie nebenbei geht es Jüttner aber auch darum, daß die Kosten für künftige Castoreinsätze nicht allein beim Land Niedersachsen hängen bleiben. Hier soll der Bund künftig mehr Kosten übernehmen.

Was seitens der SPD in Sachen Atomkonsens zu erwarten ist, zeigte die Rede des Wirtschaftsministers Müller vor der Jahrestagung Kerntechnik Mitte Mai in Karlsruhe. Dieser größten Versammlung von Atomtechnikern, die jährlich auf Einladung des Deutschen Atomforums und der Kerntechnischen Gesellschaft zusammenkommen, erzählte Müller auf überaus deutliche Weise, wie er sich die atomare Zukunft vorstellt. Zunächst machte er klar, was alle Vorstände der großen Energieversorger wissen: Neue Atomkraftwerke sind schlicht und ergreifend nicht bezahlbar. Daher sei das Geschrei über eine Zukunftsoption für die Atomenergie vollkommen absurd. "Der merkwürdige Streit über die Kernenergieoption wird für beendet erklärt. Die Politik nimmt die Kernenergie, wie sie hierzulande (in den Vorstandsetagen, Anmerkung ak) behandelt wird, also als Restnutzung des Investments. Und die Politik will diese Restnutzung so ordnen, daß sie auch stattfinden kann. Denn zur Zeit ist sie, man denke an Praxis und Rechtsrahmen der Entsorgung, nicht ordentlich geregelt", so Müller. Deutlicher geht es kaum noch: "Ich will heute dafür werben, daß Sie dies als betriebswirtschaftliche Chance begreifen." Für Müller wird der Ausstieg im Rahmen der Wirtschaftlichkeit der Atommeiler erfolgen. Die noch auszuhandelnden Restlaufzeiten müssen Anlage für Anlage festgelegt werden. "Die Frage, welche Kernkraftwerke als erste vom Netz gehen werden, kann ich Ihnen nicht beantworten. Bauernopfer wird die Bundesregierung im Zuge des Konsensprozesses mit der Strombranche niemandem abverlangen. Ich halte es aber nicht für ausgeschlossen, daß das eine oder andere Kernkraftwerk, das heute bereits am Rande der Wirtschaftlichkeit arbeitet, einen früheren Abschalttermin erhalten wird als manch andere.

Im konkreten Einzelfall wird die betriebswirtschaftliche Situation jedes einzelnen Kraftwerks den Ausschlag geben, wann es abgeschaltet wird, denn die festzulegende Restlaufzeit muß nicht unbedingt ausgeschöpft werden", so Müller. Nach seinem Zeitplan geht er von einer Einigung bis Ende Juni aus. Etwa im September, so Müller, werde die Bundesregierung die Novellierung des Atomgesetzes ins Verfahren geben. "Wir wollen dabei eine Novellierung durchführen, d.h. der vormalige Entwurf muß in der Sommerpause an die Ergebnisse oder Nicht-Ergebnisse des Konsensversuches angepaßt werden."

Chancen

Alles spricht dafür, daß es die Wirtschaftlichkeit der Altanlagen sein wird, die über Betrieb und Nichtbetrieb entscheiden werden. Wozu man dafür aber eine rot-grüne Bundesregierung braucht ist unklar. Denn die Entscheidungen über die Wirtschaftlichkeit zu treffen, ist doch eigentlich Aufgabe der Vorstände der Atomunternehmen. Interessant ist lediglich, mit welch tierisch überzeugenden Argumenten die Grünen es als Erfolg verkaufen werden, wenn der Kapitalismus seinen wirtschaftlichen Gang geht.

DSe

28. Keine Demo bis zum Konsens

Autor: DSe · Rubrik: Anti-AKW-Bewegung · CD-Datei: daten/aksuche/ak427/44.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:427:44

Es ist vollbracht. Was seit Monaten diskutiert wurde, zahlreiche Treffen inklusive der Frühjahrskonferenz der Anti-AKW-Bewegung ausführlich beschäftigte und leidenschaftliche Kontroversen zwischen den möglichen Standorten Berlin und Hannover verursachte - ist beerdigt!

Nur wenige Leute hatten sich in Göttingen versammelt, um noch einmal eingehend zu beraten, wie es mit der schwierigen Beschlußlage der Anti-AKW-Bewegung für eine bundesweite Demo im Herbst weitergehen könne (vgl. ak 426). Zwar hatte die Frühjahrskonferenz ein Votum für den Oktober und Hannover abgegeben. Dennoch war ein nicht unrelevanter Teil derjenigen, die konkret etwas für die Vorbereitung tun wollten, eher für eine Demo in Berlin. Hinzu kam, daß verschiedene Gruppen mit dem geplanten Oktobertermin nicht einverstanden waren und statt dessen eine Demo im November favorisierten.

Am 29. Mai, also parallel zu den Kölner Euromärschen, versammelten sich in Göttingen VertreterInnen der Hamburger Mobilisierungsgruppe, der PDS, der Bäuerlichen Notgemeinschaft aus dem Wendland (das sind die Treckerfahrer), das Kasseler Anti-Atom-Plenum, ÖkoLinx (Frankfurt), das HessenBadenPlenum, das Hannoveraner Anti-Atom-Plenum, die süddeutschen Initiativen in Form des Anti-Castor-Bündnisses Neckarwestheim, eine Vertreterin des Forum NGOs und Gewerkschaften sowie (verspätet) des BBU. VertreterInnen aus Ahaus oder Greifswald ließen sich gar nicht erst blicken.

Eine also nicht eben repräsentative Versammlung der Anti-AKW-Bewegung, die aber durchaus zeigte, wie wenig die Bewegung trotz vieler Stellungnahmen und Behauptungen hinter dem Demo-Projekt stand. Dabei mag die Konkurrenzlage zu den Kölner Ereignissen für einige als Begründung für das Fernbleiben herhalten. Überzeugend ist dies jedoch nicht. In den Brettern der alternativen Mailbox Comlink wurde kritisiert, daß diese Terminierung die Autonomen quasi ausgeschlossen habe. Ungeachtet der Frage, wer die denn tatsächlich sind, hat es im Vorfeld des Termins genau null Rückfragen bei der zentralen und auf der Heidelberger Konferenz auch bekanntgemachten Telefonnummer gegeben.

Dumm gelaufen

Dennoch sind in der Vorbereitung viele Pannen passiert, die ganz sicher nicht dazu beigetragen haben, daß das Göttinger Treffen erfolgreich ablaufen konnte. Die von einem winzigen Vorbereitungskreis vorgelegte Einladung fand nicht den Zuspruch anderer Multiplikatoren; die Verwirrung über Ort und Zeitpunkt der Demo führte dazu, daß einige dafür plädierten, das Treffen lieber in den eigenen Anti-AKW-Kreisen abzuhalten, um sich auf ein gemeinsames Konzept und Vorgehen zu verständigen. Die Unklarheit sollte beseitigt werden, bevor man sich mit potentiellen Bündnispartnern zusammensetzt. Der Versuch einer Verständigung auf niedrigerem Niveau, ein kleines "Köpfetreffen", scheiterte aufgrund von Terminüberschneidungen ebenso wie an dem Problem, daß die Gegensätze zwischen "Berlinern" und "Hannoveranern" zu groß waren.

Eine Absage des Termin kam schließlich aber auch nicht mehr in Frage, da er bereits veröffentlicht war, bevor die Unklarheiten und die neuerlichen Schwierigkeiten auftauchten. Alles zusammen kann getrost unter der Rubrik "dumm gelaufen" verbucht werden.

Die Göttinger Runde sah sich angesichts der Situation, daß bislang zuwenig Bündnispartner angesprochen wurden, der zu geringen inhaltlichen Vorbereitung und der offenkundig fehlenden Demo-Stimmung denn auch nicht mehr in der Lage, das Projekt weiter am Leben zu erhalten. "Erste Klasse Beerdigung" war die gemeinsame Formel, mit der man auseinanderging.

Mit verantwortlich für dieses Ergebnis ist auch, daß die Unklarheiten über den Fortgang der Atomkonsensgespräche zwischen Bundesregierung und Atomwirtschaft nicht zu beseitigen sind. Ob die Verhandlungen tatsächlich, wie Wirtschaftsminister Müller angekündigt hat (vgl. nebenstehenden Artikel), bereits Ende Juni abgeschlossen sind und bis September in ein vom Kabinett zu beschließendes neues Atomgesetz münden, ist weitgehend offen. Bislang hat sich diese Bundesregierung ja noch so gut wie nie an irgend etwas gehalten, was sie mal versprochen hat. Hinzu kommt, daß es zu verschiedenen anderen Dingen eine Menge zu tun gibt: zahlreiche Anti-AKW-AktivistInnen sind derzeit heftig mit Aktivitäten gegen den NATO-Krieg befaßt, die BI Lüchow-Dannenberg und ihr Umfeld sind derzeit stark ausgelastet, da mit der

abschließenden Genehmigung der Pilotkonditionierungsanlage (PKA) (vgl. nebenstehenden Artikel) gerechnet wird. Außerdem wird die BI im Sommer eine Delegation in Richtung Wiederaufarbeitungsanlage La Hague schicken. Sie soll dem dortigen Widerstand darlegen, warum man sich auch in Zukunft gegen die Rücktransporte von hochstrahlendem Atommüll ins Zwischenlager Gorleben querstellen wird. Und außerdem bereitet man sich im Wendland weiter auf eben einen solchen Transport aus La Hague vor.

Bewegter Provinzialismus

Dennoch: All das mag eine Erklärung sein, warum es im Moment nicht reicht, eine bundesweite Demo aufs Gleis zu setzen. Mist ist es dennoch. Denn wenn die Regierung ausnahmsweise Wort hält und tatsächlich im September/Oktober ein neues Atomgesetz den Bundestag beschäftigen wird, dann sollte auf der Straße schon einiges los. Doch statt sich politisch darauf zu konzentrieren, die Kräfte links von SPD und Grünen einzuladen, mit ihnen über Positionen zum Sofortausstieg zu diskutieren und zu versuchen, diese in gemeinsame Aktivitäten einzubinden, dümpelt die Anti-AKW-Bewegung in zahllosen Kleinstprojekten herum. Zumindest für Norddeutsche ist es atemberaubend, wenn man mit ansehen muß, wie sich die wenigen Anti-AKW-Gruppen, die es noch gibt, mit tierisch viel Aufwand an einer zunächst mal als bundesweite Aktion geplanten Demo in Gronau (Urananreicherungsanlage, UF6) abarbeiten und dann ganze 300 Leute auflaufen. In einem Artikel (vgl. anti-atom-aktuell 101) schafft es ein Vertreter der Gronauer Initiative es sogar, diese Demo als großen Erfolg zu verkaufen. Glaubt das wirklich einer?

Überall wuseln die Inis in ihrem Städtchen an eigenen Projekten und Dingen herum und glauben, damit bundesweit hausieren gehen zu müssen. Die einen machen Siemens-Boykott, die anderen informieren über Uranabbau in Kanada, die anderen diskutieren die Wahrscheinlichkeit von Kernschmelzunfällen, andere sorgen sich um den Bau von Reaktoren in Osteuropa, wieder andere kämpfen für grünen Öko-Strom, einige für Solarstrom, andere basteln sich eine Windmühle und so weiter. Eine Bündelung all dieser sicher sinnvollen Teilaspekte findet nicht mehr statt, eine gemeinsame Diskussion gibt es nicht: jedeR macht, was er/sie will. Und das findet noch nicht einmal jemand schlecht. Statt eine politische Bündelung der gemeinsamen Anliegen zu organisieren wird von Vernetzung gefaselt. Vernetzung ist so etwas wie "wenn 10 Leute aneinander vorbei reden ist das immerhin besser, als wenn das nur drei machen."

Die Absage der Demo wird nun wahrscheinlich dazu führen, daß die Bundesregierung mit der Atomwirtschaft in relativer Ruhe an einem Konsens weiterbasteln kann. Anzunehmen ist, daß sie die wichtigsten Punkte des Atomprogramms bis zum Spätsommer geregelt haben wird: Das Ende der Wiederaufarbeitung wird je nach Situation und Verträgen für jede einzelne Atomanlage festgelegt. Bis zum jeweiligen Ende der WAA-Verträge werden an verschiedenen Atommeilern neue Zwischenlager beantragt. Entlang der Wirtschaftlichkeit der AKWs, die sich zusammensetzt aus elektrischer Leistung, Alter der Anlage, technischen Problemen und sicher auch aus der Entwicklung der europäischen Strompreise im Zuge der Liberalisierung der Energiemärkte, wird es einen Stillegungplan für die AKWs geben. Dabei könnte es einige Alt-Anlagen wie Stade oder Obrigheim schneller erwischen. Dies scheint auch deshalb plausibel, weil die Bundesregierung einigermaßen Wert darauf legen dürfte, daß es einen sichtbaren Auftakt für den Ausstieg gibt. Auch deshalb, weil es nach dem Konsens mit der Atomwirtschaft und der Absegnung des neuen Atomgesetzes im Herbst bzw. Winter dieses Jahres wieder Atomtransporte geben wird. Diese werden dann aber "Ausstiegstransporte" heißen.

Was kommt

nach dem Konsens?

Keine Frage: die ersten Castortransporte, zumal wenn sie nach Gorleben oder Ahaus rollen, werden von großen Aktionen begleitet werden. Dennoch wird sich das politische Umfeld verändern. Wie wird sich ein rot-grüner Atomkonsens ideologisch auswirken, wenn der Atomausstieg nur noch eine Frage der Zeit ist? Welche Mobilisierungskraft werden Anti-AKW-Aktionen dann noch haben, wenn die Atomwirtschaft nur noch ein Auslaufmodell ist? Wie wird sich die grüne Basis und das Umfeld der Partei verhalten, wenn die Bonner Spitze den Konsens abnickt? Werden sich diese Leute dann noch an Aktionen beteiligen und sich damit gegen "ihre" Regierung stellen? Oder werden sie abtauchen? Welche Auswirkungen wird es auf die Anti-AKW-Bewegung haben, wenn nun die ehemaligen MitstreiterInnen auf der Gegenseite stehen? Schon bei den Regierungsbeteiligungen auf Landesebene (z.B. in Niedersachsen) zeigte sich, daß damit die Widersprüche innerhalb der Anti-AKW-Bewegung anwuchsen und Aktionen eher gehemmt wurden. Wie sehen

Aktionen gegen Atomtransporte aus, wenn diese von den AKWs nur noch über wenige Kilometer ins benachbarte Zwischenlager gehen, aber nicht mehr zur WAA oder nach Gorleben? Wie werden die Medien reagieren, die bislang überwiegend freundlich und wohlwollend über die Anti-Castor-Aktionen berichtet haben? Welchen Einfluß haben sie auf die Mobilisierung?

Nicht daß eine bundesweite Demo gegen das Atomprogramm alle diese Fragen beantworten könnte. Aber die Vorbereitung einer solchen Demo hätte sicher die Möglichkeit geboten, mit anderen Bündnispartnern intensiver in die politische Debatte zu kommen, auch über Fragen des weiteren Umgehens mit einem modernisierten Atomprogramm.

DSe

29. Je weiter die Anreise, desto lauter der Protest. Erwerbslose und Linksradikale gegen den Kölner EU-Gipfel

EuromarschiererInnen, Erwerbslose und Linksradikale demonstrierten gegen Kölner EU-Gipfel

Autor: gw. · Rubrik: Westeuropa / EG allgemein · CD-Datei: daten/aksuche/ak427/43.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:427:43

Rund 30.000 Menschen aus vielen europäischen Ländern demonstrierten am 29. Mai in Köln gegen Erwerbslosigkeit, Ausgrenzung, Rassismus und Krieg - wenige Tage vor dem EU-Gipfel. So schön, bunt und laut der Demotag auch war, er zeigte auch, daß die EU-Thematik im bundesdeutschen Protest- und Widerstandsspektrum noch nicht richtig verankert ist. Rund 2.500 Menschen folgten wenige Tage später dem Aufruf des linksradikalen Bündnisses und demonstrierten gegen den EU-Gipfel.

Eines scheint bei Demonstrationen des "Euromarsches" gesichert: Regenklamotten oder Pullover können zu Hause bleiben. Wie vor zwei Jahren in Amsterdam begleitete strahlender Sonnenschein die rund 30.000 Demonstrierenden am 29.5. in Köln. Temperaturen, die nach möglichst wenig Textilien am Körper drängten. Gut beraten war, wer einen Sonnenschutz auf dem Kopf hatte.

Nur die Kölner Einsatzleitung der Polizei hatte den Sonnenschutz falsch verstanden. Helme mit herunter gelassenem Visier dienen höchstens einem Hitze- und Aggressionsstau. Einsatzleiter Granitzka koordinierte seine Kräfte vom Hubschrauber aus und wollte anscheinend seine Jungs und Mädels am Boden im wahrsten Sinne des Wortes heiß machen auf Randale.

Da die Temperaturen und die volle Kampfmontur der Staatsbesoldeten noch nicht zum Kampfeinsatz ausreichten, wurde flugs vom Hubschrauber aus gesichtet, daß angeblich aus einem im Demozug mitfahrenden Bauwagen Hunderte von Zwillen ausgegeben wurden. Daß es sich dabei um eine vollkommene Wahrnehmungstrübung des Einsatzleiters handelte, war zwar offensichtlich, aber irgendein Unsinnsgrund für die Anwesenheit von 12.000 uniformierten Waffenträgern in der Stadt mußte gefunden werden.

Im Gegensatz zur Einsatzleitung und zu den hitzegeschädigten Sondereinheiten behielten die GenossInnen des antifaschistischen Blocks kühlen Kopf und ließen sich nicht provozieren. Daß es nicht zu übleren Auseinandersetzungen kam, ist einzig der Besonnenheit der DemoteilnehmerInnen zu verdanken, die allerdings auch nicht in Ehrfurcht vor dem Polizeiaufgebot erstarrten, sondern entschlossen auf ihrem Demonstrationsrecht beharrten.

Leider verzögerten die Polizeiprovokationen die Demo erheblich, so daß die Schlußkundgebung nicht mehr zu einem krönenden Abschluß dieses sehr bunten Events wurde. Der zeitweise eingekesselte Demozug erreichte den Kundgebungsplatz erst, als viele schon wieder auf dem Heimweg waren.

Die Demonstration war trotzdem ein Erfolg; sowohl zahlenmäßig, als auch von der internationalen Zusammensetzung. Etwa zwei Drittel der TeilnehmerInnen waren aus anderen europäischen Ländern angereist. Die größten Gruppen kamen aus Frankreich, insbesondere von den Erwerbslosengruppen von AC! (agir ensemble contre le chomage - Gemeinsam handeln gegen Erwerbslosigkeit) und den Basisgewerkschaften SUD und der CGT. Eine Delegation von Renault-Arbeitern war ebenso zu sichten wie ein kleinerer Block der LCR (Ligue communiste révolutionnaire).

Internationale Zusammensetzung

Ebenfalls sehr stark vertreten waren GenossInnen von Rifondazione Comunista aus Italien und ein international zusammengesetzter anarcho-syndikalistischer Block (sehr beeindruckend mit einem Meer, na ja, sagen wir See an schwarz-roten Fahnen, Transparenten und einer lautstarken kämpferischen Stimmung). Aus Griechenland prägten die weißblauen Fahnen der griechischen kommunistischen Partei KKE das Bild.

Deutlich als Block wahrnehmbar waren kurdische Menschen, deren zentrales Anliegen die Freiheit für Öcalan war, und einige linke türkische Gruppen. Mit einem größeren Transparent machten Frauen auf den im

nächsten Jahr geplanten internationalen Marsch der Frauen gegen Armut und Gewalt aufmerksam, der mit Großdemonstrationen im Oktober 2000 in Brüssel bzw. New York enden soll.

Angeführt wurde die Demonstration von Euromarschierern, die sich einige Tage zuvor aus Brüssel bzw. Freiburg/ München auf den Weg gemacht hatten. In Köln trafen sie sich am Vortag der Demonstration mit der Euromarsch-Fahrraddemo und der Karawane "Geld oder Leben - für die Rechte der Flüchtlinge und MigrantInnen", die am 11. Mai in Prag startete und über Dresden, Wurzen, Leipzig, Braunschweig, Hannover nach Köln reiste. Die Interkontinentale Karawane - VertreterInnen von bäuerlichen und sozialen Bewegungen hauptsächlich aus Indien und Nepal - war ebenso dabei wie der ostdeutsche Arbeitslosenverband, andere Erwerbslosengruppen und antirassistische Initiativen. Auffällig war die Vielfalt an Gruppen und Initiativen und die thematische Breite.

Trotz dieser Vielfalt war die bundesdeutsche Beteiligung mit Sicherheit nicht zufriedenstellend. Hier müssen Euromarsch, Bündnis Köln 99 und andere Unterstützungsgruppen in nächster Zeit eine intensive "Ursachenforschung" und kritische Bilanzierung vornehmen. Fast gar nicht vertreten waren Gruppen der Friedensbewegung und der bundesdeutschen Gewerkschaften. Einzig eine größere Delegation der Gewerkschaft NGG (Nahrung, Genuß, Gaststätten), die seit ihrem letzten Gewerkschaftskongreß die Euromärsche unterstützt, wurde gesichtet.

Die Zusammenstellung der Redebeiträge der Auftaktkundgebung kann durchaus als programmatische Zielorientierung der Euromärsche verstanden werden. Der NGG-Vorsitzende Franz-Josef Möllenberg trat für ein sozialeres Europa ein, Pietro Maestri von der italienischen Antikriegskoalition für ein Europa ohne Nationalismus und Krieg.

Eine Möglichkeit, die Erwerbslosigkeit in Europa zu bekämpfen, sah Angelika Beier von der gewerkschaftlichen Koordinierungsstelle der Erwerbslosengruppen in Bielefeld in einer deutlichen Arbeitszeitverkürzung. Die Notwendigkeit einer internationalen Zusammenarbeit betonte Sister Philomine Mary aus Südindien für die Interkontinentale Karawane. Hasan Calhan vom Wanderkirchenasyl forderte gleiche Rechte für MigrantInnen.

Linksradikale Demo

Daß es auch eine andere Vorgehensweise der Polizei geben kann, zeigte ihr Verhalten bei der linksradikalen Demonstration am 3. Juni, also am ersten Tag des EU-Gipfels in Köln. Die Polizei zeigte zwar ebenfalls Präsenz, hielt sich aber mit Provokationen oder zu engem Spaliergehen zurück. So daß, entgegen allen Befürchtungen nach den Erfahrungen vom Samstag, die rund 2.500 TeilnehmerInnen ihre Demo wohlbehalten und in guter und kämpferischer Stimmung beenden konnte.

Thematisiert wurden im wesentlichen die Fragen Migration/Bleiberecht, Türkei/Kurdistan und Weltwirtschaft als Terrorregime. Längs dieser Themen ordneten sich neben einem großen Frauen- und Lesbenblock die DemoteilnehmerInnen ein.

Kurz vor der linksradikalen Beratungskonferenz kam es zu einer weiteren Spaltung in diesem Spektrum. Streitpunkt: die Einschätzung und Bewertung von nationalen Befreiungsbewegungen. Ein Konflikt, der das linksradikale Bündnis schon über Monate verfolgte und der kurz vor der Konferenz offen ausbrach. Die Solidarität mit nationalen Befreiungsbewegungen und eine gleichzeitige Kritik an ihnen ließen sich offensichtlich nicht unter einen gemeinsamen Konferenz-Hut bringen.

Die bunte internationale Demonstration in Köln am 29.5. hat wie die Demonstration vor zwei Jahren in Amsterdam gezeigt, daß mit den Euromärschen ein Netzwerk mit AC! als "ideologischem" und organisatorischem Zentrum geschaffen wurde, das eine konkrete europäische/internationale Zusammenarbeit möglich macht. Daß in Amsterdam die Stimmung doch wesentlich kämpferischer war, lag in der damaligen konkreten Kampf- und Aufschwungphase der französischen Erwerbslosen- und "Papierlosen"-Bewegung. Offensichtlich befindet sich AC! zur Zeit in einer Stabilisierungs- und Orientierungsphase.

Eine europäische Zusammenarbeit der radikaleren Linken wird auf Dauer nur dann fruchtbar sein, wenn aus den einzelnen Ländern/Regionen eigenständige Beiträge eingebracht werden. Deswegen ist darüber zu reden, wie sich Informationsaustausch und Diskussion zwischen den beteiligten Gruppen auf europäischer Ebene intensivieren lassen und wie daraus eine stärkere gemeinsame Praxis entwickelt werden kann.

An inhaltlichen Themen wird es mit Sicherheit nicht mangeln, wie die Beschlüsse des jüngsten EU-Gipfels zeigen. Neben den bisherigen Schwerpunktthemen von Euromarsch wird insbesondere die Entwicklung und Stärkung einer eigenständigeren EU Außen- und Kriegspolitik eine radikale Linke vor neue Aufgaben stellen. Dies setzt Versuche voraus, Bereichsabgrenzungen zu durchbrechen. In Zukunft wird das Nebeneinander der verschiedenen Ansätze nicht ausreichen, um der herrschenden EU-Politik dauerhaft eine Politik von unten entgegen zu setzen.

Die strategische Orientierung der Euromärsche und der europäischen Koordination wird dabei ebenfalls diskutiert werden müssen. Darunter fällt insbesondere eine kritische Bewertung der Rolle und Funktion der bundesrepublikanischen Gewerkschaftslandschaft. Unterschriften unter einen GewerkschafterInnen-Aufruf zur Kölner Demonstration sind zwar schön und gut. Allerdings bedeuten sie leider wenig, wenn aus diesem Spektrum kaum jemand zu sehen ist (Ausnahme NGG). In der Bundesrepublik stehen wir zusätzlich vor der Situation, daß (abgesehen von regionalen Ausnahmen) keine Erwerbslosenbewegung existiert, jedenfalls keine, die über eine gesellschaftliche Verankerung verfügt.

Des weiteren ist das inhaltliche Defizit bezüglich der Beschäftigung mit Fragen der europäischen Politik und deren Auswirkungen innerhalb der bundesdeutschen Linken offenkundig. In der Regel beschränkt sich das Wissen auf Auswirkungen der Schengenpolitik und eventuell auf europäische Repression. Man wird bei der Bilanzierung der diesjährigen Euromärsche ernsthaft diskutieren müssen, ob und wie dieser Mangel in nächster Zeit behoben werden kann und welche inhaltlichen Schwerpunkte gesetzt werden müssen.

Die Vorbereitungen zur nächsten Großaktion in der zweiten Jahreshälfte 2000 in Paris beim nächsten EU-Gipfel können dafür auf europäischer und nationaler, aber auch auf örtlicher Ebene genutzt werden. Davor wird es anläßlich des nächsten EU-Gipfels in Helsinki im kommenden Dezember einen europäischen Aktionstag gegen Billigjobs und Zwangsarbeit geben.

gw.

30. "Arbeit macht das Leben süß." Bündnis für Arbeit debattiert Niedriglöhne

Autor: dk. · Rubrik: Sozialpolitik · CD-Datei: daten/aksuche/ak427/37.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:427:37

Für den 6. Juli ist die nächste Kanzlerrunde im "Bündnis für Arbeit" angesetzt. Unklar ist noch, ob und wie die Spitzenrepräsentanten von Regierung, Gewerkschaften und Kapitalistenverbänden auch über die Einführung eines flächendeckenden Niedriglohnsektor diskutieren werden. Die jüngsten Pläne für subventionierte Niedriglöhne, die der Kölner Soziologe Wolfgang Streeck im Auftrag von Kanzleramtsminister Bodo Hombach vorgelegt hat, sind auf jeden Fall sowohl von IG-Metall-Chef Klaus Zwickel als auch von Dieter Hundt, Präsident der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA), kritisiert worden. Allerdings mit völlig anderen Hintergedanken.

Wolfgang Streeck vom Kölner Max.-Planck-Institut (MPI) für Gesellschaftsforschung gilt als kritisch-moderner Industriesoziologe. Zusammen mit Fritz W. Scharpf (ebenfalls beim MPI) gehört er zum engeren Beraterstab des SPD-Vorstandes in Arbeitsmarktfragen. Mit dem Papier zum Niedriglohnsektor, das Streeck zusammen mit dem Bonner Soziologen Rolf Heinze und zwei weiteren Wissenschaftlern Anfang Mai vorgelegt hat, ist nun einer der strategischen Kernpunkte der gesamten Bündnis-Veranstaltung in Angriff genommen.

Die Streeck-Hombach-

Connection

Der Leitgedanke des Streeck-Modells ist simpel: Billigjobs sind aufgrund der relativ hohen Lohnnebenkosten unattraktiv. Für die Unternehmer sind sie trotz allem teuer, für die Beschäftigten bleibt nach Steuer- und Sozialversicherungsabzug erst recht kein vernünftiges Nettoeinkommen übrig. Also übernimmt der Staat diese Lohnnebenkosten, so daß für die Kapitalisten nur die niedrigen tatsächlichen Löhne als Arbeitskosten anfallen und für die ArbeiterInnen der Bruttolohn fast dem Nettolohn entspricht. Der konkrete Vorschlag sieht vor, daß Erwerbseinkommen, die unterhalb des steuerfreien Existenzminimums von 1.500 DM im Monat liegen, von allen Sozialabgaben freigestellt werden. Die Arbeitnehmer- wie auch die Arbeitgeberbeiträge zu Renten-, Kranken-, Arbeitslosen- und Pflegeversicherung werden steuerfinanziert. Faktisch bezahlen somit Lohn- und EinkommenssteuerzahlerInnen, also die Beschäftigten diese Lohnsubvention.

Ab 1.500 DM wird die staatliche Subventionierung der Lohnnebenkosten bis zu einem Einkommen von 2.800 DM schrittweise abgebaut. Danach müßten dann von Unternehmern und Beschäftigten wieder reguläre Sozialversicherungsbeiträge gezahlt werden. Die Kosten einer solchen steuerfinanzierten Subventionierung von Niedriglöhnen werden auf einen jährlich zweistelligen Milliardenbetrag geschätzt; der Managerkreis der SPD-nahen Friedrich-Ebert-Stiftung geht von etwa 30 Mrd. DM im Jahr aus. Streeck will diese Kosten zum einen durch die nächste Stufe der "ökologischen Steuerreform", vor allem aber über Kürzungen bei der aktiven Arbeitsmarktpolitik (ABM und Maßnahmen des zweiten Arbeitsmarktes) und der Arbeitsverwaltung decken.

Mies bezahlte, deregulierte und entwürdigende Jobs unter unzumutbaren Arbeitsbedingungen schmackhaft zu machen, ist für Hombach und Streeck seit längerem eine Herzensangelegenheit. Bereits im Spätsommer letzten Jahres, damals noch Wirtschafts- und Verkehrsminister in Nordrhein-Westfalen, zeigte sich Hombach darüber verwundert, "daß überhaupt keine Arbeit zu haben (in Deutschland) offenbar immer noch höher geschätzt wird als ein ‚McJob`". (Spiegel, 41/1998) Wenn sich Menschen in diesem Land weigern, für 5,60 DM Stundenlohn in einer Spedition Kisten zu schleppen oder für 9 DM für eine Reinigungsfirma Öltanks zu schrubben, weil solche Arbeiten die Existenz nicht annähernd sichern können, dafür aber die Gesundheit ruinieren, so ist das in den Augen von Hombach eine "Verfestigung der Subventionsmentalität", der er mit einem "aktivierenden Sozialstaat" zu Leibe rücken möchte.

"Eine gering bezahlte Beschäftigung zu haben, ist allemal besser als gar keine Arbeit", sagt auch Wolfgang Streeck - so auf einer DGB-Veranstaltung im April diesen Jahres in Bonn. 10 DM in der Stunde, brutto natürlich, hält der Wissenschaftler mit einem Monatsgehalt von nicht unter 10.000 DM für einen "akzeptablen Mindestlohn". Um 5% könne so das Beschäftigungsniveau in der Bundesrepublik gesteigert werden. "Wir müssen erlauben, daß Beschäftigung zu produktivitätsgerechten Löhnen auch dort stattfindet, wo dies heute nicht möglich ist (...) Die potentiellen Firmengründer in diesem Bereich (dem Dienstleistungssektor), die wir ja

brauchen, müssen darauf vertrauen können, daß sie in den nächsten Jahren nicht ständig metallindustriebezogene Lohnerhöhungen zahlen müssen." (Die ZEIT, 16.4.1999) 3,4 Millionen Arbeitsplätze - so Hombach auf der erwähnten DGB-Veranstaltung - könnten durch einen Niedriglohnsektor vor allem im Dienstleistungsbereich geschaffen werden, insbesondere für Langzeiterwerbslose und SozialhilfeempfängerInnen.

In der prinzipiellen Argumentation liegen die Positionen von Hombach und Streeck nicht allzuweit von denen der Wirtschaftsverbände entfernt. Auch die von ihnen verbreiteten Zahlen ähneln in verblüffender Weise einer Studie, die das Institut der Deutschen Wirtschaft (IW), der "Think tank" der Arbeitgeberverbände, bereits 1997 veröffentlicht hatte. (IW-Trends, 3/1997) Unter dem Titel "Dienstleistungslücke und Niedriglohnsektor in Deutschland" kamen die Wissenschaftler der Unternehmer ebenfalls zu dem Ergebnis, daß die Beschäftigungsdichte im Dienstleistungsbereich hierzulande, gemessen etwa an den USA oder auch Dänemark, zu niedrig ist. Im Vergleich zu Dänemark wird eine "Dienstleistungslücke" von 5,8 Mio. Dienstleistungsarbeitsplätzen diagnostiziert. Das IW sieht im gesamten Niedriglohnbereich ein Potential von bis zu 3,2 Mio. Arbeitsplätzen (Hombach/Streeck 3,4 Mio.), davon 1,55 Mio. für Erwerbslose (Hombach/Streeck 1,5 Mio.).

Viele Varianten, ein Ziel

Insbesondere wegen der enormen Kosten ist der Vorschlag, den Streeck u.a. jetzt vorgelegt haben, von allen Seiten heftig kritisiert worden. Er passe angesichts der Haushaltssituation nicht in die Landschaft, ließ Auftraggeber Bodo Hombach verlauten. Auch Klaus Zwickel sprach von einem nicht finanzierbaren "puren Aktionismus" und möchte das Thema am liebsten erstmal ganz von der Tagesordnung der Bündnisgespräche nehmen. Und trotz der ideologischen Nähe stieß das Streeck-Papier auch bei den Kapitalisten auf wenig Gegenliebe. Nicht finanzierbare Subventionierung nach dem Gießkannenprinzip, ließ Dieter Hundt verlauten. Sympathie konnte er lediglich der Idee entgegenbringen, die Mittel für den zweiten Arbeitsmarkt zu streichen. (Handelsblatt, 18.5.1999).

Das heißt natürlich nicht, daß die Unternehmerverbände prinzipiell gegen die staatliche Durchsetzung eines Niedriglohnsektors wären. Ihnen geht es jedoch um grundsätzlichere, ordnungspolitische Dinge, etwa um "echte Niedriglöhne" und eine deutliche Verschärfung der Lohnspreizung. In der Sprachregelung der Unternehmer soll eine eventuelle Lohnsubventionierung vor allem "zielgenau" sein. Dahinter verbirgt sich die Sorge, die Sozial- und Arbeitslosenhilfe könnten zu einer weniger wirksamen Peitsche der Arbeitsvermittlung werden. Folgerichtig betonen Hundt und andere in der momentanen Niedriglohndebatte, daß Sozial- und Arbeitslosenhilfe zusammengeführt und vor allem ausreichend gering sein müssen. Unterstützung bzw. "Subventionen" sollen an eine Verschärfung der Arbeitspflicht und an die "individuelle Bedürftigkeit" gekoppelt werden (Handelsblatt, 18.5.1999). Die Arbeitgeber setzen bei ihren Vorstellungen von Niedriglohn daher in erster Linie auf "produktivitätsorientierte" (Tarif-)Löhne (mit der Konsequenz von Zweit- und Drittjobs, wenn einer zum Leben nicht reicht) sowie auf ein Kombi-Lohn-Modell auf Basis der Sozialhilfe, d.h. mit strenger Bedürftigkeitsprüfung und Arbeitszwang.

Auch wenn der Streeck-Vorschlag von allen Seiten kritisiert wird, sollte nicht übersehen werden, daß es von Unternehmern bis Gewerkschaften, von CDU/CSU über FDP bis zur SPD und den Grünen einen breiten Konsens über die Notwendigkeit eines Niedriglohnsektors gibt. Neben dem jüngsten Streeck/Heinze-Papier liegen der Steuerungsgruppe des Bündnisses für Arbeit mehrere Entwürfe für subventionierte Niedriglohnbereiche vor:

- Vorschlag der Friedrich-Ebert-Stiftung: degressiver steuerfinanzierter Zuschuß zu den Sozialversicherungsbeiträgen von Beschäftigten und Unternehmern bei Einkommen zwischen 1.500 und 3.000 DM. Beitragsfreiheit für Einkommen unter 1.500 DM.

- SPD-Antrag aus der vergangenen Legislaturperiode: progressive Staffelung der Sozialabgaben für Unternehmer und Beschäftigte; Bezuschussung der Beiträge bei niedrigen Einkommen (bei 10 DM/ Stunde 100%, bei 18 DM/Stunde 0%. Kombi-Lohn für SozialhilfeempfängerInnen

- Scharpf-Modell: degressiver, steuerfinanzierter Zuschuß bei niedrigen Stundenlöhnen: von 5 DM für Stundenlöhne von 5 DM bis zur Einstellung des Zuschusses bei 15 DM/Stunde. Die Zuschüsse werden an die Unternehmer gezahlt und sind steuer- und abgabenpflichtig.

- BDA-Vorschlag: Absenkung der tariflichen Einstiegslöhne und Anrechnung der Erwerbseinkommen auf die Sozial- und Arbeitslosenhilfe in Verbindung mit verschärfter Arbeitsverpflichtung (Kombi-Lohn-Modell)

- Mainzer Modell: degressiver, steuerfinanzierter Zuschuß zum Arbeitnehmeranteil an den Sozialversicherungsbeiträgen von 100% bei der Geringfügigkeitsgrenze (630 DM) bis 0% ab 1.550 DM monatliches Bruttoeinkommen.

- Riester-Vorschlag in verschiedenen Varianten: degressive steuerfinanzierte Bezuschussung der Arbeitnehmeranteile an der Sozialversicherung für Einkommen bis 1.575 DM oder 1.890 DM. Zusätzlich Kombi-Lohn: SozialhilfeempfängerInnen sollen ein Jahr lang bis zur Höhe des Sozialhilferegelsatzes anrechnungsfrei hinzuverdienen können.

Modern Talking

Vorschläge und Modelle zum Niedriglohnsektor haben Konjunktur. Der SPD-Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen, Clement, spricht im Hinblick auf die Diskussion um Niedrig- und Kombi-Löhne davon, daß "kein vernünftig erscheindender Weg unerprobt bleiben" dürfe. Thea Dückert, arbeitsmarktpolitische Sprecherin der grünen Bundestagsfraktion, stößt in dasselbe Horn: "Allerdings darf nichts unversucht bleiben." Ihre Fraktion hatte bereits am 28. März diesen Jahres ein Grundsatzpapier für eine "Initiative für Investitionen, Arbeit und Umwelt" verabschiedet, in dem ausdrücklich die "Erprobung eines teilsubventionierten Lohnsektors" im Dienstleistungsbereich gefordert wird. Auch die Idee des Kombi-Lohns machen sich die Grünen in diesem Papier zu eigen. Nordrhein-Westfalen, Schleswig-Holstein und Berlin haben sich bereit erklärt, Kombi-Lohn-Modelle und Subventionierungen eines Niedriglohnsektor in Pilotprojekten zu testen. In der Stadt Mainz wird die Niedriglohnsubvention bereits erprobt.

Jedes Mal sind es sozialdemokratische oder rot-grüne Regierungen, die hier die Initiative ergreifen. In Hessen z.B. ist es der Landesvorsitzende von Bündnis 90/Die Grünen, Tom Koenigs, gewesen, der bei der TU Darmstadt ein umfangreiches Gutachten zur Niedriglohnsubventionierung in Auftrag gegeben hat. (1) Auch er feiert Lohnkostenzuschüsse für NiedrigverdienerInnen im Dienstleistungssektor als Durchbruch für eine "soziale Arbeitsmarktpolitik."

Die Tatsache, daß in diesen Bereichen der sog. personenbezogenen Dienstleistungen zu wenig Arbeitsplätze zu finden seien, erklärt auch die Grünen-Studie ganz im neoliberalen Mainstream mit "inflexiblen Löhnen" und mit "spezifischen soziokulturellen Einstellungen gegenüber diesen Arbeitsmöglichkeiten". M.a.W.: Es geht bei der Subventionierung eines Niedriglohnsektors darum, "unmoderne" Verweigerungshaltungen gegenüber unzumutbaren Arbeitsbedingungen zu brechen; eine Argumentation, wie sie auch Bodo Hombach gebraucht.

Ob allerdings mit einem subventionierten Niedriglohnsektor in welcher Variante auch immer die Erwerbslosigkeit tatsächlich reduziert wird, ist durchaus fraglich. Das Zentrum für Europäische Wirtschaftspolitik (ZEW) geht z.B. davon aus, daß höchstens 100.000 neue Stellen zu erwarten wären. Auch das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) der Nürnberger Bundesanstalt für Arbeit rechnet nur mit geringen Beschäftigungszuwächsen. In einer am 22. Mai veröffentlichten Analyse geht das IAB davon aus, daß die Mehrzahl der Langzeiterwerbslosen, insbesondere ältere, auch bei subventionierten Billigjobs nicht vermittelbar wären.

Ginge es nach den Grünen-Beratern aus Darmstadt, dann würde der Niedriglohnsektor nicht durch direkte Subventionen, sondern über Steuererleichterungen gefördert. Ihnen schwebt dabei ein Modell der negativen Einkommenssteuer vor, in dem Erwerbseinkommen bis zu einer gewissen Höhe nicht nur steuerlich befreit, sondern sogar mit Steuerrückerstattungen bezuschußt werden. Diese Art der Niedriglohnförderung begibt sich in unmittelbare Nachbarschaft zur Diskussion um eine garantierte Grundsicherung. Auch diese, vor allem von den Grünen propagiert, kann in Verbindung mit der Verpflichtung zur Arbeit als indirekte Subventionierung von Niedriglöhnen ausgestaltet werden: Grundsicherung plus Niedriglohn wäre dann eine Variante proletarischer Reproduktionsbedingungen.

Druck auf die (Tarif-)Löhne, verschärfte Arbeitsverpflichtung für Erwerbslose und SozialhilfeempfängerInnen, Zerbrechen von "unangemessenem Anspruchsdenken" in Bezug auf Löhne und Arbeitsbedingungen: Das sind die profanen Kerne der Niedriglohndiskussion. Gleichzeitig wird in dieser Debatte "Arbeit als Prinzip"

ideologisch ungeheuer aufgeladen. Bombastisch spricht Hombach von "der Würde, der Kraft und der Ethik der eigenen Arbeit" oder stellt die rhetorische Frage, ob nicht jeder Job besser sei als keiner. (Spiegel, 41/1998)

Phrasen wie diese stellen durchaus einen qualitativen Sprung in der ideologischen Auseinandersetzung dar. Es ist noch nicht lange her, da hieß es flächendeckend "Arbeit muß sich wieder lohnen". Heute weiß jeder, daß es "lohnende Arbeit" für immer weniger Menschen gibt. Also muß die Arbeit selbst zum Ziel gemacht werden. Und entsprechend betonen insbesondere rot-grüne Modernisierer mit linker Vergangenheit gerne die Bedeutung von "Arbeit" für das Selbstwertgefühl, für die eigene Würde, für die soziale Integration etc. Es sind die "Querdenker" mit marxistischem Hintergrundwissen, die Streecks, Koenigs oder auch Riesters, die mit "kreativem Touch" im Rahmen des Bündnisses für Arbeit eine Art regulierter Deregulierung durchsetzen. Der subventionierte Niedriglohnsektor ist sowohl praktisch wie ideologisch ihr Gesellenstück.

dk

Anmerkungen:

1)Roland Klopfleisch, Werner Sesselmeier, Martin Setzer: "Möglichkeiten des Wiedereinstiegs ins Erwerbsleben für Langzeitarbeitslose in Hessen", Darmstadt, September 1998

31. Berichtigung zu "Die extreme Rechte als Friedensbewegung"

Arbeitshetze statt Arbeitsplätze - 35-Stunden-Woche in Frankreich

Autor: Bernhard Schmid · Rubrik: Frankreich · CD-Datei: daten/aksuche/ak427/23.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:427:23

Am 1. Juli 1998 trat in Frankreich das gesetzliche Arsenal in Kraft, mit dem der Übergang zur 35-Stunden-Woche als Regelarbeitszeit in die Wege geleitet werden soll. Damit wird das Herzstück des "Reformprogramms" der amtierenden Linksregierung unter Lionel Jospin umgesetzt, das durch die Koalitionsparteien als wichtiges Instrument zur Zurückdrängung der Arbeitslosigkeit präsentiert wird. Bisher betrug die gesetzliche Wochenarbeitszeit 39 Stunden, die reale Durchschnitts-Arbeitswoche der Franzosen und Französinnen 41 Stunden und 48 Minuten. Bereits 1981, nach der Bildung der Linksregierung unter François Mitterrand und Georges Marchais, war die Einführung der 35-Stunden-Woche angekündigt worden. Im Zuge der zunehmenden Probleme mit der Macht der wirtschaftlichen Entscheidungsträger wurde das Projekt allerdings alsbald wieder fallengelassen.

Das nach der amtierenden sozialdemokratischen Arbeitsministerin "Aubry-Gesetz" (Loi Aubry) getaufte Regelwerk hat zunächst zur Folge, daß seit dem 1. Juli 1998 jedes Unternehmen, in dem die Gewerkschaften mit der Direktion ein Abkommen zur Arbeitszeitverkürzung ausgehandelt haben, Anspruch auf staatliche Unterstützungszahlungen hat. In dem Fall, daß die Arbeitszeit in dem Unternehmen um mindestens 10 Prozent gekürzt wird und zugleich mindestens 6 Prozent neue Arbeitskräfte eingestellt werden, kann das Unternehmen pro Beschäftigten 9.000 Francs (2.700 DM) im ersten Jahr, 8.000 Francs im zweiten Jahr, 7.000 Francs im dritten und 5.000 Francs im fünften Jahr kassieren. Bedingung ist, daß die durch Neueinstellungen erhöhte Beschäftigtenzahl mindestens zwei Jahre lang beibehalten wird; in dem Falle fließen die Begleitzahlungen fünf Jahre lang. Das Unternehmen kann also schon im dritten Jahr Entlassungen vornehmen - die Unterstützungszahlungen gehen weiter.

Die Verkürzung der Arbeitszeit (in Frankreich in breiten Kreisen nurmehr kurz "RTT" genannt, für réduction du temps de travail) wird derzeit in Frankreich nach einer Prozedur umgesetzt, die von den regierenden Sozialisten 1997 erfunden wurde und welche die RTT im Rahmen eines neu zu findenden "Konsenses" zwischen Arbeit und Kapital herbeiführen soll. Die Loi Aubry beschränkt sich darauf, die "Sozialpartner" durch die für erfolgreiche Abkommen in Aussicht gestellten Subventionen dazu "anzustacheln", in Verhandlungen über die RTT zu einem Konsens zu finden. Kehrseite der Arbeitszeitverkürzung ist in der Regel die erhöhte "Flexibilität" und "Abrufbarkeit" der Arbeitskräfte.

Der 2. Teil der Reform: Aubrys "Besengesetz"

Bis Ende Juni soll nun im Arbeits- und Sozialministerium ein zweites Gesetz zur RTT erarbeitet werden - auf Grundlage einer bilanzierenden Analyse der bis dahin geschlossenen Betriebsvereinbarungen. Diese loi balai (das "Besengesetz") soll die Situation jener Betriebe erfassen, die bis dahin keine Abkommen abgeschlossen haben. Nur das, was in den bisherigen Abschlüssen zwischen den Vertragspartnern konsensfähig war, soll in den Text einfließen. Nach dessen Verabschiedung soll das 35-Stunden-Gesetz, nach den so festgelegten Modalitäten, zur allgemeinen Norm werden.

Die Gewerkschaftsorganisationen und der Unternehmerverband MEDEF (früher CNPF) haben in den letzten Wochen damit begonnen, ihre Forderungen an das "zweite Gesetz" zu formulieren. Der MEDEF forderte etwa eine "Übergangsphase" bis 2001 (anstatt der ursprünglich geplanten Einführung der 35 Stunden in großen und mittleren Betrieben bis zum 1. Januar 2000). Darin wurde er sofort von der Chefin des sozialliberalen Gewerkschaftsbunds CFDT, Nicole Notat, unterstützt, die den Unternehmen "Zeit zum Verhandeln" (bevorzugt mit ihrer eigenen Organisation) geben will. Für die (KP-nahe) CGT hingegen forderte ihre "Nummer Zwei", Maryse Dumas, die 35-Stunden-Woche ohne Wenn und Aber zum 1.1.2000 einzuführen und die mit der RTT verbundene Einführung von "Flexibilität" auf ein Minimum zu reduzieren (im Rahmen einer maximalen Schwankung der Länge der Arbeitswoche zwischen 30 und 40 Stunden). Ferner forderte die CGT, der Gesetzgeber solle die "Sozialpartner" zur Neuverhandlung jener Abkommen zwingen, die für die Beschäftigten ungünstigere Regelungen als die letztlich im "zweiten Gesetz" festgeschriebenen enthalten.

Mehrere prominente Arbeitsinspektoren - so heißen die Funktionäre des Arbeitsministeriums, die über die Einhaltung der Gesetzgebung wachen sollen-, die Mitglieder verschiedener Linksparteien sind (von den Sozialisten über die linksnationalistische "Bewegung der Citoyens", die KP und die Grünen bis hin zur trotzkistischen LCR), haben in der zweiten Maiwoche einen gemeinsamen Text publiziert. Darin verlangen sie eine scharfe Fassung des "Besengesetzes"; einige ihrer Vorschläge ähneln den zitierten der CGT. Daneben soll das "zweite Gesetz zur RTT" Überstunden drastisch beschränken und verteuern und auch die Arbeitszeiten der Angestellten effektiv kontrollieren. (Deren Arbeitszeit ist häufig über Pauschalen geregelt, was Arbeitsleistungen bis zu 80 Stunden pro Woche zur Folge hat; nach geltendem Gesetz wäre dies eigentlich nur für Spitzenkräfte zulässig, in 95 Prozent der Fälle aber ist es vollkommen illegal.) Für die Einstellung zusätzlicher Arbeitskräfte sollen die Unternehmen nur dann Subventionszahlungen bekommen, wenn die gewählten Vertreter der Beschäftigten (etwa der Betriebsrat) die "Echtheit" der neuen Arbeitsplätze durch ein Votum bestätigen.

Das derzeit in Ausarbeitung befindliche "zweite Gesetz" soll erneut ein "Anreizgesetz" sein - nicht eines, das die Unternehmen zur Arbeitszeitverkürzung zwingt. Der Anreiz soll in einer Absenkung der Sozial- und anderen Abgaben für die unteren Lohngruppen bestehen. Dadurch soll die Anstellung von Arbeitskräften mit relativ geringer Qualifikation begünstigt werden. Ausgeglichen werden sollen die dadurch für den Staat entstehenden Ausfälle von Einnahmen durch zwei neue Steuern: erstens eine Steuer auf die Gewinne aller Unternehmen, die einen Umsatz von mehr als 50 Millionen Francs jährlich machen; zweitens eine Ökosteuer auf intensiv die Umwelt verschmutzende Produktionszweige. Die CGT hat diese "künstliche" Verbindung zwischen Umweltproblematik und RTT bereits kritisiert.

Nebenwirkungen der "Sauce Aubry"

Eine wachsende Anzahl der abhängig Beschäftigten scheint zum heutigen Zeitpunkt der Ansicht zu sein, daß "Aubry hier eine Höllenmaschine in Gang gesetzt hat, aus deren Mechanismus wir nun nicht mehr herauskommen". Dazu muß man wissen, in welchem Ausmaß die Entwicklung der Tarifverhandlungen in Frankreich während der letzten Jahre auf eine extrem schiefe Ebene abgerutscht ist - in einem Land, in dem verschiedene Richtungsgewerkschaften miteinander konkurrieren. Gemäß dem französischen Arbeitsgesetzbuch kann eine einzige Gewerkschaft, die als "repräsentativ" anerkannt ist - und sei sie noch so minoritär - ein rechtsgültiges Abkommen abschließen, das für alle Beschäftigten des Betriebes oder der Branche verbindlich ist.

Dies sieht ein Gesetz aus dem Jahre 1950 vor, das damals zu dem Zwecke verabschiedet worden ist, Abkommen der "Sozialpartner" am KP-nahen Gewerkschaftsbund CGT vorbei abschließen zu können - die CGT hatte damals in der Arbeiterklasse die absolute Hegemonie. Der einzige Rettungsanker gegen beschäftigtenfeindliche Abkommen ist das "Vetorecht" anderer Gewerkschaften, wobei dieses dermaßen hohen rechtlichen Anforderungen unterliegt, daß es in der Praxis fast nie ausgeübt werden kann - die "opponierenden" Gewerkschaften müssen etwa bei der letzten Betriebsratswahl die Stimmen von mindestens 50 Prozent der eingeschriebenen Wähler, also in der Praxis mindestens 70 bis 80 Prozent der abgegebenen Stimmen, erhalten haben.

Der Regierungsbeschluß, den Übergang zur 35-Stunden-Woche als gesetzlicher Regelarbeitszeit auf dem beschriebenen Wege zu organisieren, wurde zum ersten Mal auf dem von Premierminister Jospin veranstalteten "Sozialgipfel" am 10. Oktober 1997 verkündet. Der angestrebte Konsens der "Sozialpartner" kam aber formell nicht zustande, weil der Unternehmerverband CNPF (inzwischen in MEDEF umgetauft) wegen der Perspektive des angeblichen "Zwangs zur Einführung der 35-Stunden-Woche" Zeter und Mordio schrie. Das laute Geschrei sollte freilich nur die geschickte und effektive Doppelstrategie verdecken, gleichzeitig politisch gegen eine "verbindliche und zwanghafte" Arbeitszeitverkürzung zu protestieren und zugleich die von der Loi Aubry angebotenen Möglichkeiten zu nutzen.

Das Unternehmerlager interessiert dabei vor allem die "Flexibilität" bei der Verwendung der Arbeitskräfte je nach Auftragslage und Bedarf des Betriebes. Dies hat die Jospin-Regierung von Anfang an durchgesetzt. Der Premierminister sprach in seiner Rede vom 10. Oktober 1997 ausdrücklich von notwendigen "Gegenleistungen" der Lohnabhängigen für die Arbeitszeitverkürzung, in Form von "Mäßigung der Lohnentwicklung" während der letzten Jahre einerseits (das wurde in der Realität aber nur selten vereinbart: 80 Prozent der geschlossenen Abkommen haben keine Auswirkungen auf die Löhne) und auf der Ebene der

"Organisation der Arbeitszeit" andererseits. Sein sozialliberaler Wirtschaftsminister Dominique Strauss-Kahn pries am 1. Februar 1998 auf dem Weltwirtschaftsgipfel in Davos die - in Ausarbeitung befindliche - Loi Aubry an, weil sie die Tür für mehr flexibility öffnen würde.

Von der Kapitalseite bevorzugt wird die Flexibilität in der Form der annualisation. Dieser aus dem Wort l'année (das Jahr) abgeleitete Begriff bezeichnet einen Mechanismus, nach dem die durchschnittliche Wochenarbeitszeit für die Dauer eines Jahres zum Maßstab genommen wird. Je nach Bedarf des Betriebes können sich so für die Beschäftigten Arbeitswochen von 0 und solche mit 48 Stunden Dauer abwechseln, ohne daß die über die Regelarbeitszeit von 39 bzw. 35 Stunden hinausgehende Arbeitszeit als Überstunden angerechnet und bezahlt wird. Gerade mit der Welle von Verhandlungen gemäß der Loi Aubry breitet sich diese Praxis rapide aus.

Wo sind die neuen Arbeitsplätze?

Oftmals sind es allerdings auch die Beschäftigten, die eine RTT in Form der annualisation ausdrücklich wollen - aus dem einfachen Grunde, weil sie einer Verkürzung der täglichen Arbeitszeit um 48 Minuten oder der wöchentlichen um 4 Stunden ausgesprochen skeptisch gegenüberstehen. Sie bevorzugen die Arbeitszeitverkürzung in Form von ganzen freien Tagen, auch wegen der langen Arbeitswege insbesondere im Raum Paris.

In 60 von insgesamt 175 Branchen sind mittlerweile Branchenabkommen abgeschlossen worden; auf Betriebsebene, wo die Branchenabkommen in konkrete Vereinbarungen umgesetzt werden müssen, zieht die Entwicklung erst allmählich nach. Am 5. Mai 1999 waren 4.076 Abkommen geschlossen, die 1,1 Millionen Lohnabhängige betrafen. Dadurch wurden 43.000 Neueinstellungen ermöglicht und 14.000 zuvor durch Entlassungspläne bedrohte Arbeitsplätze "gerettet". Die Jospin-Regierung spricht derzeit von der Möglichkeit 100.000 geschaffener bzw. "geretteter" Arbeitsplätze bis zum Jahresende 1999, der erste parlamentarische Bericht - der Rapport Gorce, den vor zwei Monaten der sozialistische Abgeordnete Gaetan Gorce präsentierte - von möglicherweise 250.000 bis zum Jahresende 2.002. Um die ursprünglich von Jospin angekündigten "700.000 neu zu schaffenden Arbeitsplätze" ist es mittlerweile recht still geworden. Hinzu kommt, daß 13.320 der insgesamt 43.000 auf diesem Wege "neu entstandenen" Arbeitsplätze in großen öffentlichen Unternehmen (bei der Post, dem öffentlichen Strom- und Gasunternehmen EDF-GDF, der Eisenbahngesellschaft SNCF) geschaffen wurden. Hier ist der Staat selbst Arbeitgeber und hat somit eine politische Entscheidung getroffen, um die Bilanz der Loi Aubry zu verbessern.

Denn wie sich herausstellte, hatten es die größten Betriebe des privaten Wirtschaftssektors in den meisten Fällen vorgezogen, ihre RTT-Abkommen mit den Gewerkschaften ohne die durch die Loi Aubry vorgesehenen Finanzhilfen des Staates abzuschließen. Dies erklärt sich in der Regel daraus, daß die RTT-Regelungen ihnen fast ausschließlich zur Umorganisierung der Arbeitszeiten und zur Einführung einer starken Dosis "Flexibilität" dienen. Arbeitsplätze - Voraussetzung für die Gewährung von Subventionen nach der Loi Aubry - werden so kaum oder gar nicht geschaffen. (Die Subventionen genutzt haben vor allem kleine und mittlere Unternehmen.)

Darüberhinaus ist es interessant zu untersuchen, wo in den Betrieben wirklich zusätzliche Stellen geschaffen werden. Dem Wirtschaftsmagazin Challenges (Januar 1999) zufolge dienen die Aubry-Abkommen den Unternehmen in vielen Fällen hauptsächlich dazu, durch bessere, d.h. rentablere (da flexiblere) Nutzung der Arbeitskräfte Produktivitätszuwächse zu erzielen, um größere Marktanteile zu erobern. Neueinstellungen würden so vor allem in den Marketing- und Vertriebsabteilungen vorgenommen, um der Expansion auf dem Markt Herr zu werden.

Daraus lassen sich zwei Schlußfolgerungen ziehen: Zum einen geht im Regelfall, soweit nicht die Gesamtökonomie in starkem Maße wächst, der Zuwachs an Marktanteilen für ein Unternehmen auf Kosten der Marktstellung anderer, konkurrierender Betriebe, die auf demselben Sektor aktiv sind. Wenn auf diese Weise in einigen Betrieben, die dank ihrer "Flexibilität" Produktivitätszuwächse erzielen und expandieren können, neue Stellen geschaffen werden, so wird gesamtgesellschaftlich - berücksichtigt man den möglichen Stellenabbau bei den geschwächten Konkurrenzunternehmen - die Zahl der Arbeitsplätze nicht größer. Zum anderen wird auch die Arbeitsbelastung der Beschäftigten in anderen Abteilungen, außer den Marketing- und Vertriebssektoren, nicht geringer, da sie trotz nominell kürzerer Arbeitszeiten dasselbe Arbeitsvolumen zu leisten haben.

Wenig Druck von unten

Dennoch scheinen die allermeisten befragten Beschäftigten, die bereits mit der RTT nach dem "Aubry-Gesetz" Erfahrungen gemacht haben, unter dem Strich zufrieden: Nach einer vom Arbeitsministerium in Auftrag gegebenen Umfrage des IPSOS-Instituts unter 466 Beschäftigten (Zeitraum: 22. bis 27. April 1999) sollen es gar 85 Prozent der Befragten sein. Auf einem ganztägigen Kolloquium der grünen Parlamentariergruppe in der Pariser Nationalversammlung warnte der Arbeitsrechtler Thierry Billet - der vor allem Fragen der Gesundheit am Arbeitsplatz untersucht hat - vor einer unkritischen Sicht auf dieses Ergebnis. Seiner Ansicht nach ist dieses Resultat vor allem Ausdruck der Tatsache, daß in vielen Betrieben heute ein derartig streßreiches Arbeitsklima herrscht, daß die meisten Beschäftigten vor allem das Ziel haben, "für einen Tag dem entzogen zu sein, einen Tag nicht dem Druck ausgesetzt zu sein, selbst wenn sie im Ausgleich dafür an allen anderen Tagen mehr arbeiten (und noch abrufbereiter sein) müssen!"

Diese Haltung - Hinnahme der Frustrationen am Arbeitsplatz und "Abreagieren" im privaten Freiraum - verheißt nichts Gutes bezüglich der Möglichkeit kollektiver Aktionen, um die Zustände in der Arbeitswelt zu verändern.

Bernhard Schmid, Paris

Berichtigung

In Bernhard Schmids Artikel "Die extreme Rechte als ‚Friedensbewegung`" (ak 426, Seite 11) haben sich durch die redaktionelle Bearbeitung zwei Fehler eingeschlichen. Im ersten Absatz heißt es richtig, daß der Diskurs der französischen Neofaschisten "die offiziellen Legitimationen der Kriegspolitik für bare Münze nimmt, ihre Wertmaßstäbe aber ablehnt." Die Erläuterung, was damit gemeint ist, tragen wir hiermit nach: "Weltweite Demokratie und Menschenrechte sind in den Augen der extremen Rechten eine gefährliche, ja totalitäre Utopie, die an den ‚natürlichen Realitäten` (Ungleichheit der Menschen usw.) vorbeigehe. Allein Kriege zur ‚gesunden Verteidigung egoistischer Nationalinteressen` sind in ihren Augen wert, geführt zu werden."

In der zweiten Spalte erscheint durch Verwendung der indirekten Rede eine Kommentierung des ak-Autors als Äußerung Le Pens. Richtig ist: Die Wertung, die Sezession Kroatiens habe "entscheidend zur Zerschlagung des multinationalen Föderalstaates beigetragen", stammt nicht von Le Pen, sondern von Bernhard Schmid. Wir bitten um Entschuldigung.

ak-Redaktion

32. Konservativ - reaktionär - faschistoid. Wo steht die "Deutsche Burschenschaft" in den neunziger Jahren?

Autor: Hans Grabenhorst · Rubrik: Rechtsradikale, Neonazis · CD-Datei: daten/aksuche/ak427/18.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:427:18

Die Deutsche Burschenschaft gehörte schon immer zu den national-konservativen Dachverbänden der studentischen Verbindungen. Seit einigen Jahren zeichnet sich eine weitere Radikalisierung ab: Die Mitgliedsbünde des rechten Flügels gewinnen die Oberhand in dem Zusammenschluß farbentragender und schlagender Verbindungen. Das hat der letzte "Deutsche Burschentag" in Eisenach Ende Mai eindrucksvoll gezeigt. Als neue Vorsitzende Verbindung der Deutschen Burschenschaft wurde die Rheinfranken Marburg gewählt, der mehrere Mitglieder der Republikaner und des Bundes freier Bürger angehören. Und bei den Ausschußwahlen konnten sich ebenfalls mehrheitlich die Kandidaten der teilweise rechtsextremen Verbindungen durchsetzen. Trotz der neofaschistischen Tendenzen einiger Bünde haben konservative Politiker keinerlei Berührungsängste mit der Deutschen Burschenschaft. In diesem Jahr sprach Helmut Kohl als Festredner auf dem "Burschentag", auch wenn seine Fürsprache für die Anerkennung der bestehenden deutschen Grenzen nicht die ungeteilte Zustimmung der Delegierten fand. Die hätten sich wohl lieber die Redner vergangener Jahre zurückgewünscht. Damals sprachen beispielsweise der Bonner Politologe Hans-Helmuth Kütter - Referent im Studienzentrum Weikersheim, Autor in den rechtsextremen Blättern Mut, Criticón und Junge Freiheit und Schreiber des Anti-Antifa-Buches "Die Faschismus-Keule - Das letzte Aufgebot der Linken" - oder der stellvertretende Vorsitzende des revanchistischen Witikobundes, Horst Übelacker.

Die bundesdeutschen Universitäten der neunziger Jahre sind nicht länger Bastionen der (radikalen) Linken. Eine Studie von Infratest kam 1995 zu dem Ergebnis, daß sich ein Viertel der befragten Studierenden in einer "autoritären, fast schon antidemokratischen Gedankenwelt" bewegte. Dieses Ergebnis wurde von einer 1996 durchgeführten Untersuchung des Instituts für Sozialforschung bestätigt: 13% der Befragten wurden von den WissenschaftlerInnen der extremen Rechten zugeordnet, 10% den Neokonservativen. Die Studie ergab zudem, daß 25% an elitären Einstellungen festhielten und 16% nationalistischen Ideologemen nicht ablehnend gegenüberstanden. 45% erklärten sich bereit, Nationalitäten aufzulisten, die sie nicht mochten.

Ein deutliches Zeichen sind auch die guten Ergebnisse rechter Listen bei den Wahlen zum Studierendenparlament. Vor allem studentische Verbindungen spielen für die Renaissance nationalistischer Politik an den Hochschulen eine zentrale Rolle. In nahezu allen rechtsintellektuellen Zirkeln und rechtskonservativen Listen - vor allem im RCDS (Ring Christlich-Demokratischer Studenten) - finden sich Korporierte. Oft werden ihre Häuser von (noch) radikaleren Rechten als Veranstaltungsorte genutzt.

Um den politischen Einfluß der Verbindungen einschätzen zu können, ist ein Blick auf ihre zahlenmäßige Stärke aber unzureichend, da zahlreiche Korporierte wichtige Positionen in Wirtschaft, Politik und Gesellschaft bekleiden. So trafen sich im Oktober 1988 auf einem Interkorporationsworkshop von Waffenstudenten aus der Industrie in Frankfurt am Main Führungs- und Nachwuchskräfte aus der Wirtschaft mit Politikern, um zu ermessen, wie groß der politische Einfluß der studentischen Korporationen sei. Dort wurde geschätzt, daß sich von insgesamt 160.000 Korporierten 40.000 in Führungspositionen befänden.

Karrierehilfe Deutsche Burschenschaft

Die Deutsche Burschenschaft ist eine der einflußreichsten burschenschaftlichen Dachverbände. Ihr jährlicher "Burschentag" auf der Wartburg bei Eisenach wird häufig von führenden konservativen Politikern besucht: In diesem Jahr sprach Altbundeskanzler Helmut Kohl, 1996 kam Alfred Dregger, Ehrenvorsitzender der CDU/CSU-Fraktion im Bundestag, 1992 rief Hans Klein, Vizepräsident des Deutschen Bundestages, die "Burschen heraus!", und Wolfgang Schäuble sprach über "Das Wartburgfest - Wegmarke auf dem Weg zur Demokratie". Die Reden und Grußwörter wurden in den Burschenschaftlichen Blättern publiziert. Hier stehen CDU/CSU-Politiker Seite an Seite mit Rechtsextremen wie Ulrich Kopp - er mußte die Redaktion der Jungen Freiheit räumen, weil er zu weit rechts stand - oder Hanns Göttl, der in den Blättern ein Deutschland von der Maas bis an die Memel und von der Etsch bis an den Belt herbeiwünschte. Dieser "rechte Pluralismus" schlägt

sich aber nicht nur in den Artikeln der Burschenschaftlichen Blätter nieder, sondern äußert sich auch in Auseinandersetzungen zwischen den verschiedenen Mitgliedsbünden.

"Konservativ" und "liberal"?

Die politischen Differenzen in der Deutschen Burschenschaft werden von zwei Flügeln repräsentiert, die sich selbst "konservativ" und "liberal" nennen. Sie werden im folgenden als der rechte und der konservative Flügel bezeichnet, weil die Selbstbezeichnungen über den eigentlichen Charakter ihrer Ideologien hinwegtäuschen. Der institutionelle Kern des rechten Flügels ist die sogenannte Burschenschaftliche Gemeinschaft, ein Zusammenschluß besonders rechtsstehender Bünde. Ihre politischen Äußerungen haben oft faschistoide Untertöne, ihre Position ist gekennzeichnet durch ein weitgehendes Mißtrauen gegenüber der NATO und der "Westbindung". Auch die EU und der EURO werden von den rechten Bünden abgelehnt, der Vertrag von Maastricht gilt ihnen als "Beherrschungsvertrag über Deutschland". Die Argumentation des rechten Flügels trägt häufig revisionistische Züge - so wird die Debatte um die Kriegsschuldfrage immer wieder aufgeworfen, die Verbrechen der SS und der Wehrmacht werden relativiert. Außerdem befürworten sie einen großdeutschen Staat unter Einschluß von Österreich, Südtirol und dem Gebiet um Kaliningrad. Verbandsintern hält der rechte Flügel an der Pflichtmensur und dem Ausschluß von Kriegsdienstverweigerern fest.

Der konservative Flügel wird seit 1994 durch den Hambacher Kreis repräsentiert. Dessen Ansichten können am rechten Rand des bürgerlich-demokratischen Konservatismus verortet werden. Sie bekennen sich zu den westlichen Verbündeten, der NATO und der EU, den bestehenden deutschen Grenzen und zu den liberalen, demokratischen Traditionen der Urburschenschaft.

Etwa ein Drittel der Beiträge in den Burschenschaftlichen Blättern enthält Inhalte des rechten Flügels. Die verbleibenden zwei Drittel können aber keineswegs durchgehend dem konservativen Flügel zugerechnet werden, denn ein großer Teil beschäftigt sich mit Brauchtum und Traditionen. Zudem gibt es unter diesen zwei Dritteln auch eine Reihe von Artikeln, die eine multikulturelle Gesellschaft ablehnen, eine Elitenideologie propagieren oder scharf antikommunistische Töne transportieren. Dies sind zwar eindeutig rechte, innerhalb der Deutschen Burschenschaft aber durchaus allgemein akzeptierte Standpunkte.

Völkischer Nationalismus

Ihren Konsens finden die beiden Flügel in einem "volktumsbezogenen Vaterlandsbegriff", nach dem sich die deutsche Nation "unabhängig von staatlichen Grenzen" definiert und überall dort zu finden ist, wo Deutsche leben oder historisch gelebt haben. Österreich wird im allgemeinen als Teil der deutschen Nation gesehen, weshalb sich die Deutsche Burschenschaft auch nach Österreich erstreckt. Auch das Motto der Deutschen Burschenschaft "Freiheit - Ehre - Vaterland", der erklärte Glaube an die nationalen Traditionen der Burschenschaft, die Ablehnung einer multikulturellen Gesellschaft und die Selbstidentifikation als "Waffenstudenten" und "Elite" und ein militanter Antikommunismus einen die verschiedenen Strömungen des Dachverbandes.

Verbandsinterne Konflikte

Die Mehrheit der Deutschen Burschenschaft zieht weiter nach rechts. Aber sie stößt dabei auf verbandsinterne Widerstände. Die Spannungen zwischen den beiden Fraktionen erreichten 1996 ein Ausmaß, das zum Teil den gesamten Verband paralysierte. So beklagte ein Autor, daß es heute Feindbilder innerhalb des Verbandes gebe, die ein gemeinsames Diskutieren auf dem Burschentag verunmöglichten. Im Januar 1996 schieden acht Burschenschaften des konservativen Flügels aus der Deutschen Burschenschaft aus, um einen neuen Dachverband zu gründen: die Neue Deutsche Burschenschaft. Ihre Abgrenzung von der Deutschen Burschenschaft begründeten sie unter anderem wie folgt: "Die Staatsgrenzen Deutschlands stehen für uns seit dem 3. Oktober 1990 fest."

In der Deutschen Burschenschaft selbst wurde der Streit über die Mitgliedschaft von Kriegsdienstverweigerern und die Pflichtmensur immer hitziger. Im Juli 1996 setzte der Hambacher Kreis vor dem Rechtsausschuß der Deutschen Burschenschaft durch, daß die Mitgliedschaft von Kriegsdienstverweigerern in Ausnahmefällen mit der Satzung vereinbar sei. Allerdings gelang es dem konservativen Flügel nur knapp, eine Dreiviertelmehrheit für die Wiedereinführung der Pflichtmensur als Verbandsprinzip zu verhindern. Schließlich wurde eine der radikalsten Verbindungen des gesamten Verbandes, die Olympia Wien, zur Vorsitzenden Verbindung des

Jahres 1996/97 gewählt. In den 60er Jahren war die Olympia Wien in Österreich verboten, weil sie für eine Serie von Bombenanschlägen auf italienische Einrichtungen in Südtirol verantwortlich war. Während ihres letzten Verbandsvorsitzes 1989/90 schlug sie unter anderem vor, die Wiedervereinigung Deutschlands auf die Annexion Österreichs und großer Gebiete Polens "auszuweiten".

Obwohl der rechte Flügel der Deutschen Burschenschaft eindeutig national-chauvinistische und imperialistische Ziele verfolgt, kann man ihn nicht genau klassifizieren - er vertritt nicht offen faschistische Ideale. Sicher ist er aber Teil der völkischen Rechten. Inwieweit die Deutsche Burschenschaft als Ganzes eine völkisch-nationalistische Ideologie vertritt, kann in Anlehnung an verschiedene Kernideologeme ermittelt werden, die Helmut Kellershohn für die Junge Freiheit entwickelt hat:

Die Gleichsetzung von Volk und Nation und die Idee einer nach völkisch-rassischen Kriterien homogenen Nation ist bei der Deutschen Burschenschaft Konsens. Zwar sind die dort propagierten Ideen zunächst einmal nicht biologistisch oder "rassisch". Die Burschenschaftler benutzen einen kulturalistischen Ansatz, d.h. sie sprechen von Sprache und Kultur, um das deutsche Volk - und seine Feinde - zu definieren. Doch diese Kulturidee hat ähnliche Eigenschaften wie "Rasse". Es ist eine statische Gemeinschaft, in die Menschen hineingeboren werden und die sie nicht ändern können. Ihre "Reinheit" wird durch fremde Einflüsse gestört. Die autoritären Tendenzen der Deutschen Burschenschaft werden insbesonder durch militärischen Traditionen wie die Mensur verkörpert. Der Dachverband vertritt eine merkwürdige Mixtur aus elitären Ideen, autoritären Riten und demokratischen Formen der Entscheidungsfindung. Alle wesentlichen Entscheidungen der Burschenschaften werden diskutiert und abgestimmt. Aber es ist eine Demokratie der wenigen: Weiße, deutsche, kriegsdienstleistende Akademiker, deren Bereitschaft zur Unterordnung unter die Regeln des Bundes durch Mensurenschlagen und endloses Trinken auf Befehl getestet wird. Die Vorstellung von Demokratie, die aus dieser Mischung resultiert, ist elitär und völkisch, mit einem starken Einschlag von Untertanengeist. Die staatliche Ordnung in der Bundesrepublik wird in der Regel nicht in Frage gestellt, in Einzelfällen allerdings von einer "Unterwerfung" unter die "Freiheitlich demokratische Grundordnung" gesprochen. Die Deutsche Burschenschaft erwartet von ihren Mitgliedern, "ihr Volk mit der Waffe zu verteidigen". Aus diesem Grunde wurde die Aufnahme von Wehrdienstverweigerern lange Zeit völlig ausgeschlossen. Auch die Mensur - nichts anderes als ein männlich-militaristisches Opfer- und Initiationsritual - steht in dieser Tradition. Die außenpolitischen Konzeptionen der Deutschen Burschenschaft orientieren sich ausschließlich an den Interessen der "deutschen Nation", wie sie der Dachverband versteht - unter Einschluß Österreichs und der deutschen Minderheiten in Osteuropa. Das Völkerrecht wird diesem Ziel nachgeordnet. Außenpolitik ist in den Konzeptionen der Deutschen Burschenschaft im wesentlichen Machtpolitik.

Der Grundkonsens der Deutschen Burschenschaft, ihr "volkstumsbezogener Vaterlandsbegriff", ist eines der wesentlichen Elemente des völkischen Nationalismus. Die ideologischen Standpunkte des Dachverbandes können aber nicht dem "Völkischen Nationalismus" in seiner faschistischen Auslegung zugerechnet werden. Dafür fehlt es insbesondere an einer Betonung biologistischer (Rasse-)Konzepte und der Propagierung einer Führerideologie. Auch die Volksgemeinschaftsideologeme werden eher implizit vertreten. Eindeutig sind militaristisches Selbstverständnis ("Waffenstudenten"), Opferideolgie ("dem Vaterland dienen"), chauvinistische außenpolitische Konzepte, Elitedenken, und ein kulturalistisches, homogenisiertes Verständnis von "Deutschtum". Eine derartige Grundhaltung liegt zu wesentlichen Teilen rechts des bürgerlich-demokratischen Spektrums. Der rechte Flügel steht politisch in der Tradition der antidemokratischen, traditionell ausgerichteten Deutsch-Nationalen, die Hitler 1933 mit an die Macht brachten. Radikale Vertreter dieses Gedankengutes wird man als Faschisten bezeichnen müssen.

Hans Grabenhorst

Die Deutsche Burschenschaft

Die Deutsche Burschenschaft ist einer der größten Dachverbände der studentischen Verbindungen. Im Gegensatz zu anderen Dachorganisationen wie den katholischen Kartellverbänden, die eher dem konservativen Mainstream zuzuordnen sind und ihren Mitgliedsverbindungen untersagen, in traditionellen Säbelduellen Mensuren zu schlagen, steht die Deutsche Burschenschaft weiter rechts und verbietet den zugehörigen Korporationen, Ausländer oder Kriegsdienstverweigerer aufzunehmen. 1996 hatte sie 111 Mitgliedsverbindungen in 48 Universitätsstädten. Davon organisieren sich 85 Verbindungen in der alten Bundesrepublik, zehn in Städten der neuen Bundesländer und 16 in Österreich.

Die Deutsche Burschenschaft ist politisch nicht homogen, sondern vereint zahlreiche rechtskonservative bis rechtsextreme Strömungen: So gehören neben etablierten Konservativen wie Eberhard Diepgen auch rechtspopulistische Politiker wie Jörg Haider und organisierte Neofaschisten wie der ehemalige FAP-Kader André Goertz der Deutschen Burschenschaft an. In den Burschenschaftlichen Blättern - der vierteljährlich erscheinende Verbandszeitschrift - erscheinen neben Beiträgen mit völkisch-nationalistischem und revisionistischem Inhalt auch positive Artikel über die Europäische Union und die demokratischen und liberalen Traditionen der Burschenschaften. Diese Ideenvielfalt ist typisch für die Deutsche Burschenschaft. Für die völkische Rechte spielt sie deshalb eine Schlüsselrolle, weil sie Kontakte zwischen militanten Nazis, Rechtsintellektuellen und Mitgliedern konservativer und rechtsextremer Parteien herstellt. Die rund 17.000 etablierten "Alten Herren" unterstützen die sehr viel radikaleren 2.000 Aktiven und sorgen so für die nötige Infrastruktur.

33. Die Neue Rechte jenseits des Nationalismus? Eine Buchbesprechung

Autor: Anna Bartels · Rubrik: Rechte, Neue; Bücher, Filme, Broschüren · CD-Datei: daten/aksuche/ak427/31.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:427:31

Der kleine Sammelband der reihe antifaschistischer texte enthält drei Aufsätze zur "Neuen Rechten". Die Ankündigung in der Einleitung verheißt eine Auseinandersetzung mit dem "europäischen" Charakter der "neuen" im Gegensatz zur "alten" Rechten. "Nicht mehr der Nationalstaat, sondern ein ‚europäisches Reich` dient mehr und mehr als Orientierung und Identitätsstiftung", heißt es im Klappentext. Dieser Ankündigung und auch dem Titel "Jenseits des Nationalismus" wird das Buch allerdings nur teilweise gerecht.

Den Anfang macht eine allgemeine Einführung von Andreas Speit über die theoretischen Bezugspunkte, die historische Entwicklung und die Protagonisten der "Neuen Rechten", vornehmlich in Deutschland. Dieser Text "Schicksal und Tiefe. Sehnsüchte der ‚Neuen Rechten`" ist ein nützlicher Überblick über das Grundverständnis und die Heterogenität der "Neurechten", bietet aber für Leute, die sich schon etwas mehr mit dem Thema beschäftigt haben, nichts grundlegend Neues. Daß Wissenschaftler, Journalisten und Protagonisten für die "Neue Rechte" viele verschiedene Definitionen getroffen haben und eine eindeutige Begriffsbestimmung schwierig erscheint, erstaunt genausowenig wie die Tatsache, daß die Autoren dieses Buches die "Neue Rechten" als "intellektuelle Strömung der extremen Rechten" betrachten.

Der Auswahl verschiedener Begriffsdefinitionen folgt ein kleiner Abriß über die Geschichte der "Neuen Rechten" in der BRD von den "Jungen Rechten" der NPD der Jahre 1968/69, über Organisationen wie die Deutsch-Europäische-Studien-Gesellschaft (DESG) oder das Thule-Seminar bis hin zum Bund freier Bürger "/ Offensive für Deutschland (BfB/OfD). Für den publizistischen Bereich nennt Andreas Speit die Zeitschriften Mut, Criticón und Junge Freiheit. Im folgenden unterscheidet er drei Strömungen der "Neuen Rechten" - die nationalrevolutionäre (wie z.B. die DESG), die wertkonservative (wie z.B. das Lebensschutzspektrum der CDU/CSU oder die ÖDP) und die konservativ-revolutionäre oder jungkonservative (vertreten u.a. durch die Periodika Junge Freiheit, Criticón, etc.). Ihnen gemeinsam ist der Bezug auf die antimodernen, antidemokratischen und antiliberalen Traditionen der "Konservativen Revolution" in der Weimarer Republik und auf das Elitedenken des italienischen Faschismus. Die ideologischen Grundgedanken der "Neuen Rechten" verortet der Autor in den Ideologemen des völkischen Nationalismus.

An dieser Stelle würde sich die Leserin eine eingehendere Auseinandersetzung mit dem in der Einleitung behaupteten europäischen Charakter der "Neuen Rechten" im Verhältnis zur nationalstaatlichen Orientierung der "alten" Rechten wünschen. Auch die Verflechtungen der "Neurechten" mit den "Extremisten der Mitte" hätten einer Vertiefung bedurft. Andreas Speit bezieht sich zwar sowohl in seinen ersten Abschnitten wie auch im Schlußabsatz auf die Walser-Debatte oder die nationalen Diskurse eines Wolfgang Schäuble, führt aber deren ideologische Nähe zur "Neuen Rechten" nicht weiter aus.

Der Aufsatz von Felix Krebs "Mit der Konservativen Revolution die kulturelle Hegemonie erobern. Das Zeitungsprojekt Junge Freiheit" ist ein guter Text über die rechtsextreme Wochenzeitung. Wer schon immer wissen wollte, welche Redakteure und Autoren sich hinter dem Blatt verbergen, welche inhaltlichen Positionen und Strategien die Zeitung verfolgt und wie sich das LeserInnenprofil gestaltet, der sollte diesen Artikel lesen. Im Unterkapitel "Linke Leute von rechts" beschäftigt sich der Autor mit der Tatsache, daß vermehrt auch Leute aus dem linken Spektrum die Diskussion mit der intellektuellen Rechten suchen und umgekehrt.

Vor allem diesen Aspekt untersucht ak-Autor Jean Cremet in seinem Kapitel "Für eine Allianz der ‚Roten` und der ‚Weißen`. Zwischen Metapolitik und Geopolitik: Zur Durchdringung Osteuropas durch die ‚Neue Rechte`". Osteuropa ist wohl etwas weit gefaßt, denn der Schwerpunkt seiner Betrachtung liegt in Rußland, wo KP-Funktionäre wie Sjuganow keine Scheu im Umgang mit der extremen Rechten zeigen und den nationalen Charakter ihrer Bewegung unterstreichen. Rechte Protagonisten anderer osteuropäischer Staaten tauchen mit Ausnahme des Kroaten Sunic in seinem Aufsatz nicht auf. Osteuropa in den Titel zu nehmen, könnte nur insoweit berechtigt sein, als die Visionen der "Neuen Rechten" Rußlands durchaus einen größeren Raum als den ihres Staates einbeziehen. Da ist die Rede von der "Achse Berlin-Moskau", die das zukünftige Machtzentrum Eurasiens gegen die USA darstellen könnte. Antiamerikanismus und die Suche nach einem

"Dritten Weg" zwischen Kapitalismus und Kommunismus stellen nach Jean Cremet eine gemeinsame Stoßrichtung west- und osteuropäischer Rechter dar. Bisher habe die deutsche intellektuelle Rechte jedoch noch nicht erkannt, welche Möglichkeiten sich ihr in den osteuropäischen Staaten eröffnen.

Die drei völlig unterschiedlichen Beiträge zur "Neuen Rechten" bieten die Grundlage für Diskussionen und Recherchen zum Thema. Vor allem der Aufsatz von Jean Cremet stößt auf ein Gebiet vor, über das kaum Literatur vorliegt. Vielleicht ist dieser "Zwischenbericht" ja der erste Schritt zu einem größeren und umfassenden Werk zur "Neuen Rechten".

Die Einleitung des Bandes will allerdings nicht ganz zu den Aufsätzen passen, suggeriert sie doch einen anderen Themenschwerpunkt. Und auch der Titel verwirrt - schließlich erklären alle Autoren den nationalistischen Charakter der "Neuen Rechten". Warum also "Jenseits des Nationalismus"? Der Sammelband gibt notwendige Informationen zur "Neuen Rechten". Er sollte aber mit einer neuen Einleitung versehen werden, die Aufsätze könnten besser aufeinander abgestimmt werden, um Wiederholungen zu vermeiden, und sprachlich wie orthographisch müssen die Beiträge überarbeitet werden.

Anna Bartels

Jean Cremet; Felix Krebs; Andreas Speit: Jenseits des Nationalismus. Ideologische Grenzgänger der "Neuen Rechten" - Ein Zwischenbericht, Unrast Verlag - reihe antifaschistischer Texte, Hamburg/Münster 1999, 135 Seiten, 19,80 DM.

34. Rot-grüne Bundesregierung über Rechtsextreme: "Massenwirksamkeit nicht festgestellt"

Autor: Petra Pau und Helmut Schröder · Rubrik: Rechtsradikale, Neonazis · CD-Datei: daten/aksuche/ak427/30.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:427:30

Ist es Zufall oder doch eher Symptom? Jedenfalls beantwortet die rot-grüne Bundesregierung "Kleine Anfragen" des Bundestages fast wortgleich wie die CDU/ CSU-FDP-Regierung vor acht Jahren. Und das zum Thema Rechtsextremismus!

Der Verfassungsschutz gebe "keinen erschöpfenden Überblick", war dem Bericht von 1998 ebenso vorangestellt wie jenem von 1991. Erschöpfend ist er wahrlich nicht, eine Offenbarung schon gar nicht.

Wie in den VS-Berichten des Kohl-Kabinetts wird das Ausmaß rechtsextremer Bestrebungen auch unter Federführung von Innenminister Schily (SPD) eher heruntergespielt als aufgedeckt, bleiben Akteure, Strukturen und Versuche, mit "neurechten" Methoden Einfluß zu gewinnen, verborgen.

So soll es laut VS-Bericht 1998 zwar 114 rechtsextreme Organisationen gegeben haben. Benannt werden die bekannten Wahlparteien wie DVU, NPD, REP, außerdem einige Organisationen wie die "Deutsche Liga für Volk und Heimat" oder die "Gesellschaft für Freie Publizistik" sowie einige militante neofaschistische Gruppierungen. 90 Organisationen werden jedoch nicht einmal namentlich erwähnt, geschweige denn wird ihre Politik skizziert.

Der VS-Bericht '98 verweist auf 45 rechtsextreme Verlage und Vertriebe. Aufgeführt werden zehn; vom fehlenden "Rest", ihrem Sortiment nebst Zielgruppen ist nichts zu lesen. Ebensowenig wird die Öffentlichkeit über die 110 rechtsextremen periodischen Publikationsorgane mit einer Gesamtauflage von rund 6,9 Millionen Exemplaren aufgeklärt. Von weit über 90 Periodika wird nicht einmal der Titel genannt. Nein, als "Orientierungshilfe für die geistig-politische Auseinandersetzung", so das Selbstlob des Bundesinnenministeriums, taugt der Bericht wahrlich nicht. In vielen Punkten fällt er sogar hinter Aussagen früherer Jahre zurück.

So bei der hohen Anzahl von Rechtsextremen in den Vertriebenenverbänden, die nach eigenen Angaben knapp zwei Millionen Mitglieder haben, und in deren wichtigsten Zeitungen wie Der Schlesier. Die alte Bundesregierung mußte "Anhaltspunkte für eine rechtsextreme Ausrichtung" einräumen, im jüngsten VS-Bericht sucht man danach vergebens, ebenso nach Organisationen wie der "Jungen Landsmannschaft Ostpreußen".

Geschichts- revisionismus im Gleichschritt

Dabei ist unübersehbar, daß sich Vertriebenenverbände nach rechts radikalisiert haben, völkerrechtliche Verträge mit osteuropäischen Nachbarstaaten ablehnen, bestehende Grenzen nicht anerkennen oder die "Kriegsschuldlüge" propagieren - mithin geschichtsrevisionistisches Gedankengut verbreiten. Wohlbemerkt: in der realen Bundesrepublik Deutschland, nicht im VS-Bericht.

Revanche für die Niederlage im Zweiten Weltkrieg zu fordern, gehört von jeher zu den wichtigsten Zielen des deutschen Neofaschismus, eingeschlossen Bemühungen, dabei mit Teilen der organisierten Vertriebenen zu kooperieren. So bei der Einflußnahme von Alt- und Neonazis auf militaristische Traditionsverbände. Im VS-Bericht finden sich nur knappe und allgemeine Ausführungen über Versuche neofaschistischer Akteure, die "Diskussion über die umstrittene Ausstellung Vernichtungskrieg - Verbrechen der Wehrmacht 1941 bis 1944" zur politischen Verbreiterung ihres politischen Aktionsradius zu nutzen. Konkreta darüber, wie die einschlägig bekannten Parteien REP und NPD Kampagnen gegen diese Ausstellung initiieren, sucht man vergebens. Kein Wort darüber, daß und wie gerade rechtsextrem durchsetzte und revisionistisch ausgerichtete Traditionsverbände der Wehrmacht im Gleichschritt mitziehen, um die NS-Wehrmacht - und damit auch den Hitler-Faschismus und dessen Kriegspolitik - zu rehabilitieren.

Über Verbände wie den "Bundesverband der Soldaten der ehemaligen Waffen-SS e.V. - Hilfsgemeinschaft auf Gegenseitigkeit (HIAG)", die "Ordensgemeinschaft der Ritterkreuzträger", den "Stahlhelm e.V. - Kampfbund für Europa", den "Verband deutscher Soldaten (VdS)", den "Ring deutscher Soldatenverbände (RDS)", den "Bund

deutscher Fallschirmspringer", die "Arbeitsgemeinschaft Traditionsverbände und Kameradenwerke" usw. verliert der VS-Bericht kein Wort.

Immerhin handelt es sich um Verbände mit weit über 100.000 Mitgliedern und auflagenstarken Zeitungen, wie Kameraden (früher Alte Kameraden), Soldat im Volk etc. Gerade darüber und über die Zusammenarbeit, die Teile dieser Verbände mit der Bundeswehr pflegen, wäre Aufklärung geboten. Viele rechtsextreme Vorfälle, gern als Einzelfälle verklärt, ließen sich so erklären.

Daß alt- und neurechte Organisationen beharrlich und durchaus erfolgreich Einfluß auf studentische Verbindungen wie etwa die "Deutsche Burschenschaft" oder die "Deutsche Studentengilde" haben, ist bekannt. Im VS-Bericht bleibt auch dies ausgespart. Auf eine Nachfrage der PDS-Fraktion antwortete das Bundesministerium des Innern: "Die in der Frage unterstellte Massenwirksamkeit von rechtsextremen Kampagnen konnte nicht festgestellt werden."

Als beide C-Parteien gegen den "Doppelpaß" Sturm liefen und fast das gesamte neofaschistische Spektrum aufsprang, um mit der "Rassenfrage" gegen "Überfremdung" und für "nationale Identität" zu kämpfen, gelang es binnen kurzem, massenhaft Zuspruch zu erheischen. Die CDU prahlt mit 5 Millionen Unterschriften. Im VS-Bericht wird diese unheilige Allianz skizzenhaft auf REP, DVU und NPD reduziert. Daß diese mit von der Partie sind, läßt sich von Plakaten ablesen. Dazu bedurfte es keines VS-Berichtes, der manches offenbart - nur keinen Politikwechsel durch Rot-Grün.

Petra Pau und Helmut Schröder

35. "Es war, als hackten sie Holz". Brutales Vorgehen der Berliner Polizei und Justiz am und nach dem 1. Mai

Autor: mb., Berlin · Rubrik: Polizeistaat/Polizeiterror · CD-Datei: daten/aksuche/ak427/25.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:427:25

Zu seiner "Feuertaufe" erklärte der neue Berliner Innensenator Eckart Werthebach (CDU) die diesjährigen "Revolutionären 1. Mai-Demonstrationen". Mit einem "Anti-Gewalt-Konzept" sollten die traditionellen Straßenschlachten verhindert werden. Was sich hinter diesem Konzept verbirgt, zeigten die Ereignisse am Abend des 1. Mais dann deutlich.

Selbst der innenpolitische Sprecher der SPD im Berliner Abgeordnetenhaus, Hans-Georg Lorenz, machte das vorschnelle Eingreifen einer Polizeieinheit für die Auseinandersetzungen am Abend des 1. Mais in Berlin-Kreuzberg verantwortlich. Für ihn stehe fest, so äußerte er sich im Innenausschuß des Berliner Abgeordnetenhauses einige Tage nach den Ereignissen, daß die Polizei die Situation eskaliert habe.

Die Demonstration um 13 Uhr, die die "Revolutionären KommunistInnen" (RK) im Bündnis mit anderen organisiert hatten, war noch ohne größere (sichtbare) Begleitung der Polizei verlaufen. Im Anschluß an die Demo wurde allerdings eine Frau aus dem Veranstalterspektrum festgenommen, weil sie am 1. Mai 1994 vom Lautsprecherwagen aus das Lied "Deutschland muß sterben, damit wir leben können" gespielt hatte. Im Oktober 1995 sollte es deswegen - Anklagepunkt u.a. "Verunglimpfung des Staates und seiner Symbole" - zu einer Gerichtsverhandlung kommen. Da sie wegen Krankheit an der Verhandlung nicht teilnehmen konnte, wurde ihre Haftverschonung aufgehoben und sie seitdem mit Haftbefehl gesucht. Daß sie ausgerechnet am 1. Mai festgenommen wurde, obwohl sie in der Vergangenheit immer wieder in der Öffentlichkeit aufgetreten ist, kann nur als gezielte Provokation gewertet werden.

Am Abend des 1. Mais änderte sich dann das Bild in Kreuzberg. Schon bevor die 15.000 Demo-TeilnehmerInnen zum Oranienplatz gelangten, von dem die zweite "Revolutionäre 1. Mai-Demo" des Tages startete, mußten sie intensive Vorkontrollen über sich ergehen lassen. Weiträumig hatte die Polizei den Platz abgesperrt und durchsuchte jeden, der auf den Platz wollte.

Zu Beginn der Demonstration hielt sich die Polizei auffallend zurück. Kaum hatten die 15.000 den ersten Kilometer zurückgelegt, waren erste Anzeichen erkennbar, daß bald Schluß damit sein würde. Ohne ersichtlichen Grund fingen die Bullen an, mit ihren Wannen die Einmündungen der auf die Route stoßenden Straßen abzusperren. Die Lücken zwischen den Fahrzeugen füllten Beamte in Kampfmontur mit Schildern und Schlagstock aus.

Es kam, was zu erwarten war: Um 20.32 Uhr war es vorbei mit dem "Anti-Gewalt-Konzept" - kurz bevor der Demozug den Platz der Abschlußkundgebung erreicht hatte. Freke Over, ehemaliger Hausbesetzer und heute für die PDS im Berliner Abgeordnetenhaus, geht davon aus, daß die Polizei von vornherein geplant hat, die Demonstration zu spalten und in Blöcken aufzureiben. Alles sei so aufgebaut gewesen, daß die Demonstration aufgelöst werden sollte.

"Jetzt gibt es Krieg!"

Da kamen vereinzelte Flaschenwürfe aus dem Demozug den Beamten gerade recht. Schlagstockschwingend und Tränengas verschießend stürmten sie in den Demozug. Im Polizeifunk hörte sich das so an: "Also Höhe Sanderstraße, wo der Tieflader war (Lautsprecherwagen der ‚Antifaschistischen Aktion` Berlin; ak), die Bullen drehen total durch, ihr müßt mal versuchen darauf einzuwirken, daß die sich 'n bißchen einkriegen irgendwie ..." (Berliner Zeitung, 15.5.99) Und wie klang es aus einem Lautsprecher der Polizei: "Jetzt gibt es Krieg!"

Was dann folgte, waren stundenlange Scharmützel zwischen Bullen und Demonstranten. Die Bullen machten in ihrer Raserei auch nicht vor Pressevertretern halt. Journalisten und Fotoreporter von Berliner Kurier, junge Welt, Spiegel TV, Welt und Stern protestierten in einem offenen Brief gegen die Polizeiübergriffe. Obwohl sie sich als Pressevertreter zu erkennen gegeben hätten, seien sie "teilweise brutalst mit Schlagstöcken attackiert oder auch festgenommen" worden.

Die Angaben über Festnahmen schwanken. Die Justizverwaltung spricht von 133 Festnahmen. Der Berliner Ermittlungsausschuß teilte mit, ihm seien bislang 152 Festnahmen gemeldet worden. Gegen 19 Personen

wurde Haftbefehl erlassen, sieben Erwachsene befinden sich in U-Haft. Ermittelt wird wegen Landfriedensbruch, Körperverletzung, Sachbeschädigung, Gefangenenbefreiung und Verstößen gegen das Betäubungsmittelgesetz.

Betroffen von dem harten Vorgehen der Berliner Justiz waren auch drei Jugendliche im Alter von 15, 16 und 17 Jahren, die wegen angeblicher Steinwürfe gerichtlich untergebracht wurden. Gerichtliche Unterbringung bedeutet, daß Jugendliche statt in U-Haft zu kommen, bis zu ihrem Prozeß in einer Einrichtung der Jugendhilfe untergebracht werden.

Bei zweien ist diese Form der U-Haft äußerst ungewöhnlich, wohnen beide doch noch bei den Eltern. Ihre Rechtsanwältinnen sind jedenfalls der Meinung, daß sie nur deshalb in "Haft" kamen, weil sie am 1. Mai festgenommen wurden. Dem 17jährigen wird schwerer Landfriedensbruch vorgeworfen. Da er bislang weder vorbestraft ist, noch irgendwie sonst polizeilich aufgefallen war, steht seine Unterbringung in keinem Verhältnis zum zu erwartenden Strafmaß. Unter Berücksichtigung der Lebensverhältnisse und der Vorgeschichte des Angeklagten, so seine Rechtsanwältin Christina Clemm, sei die gerichtliche Unterbringung des Schülers völlig absurd und nichts anderes als "Abschreckung". Mittlerweile sind die beiden älteren Jugendlichen nach Intervention der Rechtsanwältinnen wieder zu Hause.

Der Berliner Innensenator Werthebach zieht - wie könnte es anders sein - eine positive Bilanz und feiert sein "Anti-Gewalt-Konzept" als vollen Erfolg. "Ich weiß, daß es eine Chaostruppe in dieser Stadt gibt, die andere Ziele hat als einen friedlichen 1. Mai. Diese 400 bis 500 werde ich mit einem Anti-Gewalt-Konzept nicht ansprechen können. ... Wichtig ist, die Mitläufer zu erreichen und die Chaoten zu isolieren." (taz, 8.5.99)

Daß hinter dem Anti-Gewalt-Konzept der Berliner Polizei mehr steckt, zeigt auch dies: Am frühen Morgen des 1. Mais bekamen zehn Personen bzw. Wohnprojekte Besuch von Beamten des Landeskriminalamtes oder wurden - etwas dezenter - schriftlich aufgefordert, "von Straftaten abzusehen". "Vorsorglich machen wir Sie darauf aufmerksam, daß Sie heute unter besonderer Beobachtung stehen." (taz Berlin, 4.5.99)

Teile und herrsche, so lautet das altbekannte Motto der Berliner Sicherheitskräfte. Um den Distanzierungs- und Kriminalisierungsdruck zu erhöhen, soll deshalb schon im Vorfeld des 1. Mais 2000 deutlich gemacht werden, wo der Weg lang geht. Deshalb nimmt man auch schon Mal zur Abschreckung ein paar Jugendliche in Gewahrsam oder besucht Wohnungen im Morgengrauen. Und folgerichtig fordert Werthebach dann auch, daß endlich in Berlin der Unterbringungsgewahrsam von 24 Stunden auf zwei Wochen verlängert werden müsse.

"Das eigentliche Ziel muß sein, diese 400 oder 500 Chaoten, die Gewalt wollen, zu isolieren" - so Werthebach in aller Offenheit. Natürlich meint er damit nicht seine eigene Schlägertruppe. Gegen 21 Beamte wurde Anzeige wegen Körperverletzung im Amt gestellt. In einem Fall hat ein Polizist einen Kollegen angezeigt, der einer Demonstrantin so heftig auf den Kopf geschlagen hat, daß sein Schlagstock zerbrach. (Böse Stimmen vermuten, das Opfer dieser Schlagstockorgie sei eine Zivilbeamtin gewesen, weil bislang jede Spur von der Frau selbst fehlt. Eine Art ausgleichende Gerechtigkeit?)

mb., Berlin

36. Grenzcamp 99 - kein mensch ist illegal. Aufruf zum Sommercamp vom 7. bis 15. August in Zittau

Aufruf zum Sommercamp vom 7. bis zum 15. August in Zittau

Rubrik: Ausländer- und Asylpolitik · CD-Datei: daten/aksuche/ak427/12.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:427:12

Grenzen sind da, überschritten zu werden. Ihre Bedeutung tritt erst dann zu Tage, wenn sie verletzt werden, und gegen welche Formen von Übertretung der Staat Vorkehrungen trifft, gibt einigen Aufschluß über die innere Verfaßtheit der Gesellschaft. Alle wissen, daß es heutzutage für Geld, Waren und Kapital immer leichter wird, die Grenzen nationalstaatlicher Territorien zu überqueren, daß das Verbreitungsgebiet von Informationen nicht mehr eingegrenzt werden kann und daß soziale, politische oder ökonomische Widersprüche nicht mehr auf nationale Angelegenheiten zu reduzieren sind.

Auch Menschen lassen sich von jeher nur schwer daran hindern, Grenzen zu überschreiten. Die Entscheidung über den Aufenthaltsort in die eigene Hand zu nehmen mag für die einen selbstverständlich sein, andere haben oft existentielle Gründe und fliehen vor Verfolgung, Ausbeutung und Krieg, sehen in ihrem Herkunftsland keine Perspektive. Wieder andere wollen eben gerade einige Zeit in einem anderen Land verbringen.

Gleichgültig wozu und weshalb - bestimmte Grenzen zu passieren ist für die meisten Menschen dieser Welt heute schwerer denn je. Die Territorialgrenzen mancher Nationalstaaten werden zur Zeit ersetzt durch neue Grenzen, die nicht nur als Demarkationslinien zwischen Wohlstand und Armut fungieren: Mobilität und Bewegungsfreiheit sind ein Privileg, das wiederum neue Abhängigkeits- und Ausbeutungsverhältnisse stiftet.

Das Grenzregime besteht nicht mehr aus den herkömmlichen Befestigungsanlagen. Grenzen markieren vor allem Zonen, in denen neue Kontroll- und Überwachungstechnologien erprobt werden. Grenzen falten und verschieben sich: im Landesinneren und in Drittländern, Innenstädten und überregionalen Verkehrswegen, Bahnhöfen, Computern und Behörden. Das ganze Land ist Grenzgebiet. Die Kontrollen sind überall verdachtsunabhängig, und es sind Gesichtskontrollen.

Um die neuen Grenzen durchzusetzen, schürt die Politik ein Klima von Verunsicherung und Verrat, das Zustimmung zu den bevölkerungspolitischen Aus- und Einschlußkriterien herbeiführen soll. Grenze beinhaltet heute nicht nur Hochrüstung paramilitärischer Patrouillen und drakonische Strafen für Grenzdelikte, sondern auch Denunziationsappelle, gezieltes Schüren von Ressentiments und in vieler Hinsicht nichts anderes als Gehirnwäsche: Die einst heroisierte Gestalt des Fluchthelfers wird in der Eigenreklame der Grenzschützer umgedeutet und ist heute als "Schlepper" oder "Schleuser" Staatsfeind Nummer Eins.

Sabotiert das Grenzregime!

Das 99er Camp ist der nächste Versuch, der Verschleierungs- und Denunziationskampagne zu widersprechen und gleichzeitig alle Menschen zu unterstützen, die sich dieser Maschinerie widersetzen wollen oder müssen. Unsere Mittel sind Aufklärung und sachliche Information, aber auch taktische Experimente, hinterhältiges Amusement und gezielte Irritationen. Unsere Absicht ist, wirksame Gegenmaßnahmen zu entfalten, die die Barbarei des herrschenden Grenzregimes nicht nur bloßstellen, sondern ihr wo immer möglich Einhalt gebieten.

Der Kampf gegen Grenzen ist ein Kampf gegen Infrarotkameras, Plastikfesseln und Grenzschleier. Aber auch gegen Borniertheit, Ressentiment und Rassismus. Wir wissen, dieser Kampf ist niemals aussichtslos, und nichts kann schließlich Auskunft darüber geben, wie und wo sich die Menschen finden würden, wenn man sie nur ließe.

Bereits im Sommer letzten Jahres belagerten einige Hundert AktivistInnen zehn Tage lang die deutsch-polnische Grenze bei Görlitz. Der 48-stündige Rave, die spektakuläre Eröffnung dreier neuer Grenzübergänge, ein Taxikonvoi, eine Demonstration in Freiberg anläßlich des Todes der sieben Kosovo-Flüchtlinge, ein "Knastbeben" am örtlichen Gefängnis und schließlich die komplette Besetzung des Grenzflusses Neisse mit Booten, SchwimmerInnen und Schaulustigen waren Höhepunkte der Aktionswoche. Daneben gab es Konzerte und Umzüge mit Soundsystems, Streetball und Nachtspaziergänge, Filmabende,

Diskussionsveranstaltungen und Spaßguerilla-Aktionen wie der triumphale Zieleinlauf des "kein mensch ist illegal"-Teams bei der zweiten Etappe der Sachsenrundfahrt für Radamateure.

Das Camp 98 war aber nur der Auftakt. Vom 7. bis zum 15. August 1999 werden die Zelte diesmal bei Zittau im polnisch-tschechisch-deutschen Dreiländereck aufgeschlagen. Geplant ist ein Camp, das vor allem wesentlich vielfältiger werden soll: Neben den antirassistischen und antifaschistischen Gruppen beteiligen sich Polit- und MedienaktivistInnen, Radio- und Video-Piraten, MusikerInnen, DJ's, KünstlerInnen und Menschen aus allen Teilen Europas an der Vorbereitung und Durchführung des Grenzcamps. Darüber hinaus rufen antirassistische Gruppen aus verschiedenen europäischen Ländern zu zeitgleichen Grenzaktionen an anderen Schengen-Außengrenzen auf.

Grenzen sind überkodierte Orte, und so haben auch praktische Interventionen im Grenzgebiet notwendigerweise einen starken symbolischen Charakter. Doch eröffnet sich dort zugleich ein weites Feld an Interventionsmöglichkeiten - von Aktionen der Kommunikationsguerilla über klassische Aufklärung bis hin zur effektiven Störung. Wenn die Grenzsicherung der Behördenpropaganda zufolge vor allem in der gezielt geschürten Denunziationsbereitschaft breiter Teile der Bevölkerung besteht, heißt Sabotage am Grenzregime, eben diese Denunziationsbereitschaft zu verstören.

Die anstehenden Landtagswahlen in Sachsen bieten einen weiteren Anlaß, rassistische und kriegerische Parteien mit Gegenstandpunkten zu konfrontieren.

Entscheidendes Arbeits- und Funktionsprinzip des Camps wird gegenseitiger Respekt und das nichthierarchische Ineinandergreifen verschiedener Aktionsformen und Zugangsmöglichkeiten sein. Uneinigkeiten, zum Beispiel über das Nebeneinander von klassischer und neuer Medienarbeit, über politische Perspektiven oder analytische Kategorien sollen in Diskussionsrunden innerhalb des Camps oder bereits im Vorfeld produktiv gemacht und nicht programmatisch aufgelöst oder ausgeschlossen werden. So sind neben Aktionen und Konzerten eine Reihe von Workshops und Veranstaltungen geplant, um die inhaltlichen Diskussionen zu führen, für die im Alltag der meisten AktivistInnen keine Zeit bleibt. Wir werden neue Schwerpunkte antirassistischer Politik ausloten und neue Aktionen für Herbst und Winter planen. Gemeinsam mit TeilnehmerInnen aus osteuropäischen Ländern wollen wir die Verlagerung der Abschottung an die Grenzen der östlichen Nachbarländer diskutieren und Handlungsansätze gegen die in diesen Ländern auf Druck der Europäischen Union einsetzende Illegalisierung von Flüchtlingen und MigrantInnen entwickeln.

Grenzcamp 99 c/o Forschungsgesellschaft

Flucht und Migration

Gneisenaustraße 2a, 10961 Berlin

Telefon: 030/6935670 (Mittwochs 17-20 Uhr)

Fax: 030/6938318

Email: FFM@ipn-b.comlink.apc.org

Emails, Faxe und Briefe mit dem Stichwort "Grenzcamp" kennzeichnen!

Dort könnt ihr auch eine Dokumentation und einen Film über das Grenzcamp 98 bestellen.

37. Denunziationsbündnis und Fahndungsverbund. Taxifahrer-Prozesse als Bestandteil des Grenzregimes

Taxifahrerprozesse als Bestandteil des Grenzregimes

Autor: H.G. und F.B., FFM Berlin · Rubrik: Ausländer- und Asylpolitik · CD-Datei: daten/aksuche/ak427/14.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:427:14

Mit dem jüngsten Urteil (siehe obenstehenden Artikel) ist die Zeit der skandalösen Taxifahrerprozesse in Zittau zu Ende gegangen - und damit wohl auch das öffentliche Interesse daran. In einer ersten Auswertung wollen wir die wesentlichen Ergebnisse unserer bisherigen Erfahrungen skizzieren. (1)

Die Strafverfahren gegen Taxifahrer sind nur der öffentlich gewordene Teil jener drakonischen Maßnahmen, mit denen Gerichte die Strategie des BGS unterstützen, Taxifahrer in die Fahndung nach Nicht-Deutsch-Aussehenden im Grenzraum einzubeziehen. (2) Schikanöse und zeitraubende Kontrollen gehören zum Repertoire des BGS, um den Taxifahrern klarzumachen, daß sie lieber keine verdächtig aussehenden Personen befördern sollten, ohne vorher den BGS konsultiert zu haben. Die neben den Taxifahrern Betroffenen und eigentlichen Opfer dieser Verfolgung sind die Nicht-Deutsch-Aussehenden, die kein Taxi mehr benutzen können, ohne vorher denunziert zu werden. Sie werden damit generell entlang rassistischer Stereotypen ausgegrenzt und einer permanenten Diskriminierung und Kontrolle ausgesetzt. Ihr Grundrecht auf Bewegungsfreiheit wird auf diese Weise massiv eingeschränkt.

Eine ganze Reihe von Fernsehbeiträgen hat seit Ende 1997 immer wieder gezeigt, das ausländisch aussehende Menschen in der Grenzregion zu Polen und Tschechien von Taxifahrern nicht mehr befördert werden. (3) Das Vorgehen gegen Taxifahrer steht exemplarisch für den Versuch des Bundesgrenzschutzes (BGS), das Denunziationsbündnis mit Teilen der lokalen Bevölkerung um einen Fahndungsverbund mit der Berufsgruppe der Taxifahrer zu erweitern. Der BGS zielt damit auf eine noch wirkungsvollere Grenzabschottung. Dieses Vorgehen ist Bestandteil des auch staatlich geschürten Rassismus, dessen juristischer Ausdruck Sondergesetze wie das Ausländergesetz oder das Asylbewerberleistungsgesetz sind.

Juristische Merkwürdigkeiten

Die konkrete Verurteilungspraxis des Amtsgerichtes Zittau (Richter Kai Ronsdorf) und des Landgerichtes Görlitz (Richter Hermann Jöst) war ja in der Vergangenheit schon häufiger Gegenstand einer kritischen Medienberichterstattung. Wir möchten uns in diesem Zusammenhang auf drei Punkte beschränken:

1. Erhebliche Zweifel an einer unvoreingenommenen Urteilsfindung ergeben sich aus der zentralen Rolle des Kronzeugen in den vorangegangenen Prozessen und aus seinem totalen Abhängigkeitsverhältnis vom Richter. Der Kronzeuge ist wegen insgesamt acht Tatvorwürfen verurteilt worden. Werden diese acht Einzelstrafen zusammen addiert, so ergibt sich eine Gesamtstrafe von fünfeinhalb Jahren. Richter Ronsdorf hat mit einem großzügigen "Rabatt" wegen der Aussagefreudigkeit des Kronzeugen die Strafe auf zwei Jahre zusammenfaßt und zur Bewährung ausgesetzt. (4) Die Abhängigkeit und Fürsorge für den Hauptbelastungszeugen zieht sich bis in die Zeit des letzten Prozesses.

Und man hält ihm den Rücken frei: Am 16.10.97 wurde eine Strafanzeige gegen Steffen Döring gestellt und ein Strafverfahren gegen ihn wegen "Vortäuschen einer Straftat und Unterschlagung" eingeleitet. (5) In den seitdem vergangenen eineinhalb Jahren ist es in dieser Sache zu keinem Gerichtsverfahren gekommen. Zuständiger Richter ist auch hier wieder Ronsdorf. Brisant könnte dieses Verfahren für den Kronzeugen deshalb sein, weil ihm bei einer Verurteilung möglicherweise ein Bewährungswiderruf droht und er dann die Freiheitsstrafe von zwei Jahren verbüßen müßte.

2. Der Berufungsrichter am Landgericht Görlitz, Hermann Jöst, war bis zum 30.11.1997 als Oberstaatsanwalt bei der Staatsanwaltschaft Görlitz als Leiter der Zweigstelle Zittau tätig. Am 16.12.1997 leitete er dann als Berufungsrichter die erste Berufungsverhandlung gegen Bernd L. Dieser Ämtertausch läßt den Verdacht aufkommen, daß hier im Hintergrund seltsame Dinge geschehen. Leider ist es uns bislang nicht gelungen diese gänzlich aufzudecken.

Mit welcher Unverfrorenheit Berufungsrichter Jöst agiert, zeigte sich deutlich, als später bekannt wurde, daß er in einem weiteren Ermittlungsverfahren gegen Bernd L. höchstpersönlich die Durchsuchung der Taxizentrale Zittau angeordnet hatte und dabei auch persönlich anwesend war. Das reicht aber offensichtlich nicht aus, ihn für befangen zu erklären. Die einfache Begründung: das Verfahren gegen Bernd L., in dem Jöst die Durchsuchung angeordnet hat, sei später eingestellt worden und habe zudem ein anderes Aktenzeichen als jenes Verfahren, in welchem derselbe Jöst Bernd L.'s Berufung abwies. Insofern hat er von den Ermittlungsverfahren gegen die Taxifahrer nichts gewußt und konnte also folgerichtig auch nicht befangen sein.

3. Aus der Beobachtung der Prozesse und bei einer gründlichen Auswertung der Akten finden sich Indizien für eine merkwürdig enge Zusammenarbeit zwischen dem BGS und dem Richter, die sich nur schwer mit der richterlichen Unabhängigkeit und Nichtbefangenheit in Übereinstimmung bringen lassen. Zum Teil agiert der Richter mit ungewöhnlichem Belastungseifer und macht den Staatsanwalt fast überflüssig.

Erwähnt sei hier noch, daß die jetzt abgelegten Geständnisse nur einen Teil der angeklagten bzw. verurteilten Zittauer Taxifahrer betreffen. Von den aktuell vier inhaftierten Taxifahrern haben für zwei die abgelegten Geständnisse keinerlei Bedeutung. Ihre Verurteilungen bleiben weiter in unerhörter Weise konstruiert und beruhen auf abenteuerlichen Indizienketten.

Welche zentrale Rolle das Bedrohungsszenario der illegalen Einwanderung und der "Schlepper und Schleuserkriminalität" für die Verurteilungen hat, wird beim Studium verschiedener Urteile deutlich. Das Feindbild des kriminellen Ausländers und die von ihm ausgehende Bedrohung für das gesellschaftliche Gefüge der Bundesrepublik scheint offensichtlich schon so sehr im allgemeinen Bewußtsein verankert zu sein, daß sich die Justiz hier freiwillig am Vollzug der politisch vorgegebenen Abschottung beteiligen zu müssen glaubt.

Die allgemeinen Einschätzungen und Bilder, die sich das Gericht über die Struktur und Arbeitsweise der angeblichen Schleuserorganisationen gemacht hat, entstammen der militärischen Optik des BGS. Für ihn sind die kommerziellen Fluchthilfeorganisationen "zentralistisch geführte" Organisationen mit "militärischen Strukturen". (6) In diesem allgemeinen Bild sind Taxifahrer, die auch Ausländern gegenüber ihrer gesetzlichen Beförderungspflicht nachkommen, ohne den BGS zu informieren, grundsätzlich verdächtig.

Bei einer vorurteilsfreieren Bewertung der kompletten Aussagen der beschuldigten Taxifahrer läßt sich dagegen gerade hier ein Beleg finden, wie "Kriminalität" durch den Erlaß neuer Gesetze erst geschaffen wird. Nach Schilderungen mehrerer beteiligter Taxifahrer war es noch 1991 und 1992 durchaus üblich, daß sowohl BGS als auch Zoll Flüchtlinge an die Taxifahrer weitervermittelt haben. damit sie sie in die nächstgelegenen Erstaufnahmeeinrichtungen (ZASTen) bringen. Erst mit der Änderung des Artikels 16 GG im Sommer 1993 wurde die Grundlage für die Rückschiebung von Flüchtlingen in die "Sicheren Drittstaaten" und damit der Zwang zur illegalen Einreise geschaffen. Bis zum Inkrafttreten des Verbrechensbekämpfungsgesetzes und damit des § 92 AuslG im Herbst 1994 wurde die von den Taxifahrern betriebene Form der kommerziellen Fluchthilfe schlimmstenfalls als ein Vergehen mit einem Verwarnungsgeld belegt. Die von dem Zittauer Gericht verfolgten Tatvorwürfe gegen die Taxifahrer beziehen sich fast ausschließlich auf das Jahr 1995, und die "kriminelle Energie" der beteiligten Taxifahrer beschränkt sich auf die Absprache von Abholorten und -zeitpunkten. (7)

Das Grenzregime

rückt ins Hinterland

Die von uns schon mehrfach geäußerte These, daß die im Grenzraum erprobten neuartigen Kontrollmechanismen und Fahndungsmethoden ins Landesinnere transferiert werden, findet in diesem Zusammenhang einmal mehr Bestätigung. (8) Im Oktober 1998 wurde bekannt, das gegen vier Berliner Taxifahrer Ermittlungsverfahren eingeleitet worden sind, weil sie innerhalb Berlins ausländische Fahrgäste aufgenommen haben, ohne deren Aufenthaltsstatus geprüft zu haben. (9) Wie systematisch und schikanös mittlerweile auch in Bayern gegen Taxifahrer vorgegangen wird, zeigte sich auf einer gemeinsamen Pressekonferenz der bayerischen Grünen und des Landesverbandes der Bayerischen Taxi- und Mietwagenunternehmen. (10) Das Ausmaß der Verfolgung von Taxifahrern in Bayern belegt die Antwort des Bayerischen Justizministeriums auf eine kleine Anfrage von Bündnis90/Die Grünen. (11) Danach wurden in den vergangenen fünf Jahren "weniger als 80 Ermittlungsverfahren" gegen Taxifahrer nach § 92 AuslG

eingeleitet, davon sind ca. 20 eingestellt worden, "erinnerlich waren weniger als 60 Anklagen bzw. Strafbefehlsanträge". Auch dort wurden Freiheitsstrafen bis zu einem Jahr und zehn Monaten ohne Bewährung ausgesprochen.

Ende April 1999 wurde ein 63jähriger italienischer Taxifahrer vom Amtsgericht Rosenheim zu zehn Monaten Gefängnis ohne Bewährung verurteilt. (12) Er hatte eine Familie aus dem Kosovo und einen Iraker mit dem Taxi von Vicenza nach München fahren wollen. Dabei war er im Rahmen der Schleierfahndung der bayerischen Polizei bei Kiefersfelden kontrolliert und verhaftet worden. Seine Einlassung, daß er nach gültigen Einreisepapieren gefragt habe und ihm dies bestätigt worden sei, wertete das Gericht als nicht überzeugend. Vielmehr ging das Gericht davon aus , daß der Taxifahrer über die Ungesetzlichkeit seiner Handlung hinweggesehen habe und somit ein bedingter Vorsatz bestehe. Weil der Zustrom der Ausländer in geordneten Bahnen gehalten werden müsse, so das Gericht weiter, seien bei solchen Verstößen empfindliche Strafen angebracht. Deshalb sprach es noch zusätzlich ein zweijähriges Fahrverbot und die Einziehung des Taxifahrzeuges aus.

Denunziation

weiterhin erwünscht

Die Ausgrenzung von Nicht-Deutschen und die Kriminalisierung von Menschen, die mit Illegalisierten in Kontakt kommen und sich dabei nicht als verlängerter Arm der Polizei verhalten, schreitet immer mehr voran. Bei dem Tatvorwurf der Beihilfe zum Verstoß gegen das Ausländergesetz wird mit einem sehr hohen Aufwand ermittelt und zum Teil auch verurteilt.

Begründungen wie folgende reichen mittlerweile aus, um eine Verurteilung zu rechtfertigen: "Die Umstände" die einem Richter "höchst dubios erscheinen" und die seiner Meinung nach "in jedem verständigen Menschen ... den Verdacht aufkommen lassen (müssen), ... daß der Aufenthalt der Familie A. ... möglicherweise nicht dem geltenden Ausländerrecht entspricht". (13)

Es entwickelt sich offensichtlich eine Rechtspraxis, wonach bei jedem Ausländer der Anfangsverdacht eines nichtlegalen Aufenthalts zu unterstellen ist. Wie sehr die Gerichte daran mitarbeiten, Denunziation zu einer gesellschaftlich gewünschten Verhaltensnorm zu machen, zeigt sich am Beispiel der Urteile gegen Zittauer Taxifahrer (14), die einmal mit illegal eingereisten Ausländern in eine Kontrolle geraten sind, und deren Gerichtsverfahren dann aber wegen Geringfügigkeit (154 StGB) eingestellt wurde. Sie haben sich diese Einstellung dadurch "verdient", daß sie inzwischen bei jeder weiteren Beförderung von Ausländern die Fahrgäste erst einmal beim BGS haben kontrollieren lassen.

H.G., F.B.

Forschungsgesellschaft

Flucht und Migration, Berlin

Anmerkungen:

1) Wir können dies hier nur skizzieren, arbeiten aber zur Zeit an einer Dokumentation zu diesem Thema.

2) Eine ausführlichere Darstellung der Veränderung der Fahndungspraxis des BGS erfolgte in "Die Grenze. Flüchtlingsjagd in Schengenland", 1998, Hrsg. Niedersächsischer Flüchtlingsrat und Pro Asyl.

3) Erwähnt seien hier die ORB-Klartext-Beiträge vom 16.9.97, vom 16.10.98 und der ARD-Exklusiv-Beitrag vom 16.4.99.

4) Amtsgericht Zittau, Urteil vom 23.1.1997, AZ Ls 950 Js 4883/95

5) AZ 941 Js 28649/97.

6) Aus "Vorläufiger Abschlußbericht im Ermittlungsverfahren gegen ... Michael Ru.", verfaßt vom BGS-Ermittlungsführer PHM Weßnigk.

7) Mit dem repressiven Vorgehen gegen ein bestimmtes "Milieu" - in diesem Fall der Taxifahrer - bezieht man sich in Görlitz und Zittau auf ein "Leiturteil" des Oberlandesgerichts Dresden vom 26. März 1997. Darin

postuliert das OLG, daß im Sinne der "Generalprävention" - das ist Abschreckung - und der Verteidigung der Rechtsordnung - das ist "das Vertrauen der inländischen Bevölkerung in die Bestands- und Durchsetzungskraft der Rechtsordnung" - notwendig sei, ein Machtwort zu sprechen. Diesem Denken zufolge sei im Bewußtsein der Bevölkerung das Einschleusen von Ausländern nicht ausreichend als Rechtsverstoß stigmatisiert, weshalb entsprechend hart durchgegriffen werden müsse. Im Zittauer Grenzraum sei zudem "eine lokale Häufung bestimmter Rechtsverletzungen" in diesem Zusammenhang zu verzeichnen, und es komme zu einem "dreisten Spekulieren auf eine Strafaussetzung bereits bei Tatbegehung", siehe FFM: Grenze. Flüchtlingsjagd in Schengenland, S. 108f.

8) vgl. "Die Grenze. Flüchtlingsjagd in Schengenland", S. 170ff.

9) Berliner Zeitung, 18.10.1998.

10) Pressemappe zur Pressekonferenz am 30.3.1999, Hrsg. bayerische Landtagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen, vgl. auch Süddeutsche Zeitung (Bayernteil), Neues Deutschland, 31.3.99.

11) Bayerisches Staatsministerium der Justiz, 6. Mai 1999, Gz. II - 785/99.

12) Süddeutsche Zeitung (Bayernteil), 30.4.99.

13) Urteil vom 20.11.1998 wegen Verstoßes gegen das Ausländergesetz, AZ 281 Cs 130/98, Amtsgericht Tiergarten, Berlin.

14) Am 1. Verhandlungstag wurde ein solcher Fall benannt.

38. Die harte Linie hat gesiegt. Zittauer Taxifahrer als Schlepper verurteilt

Autor: H.G., FFM Berlin · Rubrik: Ausländer- und Asylpolitik · CD-Datei: daten/aksuche/ak427/13.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:427:13

Am 15. und 22. April dieses Jahres fand ein weiterer Prozeß gegen einen Zittauer Taxifahrer statt. Wie in den bisherigen Verfahren auch, ging es in diesem Prozeß wieder um den Vorwurf des "Einschleusens von Ausländern" bzw. des "gewerbs- und bandenmäßigen Einschleusens von Ausländern", strafbar nach 92a und b des Ausländergesetzes. (vgl. ak 420) Diese Strafparagraphen waren erst im Herbst 1994 im Rahmen des sogenannten Verbrechensbekämpfungsgesetzes in der jetzigen Form in das Ausländergesetz eingefügt worden.

Mit Hilfe dieser Paragraphen sind seit Dezember 1997 fünf Zittauer Taxifahrer zu Haftstrafen bis zu 26 Monaten ohne Bewährung verurteilt worden. Vier dieser Urteil sind rechtskräftig und die Verurteilten verbüßen derzeit ihre Haftstrafen. Anders als in allen bisherigen Verfahren jedoch war der jetzt angeklagte Taxifahrer Michael R. nie vom BGS mit "illegal eingereisten" Ausländern in der Taxe kontrolliert worden. Das wesentlichste Beweismittel gegen ihn waren die Aussagen des Kronzeugen Steffen Döring, eines ehemaligen Taxifahrers, der sich nach mehrmaliger Verhaftung zur Zusammenarbeit mit dem BGS bereit fand. In dem jetzigen Verfahren beschuldigte er seinen Kollegen als den Hauptorganisator der "Einschleusungen".

Dieser Prozeß hatte für das Gericht und für die Strafverfolgungsbehörden aus mehreren Gründen eine große Bedeutung: 1. war hier nun der Organisator der Einschleusungen angeklagt. In der Vergangenheit waren vom selben Gericht lediglich ausführende Taxifahrer angeklagt und verurteilt worden. 2. Bei diesem Verfahren stand die Glaubwürdigkeit des Kronzeugen auf dem Prüfstand, und damit die offensichtlich nicht sonderlich stabile Grundlage fast aller bisherigen Verurteilungen. Schließlich waren 3. sowohl der Staatsanwalt als auch der Richter unter erheblichen Rechtfertigungsdruck geraten, nachdem die sture Verurteilungspraxis erhebliche öffentliche Aufmerksamkeit und Kritik erregt hatte.

Dem Anklagten wurden fünf Taten zur Last gelegt. Eine Tat geht auf das Jahr 1992 zurück. Damals waren einer Zollstreife drei Taxen aufgefallen. Davon wurde eine kontrolliert und der Taxifahrer Bernd L. (inzwischen zu einem Jahr und vier Monaten verurteilt und momentan in Haft) vorläufig festgenommen. In seinem Wagen saßen Flüchtlinge, die zur Zentralen Erstaufnahmeeinrichtung (ZAST) in Zirndorf (bei Nürnberg) wollten. Die Identität der beiden anderen Taxilenker konnte damals nicht festgestellt werden. Der Kronzeuge hatte ausgesagt, daß er selbst und der jetzt angeklagte Michael R. damals ebenfalls mit Flüchtlingen auf dem Weg nach Zirndorf waren.

Die anderen vier Tatvorwürfe gegen ihn beziehen sich auf das Jahr 1995. Die Anklage basiert hier einzig und allein auf der Tatsache, daß andere Taxifahrer mit "illegal" Eingereisten als Fahrgästen bei Polizeikontrollen angehalten wurden. Nach Aussage des Kronzeugen komme angesichts der Aufnahmeorte der Flüchtlinge und ihrer Nationalität nur der Angeklagte als Organisator in Frage.

Die Verhandlungsführung von Richter Ronsdorf am ersten Tag des auf drei Tage angesetzten Prozesses entsprach seinem rigiden Vorgehen in den bisherigen Taxiprozessen. (1) Der Richter gab zu verstehen, daß das Amtsgericht den ihm zur Verfügung stehenden Strafrahmen von bis zu vier Jahren Haft ausschöpfen würde, falls der Angeklagte weiterhin keine Stellungnahme zu den Vorwürfen nehmen würde. Darüber hinaus habe das Gericht auch noch die Möglichkeit, das Verfahren an die nächsthöhere Instanz abzugeben, wenn es eine noch höhere Strafe für notwendig erachte. Im Falle eines Geständnisses allerdings würde ihm ein entsprechender Strafrabatt eingeräumt werden. Angesichts der bisherigen Erfahrungen mit dem Hardliner Richter Ronsdorf war damit klar, daß am Ende des Prozesses eine Strafe zwischen drei und vier Jahren stehen würde.

Im Laufe der Verhandlung spielten die konkreten Tatvorwürfe kaum eine Rolle. Der Angeklagte stritt den Vorwurf ab, als Organisator von Schleusungen tätig gewesen zu sein. Im wesentlichen bezog sich die Verhandlung auf Abrechnungen aus den Jahren 1992/93, als der Angeklagte Zubringerfahrten für ein Reiseunternehmen organisiert hatte, die in Einzelfällen bis in die alten Bundesländern gingen. Diese aus Quittungen und Abrechnungsunterlagen des Angeklagten rekonstruierten Vorgänge wurden vom Gericht als

unglaubwürdig verworfen und unterstellt, hier seien schlicht "Schleuserfahrten" offiziell abgerechnet worden. Eine ordentliche Beweiserhebung zur Erhärtung dieser Behauptung schien dem Gericht allerdings entbehrlich. Darüber hinaus erregten einige Notizzettel das Interesse des Gerichts, die bei einer Hausdurchsuchung in der Nachttischschublade des Angeklagten aufgetaucht und auf denen Spitznamen von Taxifahrern, Ortsnamen, Zahlen sowie zum Teil Daten und DM-Beträge vermerkt waren. Diese Zettel wertete es als Abrechnungen für "Schleuserfahrten" und damit als Beweis für die Organisationstätigkeit des Angeklagten.

Der Kronzeuge war im Vergleich zu den vorangegangenen Vernehmungen Anfang 1998 vor dem Landgericht Görlitz wie ausgewechselt. Damals hatte er bei seinen Aussagen vor Richter Jöst keinen zusammenhängenden Satz herausgebracht, so daß Jöst Protokolle älterer Verhandlungen zu Rate ziehen mußte. Diesmal wirkte Döring selbstbewußt und sicher und trug seine in verschiedenen Protokollen festgehaltenen Aussagen flüssig vor. Diese mehr als deutliche Verhaltensänderung läßt vor dem Hintergrund der zentralen Rolle dieses Kronzeugen die Vermutung aufkommen, daß hier eine entsprechende "Zeugenbetreuung" stattgefunden hat.

Großen Eindruck scheint diese Inszenierung offenbar auf R.'s Anwalt gemacht zu haben, der seinen Mandanten sogleich zu einer umfassenden Aussage bewegen wollte, um eine Bewährungsstrafe herauszuschlagen. Tatsächlich brach der Angeklagte unter den Drohungen des Gerichts förmlich zusammen und legte bereits am darauffolgendem Montag ein "umfassendes Geständnis" ab. Er gab zu, seit Mitte 1993 Kontakt nach Tschechien gehabt zu haben, über den er erfahren habe, wann Flüchtlinge über die Grenze kämen und wo sie abzuholen seien. Er habe dann Taxikollegen für deren Beförderung organisiert. Er selber sei im wesentlichen als Organisator tätig gewesen, während seine Kollegen die Transporte übernommen hätten. Als Fahrpreis hätten sie den bei Taxen üblichen Preis von einer Mark pro Kilometer erhalten. 1995 seien solche Absprachen dann langsam abgeebbt.

Aufgrund der Aussage R.'s haben sich inzwischen weitere Taxifahrer selbst angezeigt bzw. werden in ihren Prozessen ebenfalls Aussagen machen. Denn es ist davon auszugehen, daß diejenigen, die jetzt Aussagen machen, mit Bewährungsstrafen davonkommen werden. Der geständige "Organisator" jedenfalls erhielt so eine Strafe von zwei Jahren, die erwartungsgemäß zur Bewährung ausgesetzt wurde.

H.G., FFM Berlin

Anmerkung:

1) Eine ausführliche Schilderung des Verhandlungsablaufes kann hier aus Platzgründen nicht erfolgen. Ein ausführliches Gedächtnisprotokoll liegt bei der FFM vor. Außerdem beabsichtigen wir in einer Dokumentation, die im Herbst dieses Jahres erscheinen soll, eine ausführlichere Darstellung zu veröffentlichen.

39. Der Tod wird bewußt in Kauf genommen. Erneut wurde ein Flüchtling bei der Abschiebung getötet

Erneut wurde ein Flüchtling während der Abschiebung getötet

Autor: Antirassistische Initiative Berlin · Rubrik: Ausländer- und Asylpolitik · CD-Datei: daten/aksuche/ak427/39.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:427:39

Am Freitagnachmittag, den 28.5.99, starb der 30 jährige Aamir Omer Mohamed Ahmed Ageeb in einer Lufthansa-Maschine. Er sollte in den Sudan abgeschoben werden. An Händen und Füßen gefesselt, in einen Motorradhelm gezwängt und an den Sitz fixiert, wurde er beim Start von den BGS-Beamten mit brutaler Gewalt "in die Hocke" gedrückt und so getötet.

Daß dieser Tod durch deutsche Bundesgrenzschutz-Beamte verursacht wurde, fand Innenminister Schily "bedauernswert". Die Gewerkschaft der Polizei am Frankfurter Flughafen bekundete ebenfalls ihr Bedauern. Ihr Mitgefühl gilt allerdings auch den Kollegen, sprich den Tätern, die "voller Entsetzen und Sprachlosigkeit" dem Tode Ageebs gegenüberstünden. (FR, 31.5.99)

Die Täter sind auch eine Woche nach der Tötung nicht suspendiert. Im Gegenteil, sie werden derzeit auf ihre Dienstfähigkeit untersucht, "denn der Vorfall ist ja auch an den Beamten nicht spurlos vorübergegangen", meinte der Sprecher des Bundesinnenministerium Kiel. Und weiter: "Wir haben bislang keine Erkenntnisse darüber, daß die Beamten gegen Abschiebevorschriften verstoßen haben". (Berliner Zeitung, 1.6.99)

Aber Schily zieht erste Konsequenzen aus dem "Unglücksfall". Nicht, daß er sein Amt räumt, wie vor einem halben Jahr sein belgischer Kollege Louis Tobback nach dem gewaltsamen Erstickungstod der Nigerianerin Semira Amadu während ihrer Abschiebung. Schily droht Überprüfungen an und Konsequenzen. Offiziell hat er die Aussetzung aller Abschiebungen angeordnet, bei denen mit Widerstand von seiten der Gefangenen zu rechnen ist. Der erste Kommentar von Bayerns Innenminister Beckstein dazu: Durch die Verfügung "würden gewalttätige Abschiebehäftlinge belohnt". Schilys Entscheidung sei eine "unüberlegte Reaktion, die den Ländern große Schwierigkeiten macht" - ein "fatales Signal" an Abschiebehäftlinge. (FR, 1.6.99)

Aamir Ageeb ist der dritte Mensch neben Semira Amadu in Belgien (22.9.98) und Marcus Omofuma in Österreich (1.5.99), der innerhalb der letzten sechs Monate durch Zwangsmaßnahmen bei Abschiebungen gestorben ist.

Kein "Unglücksfall"!

Dadurch, daß diese Tötungen in aller Öffentlichkeit geschehen und dazu noch von sogenannten Sicherheitskräften vollzogen werden, ist die öffentliche Empörung derzeit so groß. Die gängige Abschiebepraxis wird erneut in Frage gestellt. Konkret werden die Zwangsmaßnahmen diskutiert werden, die die Gefangenen in Todesnähe bringen können, wie z.B. der Verschluß oder die Einengung der Atemwege. Dabei geht es bei der Diskussion ausschließlich um den Transport der Gefangenen vom Abschiebeknast bis zum Flugzeug und während des Fluges.

Nicht erwähnt werden die Strukturen, die diesen Abschiebungen vorgeschaltet sind: Asylverfahren, Behördenschikanen, Wohnzwang in Heimen, Entmündigung, Arbeitsverbote, Freiheitsberaubung, systematische Kriminalisierungsversuche - und dann Illegalisierung, Verfolgung, Festnahme, Gefangenschaft im Abschiebeknast.

Nicht erwähnt werden die Selbstmorde und Selbstmordversuche von Flüchtlingen aus Angst vor der Abschiebung; nicht erwähnt werden Folter und Verfolgung und Todesfälle nach erfolgten Abschiebungen.

Auch nicht erwähnt werden die alltäglichen Übergriffe der BGS-Beamten gegen das Leben und die Gesundheit von Flüchtlingen, Übergriffe, die nicht zum Tode führen, sondern "nur" zu Knochenbrüchen, Prellungen, Gehirnerschütterungen oder Kreislaufzusammenbrüchen.

Die Antirassistische Initiative Berlin dokumentiert seit Jahren diese Fälle, und es ist unbestritten: Es sind keine "Ausrutscher" einzelner Beamter, die zu Verletzungen bei den Gefangenen führen, sondern es ist alltägliche Praxis, mit Mitteln des äußersten Zwanges, Widerstand zu "brechen", zu "ersticken" und zu "erschlagen".

Es geht auch anders

Das Ziel der Behörden ist, Abschiebungen in Linien-Maschinen möglichst unauffällig durchzuführen, damit die mitreisenden Passagiere sich nicht wundern, sich nicht erschrecken und sich nicht einmischen.. Um möglichst wenig Öffentlichkeit zu haben, werden die gefesselten Gefangenen direkt an die Maschine gefahren und erst kurz vor dem Start in die Kabine geführt und dann meist in den letzten Reihen plaziert. Immer in Begleitung von BGS-Beamten, die die "Schüblinge" während des Fluges bewachen, um Widerstandsversuche gegebenenfalls sofort zu unterdrücken.

Mißhandlungen von seiten der Beamten, die von Flugpersonal oder Passagieren beobachtet wurden, führten in einigen Fällen schon mal dazu, daß die PilotInnen die Mitnahme eines Gefangenen verweigerten und die Abschiebung so abgebrochen und verschoben werden mußte.

In einem ganz aktuellen Fall führte der Protest der Mitreisenden sogar dazu, daß der Flüchtling von seinen Knebeln und Fesseln befreit wurde, die begleitenden Beamten von 20 bis 30 Passagieren - und nach seiner Befreiung auch vom Flüchtling selbst - verprügelt wurden. Bei einem Zwischenstopp der Maschine in Kamerun gelang es, Crew und Polizei zu zwingen, den Gefangenen in die Schweiz zurückzufliegen. In Zürich mußte er freigelassen werden, weil seine Abschiebehaftzeit abgelaufen war. So geschehen am 9. Mai auf dem Flug von Zürich nach Kinshasa. Herzlichen Glückwunsch!

Diese Erfahrungen zeigen, daß es auch bei diesem vermeintlich letzten Akt des Abschiebeverfahrens durchaus Möglichkeiten gibt, Einfluß zu nehmen. Flugpassagiere haben die Möglichkeit, durch lautstarken Protest, durch Nicht-Anschnallen oder Aufstehen den Start der Maschine zu verhindern. Die Maschine darf nicht starten, wenn die Passagiere nicht angeschnallt sind. Das Flugpersonal hat die Möglichkeit, die Mitnahme der Flüchtlinge zu verweigern.

Derartige Ratschläge verteilen wir bei Flughafen-Aktionen regelmäßig an Flugpersonal und Passagiere. Immer mit der Aufforderung, miteinander zu reden, gemeinsam zu protestieren und einzugreifen - und so den Gefangenen in seinem Widerstand zu unterstützen und die Abschirmung durch die Beamten zu durchbrechen.

Öffentlichkeit herstellen, Isolation aufheben, Solidarität üben, Abschiebung verhindern!

Antirassistische Initiative Berlin (ARI)

Anmerkung:

Alle Angaben in den Kästen entstammen der Broschüre "Bundesdeutsche Flüchtlingspolitik und ihre tödlichen Folgen - 1993 bis 1998", 6. aktualisierte Auflage, herausgegeben und zu beziehen über ARI, Yorckstr. 59, 10965 Berlin

Zwischen 1993 und 1998 begingen 64 Menschen wegen drohender Abschiebung Selbstmord.

Mindestens 121 Flüchtlinge versuchten, sich zu töten und überlebten z.T. schwer verletzt.

Während der Abschiebungen starben vier Flüchtlinge; 58 Flüchtlinge wurden verletzt.

Abgeschoben in ihre Herkunftsländer, kamen sechs Flüchtlinge zu Tode, mindestens 212 Flüchtlinge wurden im Herkunftsland von Polizei oder Militär mißhandelt und gefoltert.

Mindestens 15 Menschen verschwanden spurlos.

Neun Flüchtlinge starben durch Polizeigewalt in der BRD, mindestens 49 wurden verletzt.

21. Januar 1997: Düsseldorf. Es ist der dritte Versuch, die 27jährige Tina Thoualy, abgelehnte Asylbewerberin aus der Elfenbeinküste, abzuschieben.

Bei den ersten beiden Versuchen hatten sich die Piloten jeweils geweigert, die sich wehrende Frau mitzunehmen.

Auch jetzt wehrt sich Tina T. - entsprechend ihren wenigen Möglichkeiten. Ihre Beine sind umwickelt, die Hände sind auf dem Rücken mit Stahlhandschellen gefesselt. Zwei Beamte und eine Beamtin des BGS versuchen, Tina T. auf dem Flugzeugsitz mit dem Sicherheitsgurt zu fixieren. Sie windet sich - und ruft halblaut

"Hilfe, Hilfe!". Die Beamtin drückt ihr das Kissen einer Kopfstütze in den Mund, so daß sie keine Luft mehr bekommt; sie gerät in Panik.

Der neben ihr sitzende Beamte verbiegt ihr die auf dem Rücken mit Handschellen gefesselte rechte Hand dermaßen nach oben, daß mehrere Knochen brechen.

Tina T. wird für sechs Wochen in ein Krankenhaus eingeliefert.

6. Mai 1997: Ein 23jähriger Algerier wird - aus Hamburg kommend - über Berlin-Tempelhof nach Prag als Zwischenstation abgeschoben. Das geschieht in folgender Art und Weise:

"Die untere Hälfte des Kopfes (von der Nase abwärts) war mit braunem Paketklebeband umwickelt. Die beiden Hände ebenfalls einzeln komplett bis über die Handgelenke zugebunden. Auf dem Rücken nochmals zusammengeschnürt und mit einem weißen Stock (ca. 50 cm lang) geknebelt.

Die Beine hatte man ebenso von den Knien bis zu den Knöcheln auf die gleiche Art ‚verbunden`. Der Mann wurde wie ein Mehlsack geschultert und im Flughafengebäude in Prag auf einer Sitzgruppe abgelegt." Drei vorherige Abschiebungsversuche des Algeriers mußten abgebrochen werden, weil er sich selbst verletzte. Er werde sich lieber umbringen, als sich aus Deutschland herausbringen zu lassen, hatte er noch am Tag seines Abtransportes aus Hamburg erklärt.

22. April 98: Der 32jährige ghanaische Flüchtling Joseph Gyimah wird abgeschoben.

In Accra werden die vier, den Flüchtling begleitenden BGS-Beamten unter dem Vorwurf in Haft genommen, Joseph G. im Flugzeug mißhandelt zu haben.

Zwei Mitreisende aus Nigeria, ein Universitätsprofessor und eine Dozentin, verlassen entgegen ihren ursprünglichen Reiseplänen die Maschine in Accra, um als Zeugen der Mißhandlung auszusagen.

Joseph Gyimah sei während des Fluges mit einer Kette um Beine und Bauch an seinen Sitz gefesselt und die Arme seien auf dem Rücken mit Klebeband zusammengebunden gewesen. Er sei gezwungen worden, einen Helm zu tragen.

Die BGS-Beamten bestreiten ihre Festnahme in Accra, sie seien lediglich "zu ihrem eigenen Schutz" mitgenommen worden. Die Einwanderungsbehörde ergänzt diese Aussage: " ... um sie vor wütenden Passagieren zu schützen".

40. Schill out! Mit Kleister gegen politische Justiz

Rubrik: Klassenjustiz, Repressionen · CD-Datei: daten/aksuche/ak427/42.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:427:42

Außerhalb Hamburgs dürfte das Konterfei von Amtsrichter Ronald Schill noch nicht besonders bekannt sein - in der Hansestadt zierte es schon mehrfach die Tageszeitungen und nun auch zahlreiche Wände im Schanzenviertel. Jüngster Anlaß war das Urteil gegen einen Aktivisten des autonomen Stadtteilzentrums "Rote Flora", der von Schill wegen Nötigung von Polizeibeamten zu 15 Monaten Freiheitsstrafe ohne Bewährung verurteilt worden ist, obwohl er weder "polizeibekannt" geschweige denn vorbestraft war.

Der "Florist" soll zusammen mit 15 anderen Personen Polizisten an einer Kontrolle von Drogenkonsumenten im Florapark gehindert und die Beamten genötigt haben, die von den Süchtigen eingezogenen Ausweise zurückzugeben.

Vor Gericht kamen die Umstände allerdings kaum zur Sprache: Schill befragte die Beamten vornehmlich zu einer von ihm unterstellten Vereinbarung zwischen der seit nunmehr zehn Jahren besetzten "Flora" und der Polizei und bombardierte sie mit Suggestivfragen. In der Urteilsbegründung attestierte der Richter dem "Floristen" dann eine besondere Rechtsfeindlichkeit, weshalb er eine Bewährungsstrafe für nicht ausreichend hielt. Doch damit nicht genug: Zwei Besucher wurden zu drei Tagen Ordnungshaft verdonnert - der eine, weil er bei der Urteilsverkündung durch nicht-korrektes Stehen den Zorn von Schill auf sich gezogen hatte; der zweite, weil er bei der darauffolgenden Rangelei mit der Polizei die Aufmerksamkeit der Richters erregte. Die anwältliche Beschwerde gegen diese Maßnahme übersah Schill zwei Tage lang und bearbeitete sie erst auf Druck seiner Richterkollegen, als die Ordnungshaft schon fast verstrichen war. Jetzt erstatten zwei AnwältInnen Anzeige gegen den Richter.

41. Botschaftstermin in München. Deutsche Behörden spannen Konsulate für Abschiebungen ein

Autor: Karawanen-Gruppe München · Rubrik: Ausländer- und Asylpolitik · CD-Datei: daten/aksuche/ak427/19.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:427:19

Am 22./23.3.1999 wurde in der Flüchtlingsunterkunft Schleißheimer Str. 430 in München eine neue Strategie von Abschiebevorbereitungsmaßnahmen erprobt. Eine Vertretung der Botschaft von Togo hatte in den Räumen der Flüchtlingsunterkunft Quartier bezogen. Mit von der Partie war auch die Bundesgrenzschutzdirektion Koblenz, zuständig für Sammelabschiebungen. Aus ganz Bayern, darüber hinaus aus Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz waren togoische Flüchtlinge vorgeladen worden, die im Asylverfahren abgelehnt worden waren und momentan mit Duldung oder Ausreiseschein hier leben. Diesen Leuten sollten Paßersatzpapiere ausgestellt werden, sogenannte "laisser-passer", um eine Abschiebung nach Togo zu ermöglichen. Arrangiert worden war dieses Rendezvous mit Vertretern des Verfolgerstaates, vor dem die Flüchtlinge geflohen waren, und von der bayerischen Zentralstelle Rückführung.

Die lokalen Ausländerbehörden, z.B. das KVR München, hatten einzelnen Flüchtlingen die Gültigkeitsdauer ihrer Duldungen bzw. Ausreisescheine auf den Zeitraum bis zum Termin mit der togoischen Botschaftsvertretung verkürzt. Flüchtlingen wurde mit Zwangsvorführung und Geldbuße gedroht, falls sie nicht "freiwillig" zu diesem Termin hingehen.

Aus Freising bei München sind Beispiele bekannt, daß Flüchtlinge genötigt wurden, eine Erklärung zu unterschreiben, daß sie dem Termin "freiwillig" nachkommen würden. Es war offensichtlich: Die zentrale Vorladung togoischer Flüchtlinge zur Ausstellung von "Heimreisepapieren" diente der Vorbereitung einer Sammelabschiebung.

Als die Mitglieder der togoischer Exilopposition von diesem geplanten Angriff gegen Flüchtlinge aus Togo erfuhren, war die Empörung groß. Es war klar, was hier geplant wurde, konnte nicht tatenlos hingenommen werden. Für die Münchner Karawane-Gruppe war es klar, sich mit den togoischen Exilorganisationen zusammenzuschließen, um gemeinsam gegen die geplante Massenabschiebung zu kämpfen. Es wurde als besondere Unverschämtheit betrachtet, daß Mitglieder der togoischen Opposition zur Vorsprache bei Vertretern der togoischen Diktatur gezwungen werden sollten. Außerdem stellte der Botschaftstermin einen Affront gegen die togoischen Flüchtlinge dar, die in der Schleißheimer Str. 430 als AsylbewerberInnen leben - schließlich gab es keine Garantie dafür, daß die Botschaftsangehörigen nicht versuchen würden, togoische RegimegegnerInnen auszuspionieren.

Die Flüchtlinge, die zur Botschaftsvertretung vorgeladen waren, wurden von seiten der Exilorganisationen aufgefordert, diesen Termin zu boykottieren, nicht hinzugehen. Für diejenigen, denen die Gültigkeit ihrer Papiere auf die Zeit bis zum Botschaftstermin verkürzt worden war, stellte dies natürlich ein Dilemma dar, da sie davon ausgehen konnten, von da an illegalisiert zu sein, wenn sie nicht hingehen würden.

Am 22. und 23. März fanden sich schließlich 100 bis 150 Menschen, großenteils Flüchtlinge aus Togo, in der Schleißheimer Str. 430 ein, um lautstark zu protestieren. Die Polizei war mit großem Aufgebot vor Ort, auf dem Gelände der Flüchtlingsunterkunft patroullierten Einheiten des Bundesgrenzschutzes mit Hunden. Ebenfalls vor Ort: ReporterInnen von Zeitungen, Radiostationen und Lokalfernsehen sowie mehrere örtliche Prominente von Grünen und SPD (wobei wir davon ausgehen können, daß diese Leute in puncto Flüchtlingspolitik nicht repräsentativ für ihre Parteien sind). Gleichzeitig gab es parlamentarische Anfragen im Stadtrat, im Landtag und im Bundestag durch Abgeordnete von Grünen und PDS.

Während der beiden Tage wurden mehrfach togoische Abschiebehäftlinge in Gefangenentransportern herangekarrt, um ihnen Papiere für die bevorstehende Abschiebung auszustellen. Einige Flüchtlinge kamen trotz des Boykottaufrufs der Exilorganisationen der Vorladung nach. Sie mußten ihre Fingerabdrücke abgeben und bekamen ihre Heimreisepapiere ausgestellt. Versuche, diese Leute hineinzubegleiten, scheiterten, da die Polizei niemanden hineinließ. Selbst die anwesenden AnwältInnen und Abgeordneten mußten draußen bleiben, da der togoische Konsul, wie er sagte, nur seine Staatsangehörigen empfangen wollte. Polizisten hatten fälschlicherweise behauptet, die Räume, in denen sich die Botschaftsvertretung aufhielt, wären als exterritoriales Gebiet ausgewiesen worden.

Für diejenigen, die der Vorladung nachgekommen sind, dürfte es nun äußerst schwierig sein, auf legalem Weg eine Abschiebung hinauszuzögern, schließlich wurden die ausgestellten Heimreisepapiere direkt an den Bundesgrenzschutz ausgehändigt. Für die, die den Termin boykottiert haben, kommt es nun darauf an, für eine Verlängerung der Aufenthaltspapiere zu kämpfen. Insgesamt kann mensch davon ausgehen, daß die Entscheidung, nicht hinzugehen, die richtige war.

Abschiebekooperation

mit Folterregimen

Der Termin mit der togoischen Botschaftsvertretung wurde von der bayerischen Zentralstelle Rückführung arrangiert. Auf die Rolle dieser Institution wird im folgenden näher eingegangen, da sie eine Schlüsselfunktion bei der Effektivierung und Zentralisierung von Abschiebungen einnimmt.

Die Zentralstelle Rückführung besteht unter diesem Namen seit Mai 1998. Sie ist angesiedelt bei der Regierung von Oberbayern. Die Aufgabe dieser Einrichtung besteht darin, sämtliche bayerische Ausländerbehörden bei der Beschaffung von Pässen bzw. Paßersatzpapieren (erforderlich für eine Abschiebung) für abgelehnte Flüchtlinge zu unterstützen und zu beraten. Es handelt sich quasi um eine Vermittlungsinstanz zwischen Ausländerbehörden und den Botschaften mutmaßlicher Herkunftsländer. Bisher wurden durch die Zentralstelle Rückführung vor allem Papiere für Abschiebungen nach Ex-Jugoslawien beschafft. Mit dem Generalkonsulat von Bosnien-Hercegovina wurden Verfahrensabsprachen bezüglich der sogenannten Rückübernahme von ca. 9.100 Flüchtlingen getroffen.

Die Zentralstelle Rückführung bemüht sich vor allem um eine Koordinierung von Vorspracheterminen zur Paßbeschaffung bei Botschaftsvertretungen. (Nach § 70 Ausländergesetz können Flüchtlinge verpflichtet werden, wegen Paßbeschaffung bei der Botschaft ihres mutmaßlichen Heimatlandes vorzusprechen - die Leute sollen an ihrer eigenen Abschiebung mitwirken! - und gegebenenfalls zwangsvorgeführt werden). Sie nimmt Einfluß auf die Reihenfolge der Vorführungen und wirkt darauf hin, daß Vorsprachetermine benachbarter Ausländerbehörden zusammengelegt werden.

Ihre Spezialität sind sogenannte Sammeltermine mit Botschaftsvertretungen, bei denen Flüchtlinge zentral vorgeführt werden, wie es am 22./23. März mit Flüchtlingen aus Togo passierte. Im Oktober und November 1998 wurden in München zwei Sammeltermine jeweils mit den Botschaften von Sudan und Nigeria abgehalten. Zunächst stellten die sudanesischen Botschaftsangehörigen fest, daß 234 von insgesamt 239 vorgeführten Personen angeblich keine SudanesInnen seien. Daraufhin wurden von der nigerianischen Botschaft 152 Menschen als angebliche NigerianerInnen identifiziert und mit Paßersatzpapieren versehen. Für die nächste Zeit sind Sammeltermine mit den Botschaften von Indien, Pakistan, Äthiopien, möglicherweise auch Sri Lanka in Planung. Eine Zentralisierung bzw. Koordinierung der Paßbeschaffung läuft darüber hinaus mit den Botschaften von China, Liberia, Sierra Leone, den Nachfolgestaaten der Sowjetunion, Algerien, Marokko und Tunesien.

Damit ist eine neue Qualität in der Zusammenarbeit zwischen deutschen Behörden und den Staaten, vor deren Zugriff viele geflohen sind, erreicht. Die Verfolgerstaaten sind kooperativ bei der fließbandmäßigen Abschiebung von Flüchtlingen und bekommen so geflohene RegimegegnerInnen bequem ans Messer geliefert. Bei dem Sammeltermin mit der Botschaft von Togo wurde gar eine "Kopfprämie" für jedes ausgestellte Heimreisepapier bezahlt.

Außerdem läuft gerade bei den Sammelterminen eine verstärkte Kooperation zwischen kommunalen Ausländerbehörden, Landesbehörden (auch mit anderen Bundesländern) und dem Bundesgrenzschutz, der dem Bundesinnenministerium unterstellt ist.

Diese Zentralisierung dient einerseits dazu, Flüchtlinge schneller abschieben zu können, andererseits wird es auf diese Weise einfacher, Sammelabschiebungen im großen Stil durchzuführen. Für eine Gruppe von Flüchtlingen werden auf einmal die Papiere ausgestellt, danach werden diese Leute auf einmal abgeschoben.

Für die Flüchtlinge wird es somit viel schwieriger, die Paßausstellung zu verhindern oder zu verzögern. Individuelle Spielräume, um eine Abschiebung herumzukommen, werden immer mehr eingeschränkt.

Mit der Einrichtung der Zentralstelle Rückführung nimmt Bayern ein weiteres Mal eine Vorreiterrolle in der rassistischen Abschiebepolitik ein. Vermutlich ist es nur eine Frage der Zeit, bis sich auch andere Bundesländer diese Strategie zu eigen machen. Dafür spricht immerhin, daß bei dem Sammeltermin in München auch togoische Flüchtlinge aus Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz vorgeführt wurden.

Wir sollten angesichts dieser Situation Strategien entwickeln, der Zentralisierung von Abschiebungen bzw. Abschiebungsvorbereitungen die Zentralisierung unseres Widerstands entgegenzusetzen. Sammeltermine, wie sie bis jetzt gegen Flüchtlinge aus Togo, Sudan und Nigeria durchgeführt wurden, können Anlaß sein, die Vorladung gemeinsam zu boykottieren. Sie können Anlaß sein, mit möglichst vielen Leuten und mit gut organisierter Pressearbeit während eines solchen Termins öffentlich wahrnehmbar zu protestieren oder im günstigsten Fall die Durchführung zu stören oder gar zu verhindern. Vor allem sollten sie Anlaß für Flüchtlinge sein, sich über unterschiedliche Nationalitäten hinweg gemeinsam zu wehren. Immer davon ausgehend, daß das, was gerade die anderen betrifft, früher oder später auch eineN selber treffen kann.

Möglicherweise läßt sich gegen Sammelabschiebungen mehr unternehmen, als wenn einzelne Leute abgeschoben werden, von denen wir in den meisten Fällen nichts mitbekommen.

Gemeinsam gegen den rassistischen Normalzustand!

Karawanen-Gruppe München

42. Fronten und Konfrontationen. Eine Ausstellung über das deutsche Theater 1945 bis 1990

Autor: Angela Martin · Rubrik: Geschichte der BRD; Kultur · CD-Datei: daten/aksuche/ak427/16.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:427:16

Jede Theateraufführung ist eine einzigartige Veranstaltung, bei der das Ensemble eine Seelenwanderung unternimmt: jetzt, heute abend. Das betonte György Konrád bei der Eröffnung der Berliner Ausstellung Durch den Eisernen Vorhang über das Theater im geteilten Deutschland von 1945 bis 1990. Die Figuren, ob Hamlet oder Faust, sind unvergänglich, so Konrád. Aber auf der Bühne, wo man Menschen aus Fleisch und Blut, aus Dichtung und Musik sieht, leben sie nur für wenige Stunden, bis die Schauspieler abtreten und der Vorhang fällt.

Um so schwieriger ist es, Theater in einer Ausstellung zu präsentieren. Henning Rischbieter, Berliner Theaterwissenschaftler und Herausgeber der Zeitschrift Theater heute, hat es gewagt. Seine Ausstellung in der Akademie der Künste ist eine strenge Dokumentation, in der vor allem oft sehr großformatige Fotos an das Theater ermöglichen. Sie vermitteln mitunter geradezu schockartig insbesondere die Brüche und Neuerungen in der Theaterkultur der beiden deutschen Staaten. Auf Bildschirmen und Videowänden sind außerdem Szenenausschnitte zu sehen.

Rischbieter hat vor allem mit Ost-West-Kontrasten gearbeitet, die auch die Ausstellung insgesamt strukturieren. Dadurch gibt er den Besuchern Vergleichsmöglichkeiten und bietet so Voraussetzungen für Erkenntnisse und Wertungen. Die Gegenüberstellung der Arbeiten aus DDR und BRD zeigt, wie verschieden ein Drama gelesen werden kann. In Deutschland sei "Erkenntnis durch Zweiteilung" gefördert worden, so György Konrád. Die Spaltung des Landes habe zu einer besonders gründlichen Auseinandersetzung geführt. Gründlich und unterhaltend solle Theater schließlich auch sein - ebenso wie die Ausstellung, die man ruhig zweimal besuchen könne.

Da hat er recht. 1.500 Quadratmeter Fläche und 45 Jahre deutsch-deutsche Theatergeschichte sind ziemlich viel für einen Nachmittag. Dabei hat Henning Rischbieter sehr selektiv gearbeitet und sich auf das Schauspieltheater konzentriert. Im Mittelpunkt steht die Arbeit von Regisseuren und Ensembleleitern; Stückeschreiber, Schauspieler oder Bühnenbildner werden nur wenig beachtet.

Regieattentate

Den Kern der Schau bilden fünf zeitlich aufeinanderfolgende Gegenüberstellungen: Zuerst Gustaf Gründgens und Bertolt Brecht; dann Fritz Kortner und für die DDR Wolfgang Langhoff, Wolfgang Heinz und Adolf Dresen. Für die sechziger Jahre stehen Peter Zadeks "Regieattentate" und Benno Bessons heiterer Realismus. Die vierte Gegenüberstellung ist keine ost-westliche: Rudolf Noelte, der "einsame Meister bürgerlicher Endspiele" wird mit der "Schaubühne am Halleschen Ufer" kontrastiert, einem Kollektivtheater, das Anfang der siebziger Jahre mit sozialistischem Engagement begann und später ein sinnlicher Gegenpol zum politischen Theater der Piscator-Tradition wurde. Claus Peymann (West) und Alexander Lang (Ost) bilden das fünfte Paar, dabei werden besonders ihre Klassiker-Inszenierungen beachtet. Der Schluß dieses Hauptstrangs der Ausstellung ist Heiner Müller und seinem "Theater der schmerzhaften Geschichtsbrüche" gewidmet.

Diese Gegenüberstellungen hat Rischbieter durch eine knappe Darstellung der ersten Aufführungen der Nachkriegszeit und der Theater-Frontbildungen im Kalten Krieg ergänzt. Ein weiterer Raum zeigt schlaglichtartig die Entwicklung der neunziger Jahre.

Rischbieters Auswahl ist durchaus angreifbar. So vermißt man z.B. Jürgen Flimm oder Thomas Langhoff, die nur am Rande vorkommen. Inwiefern sich die Theaterkulturen der beiden deutschen Staaten gegenseitig inspiriert haben, bleibt weitgehend im Dunkeln. Auch Einflüsse aus anderen Ländern, z.B. Österreich, fehlen. Das politische Theater von Piscator und die Arbeiten von Rolf Hochhuth und Peter Weiss werden nur sehr knapp beleuchtet, theoretische oder Kritikerdebatten kaum erwähnt. Die Theaterbegeisterung gilt gleichermaßen werkgetreuen Inszenierungen wie dem Regietheater, das ein Stück nur als Vorlage und Stoff zur Bearbeitung nutzt.

"Kalter Reichskanzleistil"

Auf die Kontinuität der westdeutschen Theaterarbeit nach 1945 hat Günther Rühle in einem Vortrag im Rahmen des Begleitprogramms der Ausstellung hingewiesen. Die bekannteren Regisseure und Theaterleiter der jungen BRD wie Gustav Gründgens, Heinz Hilpert oder Oscar Fritz Schuh hatten alle schon eine Karriere unter den Nazis hinter sich. Gustav Rudolf Sellner, der "Modernist" der fünfziger Jahre in der BRD formulierte seine Theaterideen bereits 1942 in einer HJ-Zeitung. Wer emigriert war, konnte sich (mit Ausnahme von Fritz Kortner) nach dem Krieg in der westdeutschen Theaterszene kaum durchsetzen. Aus der Sicht der Remigranten, die sich vor allem im Ostteil Deutschlands niederließen, zeichnete sich das westdeutsche Theater denn in den ersten Nachkriegsjahren auch durch einen kalten "Reichskanzleistil" aus (Bertold Viertel), Piscator fand es "unwahrhaftig, falsch, verlogen", und Bertolt Brecht resümierte 1948: "Weitermachen ist die Parole".

Das deutsche Theater hat von der Konfrontation gelebt, das zeigt die Ausstellung in der Akademie der Künste. Von der Konfrontation neuer Methoden der Theaterarbeit mit den bürgerlichen Konventionen, vom Aufzeigen der Widersprüche im Realsozialismus auch gegen den verordneten Optimismus und Aufbauwillen, und von der deutsch-deutschen Auseinandersetzung. Das hat eine Fülle von Fragen und neuen Formen und eine ungeheuer lebendige Theaterkultur hervorgebracht. Jetzt fehlt die Konfrontation. Dem Theater tut das nicht gut.

Angela Martin

Durch den Eisernen Vorhang. Theater im geteilten Deutschland 1945 bis 1990. Akademie der Künste, Berlin, Hanseatenweg 10, bis zum 1. August 1999. Montags 13-19 Uhr, Dienstag bis Sonntag 10-19 Uhr, mittwochs ist der Eintritt frei. Ein umfangreiches Rahmenprogramm begleitet die Ausstellung, unter anderem werden donnerstags um 20 Uhr Theaterfilme gezeigt.

43. Quelldatei 34.htm

CD-Datei: daten/aksuche/ak427/34.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:427:34

Vor 60 Jahren:

Ende des Spanienkrieges

Im April jährte sich das Ende des Spanischen Krieges zum 60. Mal - Anlaß für die informationen - Zeitschrift des Studienkreises Deutscher Widerstand, dies zu einem Schwerpunktthema zu machen. Hans Adamo skizziert den Verlauf des Krieges und betont die Bedeutung der faschistischen italienischen und deutschen Intervention für die Niederlage der Republik. Das damalige "internationale Kräfteverhältnis, die verhängnisvolle ‚Nichteinmischungspolitik' und ideologische Lager wie das der Volksfront und des Anarchismus machen deutlich, daß dieser Krieg nicht auf einen Bürgerkrieg zu reduzieren ist", schreibt Adamo. Gaby Rehnelt hat eine zum Teil kommentierte Auswahlbibliographie zum Spanienkrieg zusammengestellt, wobei sie vor allem belletristische und (auto)biographische Literatur erläutert. Leider fehlen wichtige Titel wie z.B. Hans Magnus Enzensbergers Der kurze Sommer der Anarchie oder das Standardwerk Revolution und Krieg in Spanien von Temime und Broué. Die Bibliographie sei nach Erscheinungsjahren geordnet, so Rehnelt. Doch verwirrenderweise hat sie nicht immer das Datum der Erstpublikation für ihre Ordnung herangezogen. Die kleineren Beiträge zum Spanischen Krieg sind von sehr unterschiedlicher Qualität. Wolfgang Keims Artikel über Anna Siemsens Spanisches Bilderbuch ist sehr informativ, während Karl Heinz Jahnke in seinem Beitrag über junge deutsche Antifaschisten in den Internationalen Brigaden vor allem moralisiert. Unabhängig vom Schwerpunkt findet sich in dem Heft noch ein instruktiver Überblick über Entschädigungen für Zwangsarbeit unter dem NS-Regime von Christoph Jetter. Die Buchbesprechungen sind z.T. ausgesprochen schludrig. So ist Wolfgang Kießlings Partner im "Narrenparadies". Der Freundeskreis um Noel Field und Paul Merker, das bereits 1994 erschienen ist, keine Aufsatzsammlung, wie die Rezensentin behauptet, sondern eine Monographie.

informationen - Zeitschrift des Studienkreises Deutscher Widerstand, Heft 49, Mai 1999, VAS-Verlag, Kurfürstenstraße 18, 60486 Frankfurt am Main, 8 DM

Linke Argumente gegen die EU

Nun hat es auch die Berliner Gruppe ohne Namen (GoN) noch geschafft, rechtzeitig vor der Anti-EU-Mobilisierung ihre neueste Broschüre auf den linken Markt zu werfen. GoN untersucht die politischen Strukturen der EU ebenso wie die Rolle Deutschlands und die der Europäischen Zentralbank bei der Festlegung der Maastricht-Kriterien. "Die Hoffnung, daß mit der Einführung des Euro der deutsche DM-Nationalismus und -Chauvinismus in einen sicheren Verwesungsvorgang übergeht, stellt sich leider als eine Fehleinschätzung heraus", diagnostizieren die GoN-AutorInnen hellsichtig. Allerdings haben sie im Vorwort möglicher Kritik schon vorgebeugt: "Wir waren leider nicht in der Lage, einen Beitrag über die Entwicklung und den Stand der EU-Außenpolitik und die deutsche Rolle darin genauer zu bewerten." Ausführlich werden die Hintergründe der auch in der Linken bisher wenig beachteten EU-Osterweiterung untersucht sowie die verschiedenen Akteure, die sich in Osteuropa teilweise mit nationalistischen Argumenten dagegen zur Wehr setzen. Leider fehlt ein Text, der die Anti-EU-Kampagne des rechten Spektrums analysiert und sich der Frage widmet, wie sich eine linke Anti-EU-Mobilisierung davon absetzen kann. Trotz dieser Einwände liefert die Broschüre wichtige Hintergrundinformationen.

Gruppe ohne Namen (Hg.): Argumente gegen die Europäische Union. Gruppe ohne Namen (GoN), c/o Baobab, Christburger Straße 3, 10405 Berlin. 58 Seiten, 5 DM

Staatsterrorismus in Lateinamerika

Der gerechte Kampf gegen Menschenrechtsverletzungen ist, glaubt man der NATO-Kriegspropaganda, neuerdings grundlegendes Prinzip westlicher Politik. Daß die Realität eine andere ist, kann nicht oft genug wiederholt und mit Fakten belegt werden. In vielen lateinamerikanischen Ländern wird seit Jahren zäh darum gerungen, daß die Verantwortlichen für Folter, Mord und Verschwindenlassen für ihre Verbrechen zur Verantwortung gezogen werden. Thema der Mai-Ausgabe der ila ist "der Kampf gegen das Vergessen und die Straffreiheit für die Verantwortlichen, die Impunidad(e)". Das Problem ist - nicht nur in Chile oder Argentinien,

sondern in der gesamten Region -, daß es für ehemalige Diktatoren und ihre Komplizen, die mit Selbstamnestien ihren Abgang vorbereiteten, bislang keine zuständigen gerichtlichen Instanzen gibt. Ob ausländische Gerichte, wie im Fall Pinochet, diese Lücke auffüllen können, bleibt abzuwarten. Die psychosozialen Auswirkungen des Staatsterrorismus sind ebenso Thema dieser informativen ila-Ausgabe wie die Strafverfahren gegen argentinische und chilenische Militärs in Spanien und Deutschland sowie Analysen zur Situation in den verschiedenen Ländern des Subkontinents. Fast überflüssig (weil selbstverständlich) die Versicherung der Redaktion im Editorial, daß sie prinzipiell zwar für ausländische Interventionen gegen Menschenrechtsverletzer sei, aber eben ohne Bomben. Aber da man sich heutzutage ja über nichts mehr wundern muß, beruhigt eineN dieser Hinweis doch.

ila, Zeitschrift der Informationsstelle Lateinamerika, Oscar-Romero-Haus, Heerstr. 205, 53111 Bonn, Heft 225/Mai 99, 8 DM.

Ungleichheit als Projekt

Im November 1997 organisierte der Bund demokratischer WissenschaftlerInnen (BdWi) in Marburg eine Tagung zur Globalisierungsdiskussion mit dem schönen Titel "Ungleichheit als Projekt: Globalisierung - Standort - Neoliberalismus". Die teilweise neu bearbeiteten Beiträge liegen nun in gedruckter Form vor. Obwohl seit der Tagung geraume Zeit vergangen ist und im Zeitalter der Globalisierung auch in der Wissenschaftswelt nur das Aktuellste zählt, ist dieser Sammelband dringend zu empfehlen, auch wenn nicht alle Beiträge exklusiv und brandneu sind. Diskutiert wurden auf der Tagung die Themen Weltwirtschaft, Europa, Finanzmärkte, Raumregulation, Kultur, Wissenschaft und Hochschule, Ideologie, Gesellschaft und Politik. Michael Krätke schreibt über die neue Weltunordnung, Jörg Huffschmid über Globalisierung als Gegenreform. Unüblich für solche Sammelbände sind der relativ große Anteil an Beiträgen von Frauen und die integrale Behandlung feministischer Theorieansätze. Ursula Müller schreibt über Asymmetrische Geschlechterkonstruktionen an der Hochschule, Uta Ruppert über Globalisierung, Global Governance und internationale Frauenbewegung, und Birgit Sauer geht der Frage nach, ob feministische Politik im "standortgerechten" Sozialstaat noch möglich ist. Den Preis für die schönste Überschrift hat sich Elisabeth von Dücker verdient: "Von der Chance des Unbehaust-Seins oder: Was eigentlich suchen Frauen im Museum?" In diesem Aufsatz wird nach Frauenspuren in der westdeutschen Museumslandschaft gesucht. Einen äußerst spannenden Beitrag zur Fordismus/Postfordismus-Diskussion liefert Wolfgang Krumbein, der die Veränderungsdramatik in vielen regulationstheoretischen Ansätzen kritisiert. Aus seinen regionalempirischen Untersuchungen leitet er eher eine Entwicklung hin zum Neofordismus, statt zum Postfordismus ab. Viele Beiträge, viele Sichtweisen, aber keineswegs beliebig.

Regina Stötzel (Hrsg.): Ungleichheit als Projekt. Globalisierung-Standort-Neoliberalismus; BdWi-Verlag, Postfach 543, 35017 Marburg, Fax: 06421-24654; 472 Seiten, 48 DM

44. Quelldatei 40.htm

CD-Datei: daten/aksuche/ak427/40.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:427:40

Kalender

Vernichtungskrieg - Verbrechen der Wehrmacht

Zur Ausstellung, die bis zum 11.7. in der Freien Akademie der Künste, Hamburg, Klosterwall 23, zu sehen ist, gibt es ein hochinteressantes, umfangreiches Begleitprogramm. Das Programmheft ist umsonst erhältlich z.B. in Hamburger Buchhandlungen, Bibliotheken oder unter der Tel.-Nr. 040-428 382 132 sowie im Internet einsehbar: http://www.sozialwiss.uni-hamburg.de/sozS/vernichtungskrieg

Hamburg, bis 11.7., diverse Veranstaltungsorte

"Ich war doch kein Unmensch"

Im Begleitprogramm zur Wehrmachtsausstellung spricht die Autorin Emilija Mitrovic über die Fürsorgeerziehung im NS-Staat. Nur für Frauen!

Hamburg, 15.6., 20h, Haus 3, Hospitalstr, 107, im Saal unten

Die "neue NATO"

Anläßlich des 50jährigen Bestehens beschlossen die Mitgliedsregierungen der NATO ein neues strategisches Konzept, das das Verteidigungsbündnis zu einer Militärallianz zur Durchsetzung geopolitischer Interessen machen soll. Norman Paech, Völker- und Verfassungsrechtler, setzt sich kritisch mit dieser Strategie auseinander.

Frankfurt, 15.6., 20h, Club Voltaire, Eintritt 5 DM

nn-TV präsentiert

Innerhalb der Filmreihe zum EU-Gipfel/Weltwirtschaftsgipfel in Köln zeigt das Kult 41 am 15.6. zwei Filme zum Thema Arbeit (20h: Maschinensturm, BRD 1987, über Sabotageaktionen gegen die Einführung von mechanisierten Webstühlen; 21h: Die Zukunft der Arbeit, BRD 1995, über Arbeitsorganisation, Rationalisierungen und Disziplinierung). Am 16.6. geht es um Weltwirtschaft und Widerstand: Um 19h wird der Klassiker Septemberweizen gezeigt, um 21h Das war der Gipfel nach bayrischer Art, ein Dokfilm über den Weltwirtschaftsgipfel 1992 in München und die Gegenaktionen.

Bonn, 15. und 16.6., Kult 41, Hochstadenring 41

Desertion aus dem Vernichtungskrieg

Der Deserteur Ludwig Baumann wurde von der NS-Militärjustiz zum Tode verurteilt. Er überlebte Zuchthaus und Strafbataillon und kämpft bis heute für die Aufhebung der damaligen Urteile.

Hamburg, 16.6., 20h, Haus 3, Hospitalstr, 107, im Saal neben dem Lotte

Mit Exportrisikogarantien in die Verschuldung?

Anläßlich des G8-Gipfels in Köln wird diese Frage auf einem öffentlichen internationalen Workshop gestellt, an dem sich Peter Bosshard (Erklärung von Bern), Titi Soentero (Bioforum, Indonesien), Barbara Unmüssig (WEED) und Caroline Zuniga (Urgewald) beteiligen.

Köln, 19.6., 9.30 h, Christus-Kirche, Ecke Werderstraße/Herwarthstraße. Die gleiche Veranstaltung findet am 18.6., 19.00 h am gleichen Ort in englischer Sprache statt.

Sie marschieren wieder

Neonazistische Demonstrationen mit bis zu 5.000 Teilnehmern sind heute keine Seltenheit mehr. Wichtig für die zunehmende Mobilisierungsfähigkeit der Neonazis sind die NPD und ihre Jugendorganisation. Das Antifa-Café zeigt einen Diavortrag über ihre Geschichte, Strategie und Strukturen in Nordrhein-Westfalen.

Düsseldorf-Bilk, 21.6., 19 h, Initiativenhaus, Martinstr. 58

Südosteuropa und der Kosovokrieg

Die Bombardierung Jugoslawiens und der Exodus der Kosovo-Albaner destabilisieren auch die Nachbarstaaten und fördern Nationalismen und die Ethnisierung von Konflikten. Karl Grobe, außenpolitischer Redakteur der Frankfurter Rundschau, analysiert die Lage.

Frankfurt, 21.6., 20h, Club Voltaire, Eintritt 5,- DM

Die Rolle der Medien im Krieg

Eckart Spoo referiert, hinterher wird diskutiert. Eine Veranstaltung der DAG, der Geschichtswerkstatt Hannover und weiterer Veranstalter.

Hannover, 24.6., 19.30h, Freizeitheim Linden, Windheimstr. 4

45. alles klar? nur mit ak!

CD-Datei: daten/aksuche/ak427/46.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:427:46

Es gibt zwar immer noch Gründe genug, um als ak-Redaktion zu klagen, aber in den letzten Monaten haben unsere Bemühungen, die Zeitung wieder bekannter zu machen und auch den Verkauf zu verbessern, erste kleine Erfolge gezeitigt. Das liegt nicht nur daran, daß die Faltblätter prima verteilt worden sind und daß die Zugriffe auf die Homepage im Internet immer noch anwachsen. Die Anfragen, ak über Büchertische und Infoläden zu vertreiben, haben zugenommen, ebenso die Bestellungen von kostenlosen Probeexemplaren. Sogar bei den AbonnentInnen haben wir einen kleinen (sehr kleinen) Anstieg zu verzeichnen. Für die Unterstützung, die wir bei unseren Vertriebsbemühungen bekommen, möchten wir uns bei Euch bedanken. Und wir hoffen, daß Ihr auch weiter mithelft, daß ak wieder von mehr Linken gelesen (und gekauft) wird.

Zu wünschen wäre, daß die Austritte und Abspaltungen bei den Grünen auch dazu führen, daß wieder ein stärkeres Interesse an linken Diskussionen entsteht. Und wer sich daran beteiligt und Veranstaltungen besucht, der/die könnte ak ja einfach mal unter den Arm klemmen und den MitstreiterInnen mal zeigen.

Also: Macht massenhaft von unserem Angebot Gebrauch, kostenlose Probeexemplare von ak zu bestellen, um diese möglichst umgehend an interessierte Linke und Noch-Nicht-Linke weiterzureichen. Die Bestellung von Probeexemplaren ist denkbar einfach und bequem: ein kurzer Brief, ein Fax, ein Mail oder ein Anruf in der Redaktion und eine kleine Mengenangabe plus Adresse, und schon sind wir in der Lage, Euch das Begehrte auf dem schnellsten Weg in den Briefkasten zu liefern.

Außerdem kann natürlich jede und jeder gerne als ak-WeiterverkäuferIn tätig werden - wenn Ihr zu Veranstaltungen oder auf Demos geht, Büchertische macht oder ak in eurem Bekanntenkreis verbreitet. Ab fünf Exemplaren bieten wir Euch dabei einen Verkaufsrabatt von 30 Prozent. Auch hier gilt: Ruft an, schickt ein Fax oder ein Mail, rückt Eure Adresse raus und sagt, wieviel Ihr wollt! Seid hemmungslos!

ak - Register im Web

Hilfreich dürfte für viele sein, daß auf der Homepage von ak (www.akweb.de) nun auch ein Gesamt-Register zu finden ist. Für die Jahre von 1985 bis einschließlich 1998 könnt Ihr nun in über 150 Rubriken alte ak-Artikel über das Internet suchen. Solltet Ihr dabei auf Artikel stoßen, die Ihr nicht mehr unterm Bett lagert, ist das kein Problem: Einfach die fehlende Nummer bei uns bestellen. Für die Suche nach Stichwörtern könnt Euren Browser verwenden und die gerade aktive Seite durchsuchen. So sind alle Artikel zu einem bestimmten Stichwort schnell zu finden. Wenn Ihr Titel, Ausgabe und Seite rausgefunden habt, könnt Ihr gleich per Mail bei uns bestellen. Ihr bekommt dann umgehend die gewünschte Ausgabe zugeschickt, in der der Artikel abgedruckt ist. Jede bestellte Ausgabe kostet nur 5 DM, plus Porto.

Aus gegebenem Anlaß haben wir zudem eine lange Liste aller ak-Artikel der Jahre 1972 bis 1984 zu Militarismus und Antimilitarismus ins Web gestellt. Auch diese Liste kann auf die beschriebene Weise nach Stichwörtern durchsucht werden.

46. Grüne nach Bielefeld

CD-Datei: daten/aksuche/ak427/gruen.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:427:gruen

Der Kriegsparteitag von Bündnis 90/Die Grünen am 13. Mai in Bielefeld setzte einen Endpunkt. Bei einigen Linken und Linksradikalen mag es seit langem keine Illusionen mehr über die Rolle der Grünen gegeben haben. Gleichzeitig aber mobilisierte Rot-Grün bis weit in das linke, reformerische Lager hinein Hoffnungen und Erwartungen. Niemand allerdings dürfte mit der Schnelligkeit gerechnet haben, mit der die Grünen den Weg zur Staatspartei zu Ende gebracht haben.

Das Ja der Grünen zum Krieg bedeutet eine endgültige und unwiderrufliche Entscheidung und setzt ein Ausrufezeichen hinter die Entwicklung der Partei. Nichts ist mehr so, wie es vorher einmal war. Nicht die Tatsache, aber sicherlich die Eindeutigkeit, mit der die Grünen sich entschieden haben, überrascht.

Es war von vornherein absehbar, daß die Mehrheit der grünen Delegierten in Bielefeld einem faulen Kompromiß zustimmen würde, der auf der einen Seite die NATO-Bombenangriffe kritisiert, gleichzeitig aber auch die "Friedensbemühungen" Joschka Fischers goutiert und damit die weitere Regierungsbeteiligung sicherstellt. Spannender war eher die Frage, wieviel Widerstand sich innerhalb der Partei gegen den Kriegskurs der Parteiführung artikuliert. Auch in dieser Hinsicht war Bielefeld eine Enttäuschung.

Der weitere Weg der grünen Kriegsgegner ist offen. Viele schrecken bislang davor zurück, der Partei endgültig den Rücken zu kehren. Immer noch überwiegt der Glaube, irgend etwas in der Partei bewirken zu können. Nicht so in Hamburg. Dort haben grüne Dissidenten eine eigene parlamentarische Gruppe in der Bürgerschaft gebildet. Dieser Weg ist allerdings unter den grünen KriegsgegnerInnen nicht unumstritten, wie ihr Treffen am 6. Juni in Dortmund zeigte.

Seite 15

47. Kein Gipfel ohne Sturm

CD-Datei: daten/aksuche/ak427/koelsch.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:427:koelsch

An die Zugkraft des rheinischen Rosenmontags mit seinem Millionenpublikum reicht die Mobilisierungskraft der politischen Linken noch nicht ganz heran. Aber immerhin 30.000 Menschen waren es, die am 29. Mai gegen den EU-Gipfel in Köln protestierten. Eine bunte, internationale Demo mit TeilnehmerInnen aus vielen europäischen Ländern. Dann ging es non-stop weiter: Alternativ- und Gegenkongresse, direkte Aktionen und am ersten Tag des offiziellen Gipfels eine "linksradikale" Demo mit 3.000 Leuten.

Die europäischen Kriegsherren Schröder, Blair, Chirac und D'Alema sind jedoch noch nicht in die Flucht geschlagen. Vom 18. bis 20. Juni bekommen die vier sogar noch Verstärkung aus den USA, Kanada, Japan und Rußland - zum ebenfalls in Köln stattfindenden Weltwirtschaftsgipfel ("G 8").

Auch dazu gibt es jede Menge Aktivitäten "von unten": Einen dreitägigen "Alternativgipfel", ein mehrtägiges Aktionscamp, eine Menschenkette für einen Schuldenerlaß für die "Dritte Welt" und eine Großdemonstration am 19. Juni - gegen die Kriegs- und Krisenpolitik der kapitalistischen Großmächte. Auf zum Gipfelsturm!

Aktionen gegen den EU-Gipfel in Köln Seite 26

Bedingungsloser Schuldenerlaß! Seite 24

Die Rolle der Weltbank Seite 23

Aktionszeitung zum G-8-Gipfel Beilage

48. Kosovo-Apartheid

CD-Datei: daten/aksuche/ak427/kosovo.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:427:kosovo

Aus Sicht mancher Linker ist allein die NATO für das Flüchtlingselend im Kosovo verantwortlich. Im ak-Interview kommt jemand ausführlich zu Wort, der es besser weiß: der Flüchtlingsberater Manfred Kühle, der in diesem und im vergangenen Jahr mehrfach im Kosovo unterwegs war. Kühle datiert den Beginn des Krieges gegen die Kosovo-Albaner auf Februar 1998. Aber auch schon vorher habe dort eine Art Apartheidregime bestanden - ein Regime, getragen von großserbischem Nationalismus und rassistischer Hetze gegen die albanische Minderheit. Das nicht wahrgenommen zu haben, macht unser Gesprächspartner der deutschen Linken zum Vorwurf. Differenziert bewertet er die Entwicklung der UCK, deren sprunghaftes Wachstum nicht als Folge westlicher Einmischung mißverstanden werden darf. Was eine "politische Lösung" des Kosovo-Problems betrifft, sieht Kühle wenig Anlaß zum Optimismus. An einem internationalen Protektorat führe kein Weg vorbei.

Seite 7